

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
1	B6	Umstellung der Lichtsignalanlagen auf LED-Lampen (Berechnung für 5 Jahre)	<p>Berechnung/Ansatz: -200 Lichtsignalanlagen in SG, 8000 Jahresbenutzungsstunden/Ampel bzw. 40.000h/5 Jahre insgesamt -Energieverbrauch: 40W je Leuchte (Rot, Grün, Gelb) x 3 = 120W je Ampel, ergibt für 5 Jahre einen Energieverbrauch von 4.800kWh pro Ampel Energiekosten: 4800kWh x 0,15 = 720€ x 200 Ampeln ergibt rd. 150.000€ Energiekosten pro 5 Jahre bzw. rd. 25.000€ Energiekosten pro Jahr für 200 Ampeln Effizienzberechnung: -200 Lichtsignalanlagen in SG, 8000 Jahresbenutzungsstunden/Ampel bzw. 40.000h/5 Jahre insgesamt -Energieverbrauch: 6W je Leuchte (Rot, Grün, Gelb) x 3 = 18W je Ampel, ergibt für 5 Jahre einen Energieverbrauch von 720kWh pro Ampel Energiekosten: 720kWh x 0,15 = 108€ x 200 Ampeln ergibt rd. 21.600€ Energiekosten pro 5 Jahre bzw. rd. 4.000€ Energiekosten pro Jahr für 200 Ampeln. Ersparnis über 5 Jahre: rd. 130.000€ bzw. 30.000€/Jahr Dem gegenüber steht die Anfangsinvestition der Umrüstung. Positiv hinzuzurechnen wären eine geringere Wartungsintensität und die längere Lebensdauer der Leuchten, sowie die CO2-Einsparung (letztere führt gewiss nur mittelbar zu einer monetären Entlastung).</p>	Sparvorschlag	Bis 250.000 €	368	9	7	361	7	Verkehr, Natur und Umwelt	Die Stadt Solingen betreibt insgesamt 150 LSA. Davon werden zurzeit 11 LSA mit LED-Signalgebern betrieben. Von den restlichen 139 LSA können aus technischen Gründen 73 nicht auf LED umgerüstet werden (die Steuergeräte sind zu alt) Bei den restlichen 66 LSA wäre eine Umrüstung technisch möglich. Damit diese LSA mit LED-Signalen betrieben werden können, müssen neben dem Austausch der Signalgeber, die Steuergeräte der LSA umgerüstet werden. Durch die Umrüstung der Steuergeräte entstehen zusätzliche Investitionskosten, die innerhalb der Nutzungsdauer der Steuergeräte nicht mehr durch die Energieeinsparung der LED-Signale aufgefangen werden. Die generelle Umrüstung aller Altanlagen ist daher nicht wirtschaftlich. Die Umrüstung auf LED-Technik erfolgt deshalb sukzessive bei Neu- und Ersatzinvestitionen.	Derzeit nicht abschätzbar.	Ja, im Rahmen von Neu- und Ersatzinvestitionen.	61
2	B34	Nachts Ampeln abschalten / mehr Kreisverkehre bauen.	<p>Ampeln nachts abschalten oder durch Kreisverkehre oder Zebrastreifen ersetzt. Die Niederlande und Frankreich machen es uns vor! Die Vorteile von Kreisverkehre sind eindeutig: Auf Dauer preiswerter als neue Ampelanlagen. Der Verkehr fließt, statt zu stehen (besonders außerhalb der Hauptverkehrszeit). Nachweislich werden die Unfallzahlen gesenkt, man muss bremsen, statt bei Gelb kräftig Gas zu geben. Weiterhin - wo sind die die Zebrastreifen in Solingen? Wo keine Kreisverkehre gebaut werden können, sollte die Stadt über eine Nachtabstaltung der Ampelanlagen nachdenken. Ich bin davon überzeugt, dass viel mehr Straßen und Kreuzungen nachts ohne Ampelreglung problemlos befahren werden könnten. Also, abschalten - Strom sparen!</p>	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	374	9	16	358	12	Verkehr, Natur und Umwelt	Rund ein Drittel aller Solinger Signalanlagen sind nachts abgeschaltet. Bei der Nachtabstaltung kommt es häufig zu höheren Geschwindigkeiten und zu einer Zunahme von Unfällen. Nach Aussage der Landesunfallkommission NRW können die hieraus resultierenden volkswirtschaftlichen Verluste deutlich höher sein als die möglichen Einsparungen beim Energieverbrauch. In den letzten Jahren wurde überprüft, ob Signalanlagen, die aufgrund des Alters oder der Störanfälligkeit erneuert werden müssten, durch einen Kreisverkehr ersetzt werden können. Von den rund 50 geprüften Anlagen, können an 4 Standorten Kreisverkehre eingerichtet werden, an 2 Standorten sind Querungshilfen als Ersatz vorgesehen und 1 Anlage wurde bereits abgebaut. Die Kreisverkehre scheitern in der Regel an den hohen Investitionskosten (siehe HSK M 200).	0 €	zum Teil. - wo möglich - bereits in Umsetzung.	61

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
												Für Zebrastreifen gibt es Einsatzkriterien bezüglich des Verkehrsaufkommens, sowohl für den Kfz-Verkehr als auch das Fußgängeraufkommen. Bei allen Um- bzw. Neu- baumaßnahmen wird geprüft, ob die Anlage eines Zebrastreifens möglich ist.			
3	B16	Bürokratieabbau: Ausschließlicher Versand städtischer Unterlagen an Ratsmitglieder per eMail	Bei 74 Mitgliedern des Rates der Stadt Solingen: Einsparung Druckkosten: ca. 8.000€ (bei ca. 200 Seiten/monatlich) Einsparung Versand: ca. 7.000€ Einsparung Planstelle Druck und Versand (schätzungsweise 0,5): 18.000€ Einsparung insgesamt: 33.000€	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	340	8	16	324	2	Finanzen	Der Rat hat am 13.10.11 bereits einen Beschluss mit Einschränkung der Umstellung auf freiwilliger Basis gefasst. Der Ratsbeschluss wird zur Umsetzung der HSK-Maßnahme M265 (alt M001) zugeordnet	0 €	Ist bereits in der HSK-Maßnahme M265 enthalten	10
4	B35	Bei Papier und Druck sparen!	Durch doppelseitig kopierte Verwaltungsformulare, Konzeptionen und Beschlussvorlagen könnte eine ganze Menge Papier und dadurch auch Aktenordner gespart werden! Darüber hinaus sollten die Mengen an Druckexemplaren für Veranstaltungen überdacht und auch hier massiv eingespart werden, da viel zu viele Exemplare in den Müllcontainern landen.	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	320	12	12	308	8	Verwaltung und Gebäude	Dieser Vorschlag wird bereits durch das Printing-Green-Konzept über die HSK-Maßnahme M029 abgedeckt	50.000 €	Bereits enthalten bzw. erfolgt	11
5	B33	Es sollten mehr Kreuzungen zu Kreisverkehr gestaltet werden	Die große Einmündung an der Wuppertaler Str. in Gräfrath von der Autobahn herkommend könnte ohne Probleme ein Kreisverkehr werden. Die MITTE dieser Einmündung brauchte nicht mehr als ca. 2 m Durchmesser zu haben, daher wäre das Problem langer Lastwagen mit Anhänger auch nicht vorhanden, die Wartezeiten vor dieser Ampel fielen weg. Solingen hat noch viiiiiel mehr solcher Verkehrsknoten, die leichter "umrundet" werden könnten (z.B. die Kreuzung am Stadttheater, usw. usw.)	Sparvorschlag	Bis 10.000 €	322	14	20	302	1	Verkehr, Natur und Umwelt	Dieser Knotenpunkt liegt in der Zuständigkeit des Landesbetriebs Straßen NRW.	0 €	die Thematik wird an den Landesbetrieb NRW weitergegeben	
6	B43	Heizkosteneinsparung	Ich spiele montags, mittwochs und freitags in 3 unterschiedlichen städt. Hallen Volleyball. Hierbei müssen wir oft (besonders im Frühling und Herbst) die Außentüren öffnen, da die Heizung auf Hochtouren läuft und es in der Halle zu heiß ist. Ich vermute, dass durch Kontrolle (z.B. Thermostat) einiges an Geld gespart werden könnte. Als ehemaliger Lehrer habe ich erfahren, dass ähnliches für Schulen (und andere öffentliche Gebäude) gilt.	Sparvorschlag	Keine Angabe	307	6	6	301	0	Verwaltung und Gebäude	Der Deutsche Städtetag empfiehlt für Sporthallen eine Raumtemperatur von 15 – 17°C (in Sonderfällen auch höhere Werte). Viele Heizungsanlagen können über die zentrale Gebäudeleittechnik geregelt werden. Die Hallentemperatur wird i. d. R. durch den Betreiber vorgegeben. Die Heizungsregelungen werden außen- temperaturabhängig gesteuert. Die Heizungsanlage wird durchgehend betrieben, da hierüber meist auch das Warmwasser für die Duschen erzeugt wird.	0 €	Ja	23
7	B1	Einführung der "grünen Welle "	Nicht nur die Stadt muss sparen, sondern wir Autofahrer auch. In keiner anderen Stadt ist die Verkehrsführung so miserabel wie in Solingen. Schon ab -und zu jeder Autobahn muss man an jeder Ampel (Ampelhoppeln)	Sparvorschlag	Über 250.000 €	338	27	45	293	18	Verkehr, Natur und Umwelt	Eine Grüne Welle ist auf allen Hauptverkehrsstraßen geplant und geschaltet. Eine Grüne Welle ist jedoch ein Idealzustand, der abhängig ist von meh-	0 €	dies ist ohnehin ständige Zielsetzung.	61

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			stoppen.									<p>deren Faktoren:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Gleichmäßiger Abstand der Ampeln zueinander 2. Eine bestimmte maximale Anzahl an Fahrzeugen auf der Strecke 3. Ein- und Abbiegende Fahrzeuge von und in die Nebenrichtung der Grünen Welle 4. Anzahl an querenden Fußgängern 5. Beschleunigung des öffentlichen Verkehrs (Busse) 6. Ein- und Ausparkende Fahrzeuge, die den Verkehrsfluss behindern 7. Grüne Welle der Gegenrichtung <p>Durch die Einführung des Buspräferenzsystems werden Busse jedoch an den LSA bevorzugt behandelt und bei Bedarf wird die Grüne Welle für den IV zugunsten des ÖV unterbrochen.</p> <p>Die LSA in der Zuleitung zu den BAB 3 und BAB 46 liegen nicht in der Zuständigkeit der Stadt Solingen sondern in der Zuständigkeit der Nachbarstädte Wuppertal und Langenfeld.</p>			
8	B5	Catering zur Ratssitzung	Das Catering, sprich die Verköstigung aller Ratsmitglieder sollte entfallen, oder aber von den Ratsmitgliedern aus eigener Tasche bezahlt werden. Schließlich bringt der "normale Arbeiter" auch seine Bütterchen und Thermoskanne mit zur Arbeit!	Sparvorschlag	Bis 10.000 €	333	16	47	286	14	Verwaltung und Gebäude	Diese Maßnahme wurde bereits mit Ratsbeschluss vom 13.10.11 aufgegriffen und die Umsetzung der HSK-Maßnahme M265 (Alt M001) zugeordnet. Der Umfang des Caterings beschränkt sich ausschließlich auf Tagungsgetränke.	0 €	Maßnahme ist bereits beschlossen	10
9	B17	Erdgasbetriebene Dienstfahrzeuge	Bei der Neubeschaffung von Dienstfahrzeugen (PKW) mehr erdgasbetriebene anschaffen. Ich fahre z. Zt. dienstlich einen Opel combo cng und bin damit sehr zufrieden. Die Betriebskosten liegen 30% unter Benzin bzw. Diesel betriebenen Kfz. Der Umweltbeitrag kommt dazu. Die Reichweite (nur 260km) ist innerstädtisch nicht von Bedeutung.	Sparvorschlag	Bis 10.000 €	292	27	13	279	4	Verwaltung und Gebäude	Es sind bereits 4 Erdgasbetriebene Fahrzeuge im Einsatz. Erfahrungen werden gesammelt. Auswertungen der gesamten Lebenshaltungskosten liegen noch nicht vor. Eine generelle Umstellung kann nicht in Betracht kommen, im Einzelfall wird bereits jetzt schon eine Vergleichsrechnung angestellt (Welche Motorversion ist die günstigste unter Berücksichtigung der Jahresfahrleistung wie auch anderer Kostenfaktoren) Dem KompetenzCenter Fuhrpark liegt eine Beurteilung des externen Fuhrparkmanager (Fa. Fleet Company) vor, demnach überwiegen bei einer geringen KM-Laufleistung die Nachteile von Fahrzeugen mit Erdgasantrieb – da höherer Anschaffungspreis + Wartungs- u. Reparaturkosten	Nicht bezifferbar	Nach Prüfung in Einzelfällen	TBS
10	B4	CarSharing/CarPooling	Initiierung eines CarSharings/Fahrzeugpools	Sparvor-	Bis	292	22	14	278	1	Verkehr,	Bereits seit 2011 werden an den	10.000 €	Ja	11 /

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE	
		für städtische Fahrzeuge	zur Reduktion von nicht genutzten städtischen Fuhrparkfahrzeugen. Hintergrund: viele Fahrzeuge, darunter insb. PKW (ausgenommen Nutzfahrzeuge, Transporter etc.), werden nicht umfangreich genug genutzt und nur für den Bedarf der "Mobilitätsspitzen" vorgehalten. Hier besteht enormes Einsparpotential in den Bereichen Anschaffung und Unterhaltung. Prüfungswert wäre, welche städtischen Fahrzeuge real einer täglichen Nutzung unterliegen und welche eher nur gelegentlich bewegt werden. Diese nur gelegentlich genutzten Fahrzeuge können durch Poolfahrzeuge bzw. ein CarSharing für Stadtbedienstete ersetzt werden. Dies geht nicht mit einem Flexibilitätsverzicht einher, erfordert nur in geringem Umfang vorhersehbare Planungen der eigenen Mobilität und entlastet die Fuhrparkkosten deutlich. Werden zudem dann noch ältere Fahrzeuge durch a) Gasbetriebene PKW oder b) Elektrofahrzeuge (wie z.B. Mitsubishi i-Miev, Peugeot i-on, Citroen-C-Zero ersetzt reduzieren sich die Kosten nochmals deutlich. Die derzeitig technologisch erzielbaren Reichweiten liegen bei rd. 100-120km, was allemal für die Dienstfahrten im Stadtverkehr ausreicht. Die Leasingkosten derzeitiger Elektrofahrzeuge belaufen sich auf 350-500€/Monat und dem gegenüber stehen eine Steuerbefreiung und verschwindend geringe Verbrauchskosten. Ganz nebenbei kann die Stadt hier noch Innovationscharakter und Vorbildfunktion vorschreiten. Das CarSharing für Stadtbedienstete kann zusätzlich auch für alle Bürger der Stadt Solingen geöffnet werden (z.B. wochentags außerhalb einer Kernzeit von 07-17h und am Wochenende), so dass mindestens eine Neutralisierung der Leasingkosten bis hin zu einem positiven Beitrag erzielt werden kann.	schlag	50.000 €							Natur und Umwelt	Standorten Bonner Straße und Rathausplatz CarSharing-Fahrzeuge genutzt. Im Jahr 2012 kam der Standort Kamper Str. hinzu. Die Nutzung dieser Fahrzeuge ist auch durch private Personen möglich. Die Prüfung, ob Dienstfahrzeuge durch die Nutzung von CarSharing-Angeboten abgeschafft werden können, hängt von der Erschließung und Erreichbarkeit weiterer CarSharing-Standorte für die Mitarbeiter der Stadt und der Wirtschaftlichkeit / der Einsatzbedarfe ab. Aber grundsätzlich ist es vorstellbar, Dienstfahrzeuge durch die Nutzung von CarSharing-Angeboten zu ersetzen.			TBS
11	B30	Abbau von Signalanlagen / Bau von Kreisverkehren	Um Betriebskosten zu sparen bzw. zu reduzieren und den Verkehrsfluss zu verbessern, kann man an größeren Kreuzungen die vorhandenen Ampelanlagen abbauen und durch Kreisverkehre ersetzen. Z.B. Anlagen in Widdert (Eichenstr./Vockerter Str.) oder am Ende der Viehbach (L141n/ An der Gemarke) als auch im Bereich L288 / Bonner Str. um auch ein geradeaus fahren Richtung Engelsberger Hof (Langhansstr.) zu ermöglichen.	Sparvorschlag	Über 250.000 €	295	14	18	277	1	Verkehr, Natur und Umwelt	Siehe Antwort B34 Für den Knoten Eichenstr./Vockerter Str. gibt es eine Vorplanung für einen Kreisverkehr. Die Planung ruht aufgrund der hohen geplanten Ausbaukosten (> 800 T€). Der Neubau einer LZA verursacht Kosten in Höhe von 110 T€. Die Knotenpunkte L141/An der Gemarke sowie Bonner Str. / Langhansstr. liegen in der Zuständigkeit von Straßen NRW. Ein Umbau ist erst sinnvoll, wenn eine Entscheidung über die Fortführung der Viehbachtalstraße an das Autobahnkreuz	5000 € Betriebskosten LZA	ja	Diese Zielsetzung wird unter Beachtung von Umsetzbarkeit und Zuständigkeit ohnehin verfolgt.	61

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
12	B51	Vergabe von Aufträgen nicht an das billigste Unternehmen	sondern an das preiswerteste Unternehmen. Dann muss nicht ständig nachgebessert werden und bessere Qualität für geringfügig mehr Geld wird sich am Ende auszahlen.	Sparvorschlag	Bis 250.000 €	277	25	7	270	5	Verwaltung und Gebäude	Langenfeld getroffen wurde. Guter Vorschlag, der aber bereits realisiert ist, denn: neben dem Preis sind auch die Qualität der Leistung oder die Umwelteigenschaften heute schon zulässige und gängige Wertungskriterien. Ferner werden grundsätzlich Nebenangebote zugelassen, um alternative technische Lösungen anbieten zu lassen. Wenn sich Angebote in qualitativer Hinsicht nicht unterscheiden – das ist regelmäßig bei Bauleistungen der Fall - erhält das günstigste Angebot den Zuschlag. Ein „Regionalbonus“ ist nicht zulässig. Jedoch werden regionale Unternehmen überproportional um Angebotsabgabe gebeten. Aktuell verstärkt auch das Tariftreue- und Vergabegesetz (TVgG) NRW den Druck zur Realisierung preisunabhängiger Wertungskriterien.	0 €	Ist bereits Praxis	25
13	B66	Verstärkte Kontrollen durch das Ordnungsamt	Es ist mit zunehmender Tendenz festzustellen, dass das Stadtgebiet schneller vermüllt und durch Hundekot verschmutzt wird, als das städtische Personal oder aber auch Privatpersonen dieses sauber halten können. Neben Graffiti im ganzen Stadtgebiet an öffentlichen Einrichtungen wie aber auch privaten Gebäuden wird das Stadtgebiet durch weggeworfene Flaschen (Glasscherben) und Müll (insbesondere von Schnellrestaurants wie MC Donald oder Burger King) verstärkt verschmutzt. Daneben sind in Grüngürteln, z.B. rechts und links des Frankfurter Damms, Korkenziehertrasse, Südpark oder beispielsweise im Wiefeldick zwischen Wiefeldicker Straße und dem Neubaugebiet des Spar- und Bauvereins aber auch in der Innenstadt Hundehalter auszumachen, welche die letzten freien Grünflächen für Kinder sprichwörtlich zuscheissen lassen, ohne sich um die Hinterlassenschaften ihrer Hunde zu kümmern. Darauf angesprochen, wird man teilweise bedroht. Diese Flächen wurden mit viel Engagement und finanziellem Einsatz unserer Stadt für uns alle geschaffen und nicht nur für einige Wenige, welche diese sprichwörtlich versauen. Von daher sollte das Ordnungsamt zusätzliches Personal für verstärkte Kontrollen an 365 Tagen im Jahr, rund um die Uhr, vorhalten. Bußgelder von den Ertappten tragen die Kosten für dieses Personal und daneben wird das subjektive Sicherheitsgefühl aller Bürgerinnen und Bürger in der Stadt gestärkt. Also erst mal investieren und dann kassieren!!!	Investitionsmaßnahme	Bis 10.000 €	287	11	27	260	2	Verwaltung und Gebäude	Wie viele vergleichbare Kommunen auch, hält das städt. Ordnungsamt Personal nur für die sogenannten Pflichtaufgaben bereit. Kontrollgänge gehören zu den freiwilligen Aufgaben, die nur dann möglich sind, wenn keine Pflichtaufgaben vorrangig zu erledigen sind. Um kontinuierlich und flächendeckend kontrollieren zu können, ist die Schaffung eines Streifendienstes mit einer Personalstärke von mind. 8 Personen erforderlich. Die Kosten hierfür würden sich auf ca. 400.000 €/anno belaufen. Da das Höchstverwargeld gesetzlich auf 35,-€ gedeckelt ist, ist mit max. 100.000 bis 150.000 € an zusätzlichen Einnahmen zu rechnen.	0 €	nein	32

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
14	B58	Tag der Heimat abschaffen	Wie man der Zuschussliste der Stadt Solingen entnehmen kann, unterstützt die Stadt immer noch den sog. Tag der Heimat mit jährlich 8000 €. Aus meiner Sicht ist dies völlig überholt und nicht mehr angemessen. Das Geld sollte eingespart werden.	Sparvorschlag	Bis 10.000 €	286	12	26	260	4	Kultur und Veranstaltungen	Der Tag der Heimat wird seit 1950 als bundesweiter Gedenktag am ersten Sonntag im September mit einer zentralen und vielfältigen dezentralen Veranstaltung begangen; zu diesem Zweck werden in vielen Bundesländern (auch in NRW) öffentliche Gebäude beflaggt. Gedacht wird an diesem Tag schwerpunktmäßig den Vertriebenen, Spätaussiedlern, Flüchtlingen etc. im Sinne des Bundesvertriebenen und -flüchtlingsgesetzes (in Abgrenzung zum AsylBLG). In Solingen wird dieser Tag durch den Bund der Vertriebenen organisiert und als öffentliche Veranstaltung durchgeführt. Die Stadt Solingen hat für den dadurch entstehenden Aufwand die Kosten erstattet. Im Haushalt abgebildet ist diese Kostenerstattung in der Anlage "Zuwendungen an Vereine und Verbände" zum HP unter der Bezeichnung "Vertriebenenbeirat, Tag der Heimat" mit 8.270,- €. Für den Tag der Heimat wird jedoch lediglich eine Teilsumme in Höhe zw. 2.500 - 3.000,- € verwendet, der Rest ist für kommunale Integrationsmaßnahmen für die Zielgruppe gedacht, wird jedoch aus unterschiedlichen Gründen seit einiger Zeit nicht mehr in vollem Umfang verausgabt. Der Auszahlung liegt ein Antrag mit anschließendem Verwendungsnachweis zu Grunde. Die Zuwendung ist eine freiwillige Ausgabe und ist grundsätzlich disponibel, steht jedoch unter dem gleichen Vorbehalt aller freiwilligen Verbandszuwendungen, d.h. vor einer Änderung wären die Bösgläubigkeit sowie der Gleichheitsgrundsatz herzustellen. Stadtdienstintern wurde bereits überlegt, ob dieser Aufgabenkreis (echte kommunale Integrationsmaßnahmen für diese Zielgruppe finden so gut wie nicht mehr statt, es bleiben eher die Gedächtnisaspekte) nicht in den Bereich der Kulturverwaltung verlagert werden sollte. Bei 41 ist die Zuständigkeit für die Gedenkstätte des deutschen Ostens auf Schloss Burg angesiedelt, ggf. könnten Veranstaltungen, Zuwendungen und Ausstellungen an dieser Stelle	3.000 €	ja	50

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
												konzentriert werden.			
15	B117	Verzicht auf die Bezuschussung von Geburtstagspartys ehemaliger Oberbürgermeister	oder sonstiger Würdenträger. In Zeiten knapper Haushalte ist nicht einzusehen, wieso Geburtstagsfeiern bezuschusst werden. Ebenso wenig ist es nötig, dass städt. Mandatsträger an Geburtstagsfeiern fragwürdiger Großindustrieller oder Karnevalssumzügen dienstlich teilnehmen. Diese finanziellen wie personellen Ressourcen sind anderweitig besser zu nutzen.	Sparvorschlag	Bis 10.000 €	279	3	20	259	9	Verwaltung und Gebäude	Eine Bezuschussung privater Geburtstagsfeiern findet nicht statt. Die Repräsentation der Gebietskörperschaft Solingen umfasst vielfältige, individuelle Veranstaltungen, die in jedem Einzelfall abgewogen werden und keinem regelmäßigen Turnus unterliegen. Daher sind diese einer strukturellen Haushaltsbetrachtung nicht zugänglich.	0 €	nein	10
16	B42	Vorstandsstellen streichen	Einsparung von Vorstandsstellen im gehobenen Dienst. Stadtparkasse Einsparung der dritten Direktorenstelle nach Verabschiedung von Herrn Heinemann.	Sparvorschlag	Keine Angabe	280	15	22	258	1	Verwaltung und Gebäude	Ist Bestandteil der Maßnahme 015 „Harmonisierung der Organisationsstruktur“	420.000 €	Bereits enthalten bzw. erfolgt	11
17	B137	Verkauf des ungenutzten Hallenbades Ohligs	Verkauf des ungenutzten Hallenbades Ohligs. Evtl. Abriss, und Verkauf als Baugrundstück	Einnahmenvorschlag	Bis 250.000 €	268	7	12	256	2	Verwaltung und Gebäude	Die Nutzung des Hallenbades Ohligs wurde aufgrund eines Ratsbeschlusses aufgegeben. Das Objekt wird aktuell zur Vermarktung vorbereitet. Ein Gebäudeabbruch und eine Vermarktung zum Zwecke einer Neubauung des Grundstücks sind aufgrund des bestehenden Denkmalschutzes nicht zulässig. Ein möglicher Veräußerungserlös ist derzeit nicht abschätzbar.	Keine Angabe möglich	ja	23
18	B26	Kindergarten	statt neuer KiTas zu bauen, vorhandene übernehmen: z.B. Margaretenstraße, Klingengstraße	Sparvorschlag	Keine Angabe	273	21	20	253	3	Bildung	Die in der Vergangenheit geschlossenen Kita-Gebäude wurden zum Teil reaktiviert (z.B. Kita Wald, Kita Cherusker Str., Kita Neuenhofer Str.). Andere für Kita-Zwecke geschlossene Gebäude wurden durch den jeweiligen Eigentümer (z. B. Eckstr., Margartenstr., Lucas-Klinik, Erlenstraße) veräußert oder einer anderen Nutzung zugeführt. Selbst wenn diese Gebäude wieder zur Verfügung gestellt werden könnten, so wären die bauliche Anpassungen (z.B. Berücksichtigung der Ausbaustandards für Kinder unter 3 Jahren, aktuelle Standards für die energetische Sanierung und des vorbeugenden Brandschutzes) wirtschaftlich unvertretbar, so dass Neubauten im Zuge des U3-Ausbaus unumgänglich bleiben.	0 €	nein	51
19	B135	Ampeln nachts ausschalten	M.E. sind in den Abend und Nachtstunden manche Ampelanlagen überflüssig. Durch ein Abschalten könnte hier Strom gespart werden.	Sparvorschlag	Bis 10.000 €	270	6	19	251	8	Verkehr, Natur und Umwelt	Siehe B34 Bei einer Nachtabschaltung wird nur die Energie für die Signale eingespart, das Steuergerät muss weiterhin in Betrieb bleiben. Bei neuen Signalanlagen mit LED-Technik ist der Energieverbrauch so gering, dass bei einer Nachtabschaltung praktisch keine Energiekosten-	0 €	wo möglich wird dies bereits praktiziert	61

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
20	B44	Ungenutzte Randgrundstücke verkaufen	<p>In vielen Teilen der Stadt gibt es Grundstücke die historisch für den Ausbau der Strassen geplant waren. Diese werden oft jedoch noch immer von den Anliegern genutzt. Zum großen Teil sind diese Grundstücke sogar mit Gebäuden bebaut.</p> <p>Mein Vorschlag ist daher diese unsinnige "Vorratshaltung" an Städtischen Grundstücken aufzugeben. Ein weiterer Ausbau der Strassen ist aufgrund der demografischen Entwicklung höchstwahrscheinlich Unsinn, von den Anwohnern nicht erwünscht und auch nicht finanzierbar.</p> <p>Ein Verkauf dieser von Bürgern genutzten Städtischen Grundstücksflächen könnte enorme Einnahmen bedeuten.</p>	Einnahmenvorschlag	Über 250.000 €	268	19	17	251	6	Verwaltung und Gebäude	<p>sparnis möglich ist.</p> <p>Ziel der städtischen Liegenschaftsverwaltung ist es, jeglichen unrentablen und entbehrlichen städtischen Grundbesitz zu veräußern. Als entbehrlich sind die Grundstücke zu bezeichnen, welche nicht mehr von konkreten städtischen Planungsmaßnahmen (Wohnungsbau, gewerbliche Nutzungen, Straßenbau, Spielplätze, Kindertagesstätten, Schulen etc.) betroffen sind und für die künftige Entwicklung unserer Stadt nicht mehr benötigt werden. Als aktuelles Beispiel wäre hier der Beschluss des Rates zur Aufhebung der Planung "Westumgehung Solingen" zu nennen, der zum Verkauf der hiervon betroffenen städtischen Immobilien führte.</p> <p>Unentbehrliche Grundstücke werden kostengünstig vorgehalten, indem sie bis zur Inanspruchnahme vermietet bzw. verpachtet werden und die Stadt somit nur geringe Kosten für die Bewirtschaftung aufzuwenden hat, da diese in der Regel zum überwiegenden Teil durch den Mieter/Pächter getragen werden.</p> <p>Über neue Planungsmaßnahmen sowie über die Aufhebung von bestehenden rechtskräftigen Planungen entscheiden letztlich die politischen Gremien unserer Stadt (Bezirksvertretungen, Fachausschüsse und Rat).</p>	Keine Angabe möglich	ja	23
21	B9	Energiesparen durch fifty fifty	<p>Bei dem Projekt fifty fifty sind alle teilnehmenden Institutionen aufgefordert Energie zu sparen. Das gesparte Geld durch die gesparte Energie geht dann zur Hälfte an die Institution selbst (fifty) und die andere Hälfte spart die Stadt (fifty). Die Institution ist also motiviert Energie zu sparen, um Geld zu erhalten. Beratungs- und Informationsgespräche könnten bei Institutionen, die nicht sparsam sind, folgen.</p>	Sparvorschlag	Bis 250.000 €	256	32	9	247	3	Verwaltung und Gebäude	<p>Das Projekt Fifty-Fifty gibt es bereits seit 1998 für Solinger Schulen. 2012 hat die 5.Runde begonnen, an der 24 Schulen mit 30 Standorten teilnehmen. Fifty-Fifty an Solinger Schulen wird vor jeder neuen Runde (alle drei Jahre) von der Stadt Solingen beworben und kann auf freiwilliger Basis von den Schulen genutzt werden. Der Personaleinsatz für die Betreuung der teilnehmenden Schulen und die Ermittlung der Einsparungen muss berücksichtigt werden.</p> <p>Hier sind zu nennen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Begehungen und Informationsveranstaltungen für die Schulen, - Berücksichtigung von baulichen und technischen Veränderungen an Schulgebäuden und 	Keine weiteren Potentiale	Wie bisher	23 / 40

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
												- Bewertung von Veränderungen im Schulbetrieb. Eine Verpflichtung zu dem Projekt Fifty-Fifty würde einen erheblichen Betreuungsbedarf bedeuten, der nur mit zusätzlichem Personal bewältigt werden könnte. Es hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass nur bei einem Zusammenspiel von motivierten Hausmeistern, Lehrern und Schülern ein Erfolg zu verzeichnen ist.			
22	B15	Neubauten	Auf Neubauten verzichten, in die man sich dann für viel Geld einmietet. Vorhandene Gebäude nutzen, z. B. das des ehemaligen Kreiswehrrersatzamtes. Bei Miete oder Kaufpreis konsequent verhandeln.	Sparvorschlag	Keine Angabe	270	19	26	244	2	Verwaltung und Gebäude	Grundsätzlich werden alle Möglichkeiten hinsichtlich Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit geprüft. Dabei kann es durchaus vorkommen, dass ein Neubau die kostengünstigste Variante darstellt.	0 €	nein	23
23	B116	Sonnenenergie nutzen	Die Stadt sollte Ihre öffentlichen Dächer prüfen, ob diese zu Photovoltaikflächen vermietet oder verpachtet werden könnten.	Einnahmenvorschlag	Bis 250.000 €	253	13	14	239	3	Verkehr, Natur und Umwelt	Die Stadt Solingen versucht seit längerer Zeit Dächer, die statisch geeignet und keinen Instandhaltungstau aufweisen, zu verpachten. So wurden z.B. für die sanierten Dächer des Mildred-Scheel-Berufskollegs Investoren gesucht. Obwohl die Dächer gute Voraussetzungen für Photovoltaikanlagen bieten und Vorbereitungen für den Aufbau einer entsprechenden Anlage bei der energetischen Sanierung berücksichtigt wurden, verliefen alle bisherigen Gespräche erfolglos. Es stehen weitere Gespräche mit potentiellen Pächtern an, denen geeignete Dachflächen angeboten werden.	Einmalig ca. 20.000 Euro (abgezinst Pacht für 20 Jahre) oder ca. 1.500 Euro pro Jahr 20 Jahre lang. Der damit verbundene Personalaufwand kann nicht abgeschätzt werden.	ja	23
24	B71	Bezirksvertretungen reduzieren	Wenn Politik wirklich sparen will, dann die Bezirksvertretungen auf das absolute Minimum reduzieren!	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	269	12	35	234	10	Verwaltung und Gebäude	Die Bestimmungen der Gemeindeordnung lassen eine Reduktion der Anzahl der Stadtbezirke und damit der Bezirksvertretungen auf min. drei zum Ende der Wahlzeit des Rates (hier 2014) zu. Mit Beschluss vom 08.07.2010 hat der Rat einen entsprechenden Antrag abgelehnt.	60.000 €	Ist bereits in der HSK-Maßnahme M265 enthalten	10
25	B57	Busangebot stärker an den Bedarf ausrichten	Würde das Busangebot weitaus stärker an der tatsächlichen Nachfrage ausgerichtet, könnte bei den Stadtwerken viel Geld gespart werden. Keine Leerfahrten großer Fahrzeuge, sondern Angebot auf wenig genutzten Linien oder abends/nachts durch Anruf-Sammel-Taxen reduzieren. Kaum Qualitätseinbußen für die Kunden, aber große wirtschaftliche Wirkung.	Sparvorschlag	Über 250.000 €	262	12	29	233	7	Verkehr, Natur und Umwelt	Das künftige Nahverkehrsangebot wird zurzeit in der Ausarbeitung zum neuen Nahverkehrsplan definiert. Ziel ist u.a. eine kostenneutrale, qualitative Verbesserung des Angebots.	0 €	ist ohnehin Teil der Aufstellung des Nahverkehrsplanes	61/SWS
26	B52	Abschaffung bzw. Reduzierung von Bezirksvertretungen, Aus-	Soweit gesetzlich zulässig, (überflüssige) Ausschüsse (z. B. Sportausschuss) abschaffen, Mitgliederzahl auf gesetzl. zulässiges	Sparvorschlag	Über 250.000 €	262	9	31	231	8	Verwaltung und Gebäude	Die Bestimmungen der Gemeindeordnung lassen eine Reduktion der Anzahl der Stadtbezirke und damit	60.000 €	Ist in der HSK-Maßnah-	10

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
		schüssen und Rat	Mindestmaß und Bezirksvertretungen auf max. 3 reduzieren. Wer Sitzungen schon einmal verfolgt hat, weiß, dass dort keine politische Steuerung stattfindet und kaum Entscheidungen gefällt werden; die Vielzahl der Verwaltungsmitarbeiter kann ihre Arbeitszeit sinnvoller verbringen. Kosten u. a. senken durch Verzicht auf Papiervorlagen und Reduzierung der Anzahl von Sitzungen.									der Bezirksvertretung auf min. drei zum Ende der Wahlzeit des Rates (hier 2014) zu. Mit Beschluss vom 08.07.2010 hat der Rat einen entsprechenden Antrag abgelehnt. Gemäß des Ratsbeschlusses vom 13.10.2011 ist die Umstellung der Versendung von Sitzungsunterlagen auf e-Mail-Versand auf freiwilliger Basis bereits unter der HSK-Maßnahme M265 (alt M001) erfasst. Gesetzlich wäre eine Reduzierung der Ausschüsse möglich. Eine solche ist in der bisherigen Maßnahme M001 angelegt.		me M265 (alt M001) enthalten.	
27	B68	Taubenschläge	Durch Stadtauben werden hohe Volkswirtschaftliche Schäden (Verkotung von Gebäuden) erzeugt. Hohe Kosten sind für Gebäudebesitzer wie auch die öffentliche Hand erforderlich, um durch Elektrodrähte oder sonstige Maßnahmen die Tauben fernzuhalten. Durch Taubenschläge in der Innenstadt, welche durch z.B. den Tierschutzverein oder private Dritte (Ehrenamt) sauber gehalten werden, könnte der Taubenbestand in der Stadt kontrolliert und zurück gefahren werden (Eier werden regelmäßig entnommen) bzw. durch Beifütterung mit Medikamenten könnten die Tiere unfruchtbar gemacht werden. Auf lange Sicht könnten hierdurch erhebliche Kosten - auch für die Allgemeinheit - eingespart werden. Weiterhin ist es für das Stadtbild schöner und überhaupt aus Sicht der Volksgesundheit erforderlich, den Bestand zu vermindern.	Investitionsmaßnahme	Bis 10.000 €	258	19	28	230	1	Sonstiges	Erfahrungen aus anderen Städten zeigen, dass durch die Errichtung von Taubenhäusern die Population von Wildtauben wirksam reduziert werden kann und Probleme mit der Verschmutzung von Hausfassaden deutlich vermindert werden. Aus tierschutzrechtlicher Sicht bestehen grundsätzlich keine Bedenken gegen die Errichtung von Taubenhäusern und Taubenschlägen. Baurechtlich dürften regelmäßig keine Probleme bestehen. Ein Einsparpotential für den städtischen Haushalt ist nicht darstellbar, da letztlich eine Vielzahl von Hauseigentümern mittelbar entlastet würde. Die Kosten für die Errichtung eines Taubenhauses schwanken zwischen 5.000 und 12.000 Euro, die monatlichen Futterkosten für einen Taubenschlag mit 150 Vögeln liegen bei ca. 80,- Euro, gegebenenfalls kommen noch Erstattungen für ehrenamtliche Helfer hinzu. Der Betrieb erfolgt in anderen Städten regelmäßig durch Vereine oder Initiativen, die ihre Kosten in hohem Maße über Spenden decken. Eine konkrete Umsetzung in Solingen müsste gemeinsam mit dem Tierschutzverein sowie der Werbe- und Interessengemeinschaften weiter geprüft werden.	derzeit nicht bezifferbar	Noch zu prüfen	39
28	B61	Persönlicher Referent für Oberbürgermeister	Verzicht auf persönlichen Referent für Oberbürgermeister	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	279	16	51	228	8	Verwaltung und Gebäude	Der persönliche Referent hat im Zuge der Umorganisation im Büro OB kommissarisch auch die Leitung des Bereiches übernommen. Im Rahmen des Gesamtkonzeptes ergeben sich insgesamt Einsparungen von 8.700 Euro/Jahr nach Ecksätzen der KGSt.	0 €	Nein	11
29	B87	Weihnachtsbeleuchtung	Die Weihnachtsbeleuchtung auf Energiesparlampen umrüsten. Zum einem wird die Um-	Sparvorschlag	Bis 10.000 €	243	17	15	228	2	Sonstiges	Die Zuständigkeit für die Weihnachtsbeleuchtung liegt nicht bei der	0 €	Nein	

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			welt geschont, zum anderen werden Kosten gespart. Außerdem sollte die Beleuchtung vom 1.Advent bis 1.1 des Folgejahres nicht überschreiten und nur in der Zeit von 17 Uhr bis 22 Uhr leuchten.									Stadtverwaltung, sondern beim Initiativkreis Citymanagement			
30	B93	effiziente Kontrolle der Sporthallenheizung und -wartung	In vielen Sporthallen der Stadt funktioniert die Heizung nicht richtig, es wird von den Hausmeistern nicht richtig nachgeregelt. Oft ist die Temperatur viel zu hoch. Des Weiteren werden kleine Mängel nicht schnell beseitigt und es ergeben sich daraus höhere Reparaturkosten. Hausmeister sollten in der Regel handwerklich begabt sein und kleinere Mängel selbst abstellen können	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	232	7	4	228	0	Sport und Freizeit	Der Vorschlag ist zu pauschal und unkonkret für eine Umsetzungsprüfung durch die Verwaltung. Hier müssten die konkreten Hallen genannt werden. Im Übrigen werden solche Missstände nach Bekanntwerden beseitigt.	0 €	ja	23
31	B113	Unnötige Ampelanlage	An der Kreuzung Wuppertalerstr/Piepersberg reicht es vollkommen aus Richtung Piepersberg ein Stoppschild statt der Ampelanlage zu nutzen! Dies hat zwei Gründe: 1.Die Ampelanlage ist 24 Stunden am Tag in Betrieb, was definitiv unnötig ist! 2. Die Frequenz der Fahrzeuge welche in Richtung Piepersberg abbiegen bzw. von dort auf die Wuppertalerstr abbiegen ist verschwindend gering und es entstehen unnötige Rückstaus an der Ampel welche auch wiederum Auswirkungen auf den Stromverbrauch der dort fahrenden Busse und den Verschleiß von Bremsen hat.	Sparvorschlag	Keine Angabe	232	20	6	226	5	Verkehr, Natur und Umwelt	Die Wuppertaler Straße liegt in diesem Abschnitt in der Zuständigkeit des Landesbetrieb Straßen. Diese Signalanlage wurde vom Landesbetrieb Straßen zur Erschließung des neuen Gewerbegebietes gefordert.	0 €	die Thematik wird an den Landesbetrieb NRW weitergegeben	
32	B101	Nutzung von leerstehenden Gebäuden	Zeitbegrenzte Vermietung von leerstehenden Gebäuden Vermietung (z.B. Hauptschule Ohligs nach Aufgabe) an Junge Start-up Unternehmen zu vergünstigten Konditionen. Vorher muss die Infrastruktur hergestellt werden (Strom, Daten). Zusätzlich kann vor Ort Beratung angeboten werden. Bedingung für die Vergünstigung ist bei Geschäftserfolg die Langfristige Ansiedlung in Solingen. Mittelfristig führt diese geringe Investition zu zusätzlichen Gewerbesteuerereinnahmen.	Investitionsmaßnahme	Über 250.000 €	236	11	11	225	1	Verwaltung und Gebäude	Grundsätzlich ist das Prinzip des Gründerzentrums auch auf leerstehende Gebäude anwendbar, sofern geeignete Immobilien genutzt werden können und dürfen. In anderer Form ist die Wiedernutzung der Rathäuser Wald, Ohligs und Höhscheid ein ähnliches Instrument, wenn auch nicht ganz vergleichbar. Die Organisation kann gut vom Gründer- und Technologiezentrum übernommen werden. Wesentlicher Faktor ist die Eignung bestehender Gebäude.	Nicht bezifferbar	ja	Wifö
33	B2	Schichtumverteilung beim Ordnungsamt	Weniger doppelter Ordnungsamteinsatz im Bereich Dorperstrasse und Versetzung einzelner Schichten an die Wochenenden in den Bereichen Engelsberger Hof und Bärenloch zum Bekämpfung von Müllferkeln. Wichtig: Einsatz von geschultem Personal und nicht zu ersetzen durch 1-Euro-Jobs oder Bürgerarbeitsplätze. Der Kostenaufwand durch Schichtzulagen und Fachpersonal dürfte sich schnell durch die Müllferkel selber refinanzieren.	Sparvorschlag	Bis 10.000 €	241	47	20	221	1	Verkehr, Natur und Umwelt	Die Verkehrsüberwachungskräfte (VÜK) gehen zeitweise aus Sicherheits- und Beweisgründen zu zweit, wobei beide Kräfte kontrollieren und ggf. verwarnen. Diese Kontrollen sind insbesondere im Innenstadtbereich zur Stützung des Einzelhandels erforderlich, um eine Park- und damit Besucherfluktuation zu gewährleisten. Die VÜK sind speziell für diese Tätigkeit angestellt, eine Ausweitung auf andere Tätigkeiten ist arbeitsrechtlich nicht möglich.	0 €	nein	32
34	B45	Vorhandene (eigene) Gebäude der für die Betreuung von Jugendlichen nutzen	Mir erscheint die teure Anmietung von Etagen im neuen Rathauskomplex als völlig überflüssig. Die bisherige (Miet)Lösung im Gebäude der	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	241	28	23	218	1	Verwaltung und Gebäude	Fachliche Voraussetzung war die Unterbringung in Rathausnähe Innenstadt.	entfällt	nein	23

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			Agentur für Arbeit sichert erstens die Möglichkeit naher Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern der Agentur, zweitens werden die Mietkosten - nach meiner Information - wesentlich niedriger liegen.												
35	B92	Fuhrpark der Stadt überprüfen	Überprüfung des gesamten städtischen Fuhrparks. Gibt es hier die Möglichkeit Fahrzeuge zu leasen? Siehe Bundeswehr und Polizei. Vorteil: Anschaffungskosten fallen weg und die monatliche Belastung wird überschaubar. Bei Neuanschaffungen auf alternative Antriebsmöglichkeiten achten.	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	233	8	15	218	4	Verwaltung und Gebäude	Aktuell sind Finanzierungen über Kommunalkonditionen günstiger als Leasingkonditionen. Bei anstehenden Beschaffungen werden regelmäßig Vergleichsrechnungen ange stellt. In den überwiegenden Fällen konnte in der Vergangenheit festgestellt werden, dass es sich bei der Kaufalternative um die günstigere Variante handelte. In der Vergangenheit wurden einzelne Fahrzeuge (PKW) geleast. Hierbei konnte festgestellt werden, dass nach Ablauf der Laufzeit nicht geplante sehr hohe Abschlusszahlungen fällig wurden, da aufgrund der Vielzahl von unterschiedlichen Nutzern eine überdurchschnittliche Fahrzeugabnutzung vorlag.	0 €	nein	TBS
36	B160	Umweltsünden tatsächlich ahnden	Das achtlose Wegwerfen von Zigarettenkippen/ Schachteln, Kaugummi, Pommestüten etc. wird a n g e b l i c h mit einer Geldbuße geahndet .Die Strafen werden aber so gut wie nie eingefordert. Mein Vorschlag: Die angedrohten Strafen tatsächlich aussprechen und einziehen. Das dafür erforderliche Personal würde sich in kürzester Zeit bezahlt machen. Ich erinnere an die Debatten um das Tempokontrollauto. Auch diese Maßnahme hat sich in kürzester Zeit als richtig erwiesen. Der Effekt wäre gleich dreifach: Sauberere Stadt, klingende Münze für die Stadtkasse und einige Arbeitslose weniger. Zudem könnten die neuen Städt. Bediensteten einen Blick auf telefonierende Autofahrer werfen und diese zur Anzeige bringen.	Einnahmenvorschlag	Bis 50.000 €	226	5	11	215	8	Verkehr, Natur und Umwelt	Wie viele vergleichbare Kommunen auch, hält das städt. Ordnungsamt Personal nur für die sogenannten Pflichtaufgaben bereit. Kontrollgänge gehören zu den freiwilligen Aufgaben, die nur dann möglich sind, wenn keine Pflichtaufgaben vorrangig zu erledigen sind. Um kontinuierlich und flächendeckend kontrollieren zu können, ist die Schaffung eines Streifen dienstes mit einer Personalstärke von mind. 8 Personen erforderlich. Sofern im Rahmen der o.a. Vorgaben Bußgeldtatbestände ermittelt werden, werden diese auch geahndet.	0 €	nein	32
37	B104	Überprüfung der Kfz-Versicherungen der kommunalen Fahrzeuge	Es sollte geprüft werden, bei welchen Versicherern die einzelnen kommunalen Betriebe ihre Fahrzeuge versichern und es sollten überlegt werden, ob man nicht einen einzigen Versicherer findet, der entsprechende Rabatte gewähren kann, wenn er alle Fahrzeuge des gesamten städt. Fuhrparks versichert. Einsparpotential mind. 15 - 20%	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	227	17	14	213	3	Finanzen	Die Stadt Solingen ist Mitglied im Kommunalen Schadenausgleich westdeutscher Städte, durch den auch die städtischen Fahrzeuge des Kompetenzcentrums Fuhrpark im Rahmen eines Umlageverfahrens versichert sind. Es ist beabsichtigt, die Höhe der Beitragszahlungen durch einen Versicherungsberater überprüfen zu lassen. Aufgrund des umfangreichen Fahrzeugbestandes, insbesondere der Sonderfahrzeuge, wird die Prüfung eine geraume Zeit in Anspruch nehmen.	Noch nicht absehbar	Ja, wenn Potenzial erkennbar	30
38	B162	Ampelanlagen	Abschalten von Ampelanlagen nach Tages-	Sparvor-	Bis	223	3	10	213	1	Verkehr,	Rund ein Drittel aller Solinger Signal-	0 €	zum Teil.	61

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			zeit (nachts) und Abschaffung von möglichst vielen Ampelanlagen im gesamten Stadtgebiet.	schlag	250.000 €						Natur und Umwelt	anlagen sind nachts abgeschaltet. Bei der Nachtabschaltung kommt es häufig zu höheren Geschwindigkeiten und zu einer Zunahme von Unfällen. Nach Aussage der Landesunfallkommission NRW können die hieraus resultierenden volkswirtschaftlichen Verluste deutlich höher sein als die möglichen Einsparungen beim Energieverbrauch. In den letzten Jahren wurde überprüft, ob Signalanlagen, die aufgrund des Alters oder der Störanfälligkeit erneuert werden müssten, durch einen Kreisverkehr ersetzt werden können. Von den rund 50 geprüften Anlagen, können an 4 Standorten Kreisverkehre eingerichtet werden, an 2 Standorten sind Querungshilfen als Ersatz vorgesehen und 1 Anlage wurde bereits abgebaut. Die Kreisverkehre scheitern in der Regel an den hohen Investitionskosten (siehe HSK M 200). Für Zebrastreifen gibt es Einsatzkriterien bezüglich des Verkehrsaufkommens, sowohl für den Kfz-Verkehr als auch das Fußgänger aufkommen. Bei allen Um- bzw. Neubaumaßnahmen wird geprüft, ob die Anlage eines Zebrastreifens möglich ist.		- wo möglich - bereits in Umsetzung.	
39	B50	Ausbau der L141n und Anschluss Solingens an die A3	Solingen ist die einzige Stadt Deutschlands ohne direkte Autobahnbindung. Die Attraktivität für Firmenansiedlungen ist daher eher gedämpft und residente Unternehmen sind evtl. gewogen Abwanderungen in das verkehrstechnisch günstiger gelegene Langenfeld zu überlegen. Ein Ausbau der Stadtautobahn wäre ein Investitionsanreiz für Firmen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.	Investitionsmaßnahme	Über 250.000 €	270	9	60	210	9	Sonstiges	Die Verlängerung der Viehbachtalstraße bis zum Autobahnkreuz Langenfeld wurde vom Rat der Stadt Solingen beschlossen. Eine Umsetzung der Maßnahme scheitert seither an der zu geringen Priorisierung bei Bund und Land. Es ist geplant, kurzfristig eine zusätzliche Rechtsabbiegespur auf die Auffahrt zur A 3 Richtung Köln anzulegen, um die Leistungsfähigkeit an diesem Knoten zu verbessern	Kann derzeit nicht beziffert werden	ist ohnehin Thema	61
40	B152	Stromeinsparung	Es ist öfters festzustellen, dass in öffentlichen Gebäuden (z.B. Schulen, Schulturnhallen, etc.) Licht nicht abgeschaltet wird. Dadurch entstehen Kosten, die auch durch Sparprogramme (fifty:fifty) nicht eliminiert werden können. Durch den Einsatz von Schaltuhren, die auf eine angemessene Zeit nach Betriebsschluss eingestellt sind, kann hier Abhilfe - insbesondere an den Wochenenden - erzielt werden.	Sparvorschlag	Bis 10.000 €	215	5	6	209	1	Verwaltung und Gebäude	Der Vorschlag ist zu pauschal und unkonkret für eine Umsetzungsprüfung durch die Verwaltung. Hinweis: In vielen Gebäuden ist das Dauerlicht der Notbeleuchtung gesetzlich gefordert.	0 €	nein	23
41	B102	Bessere Instandhaltung der Straßen in Solingen	Die Straßen in Solingen müssen dringend besser Instand gehalten werden. Was zwar im ersten Moment etwas teurer erscheint rechnet sich aber auf die Gesamte Laufzeit einer Straße. Das was im Moment betrieben wird ist nur Flickschusterei und kostet auch	Investitionsmaßnahme	Über 250.000 €	224	8	16	208	2	Verkehr, Natur und Umwelt	Die Straßen unterliegen aufgrund der Nutzungsintensität, der Witterungseinflüsse u. mechanischer Eingriffe (z.B. Aufbrüche) einem hohen Verschleiß und damit auch einem Werteverzehr. Wird nicht ausreichend	Bei Zugrundelegung des von der Fachkommission der FGSV vorgeschlagene	ja ohnehin fachlich angestrebt.	61

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			Geld. Auf Dauer gesehen viel unnötiges Geld und am Ende steht dann doch die komplett Sanierung an. Dann doch besser sofort und richtig Sanieren.									und rechtzeitig in die Erhaltung kommunaler Straßen investiert, schreitet der Verfall umso schneller fort. Eine von der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) durchgeführte Studie belegt, dass die kleinflächige Schadensbeseitigung (Schlaglochflicken) gegenüber einer systematischen und plangemäßen Instandhaltungsstrategie über den Lebenszyklus einer Straße betrachtet langfristig das 1,25-fache an Kosten verursacht. Um langfristig die Gebrauchstauglichkeit und die Nutzungsqualität auf einem höheren Niveau zu gewährleisten sowie mittel- bis langfristig unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten das Straßenvermögen zu erhalten, ist eine systematische Erhaltungsstrategie mit planmäßigen Instandsetzungs- und Erneuerungsmaßnahmen geboten.	nen durchschnittlichen Finanzbedarfs bei Fahrbahnen i.H.v. 1,20 €/m ² /a müsste das Budget für den Straßenerhalt des Solinger Straßennetzes von ca. 3,76 Mio € auf ca. 6,18 Mio € erhöht werden.		
42	B151	Überflüssige Gutachten	Wir haben hoch bezahlte Beamte bei der Stadt. Gleichwohl will Niemand für irgendeine Entscheidung stehen. Für allen möglichen Kram werden teure Gutachten eingeholt, hinter denen sich alsdann versteckt werden kann. Wer als leitender Verwaltungsdirektor, Verwaltungsdirektor oder Oberamtmann gutes Geld verdient, sollte auch hinter den Entscheidungen stehen!!! In der heutigen digitalen Welt können fast für jedes auftauchende Problem im Internet Lösungen gefunden und bearbeitet werden. Nicht nur mich würde es durchaus interessieren, wie viel Geld alljährlich für überflüssige Gutachten dem Fenster hinaus geworfen werden.	Sparvorschlag	Über 250.000 €	222	11	15	207	3	Finanzen	Zentralansatz siehe auch B 223 – weitere dezentrale Beratungsbudgets sind hier nicht bekannt. Welche Effekte ggf. eine Zentralisierung aller Beratungsbudget bringt, kann von hier aus nicht gesagt werden, da nicht bekannt.	0 €	Nein	11
43	B89	Aufzüge Hauptbahnhof	Überwachungskameras installieren um dem Vandalismus Herr zu werden.	Investitionsmaßnahme	Bis 50.000 €	222	15	20	202	7	Sonstiges	Im Rahmen der Modernisierungsoffensive beabsichtigt die Deutsche Bahn AG, im Zusammenhang mit der Neugestaltung der Bahnsteige und weiterer Modernisierungsmaßnahmen auch die Installation einer Videoüberwachung, die den räumlichen Bereich der Aufzüge am Hauptbahnhof mit erfasst.		Ja, ohnehin von der Deutschen Bahn AG vorgesehen	
44	B12	Rathaus Erweiterung	Anstatt einen Neubau für diverse Ämter zu erwägen, sollte viel mehr geprüft werden ob man nicht im Rathaus 1 oder 2 Etagen aufbaut bzw. aufstockt damit man dann auf 5-6 Etagen kommt. Ebenfalls sollte die Solartechnik auf allen Städt. Gebäuden installiert werden.	Investitionsmaßnahme	Bis 250.000 €	235	39	35	200	8	Verwaltung und Gebäude	a) Zurzeit werden andere Alternativen geprüft. Bei konkreten Erweiterungsplanungen wird auch, sofern notwendig, ein Aufstocken geprüft. Erst dann können Kosten gegenübergestellt werden. Ob teurer oder billiger, kann nicht beurteilt werden. b) siehe B116	a) keine Angabe	a) keine Angabe	23
45	B219	preisgünstige Kreisver-	Im europäischen Nachbarländern werden	Sparvor-	Über	209	4	9	200	8	Verkehr,	In den letzten Jahren wurde über-	0 €	nein	61

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
		kehre ersetzen teure Ampelanlagen	zum Teil keine großen teuren Kreisverkehre gebaut, zum Teil werden auf den Kreuzungen lediglich Kreise aufgemalt, einige Blumenkübel in die Mitte gestellt, oder auch nicht. Die Beschilderung weist an jeder Zufahrtsstraße auf die Kreisverkehrsregelung hin. Das System funktioniert sogar bei größeren Kreuzungen oder doppelten Kreisverkehren. Die Kosten für teure Ampelanlagen könnten erheblich dezimiert werden, wobei der Verkehr etwas geschwindigkeitsmäßig beruhigt, jedoch im Fluss nicht behindert wird. Fußgängerüberwege müssen jedoch deutlich gekennzeichnet werden!	schlag	250.000 €						Natur und Umwelt	prüft, ob Signalanlagen, die aufgrund des Alters oder der Störanfälligkeit erneuert werden müssten, durch einen Kreisverkehr ersetzt werden können. Von den rund 50 geprüften Anlagen, können an 4 Standorten Kreisverkehre eingerichtet werden, an 2 Standorten sind Querungshilfen als Ersatz vorgesehen und 1 Anlage wurde bereits abgebaut. Die Kreisverkehre scheitern in der Regel an den hohen Investitionskosten (siehe HSK M 200). Für Zebrastreifen gibt es Einsatzkriterien bezüglich des Verkehrsaufkommens, sowohl für den Kfz-Verkehr als auch das Fußgänger aufkommen. Bei allen Um- bzw. Neubaumaßnahmen wird geprüft, ob die Anlage eines Zebrastreifens möglich ist.			
46	B209	Laubsauger insbesondere im Wald völlig überflüssig	Im Wald sollten keine Laubsauger eingesetzt werden. Wir haben dies im Herbst beobachtet. Dies ist ökologisch und ökonomisch nicht sinnvoll.	Sparvorschlag	Bis 10.000 €	204	3	6	198	2	Verkehr, Natur und Umwelt	Der Einsatz von Laubsaugern ist aus ökologischen Gründen im städtischen Wald verboten, lässt sich aber im Privatwald nicht verhindern.	0 €	Nein	67
47	B55	Besoldung und Stellenbeschreibung	Im Rahmen der Privatisierungs-Welle vor einigen Jahren sind verschiedene Teilorganisationen der Stadt nebst Mitarbeitern in private Unternehmen überführt worden. Da diese Unternehmen über Jahre hinweg keine schwarzen Zahlen erwirtschaften konnten, wurden sie zur Konsolidierung wieder in die Stadt eingebunden. Hierbei wurden auch die zuvor "outgesourcten" Mitarbeiter wieder in den öffentlichen Dienst übernommen und sind dabei prompt einige Gehaltsstufen höher eingestuft worden, da sie ja zuvor Geschäftsführer in der freien Wirtschaft waren. In dieses Metier fallen auch diverse städtische Angestellte die sich gegenseitig hochtrabende Stellenbeschreibungen und Kompetenzen bestätigen, so dass das aktuelle Gehaltsniveau sicher 2-3 Besoldungsgruppen über dem liegt, was gerechtfertigt wäre. Hier sollte ein externes, unabhängiges Unternehmen, eine Stellenbewertung und -beschreibung durchführen, so dass die Besoldungsgruppen adäquat zugeordnet werden. Die Bezahlung des externen Unternehmens sollte aus einem fixen Anteil und einem variablen Anteil nach erzielter Einsparung erfolgen. Solch ein Audit sollte dann alle paar Jahre stattfinden. Denn wer selbst sein Gehalt beeinflussen kann, muss kontrolliert werden!	Sparvorschlag	Über 250.000 €	221	30	24	197	2	Verwaltung und Gebäude	Die Eingruppierung der Beschäftigten richtet sich nach den Bestimmungen des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst. Sie sind gerichtlich überprüfbar. Das in Solingen entwickelte Stellenbewertungssystem für Beamte wurde 2008 abgeschafft. Zwischenzeitlich ist das Stellenbewertungssystem der KGSt eingeführt worden, dass auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene im gesamten deutschsprachigen Raum angewandt wird. Dies ermöglicht auch den Vergleich mit anderen Verwaltungen	0 €	Nein	11
48	B22	Neue Gewerbegebiete	Neu zu schaffende Gewerbegebiete müssen eine sehr gute Verkehrsanbindung bieten, vor allem für verkehrsintensive Betriebe mit LKW-	Einnahmenvorschlag	Über 250.000 €	227	17	32	195	5	Finanzen	Die Verkehrsanbindung ist ein wichtiger Standortfaktor für die Entwicklung eines Gewerbegebietes.	0 €	Die entsprechenden	Wifö / 61

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			<p>Nutzung, aber auch für Verwaltungen und Dienstleister, deren Kunden und Mitarbeiter per PKW kommen. Gerade für Großunternehmen, die ein hohes Gewerbesteueraufkommen haben, ist die Lage eine zentrale Frage. Die Standortfrage ist also auch klar abhängig von der Nähe zu den Autobahnen, in diesem Fall zur A3 und A46.</p> <p>Wenn die Autobahnen nicht zu den Gewerbegebieten kommen können (mangels Autobahnanschluss), dann müssen die Gewerbegebiete näher an die Autobahnen rücken. Im Norden (Fürkeltrath, Piepersberg) ist dies bereits geschehen. Aber die Nord-Süd-Achse und wichtigste Verbindung ins Rheinland ist nun mal die A3. Also, mein Vorschlag, mit neuen Gewerbegebieten näher an Langenfeld heranrücken, z.B. entlang der Bonnern Str. bis nach Wiescheid und parallel zur Bahnstrecke Richtung Rupelrath und Gosse. Gemeint sind hierbei keine Industriegebiete, sondern saubere Gewerbe, deren Vorstände und Mitarbeiter sich sicher auch über die Nähe zur Natur freuen werden.</p>									<p>Ob ein Gebiet nutzbar und dazu noch wirtschaftlich zu entwickeln ist, hängt aber nicht nur von der Verkehrsanbindung, sondern auch von anderen Faktoren ab. Zu nennen sind beispielsweise:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Aktivierbare Flächengröße • Verfügbarkeit / Eigentumsverhältnisse • Abstände zu empfindlichen Nutzungen • Topographie • Versorgung mit Strom, Gas, Wasser • Entsorgung von Abwasser • Wirkungen auf das Orts- und Landschaftsbild • Anbindung an den Siedlungsraum • Wirkungen auf die Natur und die Umwelt <p>Wird eine Fläche in die engere Wahl gezogen, ist eine Standortanalyse notwendig, die in eine Bewertung mündet, bei der alle relevanten Faktoren berücksichtigt werden. Das Ergebnis muss mit den Erkenntnissen zu anderen geeigneten Standorten verglichen und abgewogen werden.</p> <p>Zur Schaffung von Baurecht muss ein Bebauungsplan erstellt werden. Auch hier schreibt das Baugesetzbuch einen Abwägungsvorgang vor, bei dem die öffentlichen und die privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen sind.</p> <p>Die genannten Bereiche entlang der Bonner Straße und in Richtung Rupelrath und Gosse sind seit längerer Zeit in der Diskussion. Untersuchungen aus früheren Jahren haben im Ergebnis dazu geführt, dass man einer Entwicklung dieser Bereiche aus verschiedenen Gründen bisher nicht näher getreten ist. Im Zusammenhang mit der Überprüfung des Gewerbeflächenbedarfs für die nächste Dekade macht es Sinn, eine erneute Betrachtung der Flächen vorzunehmen. Welche Ergebnisse eine solche Untersuchung erbringt, bleibt abzuwarten.</p>		<p>Untersuchungen finden derzeit statt. Ob die Entwicklung eines Gewerbegebietes kostendeckend erfolgen kann, hängt vom Erschließungs- und Entwicklungsaufwand ab, der im Einzelfall ermittelt werden muss. Von Einsparungen ist nicht auszugehen</p>	
49	B131	Mitgliederzahl im Rat, Ausschüssen, Beiräten etc.	Die Zahl der Mitglieder dieser Gremien könnte um die Hälfte, wenigstens um ein Drittel gekürzt werden, ohne dass der Bürger einen	Sparvorschlag	Keine Angabe	218	9	23	195	5	Verwaltung und Gebäude	Trotz des Ratsbeschlusses von 2009, die Zahl der Mitglieder auf das gesetzliche Minimum von 52 zu re-	0 €	Ist in der HSK-Maßnah-	10

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			Verlust seiner Mitspracherechte befürchten müsste.									duzieren ist die Zahl durch Überhang-/und Ausgleichsmandate auf 72 gestiegen. Eine weitergehende Reduktion durch Ratsbeschluss wäre gesetzlich nicht zulässig. Die Anzahl der Mitglieder eines Ausschusses ist grundsätzlich durch den Rat frei bestimmbar. Hierbei ist allerdings der Repräsentationsgrundsatz zu berücksichtigen. Dadurch stünde einer Ratsfraktion, die in dem Ausschuss nicht mit einem stimmberechtigten Mitglied vertreten ist, die Benennung eines beratenden Mitglieds zu. Die Strukturen, Aufgaben und Zusammensetzungen sowohl des Seniorenbeirates als auch des Behindertenbeirates außerhalb der Hauptsatzung geregelt sind. Da die Mitglieder beider Gremien weder Aufwands- oder Fahrkostenerstattungen erhalten, würde eine Reduzierung der Zahl der Gremienmitglieder keine Auswirkungen auf den städtischen Haushalt haben.		me M265 (alt M001) enthalten.	
50	B109	Alternative Energien und Bürgerbeteiligung	Die Dächer öffentlicher Gebäude sollten bei entsprechender Eignung mit Solarzellen bestückt werden, die Finanzierung sollte durch von der Sparkasse aufgelegte Bürgerbeteiligungen (Solarsparbrief) geleistet werden, so würde die Stadt und der Bürger profitieren.	Einnahmenvorschlag	Keine Angabe	211	11	18	193	1	Finanzen	Der Vorschlag wird im Zuge der stärkeren Nutzung regenerativer Energien durch die SWS umgesetzt. In Kürze soll ein Sparbriefangebot den Bürgern unterbreitet werden. Der Vorschlag ist allerdings kein Sparvorschlag, weil die Finanzierungsbedingungen über den Sparbrief für ein Unternehmen schlechter sind als die Finanzierung am Markt.	0 €	Schon in Umsetzung	SWS
51	B23	Effektivere Computerprogramme in der Verwaltung	EIN Verwaltungssystem ist sicherlich preiswerter als das speziell für Wirtschaftsunternehmen konzipierte SAP Programm zusammen mit einem zusammen gebastelten System. Dann kann es auch nicht passieren, dass Mahnungen herausgehen, obwohl der Bescheid noch nicht beim "Kunden" ist. So passiert beim Stadtdienst Jugend. Diese "Verfahrensfehler" sind dort Tagesordnung. Was kosten die ganzen falschen Mahnungen (Porto+Papier+Aufwand) und der Aufwand, diese Mahnungen wieder aus dem System zu nehmen?	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	214	36	23	191	1	Verwaltung und Gebäude	Im Bereich der IT wurde in den letzten 7 Jahren über 1,5 Mio. Euro p.a. durch Bündelung von IT-Bedarfen und die Auswahl neuer und leistungsfähigerer Software sowie neuer SW- Lieferanten eingespart. Die eingesetzten rund 160 kommunalen Fachverfahren wurden durch Experten ausgesucht und in die kommunale SAP-SW-Landschaft integriert. Dem Vorschlag liegen offensichtlich nur Einzelerfahrungen zu Grunde, die allgemein nicht nach vollzogen werden können	0 €	Nein	11
52	B191	Stromerzeugung durch Wasserkraft	Möglichkeit des Baus einer Wasserkraftturbine zur Stromerzeugung an der Sengbachtalsperre prüfen. Geringe Investition durch Fördermaßnahmen EU/ Bund/ Land.	Investitionsmaßnahme	Bis 250.000 €	192	11	5	187	2	Sonstiges	Der Vorschlag ist gut und bereits seit 2006 realisiert. Die SWS produziert ca. 200000 kWh/Jahr durch Nutzung von Sengbachtalsperrenwasser. Es wird der Anteil des Rohwassers durch eine 60 kW Turbine geleitet, der sonst als Überlaufwasser unge-	0 €	Bereits umgesetzt	SWS

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
												nutzt in die Wupper abgeleitet würde. Die Turbine befindet sich am Wasserwerk Glüder und das entspannte Wasser wird in dem Untergraben eingeleitet. Der Untergraben gehört zum Nebengraben der Wupper, der zur regenerativen Stromerzeugung aus der Wupper dient.			
53	B201	Intelligente Heiztechnik in öffentlichen Gebäuden	Sowohl mein Sohn in der ADS als auch ich in der Bünkenberger Sporthalle nehmen die Räume als unregelbar und zu sehr geheizt wahr. Wir reißen im April schon die Türen auf, weil es einfach zu warm ist um noch Sport zu machen. Intelligente Heiztechniken wären eine mittel- bis langfristig angelegte Investition, die nicht nur die Finanzen schont, sondern auch zukunftsorientiert ist und den Anforderungen durch den Klimawandel gerecht wird. Wir müssen uns sowieso umstellen, warum also nicht lieber eher als später? Es wäre ja schon ein Fortschritt, wenn man die Möglichkeit eines manuellen Zugriffs auf Heizkörper/Klimaanlagen hätte.	Sparvorschlag	Bis 10.000 €	189	4	2	187	2	Verwaltung und Gebäude	Einen manuellen Zugriff kann es nicht geben, da es unterschiedliche Wärmebedürfnisse gibt. Allen Hinweisen dieser Art wird die Verwaltung nachgehen und die Missstände beheben.	0 €	nein	23
54	B118	Blockheizkraftwerke in öffentlichen Gebäuden	BHKW in allen ganzjährig genutzten Gebäuden (gleichzeitige Produktion von Wärme und Strom) Finanzierung durch Bürgerfonds, die Einspeisungsvergütung ist auf 20 Jahre garantiert und ist der Gewinn für die Investoren. Die Stadt hat neue Heizungen und Steuereinnahmen.	Einnahmenvorschlag	Keine Angabe	194	17	8	186	0	Verkehr, Natur und Umwelt	BHKW's werden zukünftig zur Erfüllung der Anforderungen des „Erneuerbaren-Energien-Wärme-Gesetz“ häufiger eingesetzt. Durch die unregelmäßige Wärmeabnahme in Schulen und Verwaltungsgebäuden ist ein Einsatz von BHKW's wirtschaftlich fraglich, da die nötigen Betriebsstunden nicht erreicht werden.	0 €	nein	23
55	B31	Private Fahrzeugnutzung	Wenn alle ehrlichen Fahrzeugnutzer ihre privaten Fahrten, die sie mit städtischen Dienstwagen jeglicher Art machen, ordnungsgemäß versteuern müssten (wie in der öffentlichen Wirtschaft auch), dann würden entweder deutlich weniger Kilometer gefahren bzw. weniger Sprit verbraucht oder es gäbe überhaupt mal Einnahmen für private Nutzungen.	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	215	36	31	184	3	Verkehr, Natur und Umwelt	Aufgrund der Dienstanweisung zur Nutzung von städtischen Kraftfahrzeugen ist es grundsätzlich nicht erlaubt, das Fahrzeug für private Fahrten zu nutzen. Verstöße gegen diese Dienstanweisung sind nicht bekannt.	0 €	nein	11
56	B59	Zinsmanagement	Unabhängige Überprüfung des Zinsmanagement der Kämmerei, hier evtl. Einsparpotential durch kürzere Zinsbindungen.	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	198	35	18	180	1	Finanzen	Wegen des kritisch hohen Kreditbestands nimmt die Stadt Solingen Hilfe von einem großen europäischen Unternehmen in Anspruch. Das Unternehmen hat sich auf das Angebot eines umfassenden Schulden- und Währungsmanagement spezialisiert. Es stellt eine technologische Unterstützung für das Risikomanagement zur Verfügung und gewährleistet eine „bankenunabhängige“ Beratung für die Stadt Solingen. Der Zinsspread aus der Differenz von kurzfristigen und langfristigen Krediten wird ebenfalls ausgenutzt. So hat die Stadt derzeit einen Bestand von ca. 200 Millionen EUR unterjährigen	0 €	nein	20

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
												Krediten, meistens in sogenannten Tagesgeldern, aufgenommen. Die Tagesgelder werden täglich in Millionenhöhe mit den Kreditinstituten vereinbart. Der größte Teil der Kredite wird allerdings aufgrund des Zinsänderungsrisikos in lang- und mittelfristigen Vereinbarungen abgeschlossen.			
57	B105	Dienstwagen	Wenn die Stadtspitze keine dicken Dienstwagen mehr fährt, sondern nur noch VW Polo, spart das Sprit, Leasingkosten, Unterhalt der Fahrzeuge und schon die Umwelt.	Sparvorschlag	Bis 250.000 €	233	14	55	178	5	Verwaltung und Gebäude	Der Oberbürgermeister repräsentiert die Stadt Solingen bei vielen Gelegenheiten. Wegen der Enge des Terminplans wird der Wagen als rollendes Büro genutzt, also einiges an Akten mitgenommen, das in einem Taxi nicht liegen bleiben sollte. Die aktuelle Variante ist gemessen an der Kilometerleistung die wirtschaftlichste Lösung.	0 €	nein	10
58	B170	Sparsame Beleuchtung der öffentlichen Gebäude	Die Beleuchtung der Öffentlichen Gebäude (Schulen ,Krankenhaus ,Kindergärten, Rathaus ,Sportstätten und mehr. mit Präsenzmelder zu steuern und somit einen Dauereinsatz zu unterbinden	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	189	7	11	178	1	Verwaltung und Gebäude	Der Vorschlag ist zu pauschal und unkonkret für eine Umsetzungsprüfung durch die Verwaltung. Hinweis: In vielen Gebäuden ist das Dauerlicht der Notbeleuchtung gesetzlich gefordert.	0 €	nein	23
59	B74	Steuer auf Solarien	Pro öffentliche Sonnenbank könnte eine monatliche Steuer von 10 Euro angedacht werden. So kommt zum Einen Geld in die Kasse - aber vielleicht lassen sich sogar die Sonnenbankbesuche so reduzieren. Denn schließlich gab es ja erst vor Kurzem eine neue Studie: Die Krebsgefahr durch Solarienbesuche ist höher als gedacht. Das belegt eine Zusammenfassung großer Studien, die auf einem Hautkrebs-Expertenforum in Berlin vorgestellt wurde. Das Risiko für das besonders gefährliche maligne Melanom verdoppelt sich bei einem Menschen, der Solarien bis zu einem Alter von 35 Jahren regelmäßig nutzt.	Einnahmenvorschlag	Bis 50.000 €	230	15	53	177	4	Finanzen	Mangels landesrechtlicher Genehmigung nicht durchführbar: gemäß § 2 Abs. 2 Kommunalabgabengesetz NRW bedarf eine Satzung, mit der eine im Land nicht erhobene Steuer erstmalig oder erneut eingeführt werden soll, zu ihrer Wirksamkeit der Genehmigung des Innenministeriums und des Finanzministeriums. Die Stadt Essen hatte bereits im Jahr 2011 eine Satzung zur Besteuerung von Solarien erlassen und um diese Genehmigung nachgesucht. Mit einer Presseerklärung vom 02.12.2011 haben die beiden Ministerien gemeinsam mitgeteilt, dass die von der Stadt Essen beantragte Genehmigung der erstmals in Nordrhein-Westfalen erhobenen Solariensteuer abgelehnt worden ist. In der Ablehnung betont die Landesregierung das Recht der Kommunen, eigenständige Steuern zu erheben, um ihre Finanzlage zu verbessern. Jede neue Steuer müsse aber wirtschaftlich sinnvoll sein. Dies sei bei der Solariensteuer nicht der Fall, da der Verwaltungsaufwand der Steuer in keinem Verhältnis zu den Erträgen steht.	0 €	nein	22
60	B133	Ernstgemeintes sparen fängt mit dem Rathaus	Wenn es die Damen und Herren der Stadt Solingen mit dem sparen wirklich ernst meint	Sparvorschlag	Über 250.000 €	206	16	33	173	3	Verwaltung und Ge-	Die Stadtbibliothek und das Bürgerbüro sind in einem Teil der Clemens-	0 €	nein	23

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
		an	nen und nicht nur von uns Bürgern das sparen fordern sollten sie als erstes zusehen wie sie schnellstens aus dem Mietvertrag des Rathauses rauskommen. Dieses ist viel zu teuer. Selber bauen hätte in diesem Fall noch Sinn gemacht. Als nächste die Stadtbibliothek in ein anderes Gebäude verlagern. Auch hier ist die Miete viel zu teuer. Es werden in kürze einige Schulgebäude frei die man nutzen könnte und Parkplätze sind dort auch noch reichlich vorhanden. Was ich auch nicht nachvollziehen kann ist das ca. 500 Meter vom Rathaus entfernt noch ein Bürgerbüro unterhalten wird. Kostet auch nur unnötig Miete. Busse halten auch vor dem Rathaus.								bäude	Galerien untergebracht, die im Eigentum der Stadt Solingen stehen. Es wird davon ausgegangen, dass die Verlagerung in ein anderes Gebäude höhere Kosten verursachen würde. Darüber hinaus ist der Standortvorteil im Zentrum der Stadt gewollt. Die Stadt Solingen ist langfristig an den (Rathaus-)Mietvertrag gebunden.			
61	B107	Mehreinnahmen durch Rückkauf der Anteile der Stadtwerke Solingen von der MVV AG	Derzeit gehen von den jährlichen ca. € 12 Mio. Ertrag der Stadtwerke Solingen € 6 Mio. an die MVV Energie AG. Der angelegte Verkaufserlös von € 120 Mio. bringt dagegen nur eine durchschnittliche 2 % Rendite, d. h. € 2,4 Mio. pro Jahr. Würde die Stadt die Anteile zurückkaufen, gäbe es jährliche Mehreinnahmen von ca. € 3,6 Mio. Die jährlichen Kosten von € 1,3 Mio. für das Löschwasser würden damit ebenfalls wegfallen. Damit würden noch einmal € 650.000 in Solingen bleiben. Das bringt zusammen € 4,25 Mio. für die Stadt Solingen. Würde für den vorzeitigen Rückkauf ein Aufpreis von € 12 Mio. fällig, wäre dieser schon nach 2 bis 3 Jahren wieder getilgt. Es erfordert natürlich einen starken Einsatz der Verwaltung und der Stadtspitze, um die Steuerung der Stadtwerke wieder in die eigenen Hände zu nehmen für eine zukunftsfähige Neuaufstellung auf dem Energiemarkt. Es entsteht dabei aber gleichzeitig auch eine zusätzliche Wertschöpfung für unsere Stadt: zusätzliche Arbeitsplätze, Aufträge für kommunale Unternehmen, Sicherung der Energie- und Wasserversorgung zu moderaten Preisen, die Möglichkeit von Investitionen in effiziente, dezentrale, nachhaltige und erneuerbare Energieerzeugung Mehreinnahmen: € 4,25 Mio. pro Jahr!	Einnahmenvorschlag	Über 250.000 €	199	28	26	173	8	Finanzen	Es geht nicht nur um Zeitpunkt bezogene Mehreinnahmen, sondern um eine nachhaltige strategische Aufstellung der Stadtwerke. Der Rückkauf wird zurzeit verhandelt. Danach wird über einen erneuten Verkauf zu entscheiden sein.	Derzeit nicht bezifferbar	ja	BSG
62	B96	Energiesparererziehung	In den Schulen soll das Thema "verantwortungsvoller Umgang mit Ressourcen" als Unterrichtsfach in den Unterricht aufgenommen werden, da der Einsatz energiesparender Technologie allein nicht ausreicht, um den wachsenden Energiebedarf zu begrenzen. Zum Beispiel Computer ausschalten, wenn er nicht gebraucht wird, Kürze Wege per Fahrrad oder zu Fuß zurücklegen... Von der Einsparung werden erst unsere Kinder profitieren, aber sie ist nachhaltig.	Investitionsmaßnahme	Über 250.000 €	196	8	23	173	3	Sonstiges	Unterrichtsinhalte werden vom Land NRW in Richtlinien und Lehrplänen festgelegt; die Anregung fällt also nicht in den Verantwortungs- und Kompetenzbereich der Stadt Solingen.	0 €	nein	40
63	B125	Zusammenlegung der Gleichstellungsstellen	Prüfung der rechtlichen Möglichkeiten zur Zusammenlegung der Gleichstellungsstellen	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	190	10	20	170	4	Verwaltung und Ge-	Die Bestellung je einer hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten für	0 €	nein	16

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			der drei bergischen Städte und anschl. Durchführung								bäude	die drei bergischen Großstädte ist gesetzlich vorgegeben (Gemeindeordnung NRW und Landesgleichstellungsgesetz). Hierzu zählt auch eine ausreichende sächliche und personelle Ausstattung (Verwaltungskraft) der Gleichstellungsstellen.			
64	B24	Streichung der Baumschutzsatzung	Die Baumschutzsatzung sollte ersatzlos gestrichen werden. In einer Stadt wie Solingen mit einem so hohen Grünanteil ist diese Satzung völlig sinnlos. Sie gängelt die Solinger Bürger und führt zu unnötiger Bürokratie.	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	240	17	71	169	6	Verkehr, Natur und Umwelt	Der Rat der Stadt Solingen ist in seiner Sitzung am 08.07.2010 dem Verwaltungsvorschlag zur Aufhebung der Baumschutzsatzung (HSK-Maßnahme 231) nicht gefolgt. Die Einsparvorgabe wurde von 54.000,- € auf 10.000,- € gesenkt, verbunden mit dem Hinweis, den Baumschutz in Solingen zu erhalten, aber den Verwaltungsaufwand hierfür zu senken. Dies wurde mit Änderung der Baumschutzsatzung vom 12.04.2012 umgesetzt.	Theoretisch 44.000 €	ja	67
65	B108	Stadtbezirke reduzieren	Die Anzahl von 5 Stadtbezirken und die damit verbundene Anzahl von Politikern und öffentlichen Aufgaben sollte mindestens auf 2-3 Stadtbezirke reduziert werden.	Sparvorschlag	Keine Angabe	199	17	31	168	3	Verwaltung und Gebäude	Die Bestimmungen der Gemeindeordnung lassen eine Reduktion der Anzahl der Stadtbezirke und damit der Bezirksvertretungen auf min. drei zum Ende der Wahlzeit des Rates (hier 2014) zu. Mit Beschluss vom 08.07.2010 hat der Rat einen entsprechenden Antrag abgelehnt.	60.000 €	Ist bereits in der HSK-Maßnahme M265 enthalten	10
66	B64	Patenschaft für Spielplätze	Die Stadt sollte die privaten Patenschaften für Spielplätze als zweckgebundene Spende mit Feed-Back zur jeweiligen Nutzung einrichten.	Einnahmenvorschlag	Bis 10.000 €	213	21	46	167	1	Sport und Freizeit	Leider kann nicht nachvollzogen werden, was mit dem Vorschlag inhaltlich gemeint ist. Daher kann z. Z. auch keine Stellungnahme und keine Umsetzungsprognose erstellt werden. Damit der Vorschlag nicht gänzlich verloren geht, wird der Ersteller um Erläuterung über E-Mail: h.schulten@solingen.de gebeten	0 €	nein	52
67	B63	Verwaltungskantine	Einsparung beim Personal bzw. der Ausstattung der Verwaltungskantine. Warum muss bei Neueröffnung der Kantine Bonner Str. die Ausstattung komplett neu sein, sowie das Personal ausgetauscht werden. Neueinarbeitung kostet Zeit und somit Geld.	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	212	25	46	166	2	Verwaltung und Gebäude	Die Verwaltung zahlt keinen Zuschuss mehr für die Kantine. Die Preise wurden entsprechend erhöht. Das Angebot, was mit einem Minimum an Personal aufrecht erhalten wird, ist kostendeckend.	0 €	Bereits umgesetzt	801
68	B154	Abbau der Hierarchie in der Verwaltung	Bei den Dezernenten sind sogenannte Ressort Koordinatoren angesiedelt. Personal, das unzureichendes kommunales Fachwissen hat und fließende Prozesse aufhält und/oder blockiert. Ich schlage vor, diese Stellen zu streichen und die Arbeit auf die Amtsleiter zurückzuführen. Diese Amtsleiter haben diese Aufgaben früher zur vollsten Zufriedenheit der Verwaltung ausgeführt. Bei ca. 7 bis 10 Koordinator Stellen könnten real bis zu 500.000 € im Jahr eingespart werden. Dieser Schritt wäre auch ein nachvollziehbarer Beweis zum Abbau von Hierarchien im Amt.	Sparvorschlag	Über 250.000 €	184	14	19	165	2	Verwaltung und Gebäude	Die Ressortkoordinatoren sind keine zusätzliche Hierarchieebene sondern als Stabsfunktion z. B. in organisatorischen Fragen steuerungsunterstützend für die Ressortleiter. Sollte diese Funktion nicht mehr in den Ressorts wahrgenommen werden, müssten diese Kapazitäten zentral vorgehalten werden.	0 €	Nein	11

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
69	B14	Bürokratieabbau!	Meiner Meinung nach ist ein einfacher und schneller Weg Geld in die Kassen zu bekommen, die Bürokratie in Solingen zu vereinfachen und nach Möglichkeit 5 gerade sein zu lassen, da viele Personen, welche aus umliegenden Kreisen und Städten kommen, sich immer und immer wieder darüber beschweren, dass in allen anderen Städten alles viel einfacher und schneller bearbeitet und entschieden wird und die Auslegungssache hier in Solingen sehr sehr eigenwillig ist.	Einnahmenvorschlag	Über 250.000 €	201	51	37	164	2	Verwaltung und Gebäude	Der Vorschlag ist zu pauschal und unkonkret für eine Umsetzungsprüfung durch die Verwaltung.	0 €	Nein	
70	B84	kein kostenloser Eintritt bei Ausstellungseröffnungen	Auch bei Ausstellungseröffnungen in städtischen Museen (Bsp. Klängenmuseum, Kunstmuseum) sollte bei Ausstellungseröffnungen Eintritt gezahlt werden und nicht der Eintritt kostenlos möglich sein. Alternative wäre ein ermäßigtes Eintrittsgeld, wenn die Museen Bedenken hätten, ihnen würden dann bei der Eröffnung die Besucher fehlen. So könnte vermieden werden, dass viele Besucher nur zur "kostenlosen" Eröffnung kommen und später nicht mehr.	Einnahmenvorschlag	Bis 10.000 €	204	15	41	163	1	Kultur und Veranstaltungen	Der Vorschlag ist umsetzbar. Vorherige Information auf den gedruckten Einladungskarten notwendig. Zu beachten: Mitglieder des Fördervereins haben freien Eintritt. Es besteht eine gewisse Gefahr, dass sich einige Besucher durch das Eintrittsgeld abhalten lassen. Möglichst alle Museen in Solingen sollten sich einer solchen Regelung anschließen.	3.000 € (vorsichtige Kalkulation mit 3 Eröffnungen und 2 Eventtagen im Jahr)	ja	45
71	B106	Ordnungswidrigkeiten besser überprüfen	Mehr mobile Mitarbeiter für das Ordnungsamt einstellen, die z.B. Dauerhaft die Bahnhöfe und stark frequentierten Bushaltestellen, z.B. Graf-Wilhelm-Platz etc. kontrollieren. Lt. Broschüre des Ordnungsamtes vom März 2012 kostet z. B. Das Spucken auf Straßen und öffentlichen Anlagen 25 €, das Wegwerfen von Papiertaschentüchern oder Zigarettenskippen 25 €, das Wegwerfen von Zeitschriften Kaugummis etc. 25 € diese Ordnungswidrigkeiten konnten der Stadtkasse zahlreiche Eingänge bringen und zusätzlich würden zentrale Plätze sauber gehalten werden und eine Sensibilisierung für die Benutzung von Mülleimern könnte erfolgen?	Einnahmenvorschlag	Bis 10.000 €	195	14	32	163	1	Verkehr, Natur und Umwelt	Wie viele vergleichbare Kommunen auch, hält das städt. Ordnungsamt Personal nur für die sogenannten Pflichtaufgaben bereit. Kontrollgänge gehören zu den freiwilligen Aufgaben, die nur dann möglich sind, wenn keine Pflichtaufgaben vorrangig zu erledigen sind. Um kontinuierlich und flächendeckend kontrollieren zu können, ist die Schaffung eines Streifendienstes mit einer Personalstärke von mind. 8 Personen erforderlich. Die Kosten hierfür würden sich auf ca. 400.000 €/anno belaufen. Da das Höchstverwarngeld gesetzlich auf 35,-€ gedeckelt ist, ist mit max. 10.000 bis 15.000 € an zusätzlichen Einnahmen zu rechnen. Für die Bereiche der DB-Haltepunkte gilt zudem die Besonderheit, dass hierfür die Bundespolizei allein zuständig ist.	0 €	nein	32
72	B173	Weniger Partys organisieren	Man könnte auch eine Menge Geld sparen, wenn die Stadt nicht noch Geld für Geburtstagsfeiern mit allem drum und dran, für "Ehemalige" ausgeben würde. Eine nette Karte und ein herzlicher Händedruck würden es bestimmt auch tun.	Sparvorschlag	Keine Angabe	189	10	26	163	3	Verwaltung und Gebäude	Eine Bezuschussung privater Geburtstagsfeiern findet nicht statt. Die Repräsentation der Gebietskörperschaft Solingen umfasst vielfältige, individuelle Veranstaltungen, die in jedem Einzelfall abgewogen werden und keinem regelmäßigen Turnus unterliegen. Daher sind diese einer strukturellen Haushaltsbetrachtung nicht zugänglich.	0 €	nein	10
73	B163	Verpachtung von Dachflächen	Wer kein Eigenkapital hat, kann keine Photovoltaikanlagen zur Eigennutzung installieren - dies trifft wohl auf unsere Stadt zu. Mein Vorschlag wäre, die Dachflächen der stadteigenen Gebäude zu verpachten.	Einnahmenvorschlag	Über 250.000 €	174	15	12	162	2	Finanzen	Die Stadt Solingen versucht seit längerer Zeit Dächer, die statisch geeignet und keinen Instandhaltungszustand aufweisen, zu verpachten. So wur-	Einmalig ca. 20.000 Euro (abgezinst) Pacht für 20	ja	23

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			nen Gebäude für den Betrieb von Photovoltaikanlagen zu verpachten. Die genaue Größenordnung der Dachflächen ist mir unbekannt, es gibt derzeit Anbieter, die zahlen ca. € 0,55 /Quadratmeter je Jahr. Bei ca. 23.000 qm würden so in 20 Jahren über € 250.000 an Pachteinnahe erzielt werden können. Eine Vorauspacht als Einmalzahlung ist teilweise möglich! Vielleicht lassen sich auch "nicht vermittelbare Gewerbegrundstücke" für einen solchen Zweck verpachten? Besser einen Pachterlös im Stadtsäckel als keinen Euro.									den z.B. für die sanierten Dächer des Mildred-Scheel-Berufskollegs Investoren gesucht. Obwohl die Dächer gute Voraussetzungen für Photovoltaikanlagen bieten und Vorbereitungen für den Aufbau einer entsprechenden Anlage bei der energetischen Sanierung berücksichtigt wurden, verliefen alle bisherigen Gespräche erfolglos. Es stehen weitere Gespräche mit potentiellen Pächtern an, denen geeignete Dachflächen angeboten werden.	Jahre) oder ca. 1.500 Euro pro Jahr 20 Jahre lang. Der damit verbundene Personalaufwand kann nicht abgeschätzt werden.		
74	B88	Wasserverbandsbeiträge überprüfen	Es wird wohl Gründe dafür geben, dass die Wasserverbandsbeiträge 2012 an den Bergisch Rheinischen Wasserverband mehr als das doppelte der Beiträge an den Wupperverband betragen. Unverständlich ist jedoch die Tatsache, dass die Wupperverband-Beiträge in den Folgejahren vermindert werden, während die Beiträge an den BRW steigen! Die Beitragsbescheide der Wasserverbände sollten kritisch überprüft werden.	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	167	27	5	162	0	Verkehr, Natur und Umwelt	Die Beiträge betreffen überwiegend die Entwässerungsgebühren. Die Beiträge werden durch die dortigen politischen Gremien „überprüft“ und letztendlich festgelegt. Bereits seit ca. 3 Jahren läuft ein Verfahren mit welchem die Bemessungsgrundlage für die Beitragserhebung angefochten wird. Zurzeit sind jedoch noch nicht alle Rechtsmittel erschöpft, so dass hierzu keine endgültige Stellungnahme abgegeben werden kann.	Noch offen	Noch offen	67 / TBS
75	B65	Baumschutzsatzung	Die Baumschutzsatzung sollte endgültig abgeschafft werden und nicht nur inhaltlich reduziert, da die damit erwarteten Einsparungen eh nicht erreicht werden. Solingen ist umgeben von Wald so dass bei Hauseigentümern nicht darauf geachtet werden muss, ob Bäume ab einem bestimmten Umfang gefällt werden können bzw. dürfen. Das für die Einhaltung dieser überflüssigen Satzung vorgehaltene Personal kann endgültig eingespart werden.	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	239	11	78	161	13	Verkehr, Natur und Umwelt	Der Rat der Stadt Solingen ist in seiner Sitzung am 08.07.2010 dem Verwaltungsvorschlag zur Aufhebung der Baumschutzsatzung (HSK-Maßnahme 231) nicht gefolgt. Die Einsparvorgabe wurde von 54.000,- € auf 10.000,- € gesenkt, verbunden mit dem Hinweis, den Baumschutz in Solingen zu erhalten, aber den Verwaltungsaufwand hierfür zu senken. Dies wurde mit Änderung der Baumschutzsatzung vom 12.04.2012 umgesetzt.	Theoretisch 44.000 €	ja	67
76	B127	Starenkasten Viehbachtalstrasse	Verursacht durch Raser finden auf der Viehbachtalstrasse immer wieder Unfälle statt. Diese Raser und alle die, die meinen, sich nicht an Verkehrsregeln halten zu müssen, sollten durch beidseits aufgestellte "Blitzer" zu Kasse gebeten werden.	Einnahmenvorschlag	Bis 250.000 €	207	12	47	160	11	Verkehr, Natur und Umwelt	Auf Bundesautobahnen und autobahnähnlichen Straßen sind die stationären Messstellen der Kreisordnungsbehörde im Einvernehmen mit der Bezirksregierung und dem Landesbetrieb Straßenbau NRW unter Beteiligung der Unfallkommission festzulegen; wird aus Gründen des Lärmschutzes oder der Luftreinhalteplanung eine Geschwindigkeitsbegrenzung festgelegt, bedarf es keiner Beteiligung der Unfallkommission (Ziffer 48.34 VV OBG NRW). Es ist also zunächst zu klären, ob eine Messstelle dort genehmigungsfähig ist. Investitionskosten ca. 80.000 EUR, Personalmehrbedarf 1,0 Stel-	150.000 EUR	Wenn gesetzliche Voraussetzungen erfüllt, dann ja	32

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
												lenanteil			
77	B90	Taxis Hauptbahnhof	Für zwei Taxen direkt vor dem Hauptbahnhof Plätze einrichten, dies ist durchaus üblich in einer Großstadt, wie Solingen gern von den Politikern bezeichnet wird. Abmontieren der Halteverbotsschilder hinter dem Hauptbahnhof, denn dort stehen seit geraumer Zeit keine Taxen mehr.	Investitionsmaßnahme	Bis 10.000 €	182	25	22	160	2	Sonstiges	Der Vorschlag ist unzulässig, da weder ein Spar- noch ein Einnahmefeffekt damit verbunden sind.	0 €	Nein	
78	B211	Laternen später anschalten	Mein Vorschlag: Viele Laternen in Solingen erhellen die Straßen schon, obwohl es noch hell ist und man noch ausreichende Sicht hat. Die Laternen könnten erst angeschaltet werden, wenn es dunkel wird. Ich weiß nicht, ob es viel Aufwand macht, sie je nach Sonnenuntergangszeit anzuschalten. Also, dass die Laternen jeden Tag um eine andere Uhrzeit angehen. Eben dann, wenn man sie benötigt. Beobachtet habe ich auch, dass viele Schulen (Schulhöfe) ihre Lichter bis spät abends / nachts anhaben, obwohl dort keiner mehr ist.	Sparvorschlag	Keine Angabe	174	16	14	160	2	Verkehr, Natur und Umwelt	Die städtische Straßenbeleuchtung wird bereits durch sogenannte Dämmerungsschalter in Abhängigkeit von der Helligkeit individuell geschaltet. Bereits im Rahmen der Umsetzung der HSK-Maßnahme „Reduzierung der Brenndauer und energetische Sanierung der Straßenbeleuchtung“ wurden die Schaltzeitpunkte von 40 Lux auf 30 Lux verändert. So konnte die Brenndauer im Jahresdurchschnitt um ca. 30 Minuten pro Tag reduziert werden.	42.000 € pro r.	bereits umgesetzt.	61 / TBS
79	B7	Zeitliche Befristung der Ratssitzung	Maximale Dauer auf 3 Stunden befristen. Dadurch kann Streit vermieden oder evtl. auf die Zeit nach der vergüteten Sitzung verlegen. Keine Aufwandsentschädigung für Überlängen.	Sparvorschlag	Bis 10.000 €	217	40	58	159	8	Verwaltung und Gebäude	Das Sitzungsgeld wird nicht nach der Dauer der Sitzung bemessen (Ausnahme bei Sitzungsdauer über 6 Stunden). Darüber hinaus würde eine Begrenzung der Dauer zu einer Erhöhung der Anzahl der Sitzungen führen. Damit wäre der Einspareffekt aufgehoben.	0 €	nein	10
80	B176	Kreisverkehre bewirtschaften	Die Pflege von Kreisverkehren können (nach dem Vorbild des Nachbarlandes Frankreich) von Firmen (z.B. Gärtnereien, Baumärkten) gestaltet und gepflegt werden. Im Gegenzug bekommen diese die Möglichkeit, auf der Fläche kleine Werbetafeln aufzustellen. Dies funktioniert im Ausland gut. Dort gibt es quasi Wettbewerbe unter den Firmen um den originellsten Kreisverkehr. Das hat auch den positiven Nebeneffekt der Attraktivierung des Stadtbildes.	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	175	6	16	159	1	Verkehr, Natur und Umwelt	Grundsätzlich kämen für diesen Vorschlag derzeit 7 Kreisverkehre in Betracht (Graf-Wilhelm-Platz, Mangenberger Str., Siebels, Frankenstr. und 3 Kreisverkehre Wiefeldicker Str./In der Gemarkte). Bei einer möglichen Übertragung der Gestaltung sowie von Unterhaltungs- und Pflegeleistungen des Straßengrüns innerhalb der Kreisverkehrsfläche gegen Einräumung eines Werbenutzungsrechts wäre zu beachten, dass die Unterhaltung des Baumbestandes aufgrund der sicherzustellenden Verkehrssicherheit bei der Stadt verbleibt. Außerdem wäre eine solche Werbenutzung im Hinblick auf den bestehenden Werbenutzungsvertrag mit der Fa. DSM/Ströer abzustimmen und zu vereinbaren. Bei der werblichen Ausstattung der Kreisverkehre sind die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs sowie des Ortsbildes zu beachten.	Durch die Übertragung der Grünunterhaltung und -pflege (mit Ausnahme der Baumpflege) sämtlicher 7 Kreisverkehre könnten jährlich insgesamt ca. 5.500 € eingespart werden.	Ja, der Vorschlag könnte am Beispiel des Kreisverkehrs Mangenberg im Hinblick auf die örtliche Nähe zum dort ansässigen Baumarkt ausprobiert werden.	61 / 67 / TBS
81	B227	Wahlparty	Wahlpartys im Theater sollten nicht mehr durchgeführt werden. Diese schlecht besuchten Veranstaltungen sind lediglich ein Schaukasten der Politiker und Parteien. Wenn diese	Sparvorschlag	Bis 10.000 €	176	7	19	157	5	Kultur und Veranstaltungen	Die örtlichen Ergebnisse bei demokratischen Wahlen sind sowohl für Bürger/innen als auch für Medien teilweise von hohem Interesse.	max. 2.000 €	nein	10

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			eine solche Veranstaltung für nötig erachten, sollen sie sich mit einer ähnlichen Veranstaltung im Theater oder anderen Räumlichkeiten einmieten und alle entstehenden Kosten (Personal, Technik, Räume etc.) selbst tragen. Daher ist dies sowohl ein Sparvorschlag (Veranstaltung nicht durchführen), als auch ein Einnahmenvorschlag (bei Durchführung entsprechende Einnahmen).									Durch technische Umstellung konnten die Kosten der Wahlergebnispräsentation im Vergleich zu früheren Wahlen um 75 % gesenkt werden. Als wesentlicher Kostenfaktor bleibt lediglich die interne Miete des Konzerthauses.			
82	B48	Dienstfahrzeug des Oberbürgermeisters	Der Oberbürgermeister sollte beim Auslaufen des Leasingvertrages zu seinem Dienstfahrzeug mehr Respekt gegenüber dem Bürger zeigen und ein Fahrzeug der Marke Dacia wählen. Diese Marke passt besser zur Haushaltslage. Das müssen die Bürger auch tun, wenn die Stadt ihnen über Parkraumbewirtschaftung (schönes Wort) und unsinnige, aber einträgliche Blitzerstandorte das Geld aus der Tasche gezogen wird.	Sparvorschlag	Bis 250.000 €	240	23	85	155	11	Verwaltung und Gebäude	Der Oberbürgermeister repräsentiert die Stadt Solingen bei vielen Gelegenheiten. Wegen der Enge des Terminplans wird der Wagen als rollendes Büro genutzt, also einiges an Akten mitgenommen, das in einem Taxi nicht liegen bleiben sollte. Die aktuelle Variante ist gemessen an der Kilometerleistung die wirtschaftlichste Lösung.	0 €	nein	10
83	B77	Abgaben und Umlagen an übergeordnete Verbände/LVR	Wie steht es mit Abgaben und Umlagen an regionale oder Landesverbände, z.B. den LVR? Müssen nicht sämtliche Mitgliedsbeiträge und Umlagen an Verbände und übergeordnete Organisationen überprüft und gegebenenfalls gesenkt werden? Wenn kein Geld da ist, kann man sich keine kostenträchtigen Mitgliedschaften leisten!	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	176	25	23	153	3	Finanzen	Mit der HSP-Maßnahme 14 „Kündigung von Mitgliedschaften“ werden alle Mitgliedschaften überprüft und ggf. gekündigt. In Umlageverbänden werden in den meisten Fällen Pflichtaufgaben erfüllt. Und auch die Verbände stehen unter Druck zu sparen. Je nach Struktur eines Verbandes ist der Einfluss der Stadt Solingen eher gering (z.B. LVR); da wird über Städtetag oder Landkreistag Einfluss ausgeübt.	0 €	nein	20
84	B80	Besoldungsmitteilungen nicht mehr monatlich	Die Gehaltsmitteilungen der städt. Mitarbeiter werden bisher monatlich gedruckt und intern (ohne Porto) versandt. Dies sollte zukünftig nur noch bei Änderungen zum Vormonat geschehen.	Sparvorschlag	Bis 10.000 €	194	24	47	147	6	Verwaltung und Gebäude	Durch Verkauf von Werbung auf der Rückseite übersteigen die Einnahmen die Ausgaben. Weiterhin ist zu bedenken, dass z. B. durch den Abzug der privaten Telefonkosten bei fast allen Abrechnungen monatliche Änderungen zu verzeichnen sind. Anders wird bei den Versorgungsempfängern verfahren. Da hier zusätzlich Porto anfällt, werden Mitteilungen nur bei der (seltenen) Änderung der Bezüge versandt.	0 €	Nein	11
85	B119	Überprüfung von Fördermaßnahmen	Es soll die Nutzung von geförderten Maßnahmen überprüft werden, es lohnen sich solche nicht, wenn nur eine handvoll Menschen sie wahrnimmt. z.B. 2 Museumspädagogen für 5 Kinder oder.	Sparvorschlag	Keine Angabe	168	13	21	147		Bildung	Die Überprüfung der Sinnhaftigkeit von geförderten Angeboten ist grundsätzlich angezeigt. Die Selbstkontrolle durch die Einrichtung wird bei Notwendigkeit ergänzt durch Beschwerden des Publikums. 2 Museumspädagogen für 5 Kinder dürfte kein Regelfall sein. Vielleicht gibt es eine genauere Angabe dazu?	0 €	Nein	41
86	B38	Ratsmitglieder verzichten auf die Hälfte ihrer Sitzungsgelder	Ratsmitglieder verzichten auf die Hälfte ihrer Sitzungsgelder. Erklärt sich von selbst. Bei 75 und einem geschätzten Sitzungsgeld von 75 - 200 Euro im Monat wäre dies ein Ersparnis von ca. 281 - 7500 Euro pro Sitzung,	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	219	32	73	146	8	Finanzen	Die Sitzungsentschädigung ist geregelt durch die Sitzungsentschädigungsverordnung des Landes. Eine Veränderung der Zahlsumme ist weder durch Beschluss noch durch	0 €	nein	10

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
												Verzicht möglich.			
87	B233	Schluss mit Straßenflickerei	Länder wie Österreich oder die Schweiz machen es vor: Frostbeständige Asphaltmischungen verringern die Gefahr, dass während eines strengen Winters tiefe Risse oder Löcher entstehen. Besonders anfällige, da dicht befahrene und mehrfach geflickte Straßen sollten großflächig erneuert werden.	Sparvorschlag	Bis 250.000 €	153	10	7	146	3	Verkehr, Natur und Umwelt	Die Straßen unterliegen aufgrund der Nutzungsintensität, der Witterungseinflüsse u. mechanischer Eingriffe (z.B. Aufbrüche) einem hohen Verschleiß und damit auch einem Werteverzehr. Wird nicht ausreichend und rechtzeitig in die Erhaltung kommunaler Straßen investiert, schreitet der Verfall umso schneller fort. Eine von der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV) durchgeführte Studie belegt, dass die kleinflächige Schadensbeseitigung (Schlaglochflicken) gegenüber einer systematischen und plangemäßen Instandhaltungsstrategie über den Lebenszyklus einer Straße betrachtet langfristig das 1,25-fache an Kosten verursacht. Um langfristig die Gebrauchstauglichkeit und die Nutzungsqualität auf einem höheren Niveau zu gewährleisten sowie mittel- bis langfristig unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten das Straßenvermögen zu erhalten, ist eine systematische Erhaltungsstrategie mit planmäßigen Instandsetzungs- und Erneuerungsmaßnahmen geboten.	Bei Zugrundelegung des von der Fachkommission der FGSV vorgeschlagenen durchschnittlichen Finanzbedarfs bei Fahrbahnen i.H.v. 1,20 €/m ² /a müsste das Budget für den Straßenerhalt des Solinger Straßennetzes von ca. 3,76 Mio € auf ca. 6,18 Mio € erhöht werden.	ja ohnehin fachlich angestrebt.	61
88	B85	Optimierung und Konsequentes Arbeiten von Mitarbeiter der Stadt Solingen überprüfen	Es wird mal Zeit das die Optimierung und das Konsequente Arbeiten von Mitarbeitern der Stadt Solingen vorangetrieben und vor allem überprüft und überwacht wird. Man sieht es täglich. 5-6 Leute der Stadt Solingen stehen an einer Baustelle aber nur einer arbeitet. Der Rest steht gelangweilt daneben. Hände tief in der Tasche oder sitzt im Auto und schlürft Kaffee. Mann kann es leider täglich beobachten. Zu jeder Zeit. Nicht etwa nur zu üblichen Pausen Zeiten. So geht es nun mal nicht. Oft auch zu sehen am Ende der Viebachtalstr. wo sie die Sonne auf sich einwirken lassen.	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	179	28	34	145	5	Verwaltung und Gebäude	Der Vorschlag ist zu pauschal und unkonkret für eine Umsetzungsprüfung durch die Verwaltung, da bei Baumaßnahmen nicht immer städtische Mitarbeiter, sondern auch Mitarbeiter von externen Firmen vor Ort sind.	0 €	Nein	
89	B46	Weitere Einkommensgruppe bei Beiträgen für Kindergärten/-tagesstätten	Die Beitragssatzung für Kindergartengebühren sieht eine Staffelung bis zu einem Jahreseinkommen von 71.000 € vor. Darüber werden keine weiteren Unterteilungen mehr vorgenommen und es ist der maximale Beitragssatz zu bezahlen. Es sollte über die Einführung von mind. einer weiteren Staffelung nachgedacht werden. Aus sozialen und finanztechnischen Gründen würde die Einführung einer weiteren Einkommensgrenze (z.B.: 90.000) zu einer Verbesserung der aktuellen Situation führen. Einkommensschwache Bevölkerungsteile erleiden hierdurch keinen Nachteil und die Verwaltung kann mit den	Einnahmenvorschlag	Bis 50.000 €	197	25	53	144	6	Finanzen	Ca. 340 von insgesamt rund 6.800 Elternbeitragsfällen liegen in der Einkommensklasse über 71 T€. Der überwiegende Teil zahlt diesen Beitrag ohne Nachweis des Einkommens. Daher kann nicht ermittelt werden, wie hoch die Mehreinnahme bei einer weiteren Einkommensstufe wäre. Grundsätzlich bringt die weitere Stufe einen zusätzlichen Verwaltungsaufwand, weil alle Fälle unterhalb der neuen Höchststufe geprüft und berechnet werden müssten. Mögliche Mehreinnahme hängt von	Kann nicht eingeschätzt werden	Nein	51

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			Mehreinnahmen die Defizite im Bereich der Kinderbetreuung abfedern.									der mit der Festlegung der Beitragshöhen verbundenen Mehrbelastung der Einkommensgruppe ab. Siehe auch B 241.			
90	B204	Keine Hundesteuerbefreiung für langjährige Hartz 4- Empfänger	Meines Wissens zahlen Hartz 4 Empfänger in Solingen einen geringfügigen Hundesteuersatz. Laut einem Urteil eines NRW Oberverwaltungsgerichts steht der Stadt aber der volle Satz der Hundsteuer auch von Hartz 4 Empfängern zu. Eine einheitliche Berechnung für alle Hundehalter würde ich begrüßen. Ausnahme dürften nur befristet für diejenigen erteilt werden, die während der Hundehaltung in Hartz 4 rutschen. Für eine erneute Erhöhung der gesamten Hundesteuer bin ich nicht!	Einnahmenvorschlag	Bis 10.000 €	175	20	33	142	8	Finanzen	Die Solinger Hundesteuersatzung regelt in §5(3), dass für Hunde, die von Empfängern von Hilfe zum Lebensunterhalt bzw. Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII und Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II oder diesen gleichstehenden Personen gehalten werden, auf Antrag die Steuer auf ¼ des normalen Steuersatzes zu ermäßigen ist. Das gleiche gilt für Hunde, die zur Bewachung von landwirtschaftlichen Anwesen erforderlich sind, §5(2). Derzeit sind in Solingen 207 Ermäßigungssteuerfälle nach §5(3) registriert. In dem angeführten Urteil des OVG NRW vom 08.06.2010 wird eine auf 50% des Regelsteuersatzes ermäßigte Besteuerung als zulässig bestätigt, aber nicht ausdrücklich ausgeführt, dass die Hundesteuer bei vorgenanntem Personenkreis voll erhoben werden dürfe. Der Vorschlag könnte rechtssicher nur teilweise umgesetzt werden, indem die Steuer gem. §5 (2) und (3) nicht zum vollen Steuersatz, sondern nur zur Hälfte erhoben wird. Aufgrund Geringfügigkeit sollte eine Umsetzung des Vorschlages erst erfolgen, soweit die Satzung aus anderen Gründen geändert wird (siehe z.B. Vorschlag zu B18)	bis 7.000	teilweise	59 / 22
91	B19	Verwaltungskosten	Reduzierung der Verwaltungskosten um 30%. Deutliche Verringerung der Beteiligungsgesellschaften und damit der entsprechenden Leitungspositionen. Verschlankung der internen Abläufe durch Abschaffung interner Reporting und Berichtswesen. Definition des Kerngeschäftes und Konzentration auf das Kerngeschäft. Zusammenlegung mit Remscheid und Wuppertal bzw. Outsourcing von administrativen Verwaltungsbereichen (Personalwesen, Gebäudemanagement, Fuhrparkverwaltung, etc.), Reduzierung der Ausschüsse, Ausschusssitzungen, Bezirksvertretungen, etc. auf das gesetzliche Mindestmaß	Sparvorschlag	Keine Angabe	195	31	54	141	0	Verwaltung und Gebäude	Der Vorschlag ist zu unbestimmt. Dies betrifft sowohl den Begriff Verwaltungskosten (was ist damit gemeint? – der Overhead?) wie auch der Mix aus Abbau Leitungspositionen, Abbau von internen Berichten, Zusammenlegung von Kommunen oder kommunalen Aufgaben. Dieser Vorschlag ist unmöglich zu bewerten, hinsichtlich Reduzierung Bezirksvertretung siehe auch B 71 (Seite 1).	0 €	nein	11
92	B40	Konsequente Überwachung von Baumaßnahmen	Verschiedene Baumaßnahmen, wie z. Bsp. Absenkung von Bordsteinen, um auf Grundstücke zu fahren, sollen von genehmig-	Einnahmenvorschlag	Bis 50.000 €	186	32	45	141	0	Verwaltung und Gebäude	Baumaßnahmen bedürfen i.d.R. einer Baugenehmigung. Einzelne Maßnahmen (hier: Absenkung von	0 €	Wird bereits durchge-	32 / 61

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			ten Firmen ausgeführt werden. Dies bedarf einer kostenpfl. Genehmigung. Jedoch wird das, meistens durch Gartenbaubetriebe, einfach umgangen, und diese Maßnahmen ohne Genehmigung durchgeführt. Folge: keine Gebühreneinnahme. Deshalb: Konsequente Verfolgung von Verstößen. Das gleiche gilt für Umzugsunternehmen, die einfach Gehwege sperren, das Aufstellen von Gerüsten im öffentl. Verkehrsraum. Vorschlag: Keine Genehmigung eingeholt: 10 fachen Beitrag 15 Verstöße mtl. Ä; Grundgebühr v. 30 € = 30 € x 15 x 12 Monate:									Bordsteinen) bedürfen eines handwerksrechtlichen Fachbetriebes und dürfen auch von GalaBau Firmen nur mit gesonderter Genehmigung durchgeführt werden. Umzugsunternehmen müssen eine Gehwegbreite von mindestens 1,20 m freihalten, sonst droht Verwarngeld. Gerüste auf Gehwegen haben grundsätzlich eine Sondernutzungserlaubnis, falls nein auch hier Einleitung eines Bußgeldverfahrens.		führt	
93	B36	Einnahmen beim Busverkehr steigern!	Durch den Ausbau von Jobtickets und attraktivere und bessere Verbindungen im ÖPNV könnten bisherige Autofahrer überzeugt werden auf den Bus und Zug umzusteigen! Dafür bedarf es allerdings eines besseren Angebots und einer Marketingkampagne im Bereich des ÖPNV.	Einnahmenvorschlag	Über 250.000 €	195	37	56	139	6	Verkehr, Natur und Umwelt	Ein Marketingkonzept befindet sich z. Zt. in der Umsetzungsphase, mit dem Ziel, auch den Absatz von Firmentickets zu steigern.	Die derzeitige Zielvorgabe bis 2013: 120.000 € Mehreinnahmen	ja ohnehin in Arbeit	61 / SWS
94	B187	Die Bürokratie der Behörden	Die Bürokratie der Solingen Behörden vereinfachen, verkürzt Wege, weniger Papierkram, weniger Personal	Sparvorschlag	Bis 10.000 €	151	11	16	135	4	Verwaltung und Gebäude	Der Vorschlag ist zu pauschal und unkonkret für eine Umsetzungsprüfung durch die Verwaltung.	0 €	Nein	
95	B146	Zuführung von Schulschwänzern	Notorische Schulschwänzer sollten von Angestellten des Ordnungsamts den Schulen zugeführt werden (wie in anderen Städten üblich); entstehende Kosten den Erziehungsberechtigten "berechnet" werden.	Einnahmenvorschlag	Bis 50.000 €	161	16	27	134	2	Bildung	Schulschwänzer werden im Bedarfsfalle im Rahmen der personellen Möglichkeiten zugeführt. Die Kosten hierfür können aber nicht geltend gemacht werden. Gegen die Erziehungsberechtigten wird allerdings ein Bußgeldverfahren eingeleitet.	0 €	Wird bereits durchgeführt	32
96	B112	Interkommunale Zusammenarbeit bei der Vereinnahmung von Steuern	In vielen Bereichen wird interkommunal schon erfolgreich zusammengearbeitet. Dies ist auch für die Vereinnahmung von Steuern nach meiner Auffassung durchaus denkbar und sinnvoll. Berechnung der Steuerhöhe, Erstellung des Bescheides und Vereinnahmung der gezahlten Steuer fallen in jeder Kommune in gleicher Art und Weise unabhängig von der Art der Steuer oder der Höhe des Steuersatzes an. Schon wenn nur zwei Kommunen die Aufgabe gemeinsam erledigen würden, würden eine Leitungs- und eine Stellvertretungsposition gespart.	Sparvorschlag	Bis 250.000 €	149	30	15	134	0	Finanzen	Die Aufgabenbereiche interkommunaler Zusammenarbeit werden im Rahmen der bergischen Lenkungsgruppe regelmäßig hinsichtlich möglicher Wirtschaftlichkeitspotentiale untersucht. Der Bereich Steuern wurde dabei zu keinem Zeitpunkt in Betracht gezogen, da hier keine Einsparungen zu erwarten sind. Derzeit werden innerhalb der Stadt diese Aufgaben an 2 Stellen (SD22 und TBS) wahrgenommen.	0 €	nein	11 / 22
97	B223	Verzicht auf Gutachter für jede Entscheidung	In Solingen wird für jede erforderliche Maßnahme oder Wunsch der Politiker zunächst ein Gutachten in Auftrag gegeben. Eine Stadtverwaltung in der Größe sollte selbst über genügend Fachleute (z.B. sind Sachbearbeiter der Bauaufsicht Bauingenieure, Betriebswirtschaftler in der Verwaltung etc.), um Maßnahmen und Planungen zu bewerten. Nur wenn Bewertungen und Einschätzungen von Experten benötigt werden, die nicht in der Stadtverwaltung verfügbar sind, sollte extern beauftragt werden und nicht auf Grund von Verantwortung, die die Verwaltung nicht tra-	Sparvorschlag	Bis 250.000 €	147	9	13	134	2	Finanzen	Dieser Vorschlag wurde im Rahmen der Produktkritik als Maßnahme 48 mit einem strukturellen Potential von 100.000 Euro p.a. aufgenommen (vorheriger zentraler Ansatz 200.000) und ist bereits realisiert. Nicht gemeint sind damit gesetzlich vorgeschriebene Abschlussprüfungen von Wirtschaftsprüfern, insbesondere für städtische Gesellschaften und Betriebe.	100.000 €	Bereits enthalten bzw. erfolgt	11

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			gen möchte.												
98	B32	Wagenbesetzungen bei Verkehrsüberwachungen	Warum müssen bei manchen Wagen der Verkehrsüberwachung zwei Mitarbeiter im Wagen sitzen? Diese Kosten könnten halbiert werden!	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	191	33	58	133	6	Verkehr, Natur und Umwelt	Bei der Geschwindigkeitskontrolle durch die Stadt Solingen ist zu unterscheiden zwischen präventiver und repressiver Überwachung. Im sog. Tempodisplay-Fahrzeug, welches die Verkehrsteilnehmer lediglich mittels Anzeige auf ihre aktuell gefahrene Geschwindigkeit hinweist, sitzen vom JobCenter vermittelte Menschen, welche im Rahmen gemeinnütziger zusätzlicher Arbeit überwiegend zu zweit zeitgleich das Fahrzeug und das darauf befindliche Display betreiben. Personalkosten für die Stadt Solingen fallen hierbei nicht an. Die 2 von der Stadt Solingen betriebenen Messfahrzeuge sind überwiegend mit nur je 1 Messwagenführer besetzt. Zu Ausbildungszwecken können sich jedoch auch schon einmal mehrere Personen im/am Fahrzeug befinden. Zudem kann die Messwagenbesetzung auf eine Dienstvereinbarung zwischen dem Oberbürgermeister und dem Personalrat zurückgreifen, demzufolge die Messfahrzeuge in den Abendstunden bei Bedarf mit 2 Personen besetzt werden, um dem erhöhten Sicherheitsbedürfnis der regelmäßigen Einsatzzeit bis 22 Uhr Rechnung zu tragen.	0 €	nein	32
99	B41	Einführung von Parkgebühren für städt. Bedienstete	Die Einführung von monatlichen Parkgebühren für städtische Bedienstete auf dem Rathausparkplatz Schlagbaum und Ohligs Engelsberger Hof. Privatleute müssen auch für Parkplätze zahlen. Ich bekomme auch keinen kostenlosen Parkplatz bei meiner Arbeitsstelle gestellt!	Sparvorschlag	Keine Angabe	225	25	95	130	9	Finanzen	Die Grundsatzentscheidung zum kostenpflichtigen Mitarbeiterparken ist getroffen. Nunmehr finden die abschließenden Verhandlungen mit dem Personalrat statt.	44.000 €	Bereits enthalten bzw. erfolgt	11
100	B94	Mithaftung von Entscheidungsträgern in Städtischer und Kommunalen Verwaltung	Ich schlage vor das jeder Entscheidungsträger einer Privaten Mithaftung für Investitionen unterliegt. Ich bin sicher das damit eine Sensibilisierung in den Ausgaben erfolgt und Bundesweit die Anzahl von katastrophalen Fehlentscheidungen dramatisch sinkt. Bundesweit ist hier ein mehrstelliger Millionenbetrag als Einsparungspotential zu erwarten	Sparvorschlag	Über 250.000 €	172	22	43	129	7	Finanzen	Die Haftung der kommunalen Entscheidungsträger in Rat und Verwaltung ist in bundes- bzw. landesrechtlichen Vorschriften geregelt, die nicht zur Disposition der einzelnen Städte stehen. Die Haftung der Ratsmitglieder ist in § 43 Abs. 4 GO NRW geregelt. Sie haften, wenn die Gemeinde infolge eines Ratsbeschlusses einen Schaden erleidet, in folgenden Fällen: - bei vorsätzlicher oder grob fahrlässiger Verletzung ihrer Pflichten	0 €	nein	30

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
												<p>- bei Mitwirkung an einer Beschlussfassung trotz Vorliegen eines Ausschließungsgrundes, der ihnen bekannt war (Bsp.: Befangenheit wegen persönlicher Betroffenheit)</p> <p>- bei Bewilligung von Aufwendungen und Auszahlungen, für die das Gesetz oder die Haushaltssatzung keine Ermächtigung vorsieht, sofern nicht gleichzeitig die erforderlichen Deckungsmittel bereitgestellt werden.</p> <p>Beamte sind nach § 48 BeamtStG zum Ersatz der Schäden verpflichtet, die durch eine vorsätzliche oder grob fahrlässige Verletzung ihrer Pflichten entstehen. Für die städtischen Angestellten findet sich im TVöD eine entsprechende Regelung.</p> <p>Da die Stadt keine strengere Regelung einführen kann, ist der Bürger-vorschlag nicht umsetzbar und daher nicht mit einer Kosteneinsparung verbunden."</p>			
101	B28	Fahrzeugbeschriftungen	Müssen alle Dienstfahrzeuge der verschiedenen Ämter auf den Türen und auf dem Heck stehen haben, von welcher Dienststelle sie kommen? Bei dem Fahrzeugbestand lassen sich etliche Siebdruck- und Plotterkosten sparen.	Sparvorschlag	Bis 10.000 €	177	45	49	128	0	Verwaltung und Gebäude	Beschriftungen sind z.T. gesetzlich vorgeschrieben (z.B. Feuerwehr, Ordnungsbehörde etc.). Auf andere Beschriftungen kann sicherlich verzichtet werden. Die Beschriftungen der TBS Fahrzeuge unterliegen nicht alle dem städtischen Haushalt sondern sind gebührenrelevant.	Die Einsparung für den Haushalt liegt bei unter 1.000 Euro.	Ja ?	TBS
102	B157	Schulklassenrenovierung	Es ist ja eh inzwischen Standard das Eltern die Klassenzimmer regelmäßig streichen, was ja auch sehr erfreulich ist und der Stadt einiges an Geld einspart und den Schülern einen immer freundlichen Klassenraum. Nun ich bin selbst gelernter Maler und Lackierer und kann mich noch gut an die Berufsschule erinnern und auch an die Arbeitswochen. Und habe mich damals schon über die Arbeitsverschwendung geärgert, als Lehrling einen ca. 6-8 qm Wand, von Tapete zu befreien dann abzuspachteln und dann neu zutapezieren und zu streichen. Diese Arbeitskraft könnte man auch sinn voller einsetzen in den Klassenzimmern. Da würde dann auch die TSV-Turnhalle in Aufderhöhe die Dachdeckerinnung grüssen.	Sparvorschlag	Bis 10.000 €	140	36	13	127	2	Verwaltung und Gebäude	Der Vorschlag ist mit der Berufsschulleitung abzustimmen.	Keine Angabe	Keine Angabe	23
103	B250	Straßenlaternen und Ampeln mit LED-Lampen ausstatten	so viel wie möglich die Ampeln und Straßenlaternen mit LED-Lichter umrüsten ausstatten um Strom und Geld zu sparen auf lange sicht	Sparvorschlag	Keine Angabe	133	3	7	126	1	Verkehr, Natur und Umwelt	Die Stadt Solingen betreibt insgesamt 150 LSA. Davon werden zurzeit 11 LSA mit LED-Signalgebern betrieben. Von den restlichen 139 LSA können	Derzeit nicht abschätzbar.	Lichtsignalanlagen: Ja, im Rahmen	61 / TBS

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
												aus technischen Gründen 73 nicht auf LED umgerüstet werden (die Steuergeräte sind zu alt) Bei den restlichen 66 LSA wäre eine Umrüstung technisch möglich. Damit diese LSA mitLED-Signalen betrieben werden können, müssen neben dem Austausch der Signalgeber, die Steuergeräte der LSA umgerüstet werden. Durch die Umrüstung der Steuergeräte entstehen zusätzliche Investitionskosten, die innerhalb der Nutzungsdauer der Steuergeräte nicht mehr durch die Energieeinsparung der LED-Signale aufgefangen werden. Die generelle Umrüstung aller Altanlagen ist daher nicht wirtschaftlich. Die Umrüstung auf LED-Technik erfolgt deshalb sukzessive bei Neu- und Ersatzinvestitionen. Bei der Straßenbeleuchtung gibt es eine Teststrecke mit LED-Leuchten auf der Brühler Str. zwischen Birkerstr. und Rathausstr. und auf der Rathausstr. zwischen Brühler Str. und Bismarckstr. Eine weitere Teststrecke wird in 2012 auf der Schützenstraße eingerichtet.. Die Erfahrungen aus den Teststrecken werden in den nächsten 2 Jahren ausgewertet, um ggfls. eine Entscheidungsgrundlage für eine flächenhafte Umrüstung auf LED-Technik zu erhalten.			
104	B149	Reduzierung der Straßenreinigungszyklen	Als Anwohner der Friedrich-Ebert-Str. kann ich verfolgen, wie mehrmals innerhalb einer Kalenderwoche die Straße durch Reinigungsfahrzeuge früh morgens befahren und gekehrt wird. Vorschlag: Reduzierung der Reinigung der Hauptverkehrsstraßen auf maximal 1x wöchentlich. Nebenstraßen maximal alle 2 Wochen. Einsparung: Minderung der Anzahl der Reinigungsfahrzeuge, Mitarbeiter können flexibel für andere Bereiche eingesetzt werden.	Sparvorschlag	Bis 250.000 €	162	20	37	125	4	Verkehr, Natur und Umwelt	Die Straßenreinigung wird in Solingen auf Basis der gesetzlichen Vorgaben unter Beachtung der von den politischen Gremien beschlossenen Kostensenkungspotentiale durchgeführt. Die hierzu zugrunde liegenden Gebührenbedarfsberechnungen sind den Beschlussvorlagen zu entnehmen. Die Straßenreinigungsgebühr ist nicht haushaltsrelevant.	0 €	nein	TBS
105	B136	Verlängerung Wochenmarkt	Nach der kommenden Shopping-Center Eröffnung dürfte die Innenstadt belebter werden. Eine Verlängerung der Standzeit für die Marktstände könnte eine erhöhte Standmiete einbringen. Vielleicht ist ein täglicher Markt neben einem neuen Center eine Attraktion. Ich persönlich träume aber mehr von einer großen Markthalle im jetzigen C&A Gebäude. C&A plant bekannterweise einen Umzug in den Shopping Center.	Einnahmenvorschlag	Bis 50.000 €	147	38	23	124	3	Verwaltung und Gebäude	Nach den bisherigen Erfahrungen lässt die Nachfrage an Marktwaren im Laufe des Vormittages nach, sodass von Seiten der Marktbesucher kein Interesse an längeren Standzeiten besteht. Eine erhöhte Standmiete würde sich für diese nicht rechnen. Eine Mehreinnahme ist schon deshalb nicht möglich, da die Stadt keinen Gewinn mit der Durchführung	0 €	nein	32

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
												des Wochenmarktes machen darf, im Rahmen der Gebührenfestsetzung werden lediglich die lfd. Kosten umgelegt.			
106	B153	Zeitlich begrenzte Ermäßigung der Gewerbesteuer für neu hinzugezogene bzw. gegründete Unternehmen in Solingen	Der Gewerbesteuer-Hebesatz wird bekanntlich von der Gemeinde festgelegt. Dieser ist in Solingen im Vergleich zu benachbarten Städten verhältnismäßig hoch angesetzt. Um nun die Stadt Solingen für neue Unternehmen interessant zu machen bietet es sich meines Erachtens an, die gewerbesteuerliche Belastung für neu gegründete bzw. zugezogene Unternehmen für einen begrenzten Zeitraum (z.B. fünf Jahre ab Gründung / Zuzug) zu reduzieren (z.B. durch die Anwendung eines verminderten Gewerbesteuer-Hebesatzes). Sollte das Unternehmen innerhalb einer bestimmten Frist ab Gründung (z.B. 10 Jahre) aus Solingen abwandern, ist der Differenzbetrag zu einer normalen Gewerbesteuer durch das Unternehmen zu erstatten. Somit würden der Stadt Solingen in einem solchen Fall keinerlei gewerbesteuerlichen Verluste erwachsen. Ziel dieses Vorschlages ist es vornehmlich, die Stadt Solingen als Gewerbestandort attraktiver zu gestalten und somit mehr Unternehmen hierher zu bringen. Die anfänglichen Mindereinnahmen in Zusammenhang mit der Gewerbesteuer würden sich meines Erachtens durch die steigende Anzahl der gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen relativieren. Nach Ablauf der begünstigten Frist stünden dann der Stadt Solingen die vollen gewerbesteuerlichen Einnahmen durch eine höhere Zahl gewerbesteuerpflichtiger Unternehmen zur Verfügung.	Einnahmenvorschlag	Über 250.000 €	153	16	30	123	2	Finanzen	Für den Wettbewerb des Standortes Solingen ist eine niedrigere Gewerbesteuer von Vorteil. Kommunen mit hohen Gewerbesteuerhebesätzen werden nicht in der Lage sein, „steuerstarke“ Unternehmen für den Standort zu interessieren. Aber: Siehe Erläuterung zu Vorschlag B148; Laut Gewerbesteuergesetz muss weiterhin der Hebesatz für alle in Solingen vorhandenen Unternehmen der gleiche sein (vgl. § 16 Absatz 4 Satz 1 GewStG).	0 €	nein	22
107	B183	MVA Öffnungszeiten	Die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten wurde und wird u. a. mit Umsatzsteigerungspotenzial argumentiert. Die Öffnungszeiten der MVA sind als katastrophal und kundenfeindlich zu bezeichnen: Geöffnet ist in aller Regel nur, wenn die meisten Bürger arbeiten. Hinzu kommt, dass die unterschiedlichen Stellen (MVA / Bärenloch) auch noch unterschiedliche Öffnungs- bzw. Schließungszeiten haben. Die Ausweitung der Öffnungszeiten kann durch Schichtdienst ohne Personalaufstockung erreicht werden. Umzugsbedingt habe ich zuletzt viermal die MVA / Deponie an unterschiedlichen Tagen zu unterschiedlichen Tageszeiten aufgesucht. Jedes Mal war eine erhebliche Überkapazität an Personal feststellbar.	Einnahmenvorschlag	Bis 10.000 €	140	28	19	121	3	Verkehr, Natur und Umwelt	Bezüglich der Öffnungszeiten der Anlagen gab es im Jahr 2009/2010 eine Kundenumfrage, die im Ergebnis zur Beibehaltung der Öffnungszeiten führt. Eine Ausweitung zugunsten Kleinanlieferer führt zu einem höheren Defizit, da die Kleinanlieferentgelte „gesponsert“ sind.	0 €	nein	TBS
108	B232	Komplette Neugestaltung der Solinger Verkehrssituation	- Reduzierung der Ampelanlagen auf Nebenstraßen - Ersatz von Ampelanlagen durch Kreisverkehre	Sparvorschlag	Über 250.000 €	137	10	16	121	2	Verkehr, Natur und Umwelt	Diese aufgezählten Vorschläge gibt es bereits als Einzelvorschläge	0 €	nein	61

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			- Umstellung der Leuchtmittel auf energiesparende LED Technik - Abschaltung der weniger frequentierten Ampeln während der Nacht - "Grüne Welle" auf Hauptstraßen												
109	B179	Homeoffices	Überprüfung der vorhandenen Verwaltungsbereiche, welche Arbeiten im Zeitalter des Internets von zu Hause auch zu realisieren sind. Einsparung Verkehr/Büro/ bei 50/50 Lösung also eingesparte Fahrzeit zum Büro davon 50% als Arbeit zur Verfügung zu stellen. Es können bestimmt 30% der Arbeiten von einem Home Office in der Verwaltung umgesetzt werden -schont den Geldbeutel, und die Straßen/ Umwelt!	Sparvorschlag	Über 250.000 €	148	12	28	120	1	Verwaltung und Gebäude	Die Ausweitung der Telearbeit ist bereits beschlossen und als Maßnahme M 018 aufgenommen. Ersparte Zeitanteile bei Wegekosten dürfen nach Tarifvertrag nicht als zusätzliche Arbeitszeit eingefordert werden.	130.000 € Zunächst Mehraufwand für technische Ausstattung, Einsparungen durch erst durch Reduzierung der Büroarbeitsplätze	Bereits enthalten bzw. erfolgt	11
110	B203	Geplante elektronische Bus-Anzeigetafeln entlang der 683 streichen	Anfang dieses Jahres wurde beschlossen, entlang der Buslinie 683 (Burg-Innenstadt-Gräfrath-Vohwinkel) an 24 Haltestellen insgesamt 45 neue elektronische Bus-Anzeigetafeln aufzustellen. An sich ist das eine praktische Sache, allerdings in Zeiten städtischer Finanznot nicht sinnvoll. Die ausgehängten Papierfahrpläne informieren bereits über die Abfahrtszeit des nächsten Buses. Mal ganz davon abgesehen, dass die Linie wochentags eh im Zehnminutentakt verkehrt. Und wem das nicht reicht, der hat im Zeitalter von Smartphones und mobilem Internet ohne größere Probleme die Möglichkeit, sich online über den Fahrplan zu informieren. Das hier zu investierende Geld kann mit Sicherheit an anderen Stellen eingesetzt werden, wo es deutlich dringender benötigt wird.	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	156	10	37	119	5	Verkehr, Natur und Umwelt	Die Ausschreibung der Baumaßnahme ist zwischenzeitlich abgeschlossen, der Auftrag wurde vergeben. Die Ausstattung an der wichtigen O-Bus-Linie verbessert den Komfort zugunsten der Busbenutzer.	0 €	nein	SWS
111	B172	Alkoholverbot auf bestimmten Wegen und Plätzen der Stadt Sölingen	Die Vergangenheit zeigt, immer häufiger werden Wege und Grünanlagen durch Gruppen belagert, welche große Mengen Alkohol konsumieren und ihren Müll dort in die Natur entsorgen. Das Ergebnis sind Scherbenhaufen, Müll von Fastfood Restaurants und Unmengen Kippen an Plätzen, welche die Allgemeinheit mit viel Geld und Engagement trotz leerer Kassen in den letzten Jahren geschaffen und unerhalten hat. Wenn Politik wirklich etwas für die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt machen will, die arbeiten, Steuern zahlen und sich um diese Stadt bemühen und sich für diese Stadt interessieren und natürlich auch hier leben und sich wohl fühlen wollen, dann sollte Politik für bestimmte Bereiche, außerhalb gastronomischer Betriebe, ein absolutes Alkoholverbot per Straßensatzung verhängen (z.B. Südpark, Coppelpark, Vospeler Anlagen, Korkenziehertrasse, Müngstener Brückenpark etc.). Dadurch	Einnahmenvorschlag	Bis 50.000 €	155	11	36	119	9	Verkehr, Natur und Umwelt	Ein absolutes Alkoholverbot ist aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht möglich.	0 €	nein	32

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			würden Polizei und Ordnungsbehörde legitimiert, bei Kontrollen und Verstößen entsprechende Maßnahmen (Verwarnungsgelder, Bußgelder) zu ergreifen.												
112	B197	Vermarktung von Dachflächen auf Schulen, öffentlichen Gebäuden	Sehr geehrte Damen und Herren, durch die Vermarktung von Dachflächen, Fassadenflächen oder Aufstellmöglichkeiten für BHKW's bei Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden an interessierte Investoren könnten Einnahmen generiert werden. D. Müller	Einnahmenvorschlag	Bis 10.000 €	138	15	20	118	3	Verwaltung und Gebäude	a.) Die Stadt Solingen versucht seit längerer Zeit Dächer, die statisch geeignet und keinen Instandhaltungsstau aufweisen, zu verpachten. So wurden z.B. für die sanierten Dächer des Mildred-Scheel-Berufskollegs Investoren gesucht. Obwohl die Dächer gute Voraussetzungen für Photovoltaikanlagen bieten und Vorbereitungen für den Aufbau einer entsprechenden Anlage bei der energetischen Sanierung berücksichtigt wurden, verliefen alle bisherigen Gespräche erfolglos. Es stehen weitere Gespräche mit potentiellen Pächtern an, denen geeignete Dachflächen angeboten werden. b.) BHKW's werden zukünftig zur Erfüllung der Anforderungen des „Erneuerbaren-Energien-Wärme-Gesetz“ häufiger eingesetzt. Durch die unregelmäßige Wärmeabnahme in Schulen und Verwaltungsgebäuden ist ein Einsatz von BHKW's wirtschaftlich fraglich, da die nötigen Betriebsstunden nicht erreicht werden.	Zu a.) Einmalig ca. 20.000 Euro (abgezinst Pacht für 20 Jahre) oder ca. 1.500 Euro pro Jahr 20 Jahre lang. Der damit verbundene Personalaufwand kann nicht abgeschätzt werden. Zu b.) 0 €	Zu a.) ja Zu b.) nein	23
113	B91	Gewerbsteuer senken	Die unsinnige Regelung, dass Kommunen Ihre Hebesätze für Gewerbesteuern eigenständig festlegen können führt zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen. Firmen wandern z. T. aus Solingen mit dieser Argumentation in das nahe Umland ab. Damit fließen Einnahmen direkt in andere Kommunen und vor allem müssen die betroffenen Mitarbeiter höhere Aufwendungen für Ihre längeren Anfahrtsweg in Kauf nehmen, Da ohnehin durch den kommunalen Finanzausgleich die Mindereinnahmen zu einem hohen Grad kompensiert werden, muss Solingen schnell ein Zeichen setzen, in dem die im landesweiten Vergleich überdurchschnittlichen Hebesätze kurzfristig gesenkt werden, Dies ist das richtige Signal für alle Unternehmen am Standort Solingen und vor allem auch für ansiedlungswillige Unternehmen. Dieser Standortnachteil muss abgeschafft werden. Die Umlandgemeinden wie Langenfeld und Haan machen es uns vor. Langfristig wird Solingen davon extrem profitieren, da ansässige Unternehmen weniger Abwanderungsgedanken haben	Einnahmenvorschlag	Über 250.000 €	163	31	46	117	1	Finanzen	Für den Wettbewerb des Standortes Solingen ist eine niedrigere Gewerbesteuer von Vorteil. Kommunen mit hohen Gewerbesteuerhebesätzen werden nicht in der Lage sein, „steuerstarke“ Unternehmen für den Standort zu interessieren. Aber: Rechtliches Mit Urteil vom 27.10.2010 hat das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG 8 C 43.09) entscheiden, dass eine Gemeinde, welche einen nicht ausgeglichenen Haushalt hat, ihren Gewerbesteuerhebesatz nicht senken darf. Aus § 75 Gemeindeordnung NRW ergibt sich die haushaltsrechtliche Pflicht, alles zu unternehmen, um durch Zurückführung der Ausgaben und Erhöhung der Einnahmen dieses Ziel so schnell wie möglich zu erreichen. Insbesondere	0 €	nein	22 / Wifö

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			müssen und ansiedlungswillige Unternehmen den Standort Solingen in einem anderen Licht betrachten. Solingen hat es auf Grund der Standortnachteile wie der regen Topographie, unzureichende Autobahnanschlüsse etc. ohnehin schon schwerer im Wettbewerb zu bestehen. Weitere Nachteile sollten vermieden werden.									dere beinhaltet dies die Pflicht, von Einnahmen mindernden Maßnahmen - wie hier der Senkung eines Realsteuerhebesatzes - abzusehen. Erst wenn wieder ein ausgeglichener Haushalt vorliegt, erhält die Gemeinde ihren Handlungsspielraum zurück. Rechnerisches Die Gewerbesteuer ist die wichtigste Einnahmequelle der Stadt Solingen. Bei dem jetzigen Hebesatz von 475 % werden zurzeit für das Jahr 2012 von ca. 2.750 Steuerpflichtigen Gewerbesteuervorauszahlungen i .H. v. ca. 73.000.000 € gezahlt, ein Ergebnis, das sich nach 2013 fortschreiben ließe. Bei einer Hebesatzsenkung ab 2013 auf 300 % führte dies jedoch zu einem Gewerbesteuerrückgang um 26.900.000 €. Um das gleiche Gewerbesteuervorauszahlungsergebnis wie in 2012 zu erzielen, müssten ab 2013 ca. 1.600 neue Gewerbesteuerzahler gewonnen werden, die einen entsprechenden durchschnittlichen Gewerbeertrag erwirtschafteten, wie die bisherigen Solinger Gewerbesteuerzahler. Der Vorschlag ist aus v. g. Gründen nicht umsetzbar.			
114	B29	Leerstände zu Seniorenwohnungen	Leerstände im Innenstadtbereich, besonders die großflächigen Geschäftsräumen, in altersgerechte Wohnungen - betreutes Wohnen - altersgemischte WGs umwandeln.	Sparvorschlag	Über 250.000 €	164	42	48	116	3	Finanzen	Die Reduzierung von Leerständen, insbesondere im Bereich der Unteren Hauptstraße und auch der Goerdeler Straße, ist eine wichtige Teilmaßnahme aus dem Konzept City 2013, welches nach Vorliegen entsprechender Bewilligungen durch das Land nun umgesetzt wird. Als eine bedeutende Maßnahme zur Aufwertung der Unteren Hauptstraße ist es vorgesehen, gemeinsam mit den Eigentümern und Händlern vor Ort in etwa vom Bereich "Stein" bis zum Entenpfuhl einen städtebaulichen Wettbewerb durchzuführen, um eine neue Gestaltung für diesen Bereich zu erreichen. Die Aufwertung wird mit Fördermitteln unterstützt. Ziel ist es, die Standortvoraussetzungen für Betriebe und die Aufenthaltsqualität für Kunden/Besucher zu verbessern und letztlich auch den Leerstand zu	0 €	nein	60

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
												<p>reduzieren. Begleitet wird diese Maßnahme durch das Innenstadtbüro, welches ebenfalls im Rahmen des Projektes City 2013 aktuell eingerichtet wurde, um Maßnahmen - insbesondere auch zur Reduzierung von Leerstand - auf den Weg zu bringen.</p> <p>Darüber hinaus ist es vorgesehen - ebenfalls im Rahmen von City 2013 - die Möglichkeiten zur Attraktivierung des Wohnens in der Innenstadt durch die Erstellung eines entsprechenden Konzeptes zu thematisieren. Die Einflussmöglichkeiten der Verwaltung sind jedoch begrenzt.</p> <p>Ergänzend wird auf das Handlungskonzept Wohnen verwiesen, dass sich mit dem Bedarf an Seniorenwohnungen und seiner Deckung befasst. Daneben sei auch auf die Zuständigkeit des Unterausschusses Gender/Inklusion und Demografie verwiesen.</p>			
115	B185	Telefonanlage der Stadtverwaltung	Bei der städtischen Telefonanlage kann durch einen Wechsel von der Fa. Siemens auf einen preiswerteren Anbieter viel Geld eingespart werden.	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	129	37	14	115	3	Verwaltung und Gebäude	Der Einsparungsvorschlag ist über die HSK-Maßnahme M032 bereits insoweit realisiert, als die Telefonanlage von der Fa. Siemens abgemietet wurde. Dadurch konnten die 50.000 Euro bereits eingespart werden. Derzeit laufen die Ausschreibungsvorbereitungen für einen neuen Anbieter	50.000 €	Bereits enthalten bzw. erfolgt	11
116	B254	Post der Stadtverwaltung reduzieren	Briefe von Verwaltungsstellen bestehen häufig aus mehreren Seiten, wobei oftmals auf der zweiten Seite lediglich der Hinweis, dass "dieses Schreiben maschinell verarbeitet wurde und daher ohne Unterschrift gültig ist", zu finden ist. Es werden also unnötiger Weise mehrere Seiten Papier verschickt. Das ist ein Kostenpunkt, der sicherlich eingespart werden könnte, denn solche Schreiben könnten durch besseren Satz leicht auf eine Seite beschränkt werden. Das spart Papier und Toner, schont damit den Holzverbrauch und ist somit ein Beitrag zum Umweltschutz. Zugleich würden sicherlich auch Einsparungen beim Porto möglich sein. Bei der Stadtbücherei fällt zudem auf, dass bei Übertretung der Leihfrist ebenfalls Papierpost versandt wird, obschon die Bücherei meine E-Mail-Adresse gespeichert hat. Da davon auszugehen ist, dass der Versand der Erinnerung für die Leihfristübertretung automatisiert ist, das papierne Schreiben allerdings auch kuvertiert und frankiert werden muss, würde eine simple	Sparvorschlag	Keine Angabe	118	9	4	114	1	Verwaltung und Gebäude	Diese Idee ist dem Grunde nach positiv zu bewerten. Allerdings findet sie im Grundsatz der Schriftlichkeit des Verwaltungshandelns ihre Grenzen. Informationen werden bereits heute soweit möglich, per E-Mail ausgetauscht. Es sollte jedoch untersucht werden, ob durch optimierte Vordrucke hier Einsparungen erfolgen können.	10.000 €	Ja	11

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			Erinnerungsmail erhebliches Einsparungspotential erbringen. Zudem stellt sich mir generell die Frage, warum man Seitens der städtischen Verwaltungen nicht schon längst auf den Versand zertifizierter Emails umgestiegen ist, zumal die Post dieses Verfahren seit Jahren mit erheblichem Aufwand bewirbt.												
117	B198	Kapital aus Verkauf Anteile Stadtwerke besser nutzen	Meines Wissens wurde das Kapital, das bei der früheren Veräußerung der Stadtwerkeanteile an die MVV Mannheim eingenommen wurde, nicht ausgegeben sondern in Fonds oder anderweitig angelegt. Es ist dringend zu prüfen, ob das Geld richtig platziert ist. Eine Zinsdifferenz bis 1% kann hier sofort bis zu 1 Mio. Einsparung bzw. Einnahmen bedeuten.	Einnahmenvorschlag	Über 250.000 €	124	28	11	113	1	Finanzen	Die Geldanlage in Fonds ist beschlossen worden. Die Fonds werden professionell gemanagt und die Entwicklung ständig beobachtet und mit anderen Anlagen verglichen. Die Erträge entsprechen der Marktentwicklung.	Zu einem späteren Zeitpunkt bezifferbar	Ja, zu einem späteren Zeitpunkt	BSG
118	B264	Heizkosten senken in öffentlichen Gebäuden	Betriebsoptimierung mit Wettervorhersage-Steuerung wird schon erfolgreich in öffentlichen Gebäuden eingesetzt, es können Ersparnisse bis zu 30% erzielt werden. Weitere Informationen unter: http://www.bine.info/hauptnavigation/publikationen/projektinfos/publikat...	Sparvorschlag	Bis 250.000 €	115	10	2	113	0	Verwaltung und Gebäude	Der Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW testet die Steuerung in einigen Gebäuden mit mehr oder weniger Erfolg. Genaues kann man erst nach Abschluss der Versuche, wohl im Herbst 2012, sagen. Alle bisherigen "Einsparungen" sind rein rechnerisch, nicht wirklich! In einem Gebäude mussten, auch bei ausreichenden Raumtemperaturen, die Heizflächen künstlich auf 30°C hochgeheizt werden, um den psychologischen Wohlfühleffekt bei dem Personal zu erreichen. Das System soll bei trägen Anlagen, wie z. B. Betonkernaktivierung oder Fußbodenheizung, "vorausschauend" in die Regelung eingreifen. Die haben wir i. d. R. nicht. Unsere, meist DDC-gesteuerten Anlagen, reagieren eigentlich optimal auf die Witterungseinflüsse. D. h., dass z. Z. noch keine Aussage über Sinn und Einsparung dieses Vorschlages ausgesagt werden kann.	0 €	Kann derzeit nicht gesagt werden	23
119	B53	Steuererhöhungen	Solingen bestraft die Fleißigen, und belohnt die Faulen in dieser Stadt. Ich habe einen kleinen Handwerksbetrieb und zahle mittlerweile mehr Gewerbesteuer als Einkommenssteuer. Ich versichere Ihnen, dass ich mir bei der nächsten Gewerbesteuererhöhung, ein Büro in Langenfeld miete. Ich bin dann nicht mehr bereit die Misswirtschaft in dieser Stadt zu unterstützen. Anstatt Steuern zu erhöhen, in einem Land mit jetzt schon den höchsten Abgaben, empfehle ich Ihnen mal endlich in der Verwaltung zu sparen. Ich selber habe 12 Jahre im öffentl. Dienst gearbeitet und höre heute noch von ehemaligen Kollegen, wie in Solingen mit den Steuergeldern geast wird.	Sparvorschlag	Über 250.000 €	163	39	51	112	9	Verwaltung und Gebäude	Der Vorschlag ist zu pauschal und unkonkret für eine Umsetzungsprüfung durch die Verwaltung.	0 €	Nein	
120	B251	Solaranlagen auf öff. Gebäuden	Liebe Mitbürger und Mitbürgerinnen, die städt. Gebäude haben häufig eines gemeinsam: Ihre Dächer sind leer. Wir sollten als Stadt mit	Sparvorschlag	Bis 250.000 €	131	7	19	112	5	Verwaltung und Gebäude	Die Stadt Solingen versucht seit längerer Zeit Dächer, die statisch geeignet und keinen Instandhaltungstau	Einmalig ca. 20.000 Euro (abgezinst)	ja	23

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			gutem Beispiel voran gehen und alle Dächer - die es statisch zulassen - mit Solarmodulen ausstatten. Ein Beispiel für diesen Weg ist die Gesamtschule Wald, die dies bereits seit Jahren vormacht. Dies würde zunächst zu erhöhten Ausgaben führen, aber langwierig die Stromkosten senken und, was mindestens genauso wichtig ist, den CO2-Ausstoß drastisch senken!									aufweisen, zu verpachten. So wurden z.B. für die sanierten Dächer des Mildred-Scheel-Berufskollegs Investoren gesucht. Obwohl die Dächer gute Voraussetzungen für Photovoltaikanlagen bieten und Vorbereitungen für den Aufbau einer entsprechenden Anlage bei der energetischen Sanierung berücksichtigt wurden, verliefen alle bisherigen Gespräche erfolglos. Es stehen weitere Gespräche mit potentiellen Pächtern an, denen geeignete Dachflächen angeboten werden.	Pacht für 20 Jahre) oder ca. 1.500 Euro pro Jahr 20 Jahre lang. Der damit verbundene Personalaufwand kann nicht abgeschätzt werden.		
121	B49	Aufbau städtisches Carsharing Unternehmen unter Nutzung von Überkapazitäten	Zeitliche Überkapazitäten in Personal und Fuhrpark könnten zum Aufbau eines Carsharing-Angebots umgebaut werden. Möglicherweise kann dies auch durch Mitfahrangeboteportal ergänzt werden, welches über eine Webseite Fahrten für außerstädtische Fahrten auflistet und vermittelt. Es sollte hierbei nochmals die Kooperation mit professionellen Carsharingbetreibern ausgelotet werden, wobei Risiko und Gewinne entsprechend zu teilen sind. Dies könnte zusätzlich auch als Teil des Standortmarketings genutzt werden.	Sparvorschlag	Bis 250.000 €	156	51	45	111	2	Verkehr, Natur und Umwelt	Nach dem OLG Hamm regelt der § 107 Abs. 1 GO NRW die erwerbswirtschaftliche Betätigung der Gemeinde als Ausnahmetatbestand. Nur unter bestimmten Voraussetzungen ist die erwerbswirtschaftliche Betätigung erlaubt. Die bessere Auslastung gemeindlicher Einrichtungen durch eine zusätzliche privatwirtschaftliche Betätigung stellt keine erlaubte Betätigung da. Aus diesem Grund ist diese Vorschlag nicht umsetzbar. Die Prüfung der Nutzung von CarSharing-Angeboten im Stadtgebiet und die damit bestehenden Möglichkeit der Reduzierung von Dienstfahrzeugen wurde unter dem Bürgervorschlag B4 geprüft	0 €	nein	11 / TBS
122	B83	Abschaffung Vorruhestand im öffentlichen Dienst	Vorruhestand ist eine teure Sache. Die Vorruheständler erhalten zu schnell ihre Rente. Die öffentliche Kasse wird zu sehr belastet.	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	186	19	78	108	5	Verwaltung und Gebäude	Für die Beschäftigten besteht ein tarifvertraglicher Anspruch. Bei Beamten wird grundsätzlich keine Altersteilzeit mehr gewährt.	0 €	Nein	
123	B126	Flexible Öffnungszeiten übers Internet für Schwimmbäder	Wenn es regnet ist es offen, wenn die Sonne scheint, stört das die Öffnungszeiten nicht. Das geht anders, wenn es schön ist verlängerte Öffnungszeiten, Bekanntgabe über Facebook oder bei twitter. Das ergibt höhere Besucherzahlen und Einnahmen.	Einnahmenvorschlag		150	22	42	108	3	Sport und Freizeit	Wegen der erforderlichen Einsatzplanung für das Personal nicht durchführbar. Lediglich beim Freibad Heide werden witterungsabhängige Öffnungszeiten in geringem Umfang praktiziert.	0 €	nein	BSG / Bäder
124	B54	Pflege von Grünflächen/Waldteile durch privat Personen	Vielleicht wäre es möglich Teile von Grünanlagen oder Waldgebieten durch private Personen pflegen und säubern zu lassen, oder als "Paten" zu fungieren.	Sparvorschlag	Bis 10.000 €	166	29	59	107	4	Verkehr, Natur und Umwelt	Für öffentliche Grünanlagen des SD Natur und Umwelt existiert bereits seit Einführung der HSK M 225 ein Konzept zur Einwerbung von Patenschaften.	0 €	nein	67
125	B184	Abholung Sperrgut	Meines Erachtens sollte auf Antrag des Bürgers gegen Entgelt Sperrgut aus der Wohnung abgeholt werden, da in Solingen eine Vielzahl von älteren und auch jüngern Menschen alleine wohnen, die nicht in der Lage sind den Sperrmüll an die Straße zu stellen und auch keine tatkräftige Hilfe in Anspruch nehmen können. Die jeweilige Gebühr sollte nach Aufwand und Zeit berechnet werden. Im	Einnahmenvorschlag	Bis 50.000 €	138	18	32	106	2	Finanzen	Diese Dienste werden von privaten Umzugsunternehmen und auch sozialen Einrichtungen angeboten. Kommunale Einrichtungen dürfen hierzu nicht im Wettbewerb stehen.	0 €	nein	TBS

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			Übrigen ist mir bekannt, dass dies in einigen anderen Städten bereits durchgeführt wird.												
126	B229	Erfahrungs- und Wissensaustausch Unter den Kommunen	Ich hatte letzstens beruflich mit einem Mitarbeiter des Bauamtes in Bocholt zu tun und wir unterhielten uns unter anderem über LED. Unter anderem erzählte er mir auch über ein teilenergetisch umgebautes Gymnasium und ihre Erfahrungen. Gute Ergebnisse, Fehler und Erfahrungen in einer Kommunencommunity. Weil man denke nur an die Polizeiuniformen blau in Hamburg...dann macht NRW erst nen Test, wofür, so was kostet nur Steuergelder. Wenn ich weiß das mein Nachbar ein gewisses Energiesystem getestet hat und schlechte Erfahrungen gemacht hat brauche ich dies auch nicht zu machen...wenn die Kommune es mit dem Hersteller weiter oder verbessert hat, kann man diese Info für alle weitergeben.	Sparvorschlag	Über 250.000 €	114	7	8	106	3	Verwaltung und Gebäude	Durch den interkommunalen Erfahrungsaustausch kann in der Tat viel Geld gespart werden. Daher leistet sich die Stadt Solingen u.a. die nicht preiswerten Mitgliedschaften im Deutschen Städtetag und der KGSt. Die Maßnahme ist nicht neu, sondern kommunale Praxis.	0 €	Nein	11
127	B169	Fahrradstreife für die Korkenziehertrasse	Eine Fahrradstreife für die Korkenziehertrasse, die die Müllferkel im Blick hat zwischen Südpark (da lohnt es sich immer) und Gräfrath. Hauptdreckstellen sind: - Südpark - hinter dem Tunnel in der Höhe Burger King - Parkplatz Botanischer Garten - Schilder der Trasse die dauernd besprüht werden im Bereich Schwertstrasse Nebenbei hilft es u. U., den ein oder anderen Trassenraser / Raudi zu erwischen und die Attraktivität der Trasse sicherzustellen.	Einnahmenvorschlag	Bis 50.000 €	139	12	35	104	0	Verkehr, Natur und Umwelt	Im Rahmen der personellen Möglichkeiten wird die Korkenziehertrasse durch das Ordnungsamt auch per Fahrrad bestreift, ebenso befahren Kradfahrer der Polizei die Trasse.	0 €	nein	32
128	B261	Rathausenerweiterung nicht weiterplanen	die Verwaltung sollte primär zusammenrücken als über einen Neu- bzw. Anbau nachzudenken.	Sparvorschlag	Über 250.000 €	119	4	15	104	2	Verwaltung und Gebäude	Der Vorschlag ist zu pauschal und unkonkret für eine Umsetzungsprüfung durch die Verwaltung.	0 €	nein	23
129	B199	Bürgerpflicht	Bürger mit Harz 4 könnten (sollten) mehr in die Pflicht genommen werden. Keine menschenunwürdigen Verträge, aber welche, bei denen sich das "AUFSTEHN" lohnt. Es kann und darf/sollte nicht sein, dass unsere Stadt total verdreckt wird, dass sich Extremisten, egal welcher Religion oder Gesinnung, in Solingen behaupten. Packen wir es an.	Einnahmenvorschlag	Bis 50.000 €	142	21	39	103	14	Sonstiges	Der Bürgervorschlag sieht vor, erworbene Leistungsberechtigte, die Leistungen nach dem SGB II beziehen in die Pflicht zu nehmen, um der Verunreinigung der Stadt und damit der Verbreitung von extremistischen Gesinnungen entgegenzuwirken. In Bereichen, für deren Sauberkeit die Allgemeinheit die Verantwortung trägt, wie z.B. auf Spielplätzen und in Parks, werden bereits heute Leistungsempfänger im Rahmen von Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (sog. "1-Euro-Jobs") eingesetzt. Sie erhalten für Ihre Tätigkeit eine Mehraufwandsentschädigung von 1,- € pro Stunde, eine Monatskarte für die Preisstufe A und die ihnen zustehenden Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem	0 €	nein	59

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
												SGB II. Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass es sich bei diesen Arbeitsgelegenheiten um gemeinnützige und zusätzliche Tätigkeiten handelt. Tätigkeiten, die in den Verantwortungsbereich der Stadtverwaltung fallen (zuständig sind hier die Technischen Betriebe) dürfen also nicht einfach durch "1-Euro-Jobber" erledigt werden. Somit besteht auch kein Sparpotenzial, da es ausdrücklich nicht zulässig ist, durch den Einsatz von Leistungsempfängern reguläre Arbeitsplätze abzubauen und damit Personalkosten einzusparen.			
130	B177	Missachtung des Durchfahrtsverbotes Clemensgalerie	Die Missachtung der Durchfahrt für Privatautos Richtung Konrad-Adenauer Str. kann die leere Stadtkasse auffüllen. Jedes Mal wenn ich an der Clemensgalerie Mummstr. auf den Bus warte kann ich beobachten, dass eine große Zahl von Autofahrern die Durchfahrtsbeschränkung missachtet. Hier müsste das Ordnungsamt und die Polizei mehr kontrollieren oder ein Blitzer stehen!	Einnahmenvorschlag	Keine Angabe	137	16	34	103	4	Verkehr, Natur und Umwelt	Das Durchfahrtsverbot kann nur durch die Polizei überwacht werden (Anhaltebetrieb notwendig). Ein Messpunkt der städt. Mobilen Geschwindigkeitsüberwachung ist in diesem Bereich bereits vorhanden und wird regelmäßig angefahren.	0 €	nein	32
131	B56	Verkehrsüberwachung	Mehr Kontrolle mehr Einnahmen. In unseren Nachbarländer wird beblitzt bis der Arzt kommt nur bei uns spricht man von unsinnig und Abzocke. Wer sich nicht an die Regeln hält soll zahlen. Der deutsche Autofahrer fährt in der Regel zu schnell und telefoniert gerne während der Autofahrt. Ergo erhöht eine Verkehrsüberwachung die Sicherheit und schützt Leben.	Einnahmenvorschlag	Über 250.000 €	192	14	90	102	13	Verkehr, Natur und Umwelt	Die im Stadtgebiet vorhandenen Messstellen der städt. Geschwindigkeitsüberwachung wurden alle in enger Zusammenarbeit mit der Kreispolizeibehörde Wuppertal ausgewählt. Ein Einvernehmen mit der Kreispolizeibehörde kann ausdrücklich nur dann erzielt werden, wenn es sich bei dem jeweiligen Messpunkt um eine Gefahrenstelle (Unfallhäufungsstelle) oder um eine schutzwürdige Zone (Schulweg, Kindergarten, Altenheim, Spielplatz etc) handelt. Kriterium für die Auswahl und Genehmigung der Messstellen ist die Erhöhung der Verkehrssicherheit. Sowohl die Anzahl der Messstellen als auch die Einsatzdauer wird aktuell als vollkommen ausreichend erachtet.	0 EUR	nein	32
132	B190	Baumschutzsatzung streichen	Die Baumschutzsatzung kostet ein kleines Vermögen - auch den Bürger - und ist zum Teil kontraproduktiv. So haben wir z. B. einige Wildkirschen fällen müssen, da sie uns in Kürze teuer zu stehen geworden wären. Wir hätten die Bäume noch einige Jahre stehen lassen können, bis sie gestört hätten. nur dann wäre es teuer geworden. Bei der Neuanpflanzung ist gegenwärtig auch immer zu klären, wie teuer die Entfernung in einigen Jahrzehnten ist. Im Zweifel lässt man es dann lieber. Schön wäre es, wenn man stattdessen	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	154	14	52	102	8	Verwaltung und Gebäude	Der Rat der Stadt Solingen ist in seiner Sitzung am 08.07.2010 dem Verwaltungsvorschlag zur Aufhebung der Baumschutzsatzung (HSK-Maßnahme 231) nicht gefolgt. Die Einsparvorgabe wurde von 54.000,- € auf 10.000,- € gesenkt, verbunden mit dem Hinweis, den Baumschutz in Solingen zu erhalten, aber den Verwaltungsaufwand hierfür zu senken. Dies wurde mit Änderung der Baumschutzsatzung vom	Theoretisch 44.000 €	ja	67

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			eine unabhängige Pflanz -Empfehlung im Amt erhalten würde. Das wäre bürgernah. Z.Z. hat man lieber nicht zu tun mit dem Amt.									12.04.2012 umgesetzt.			
133	B158	Mehr Personal für die Beitreibung öffentlich-rechtlicher Forderungen	Meines Erachtens sollen bei der Stadt Solingen für die Beitreibung von öffentlich-rechtlichen Forderungen mehr Mitarbeiter zuständig sein. Die Beitreibung von öffentlich-rechtlichen Forderungen könnte auch direkt durch das zuständige Fachamt vorgenommen werden. Es sollte ein Probezeitraum jeweils vereinbart werden z.B. 2 Jahre. Nach Ablauf dieser 2 Jahre könnte ermittelt werden, ob sich der Erhalt dieser Stelle lohnt.	Sparvorschlag	Bis 250.000 €	126	22	24	102	1	Finanzen	Beitreibung ist Mahn- und Vollstreckungswesen. Die Mahnungen werden zentral in einem Mahnlauf automatisiert erstellt. Daher führt hier der Einsatz von mehr Personal nicht zu Mehreinnahmen. Die Vollstreckungsstelle bearbeitet alle Fälle schuldnerbezogen gebündelt. Mehr Personal führt hier nicht unbedingt zu Mehreinnahmen, da Zahl und Höhe der Forderungen und der Zahlungen wegen der Entwicklung der Konjunktur sowie der Finanzlage der Schuldner erheblich schwanken. Mehreinnahmen würden im Übrigen nicht aus <u>mehr</u> realisierten Forderungen resultieren, sondern lediglich aus dem Zinsvorteil aus <u>zeitnäherer</u> Realisierung der Forderungen. Letzterem sind allerdings die Mehrkosten (Personal, Arbeitsplatzausstattung) gegenüberzustellen. Die Beitreibung öfftl.-rechtl. Forderungen erfolgt zentral in der Finanzbuchhaltung. Dies ist landesrechtlich vorgegeben. Insofern kommt die vorgeschlagene dezentrale Wahrnehmung durch die Stadtdienste nicht in Betracht. Eine Dezentralisierung brächte jedoch auch keinen Effizienzgewinn, da dann die Effizienz durch die zentrale Bearbeitung entfielen.	0 €	nein	21
134	B168	Bürgeranleihen ausgeben	Solingen gibt fast 19 Millionen Euro im Jahr für Zinsen aus. In Zukunft wird dies auf weit über 20 Millionen steigen (s. Präsentation von Herrn Weeke vom 26.04.2012, zu finden auf solingen.de). Ein Großteil dieses Geldes verlässt Solingen auf Nimmerwiedersehen - auch wenn die Sparkasse beteiligt ist, denn die besorgt ihr Geld z.T. auch auswärts. Sicherlich wären viele Solinger bereit eine Solingen-Anleihe zu zeichnen, die einen ordentlichen Zins bringt, aber eben weniger als die Stadt auf dem freien Markt zahlt. Um den Bürger noch näher an sich zu binden, könnten die Anleihen auch für konkrete Projekte ausgegeben werden anstatt für den allgemeinen Haushalt. Vorteile: 1) Die Zinsen bleiben in Solingen und können hier wieder ausgegeben werden 2) Die Stadt zahlt etwas niedrigere Zinsen	Sparvorschlag	Über 250.000 €	123	33	22	101	0	Finanzen	Bürgeranleihen benötigen eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung. Der Vorschlag wäre eventuell machbar für Großprojekte, da der Aufwand, eine Anleihe zu platzieren, hoch ist. Seit Jahren und in der erwarteten Entwicklung ist die Differenz zwischen dem Anlage- und dem Aufnahmezins viel zu gering, um damit die Kosten zu decken und eine Wertschöpfung erzielen zu können. Das heißt, Solingen zahlt im Durchschnitt rd. 2 Prozent Zinsen; teilweise auch deutlich niedriger. Ein attraktiver Anlagezins ist somit für Solinger Bürgerinnen und Bürger nicht zu bieten. Wenn die Zinsschere sich deutlich öffnet, könnte dieser Vorschlag wieder aufgegriffen werden.	0 €	derzeit nein	20

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			3) Solinger können ihrer Stadt helfen und gleichzeitig damit Geld verdienen Nachteil: Je nach Ausführung ggf. mehr Aufwand in der Schuldenverwaltung, der den Zinsvorteil z. T. wieder vernichtet.												
135	B122	Bergisches "Rechtsamt"	Zusammenführung der Rechtsämter der bergischen Städte zu einem gemeinsamen bergischen Rechtsamt	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	146	15	46	100	0	Verwaltung und Gebäude	Dieser Vorschlag wurde bereits im Rahmender bergischen Steuerungsgruppe intensiv geprüft und am Ende verworfen. Dafür wurde im Rahmen des HSK mit den Maßnahmen M080 – M084 bereits ein Einsparpotential von 114.000 Euro p.a. erzielt.	0 €	nein	11
136	B235	Einführung der elektronischen Zeiterfassung innerhalb der Stadtverwaltung	Durch die Einführung der elektronischen Zeiterfassung würde die Verwaltung ein genaueres Bild der "tatsächlichen" Arbeitszeit ihrer Mitarbeiter erhalten.	Sparvorschlag	Über 250.000 €	127	8	27	100	4	Finanzen	Positive Grundsatzentscheidung ist getroffen. Vorbereitungen laufen, allerdings ist die Maßnahme zustimmungspflichtig durch den Personalrat.	Nicht bezifferbar	Bereits enthalten bzw. erfolgt	11
137	B130	Wegfall der Mitarbeit von Bediensteten in Arbeitsgruppen die keine Pflichtaufgaben darstellen	Abschaffung der Mitarbeit von städtischen Bediensteten in freiwilligen Arbeitsgruppen und Institutionen (Stichwort: keine Pflichtaufgaben).	Sparvorschlag	Bis 10.000 €	138	26	41	97	2	Verwaltung und Gebäude	Der Vorschlag ist zu pauschal und unkonkret für eine Umsetzungsprüfung durch die Verwaltung.	0 €	nein	
138	B189	Prüfung der Ausgliederungen und ggf. Rückführung in die Verwaltung	In den vergangenen Jahren hat die Stadt Solingen in zahlreichen Bereichen Betriebe und Gesellschaften aus- und teilweise wieder eingegliedert. Diese Prüfung sollte regelmäßig erfolgen und wird vor dem Hintergrund der zahlreichen personalintensiven Schnittstellen zu deutlichen (Personal-) Kosteneinsparung führen können.	Sparvorschlag	Bis 250.000 €	117	22	20	97	1	Finanzen	Diese Prüfung erfolgt im Rahmen der Produktkritik bereits regelmäßig	Nicht bezifferbar	Bereits enthalten bzw. erfolgt	11
139	B273	Straßenlaternen auf Solarbasis mit LED und Bewegungsmelder ausstatten	Straßenlaternen ganz ausschalten erzeugt Dunkelzonen und Unsicherheit. Vielleicht wäre eine Lösung in bestimmten Ecken, wo wenig Betrieb ist Straßenlaternen mit Bewegungsmelder auszustatten. Sie auf Solarstrom und LED umzustellen ist sicherlich der 1. Schritt.	Investitionsmaßnahme	Keine Angabe	108	1	11	97	1	Verkehr, Natur und Umwelt	1. Einsatz von LED-Technik Der Einsatz von LED-Leuchten in der Straßenbeleuchtung ist in Solingen ein Thema, dass seit einiger Zeit in der Fachverwaltung intensiv diskutiert und bearbeitet wird. Die Stadt Solingen hat 2011 mit Fördermitteln des Bundesumweltministeriums eine LED-Teststrecke auf einem Abschnitt der Brühler Str. und der Rathausstr. zusammen mit einer innovativen Steuerungstechnik hergestellt. Die Mitarbeiter in der Fachverwaltung sind in ständigem Erfahrungsaustausch und verfolgen die Entwicklungen in der neuen Beleuchtungstechnik intensiv. Die LED-Technik in der Straßenbeleuchtung kann ein System der Zukunft sein. Es wird aber noch einige Jahre dauern, bis die neue Technik so ausgereift und praxistauglich ist, dass sie in Serie hergestellt und großflächig eingesetzt werden kann. Deshalb ist die Stadt Solingen den Weg gegangen, zunächst einen Teil	Derzeit nicht abschätzbar.	LED-Technik: Ja, wird bereits auf ausgewählten Straßenabschnitten getestet. Bewegungsmelder: Nein, ist nicht für einen flächenhaften Einsatz im öffentlichen Straßenraum geeignet.	61 / TBS

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
												<p>ihrer Leuchten mit einer Quecksilberdampf-Hochdrucklampen-Bestückung durch energieeffiziente Halogenmetaldampf-Hochdrucklampen (35 Watt anstatt 2x80 Watt) zu ersetzen. Dadurch werden die Energiekosten erheblich reduziert und ein Beitrag für den Klimaschutz geleistet.</p> <p>2. Einschaltung der Straßenbeleuchtung mittels Bewegungsmelder (Sensoren) Die flächendeckende Einschaltung der Straßenbeleuchtung über Bewegungsmelder (Sensoren) im gesamten Stadtgebiet wird in Fachkreisen als ein untaugliches Mittel zur Reduzierung von Stromkosten bzw. Unterhaltungsaufwendungen betrachtet. Was im räumlich eng begrenzten Bereich privater Grundstücke durchaus geeignet und sinnvoll sein kann, erweist sich im flächendeckenden Einsatz im öffentlichen Raum bei der Straßenbeleuchtung als untauglich. Hier gibt es einerseits zu viele, nicht steuerbare negative Fremdeinflüsse (wie z. B. Vögel, Katzen, Hunde, Insekten etc.), die die Schaltung der Straßenbeleuchtung unkontrolliert und ungewollt beeinflussen würden. Andererseits würde das ständige Ein- und Ausschalten der Beleuchtung infolge der hohen Verkehrsfrequenz im öffentlichen Straßenraum zu überproportionalem Verschleiß der Leuchtmittel und Schalttechnik führen.</p>			
140	B72	Anfragen aus der Politik begrenzen	Anfragen aus der Politik in Ausschüssen, Bezirksvertretungen und Rat sollten je nach Größe der Fraktion/Partei auf eine bestimmte Anzahl je Legislaturperiode begrenzt werden, damit die Verwaltung nicht durch wiederholte und unnütze Anfragen gelähmt wird und Zeit für die Arbeit am Bürger bleibt.	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	158	35	62	96	4	Verwaltung und Gebäude	Lt. Gemeindeordnung ist eine Begrenzung von Anfragen unzulässig.	0 €	nein	10
141	B262	Flächennutzung: primär Altbestand nutzen, keine Freiflächen versiegeln!	In Solingen gibt es viele Industriebrachen. Diese sollten entweder der Natur zurückgegeben werden oder primär für Neubauten genutzt werden. Die ständige Ausweitung von Freiflächen als Bauland muss unterbleiben, sonst gibt es irgendwann kaum noch Wiesen und Wälder. Die Maßnahme erhöht die Attraktivität der Stadt. - bessere Nutzung von Altflächen - mehr Natur	Sparvorschlag	Über 250.000 €	105	6	9	96	1	Verkehr, Natur und Umwelt	Der Ansatz „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ wird grundsätzlich so konsequent wie möglich verfolgt. Die Nutzung von Brachflächen schont die Umwelt und vermindert die Inanspruchnahme des wertvollen Gutes „Boden“, welches nicht vermehrbar ist. Jedoch lassen sich nicht alle Flächenbedarfe alleine im Innenbereich, also innerhalb des Siedlungsraumes,	0 €	Soweit möglich findet Brachflächenrecycling bereits statt. Ob sich der Aufwand zum	61

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
												befriedigen. Während der Bau von Wohnungen kleinteilig auf ehemals genutzten Flächen häufig realisierbar ist, passen sich gewerbliche Nutzungen meist nicht in die umgebende Bebauung und Nutzungsstruktur ein. Regelmäßig treten Lärm- und Immissionsprobleme auf, die eine solche Nutzung einschränken oder ganz unmöglich machen. Die Flächen sind dann nicht marktgerecht nutzbar. Zu bedenken ist auch, dass die Nutzung von Gewerbe- oder Industriebrachen oft mit der Beseitigung von Altlasten verbunden ist, wodurch die Brachflächennutzung gegenüber der Nutzung von Freiflächen meist mit höheren Kosten verbunden ist. Eine große Rolle spielen die Interessen der Grundstückseigentümer, die eine wirtschaftliche Nutzung ihrer Flächen anstreben. Eine Zuordnung von zuvor genutzten Flächen zum Freiraum bedeutet zum Beispiel, dass auf eine wirtschaftliche Nutzung im Sinne einer Bebauung verzichtet würde. Der entsprechende Wertverlust – bei gleichzeitigem Gewinn für die Natur und Umwelt – ist zu bedenken und in die jeweiligen Kalkulationen bzw. in die planerische Abwägung einzustellen.		Brachflächenrecycling als wirtschaftlich erweist, hängt vom Einzelfall ab.	
142	B234	Mehr Bürgerentscheide	Bei geplanten größeren Investitionen sollte der Bürger mehr einbezogen werden, und zwar in Form von Bürgerentscheiden.	Investitionsmaßnahme	Über 250.000 €	118	8	23	95	2	Sonstiges	Bürgerentscheide sind nicht im Belieben von Rat und Verwaltung, sondern können lediglich bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 26 GO durchgeführt werden. Bei Bürgerentscheiden entstehen Kosten von ca. 80.000 Euro.	Verursacht Kosten, keine Einsparung	nein	10
143	B156	Schwimmbad Finanzierung	Vogelsang sieht dem Leichlinger Blütenbad ja schon sehr ähnlich und wir müssen sagen wir fühlen uns sehr wohl im Leichlinger. Auch wenn ich als Handwerker auch da einen gewissen Renovierungstau sehe. Aber weil ein gewisser teil der Renovierung wohl durch spenden von bürgern und auch durch Handwerkerleistungen erbracht wird, haben die Leichlinger ein schönes Bad. Und wenn wir sonntags schwimmen gehen sind ca. 50% der Autos aus solingen. Vorschlag vielleicht schauen sich die Kollegen der Verwaltung mal bei den Nachbarn um.	Sparvorschlag	Bis 10.000 €	115	29	21	94	1	Sport und Freizeit	Die Solinger Bädergesellschaft ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Bäder innerhalb des Verbandes kommunaler Unternehmen und pflegt in diesem Rahmen Erfahrungsaustausch.	0 €	Bereits umgesetzt	BSG / Bäder
144	B150	Stadttochter - Wirtschaftsentwicklung	Diese Tochtergesellschaft der Stadt Solingen schleunigst aus dem Verkehr ziehen. Ich weiß nicht wie viel Mitarbeiter dort beschäftigt sind, auf jeden Fall ist die Ausbeute bzw. Erfolge gleich Null. Mehr Firmen ziehen von SG weg	Sparvorschlag	Keine Angabe	125	31	32	93	1	Finanzen	Die Wirtschaftsförderung Solingen GmbH & Co. KG ist eine kostenfreie Dienstleistung für alle der mehr als 9.000 Unternehmen am Standort Solingen. Die Arbeit der Wirtschafts-	0 €	nein	Wifö

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			als welche einziehen. Z.B. Seit über 20J. ist der Piepersberg für Wirtschaftsansiedlung freigegeben. Wie viel Firmen haben sich bis heute etabliert, handvoll. Also haben sich hier Verantwortlichen nicht mit Ruhm bekleckert.									förderung bewertet sich nicht allein an der Zahl der Abwanderungen bzw. Ansiedlungen. Auch gegen die allgemeine Wahrnehmung gibt es mehr Sitzverlegungen nach Solingen als von Solingen weg. Zwischen dem Jahr 2007 bis 2011 haben 66 Firmen eine Sitzverlegung von Solingen an anderen Standort umgesetzt. In dem gleichen Zeitraum haben 154 Firmen Sitzverlegung nach Solingen umgesetzt. Die Entwicklung von Gewerbegebieten wie dem Piepersberg ist immer eine langfristige Aufgabe, die in diesem Falle erst 2005/2006 mit der Erschließung begann. Mittlerweile ist der Piepersberg zu 60 % vermarktet.			
145	B244	Städtische Grundstücke zu marktüblichen Preise verpachten oder an die Dauernutzer verkaufen	Ich schlage vor, dass dauerhaft von Firmen oder Privatpersonen genutzte städtische Flächen entweder zu marktüblichen Preisen verpachtet (mindestens 1 € pro m ² und Jahr für Freizeitgrundstücke, 1 € pro m ² und Monat für Stellplätze ...) - oder aber an die Nutzer verkauft werden. Ausgenommen davon: landwirtschaftliche Flächen für privilegierte Landwirte und Pachtgärten in Dauerkleingartenanlagen nach Bundeskleingartengesetz.	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	101	14	8	93	1	Finanzen	Ist gängige Praxis. Ansonsten ist der Vorschlag zu pauschal und unkonkret für eine Umsetzungsprüfung durch die Verwaltung.	0 €	Erfolgt bereits	23
146	B166	Freiwillige Zuschüsse	Alle Zuschüsse, die fremde Entscheidungen beeinflussen sollen m-E. grundsätzlich keine Dauerzusagen sein. Je nach Thema und Partner sollte der Zuschuss in unterschiedlicher Höhe auf zwei bis 5 Jahre begrenzt sein. Bei längerer Zusage wird nichts mehr beeinflusst, sondern nur der Gesamtetat des Vereins usw. gestützt und nicht der Nutzen für die Stadtgesellschaft. (schlechtes Beispiel: Verwaltungshilfen für Wohlfahrtsverbände, pauschale Übungsleiterzuschüsse für Übungsleiter der Sportvereine) Pauschale Kürzungen bei Dauersubventionen deprimieren nur. Durch Auslaufen werden Mittel für neue Prioritäten frei. Die Gesamtmittel für freiwillige Zuschüsse können dann durchaus wachsen, wenn auch der Etat der Stadt immer entsprechend auf Kosten und Effizienz geprüft wird.	Sparvorschlag	Keine Angabe	109	26	18	91	0	Finanzen	Grundsätzlich müssen Zuschüsse der Stadt permanent hinsichtlich ihrer Notwendigkeit und Höhe überprüft werden. Dies geschieht derzeit im Rahmen nachgehender Arbeiten zum HSP. Im Rahmen der aktuellen Nacharbeit wird durch SD 11 erwartet, dass die im Bürgervorschlag genannte Höhe von 250.000 Euro erreichbar ist.	250.000 €	Bereits enthalten bzw. erfolgt	11
147	B186	Umstieg auf freie Software	Dort wo keine speziellen Windowsprogramme benötigt werden sollte die Verwaltung auf das Betriebssystem Linux umsteigen. Für Linux gibt es mittlerweile neben freien Office-Anwendungen eine große Anzahl weiterer kostenloser Programme.	Sparvorschlag	Bis 250.000 €	112	32	24	88	8	Verwaltung und Gebäude	Wie bereits unter Bürgervorschlag B023 erwähnt, wurde die komplette SW-Landschaft der Stadt in den letzten Jahren optimiert und erneuert. Dort wo möglich und leistungsfähig, wurde Linux-Software (z.B. im geografischen Bereich) eingesetzt. Die Einsparungen bei SW-Lizenzen werden allerdings durch erhöhte Inanspruchnahme von Customizing-	0 €	nein	11

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
												Dienstleistungen zu Nichte gemacht. Daher ist hier, auch bei weiteren Linux-Wechseln, keine Einsparung zu erwarten.			
148	B290	Ampelanlagen in der Nacht abschalten	mein Vorschlag: in der Nacht die Ampelanlagen (nicht im Innenstadtbereich) abzuschalten. Ich kann nicht nachvollziehen das man vor einer roten Ampel warten muss obwohl kein anderes Auto weit und breit zu sehen ist. Das würde der Stadt und den Autofahrern den Geldbeutel schonen sowie der Umwelt dienen.	Sparvorschlag	Bis 250.000 €	96	5	9	87	1	Verkehr, Natur und Umwelt	Rund ein Drittel aller Solinger Signalanlagen sind nachts abgeschaltet. Bei der Nachtabschaltung kommt es häufig zu höheren Geschwindigkeiten und zu einer Zunahme von Unfällen. Nach Aussage der Landesunfallkommission NRW können die hieraus resultierenden volkswirtschaftlichen Verluste deutlich höher sein als die möglichen Einsparungen beim Energieverbrauch. In den letzten Jahren wurde überprüft, ob Signalanlagen, die aufgrund des Alters oder der Störanfälligkeit erneuert werden müssten, durch einen Kreisverkehr ersetzt werden können. Von den rund 50 geprüften Anlagen, können an 4 Standorten Kreisverkehre eingerichtet werden, an 2 Standorten sind Querungshilfen als Ersatz vorgesehen und 1 Anlage wurde bereits abgebaut. Die Kreisverkehre scheitern in der Regel an den hohen Investitionskosten (siehe HSK M 200). Für Zebrastreifen gibt es Einsatzkriterien bezüglich des Verkehrsaufkommens, sowohl für den Kfz-Verkehr als auch das Fußgängeraufkommen. Bei allen Um- bzw. Neubaumaßnahmen wird geprüft, ob die Anlage eines Zebrastreifens möglich ist.	0 €	zum Teil. - wo möglich - bereits in Umsetzung.	61 / TBS
149	B214	Gewerbsteuer runtersetzen - mehr Geschäfte würden eröffnen	Wenn man die Gewerbesteuer runtersetzt, überlegen sich evtl. Unternehmen ihren Standort nach Solingen zu verlegen und nicht wegzusetzen. In Solingen-Wald stehen viele Lokale leer, wenn die Steuer runtergesetzt wird, eröffnen evtl. mehr Geschäfte, so dass der Attraktivitätswert von Wald gesteigert wird, der Umsatz auch.	Einnahmenvorschlag	Keine Angabe	125	16	39	86	2	Finanzen	Im Bereich des Einzelhandels in der Größenordnung der angesprochenen Lokale in Solingen-Wald ist die Gewerbesteuer kein Motiv, den Standort nach Solingen zu verlagern. Es werden aller Voraussicht nach deswegen nicht mehr Geschäfte eröffnen oder der Attraktivitätswert von Wald gesteigert werden. Zusätzlich: Rechtliches Mit Urteil vom 27.10.2010 hat das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG 8 C 43.09) entscheiden, dass eine Gemeinde, welche einen nicht ausgeglichenen Haushalt hat, ihren Gewerbesteuerhebesatz nicht senken darf. Aus § 75 Gemeindeordnung NRW ergibt sich die haushaltsrechtliche Pflicht, alles zu unternehmen, um durch Zurückführung der Ausga-	0 €	nein	Wifö / 22

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
												<p>ben und Erhöhung der Einnahmen dieses Ziel so schnell wie möglich zu erreichen. Insbesondere beinhaltet dies die Pflicht, von Einnahmen mindernden Maßnahmen - wie hier der Senkung eines Realsteuerhebesatzes - abzusehen. Erst wenn wieder ein ausgeglichener Haushalt vorliegt, erhält die Gemeinde ihren Handlungsspielraum zurück.</p> <p>Rechnerisches Die Gewerbesteuer ist die wichtigste Einnahmequelle der Stadt Solingen. Bei dem jetzigen Hebesatz von 475 % werden zurzeit für das Jahr 2012 von ca. 2.750 Steuerpflichtigen Gewerbesteuervorauszahlungen i.H. v. ca. 73.000.000 € gezahlt, ein Ergebnis, das sich nach 2013 fortschreiben ließe. Bei einer Hebesatzsenkung ab 2013 auf 300 % führte dies jedoch zu einem Gewerbesteuerrückgang um 26.900.000 €. Um das gleiche Gewerbesteuervorauszahlungsergebnis wie in 2012 zu erzielen, müssten ab 2013 ca. 1.600 neue Gewerbesteuerzahler gewonnen werden, die einen entsprechenden durchschnittlichen Gewerbeertrag erwirtschafteten, wie die bisherigen Solinger Gewerbesteuerzahler. Der Vorschlag ist aus v. g. Gründen nicht umsetzbar.</p>			
150	B248	Teilung eines Büro-Arbeitsplatzes - weniger BÜRO-Raumkosten + Flächenoptimierung	<p>Neudeutsch : --> DESK-SHARING Teilzeitbeschäftigte und MitarbeiterInnen mit hoher Aussendiensttätigkeit teilen sich gleich ausgestattete (identische) Arbeitsplätze. In der freien Wirtschaft teilen sich z. B. 2 bis 5 Mitarbeiter einen Arbeitsplatz, oder sie arbeiten im Großraumbüro an dem Schreibtisch, der gerade frei ist. Durch optimiertes Flächenmanagement geringere Fixkosten. Rechengröße z. B. pro 100 Stellenprozente ein Arbeitsplatz.</p> <p>1.) Mitarbeiter melden im Voraus an, wann sie einen Arbeitsplatz benötigen und treffen dann auf einen vollständig leer geräumten Arbeitsplatz.</p> <p>2.) Die Geschäftsunterlagen und Büroutensilien</p>	Sparvorschlag	Über 250.000 €	103	10	17	86	5	Verwaltung und Gebäude	<p>Die Ausweitung der Telearbeit ist bereits beschlossen und als Maßnahme M 018 aufgenommen. Derzeit erfolgt eine Anpassung, wonach auch reine Home-office Plätze möglich sein sollen. In diesem Zusammenhang ist auch die gemeinsame Nutzung von Büroarbeitsplätzen vorgesehen.</p> <p>Zunächst Mehraufwand für technische Ausstattung, Einsparungen durch erst durch Reduzierung der Büroarbeitsplätze</p>	Bereits enthalten bzw. erfolgt	11	

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			<p>der Mitarbeiter befinden sich an zentralen Ablageplätzen.</p> <p>3.) Die betriebsinterne Software gewährt jedem Mitarbeiter von jedem PC Zugriff auf seine Daten.</p> <p>4.) Jeder Mitarbeiter kann von jedem Arbeitsplatz die für ihn eingegangenen Anrufe abfragen. Brauchen Verwaltungskräfte - zumindest in Teilzeit - im Jahr 2012 einen privilegierten Arbeitsplatz bzw. Büro, welches für ausschließlich eine Person 24 Stunden täglich zur Verfügung gehalten werden muss? Ein abschließbarer Schrank mit mobilem Rollcontainer dürften völlig ausreichen.</p>												
151	B47	Freiwilligen Leistungen	50 Mio. freiwillige Leistungen sind für eine Pleitestadt viel zu viel. Mein Vorschlag jedes Jahr 2% Prozent kürzen und zwar alle Zahlungen mindestens 5 Jahre lang.	Sparvorschlag	Über 250.000 €	173	24	88	85	5	Finanzen	<p>Im Rahmen der Produktkritik wurden optionale, also freiwillige Leistungen i.H.v. unter 25 Millionen „geortet“. Dies entspricht etwa 6 % der städtischen Aufwände.</p> <p>Im Rahmen der Produktkritik wurde darüber hinaus festgestellt, dass gerade der gezielte Einsatz freiwilliger Aufgaben, z.B. im Sozial- und Jugendbereich, die prozessual nachgelagerter und sehr teuren Pflichtaufgaben deutlich reduzieren kann. Der Bürgervorschlag ist daher als ungeeignet abzulehnen.</p>	0 €	nein	11
152	B110	Windpark	Die Stadtwerke sollten mit Bürgerbeteiligung (Finanzierung und Planung) einen Windpark auf Solinger Stadtgelände bauen. Die Stadt würde über die Steuern profitieren, die Bürger über die Rendite und es würde eine höhere Akzeptanz erreicht.	Einnahmenvorschlag	Keine Angabe	157	14	72	85	6	Verkehr, Natur und Umwelt	Zurzeit findet die Prüfung statt, ob eine Windparkerrichtung in Solingen möglich ist. Bei einem positiven Prüfungsergebnis wird es eine Bürgerbeteiligung an dem Windpark geben.	Noch offen	Noch offen	SWS
153	B21	Einführung einer Pferdesteuer	Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung darf und kann auch die Einführung einer Pferdesteuer kein Tabuthema mehr sein. Unter Abwägung aller Argumente von Befürwortern und Gegnern zur Einführung einer solchen Steuer müssen auch die für Stadt Solingen aufzubringenden Folgekosten welche durch die Pferde und deren Reiter in Form von Flurschäden und Verunreinigungen von Wegen und Straßen entstehen, berücksichtigt werden. Im Rahmen der "Gleichbehandlung" gegenüber Hundebesitzern ist die Einführung einer Pferdesteuer nur gerecht. Allerdings sollte sich diese auch im Rahmen halten und nicht dazu führen das Pferde auf dem Schlachthof landen. Mein Vorschlag hierzu: 400 EUR pro Jahr und Pferd. Bei geschätzten 800 - 1000 Pferden in Solingen ergibt dies eine jährliche Einnahme von 320.000 bis 400.000 EUR.	Einnahmenvorschlag	Über 250.000 €	268	16	188	80	59	Finanzen	Auf Solinger Stadtgebiet werden derzeit 244 registrierte Pferde gehalten. Eine kommunale Besteuerung von Pferdehaltungen ist nur unter dem Vorbehalt der Genehmigungen des Landesinnenministeriums und des Landesfinanzministeriums möglich. In der Ablehnung der Ministerien des Antrages der Stadt Essen auf Einführung einer Solariensteuer betonte die Landesregierung das Recht der Kommunen, eigenständige Steuern zu erheben, um ihre Finanzlage zu verbessern. Jede neue Steuer müsse aber wirtschaftlich sinnvoll sein. Dies sei bei der Solariensteuer nicht der Fall, da der Verwaltungsaufwand der Steuer in keinem Verhältnis zu den Erträgen steht. Zur Pferdesteuer wurden aus Kreisen der Landesregierung bereits ähnliche	0 €	nein	22

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
												Äußerungen verlautbart. Achtung: Politisch ist die Einführung dieser Steuer offensichtlich nur unter bedenklichen Voraussetzungen umsetzbar. So hat nach entsprechenden Signalen des nordrheinwestfälischen Landtags die Stadt Remscheid die ursprünglich geplante Einführung einer Pferdesteuer nicht mehr weiterverfolgt. Die Einführung dieser neuen Steuer erscheint in Solingen zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll.			
154	B249	bestimmte Gebühren erhöhen	<p>Mein Vorschlag wäre es Gebühren an Stellen zu erhöhen wo es den meisten Leuten egal sein dürfte. Aber diejenigen die es betrifft sind entweder in der Lage es zu bezahlen oder müssen entsprechend aufpassen, dass sie nicht in die Gebührenfalle tappen.</p> <p>Dazu je ein Beispiel:</p> <p>1. Gebühren für die Eheschließungen im Haus Kirschheide oder auch an anderen schönen externen Orten (z. B. Schloss Burg) um einen gewissen Satz erhöhen. Dabei sollten die Gebühren für die "Basisversion" der Eheschließung erhalten bleiben. Wer die reine Eheschließung ohne Extras möchte, der soll sie bekommen. Alle anderen, die sowieso viel Geld für ihre Hochzeit ausgeben, sollen mit noch etwas höheren Gebühren zur Kasse gebeten werden.</p> <p>2. Die Mahngebühren der Stadtbibliothek ab der dritten Woche deutlich erhöhen. Wer drei Wochen nach Ablauf der Leihfrist immer noch nicht seine Bücher verlängert oder abgegeben hat, der sollte entsprechend zur Kasse gebeten werden. Die Mahngebühren für die erste Woche können so bleiben, weil jedem es mal passieren kann, dass er ein oder zwei Tage zu spät abgibt. Bei beiden Beispielen muss es keine überzogene Erhöhung sein, aber ein paar Euro mehr sollten möglich sein. Sicherlich lassen sich noch viele weitere ähnliche Beispiele finden und ich denke das könnte einen (kleinen) Beitrag zur Einnahmenverbesserung leisten.</p>	Einnahmenvorschlag	Bis 50.000 €	90	13	13	77	1	Finanzen	<p>Zu 1.) Siehe auch B 330. Der Gebührenrahmen für Trauungen ist gesetzlich bestimmt und kann von der Stadt Solingen nicht beeinflusst werden.</p> <p>Zu 2.) Zurzeit existieren in der Bibliothek Mahngebühren in Höhe von 1 € für die ersten 7 Tage, 2 € für die nächsten 7 Tage und 3 € für die dritte Woche. Eine deutliche Erhöhung ab der dritten Woche in Höhe von beispielsweise 5 € würde kein Potential bieten, da die Medien bei der Stadtbibliothek in der Regel in den ersten beiden Wochen abgegeben werden. Die Fälle, die sich in der 3. Mahnstufe befinden, werden meistens an die Vollstreckung weitergeleitet. Die Betreuungsmöglichkeiten sind in den meisten Fällen nicht mehr gegeben.</p>	0 €	nein	33 + 42
155	B237	Gewerbsteuerangleichungssatz für auswärtige Gewerbetreibende ohne Gewerbesteuer-sitz in Solingen	<p>Es gibt Gewerbetreibende, u. a. Reisegewerbetreibende, die ihre Umsätze in Solingen tätigen, aber in "Steuer-oasen" ihr Gewerbe angemeldet haben. Dieser Personenkreis macht Umsätze mit Solinger Bürgerinnen und Bürgern, die den hier ansässigen Unternehmen entzogen werden. Durch die entsprechend wegfallenden Umsätze verringert sich bei den hiesigen Unternehmen der zu versteuernde Gewerbegewinn und somit die für die Kommune so wichtige Gewerbesteuer-einnahme. Diese Unternehmen sollten meines</p>	Einnahmenvorschlag	Bis 50.000 €	81	16	4	77	1	Finanzen	<p>Bundesgesetzlich ist festgelegt, dass hebeberechtigt die Gemeinde ist, in welcher der Mittelpunkt der gewerblichen Tätigkeit liegt (vgl. § 35 a Abs. 3 GewStG). Die Ordnungsbehörde ist für die Erteilung einer erforderlichen Reisegewerbekarte zuständig. Darüber hinaus bestehen für die Stadt Solingen keine weiteren Handlungsmöglichkeiten. Die Möglichkeit einer weiteren Steuer: „Gewerbeausführungssoli“ besteht nicht, da der aus-</p>	0 €	nein	22

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			Erachtens zu einem Gewerbeausführungssoli zu Gunsten der notleidenden Stadt Solingen herangezogen werden.									führende Gewerbebetrieb bereits einmal besteuert ist. Kommunen haben keine Gesetzgebungskompetenz für steuerliche Ergänzungsabgaben wie einen „Soli“. Der Vorschlag ist nicht umsetzbar.			
156	B175	Restmüllgefäße selbst an den Straßenrand stellen	Derzeit werden die Restmüllbehälter durch städtische Mitarbeiter raus- und nach Leerung wieder eingestellt, wenn bestimmte Entfernungsgrenzen nicht überschritten werden. Die blauen und gelben Tonnen werden hingegen schon seit Einführung des Dualen Systems durch Eigentümer oder Bewohner an den Straßenrand gebracht. Diese Maßnahme würde zu Einsparungen von bis zu 2 Stellen pro Kolonne führen. Der Arbeitgeber Stadt Solingen sollte diese Mitarbeiter dann anderweitig einsetzen, um seiner sozialen Verantwortung gerecht zu werden. Gleichzeitig würden Bürgerbeschwerden, Restmüllbehälter nicht abgeholt zu haben, entfallen, da der vorgenannte Personenkreis für das Raussetzen verantwortlich wäre. Wenn Eigentümer das jetzige Verfahren beibehalten wollen, sollen sie diese Serviceleistung zusätzlich bezahlen oder die Verantwortlichen denken darüber nach, die Einsparungen an die Bürger weiterzugeben.	Sparvorschlag	Bis 250.000 €	131	8	55	76	10	Verkehr, Natur und Umwelt	Unter Bezugnahme auf die Ausführungen in den §§ 16 und 18 der derzeit gültigen Abfallentsorgungssatzung der Stadt Solingen werden sämtliche Restmüllgefäße (graue Tonnen) an den jeweiligen Abholtagen von den Einsatzkräften der Restmüllabfuhr bis zu einer Entfernung von 10 m zum Fahrbahnrand vom Grundstück geholt und nach der Leerung wieder dorthin zurückgesetzt (sog. Vollservice). Von dieser Regelung ausgenommen sind die gelben und blauen Wertstofftonnen für LVP (Leichtverpackungen) und Papier, die weitestgehend auf vertraglicher Basis als Sammelsystem von den dualen Systemen finanziert werden. Der o.g. Vollservice bei der Restmüllabfuhr ist seit jeher - insbesondere auch aufgrund der moderaten Restmüllgebühren in Solingen - vom Gebührenzahler (auf Grundlage der Beschlüsse der politischen Entscheidungsträger) gewünscht. Eine Abschaffung dieser Serviceleistung führt durch den damit verbundenen Personalabbau sicherlich zu einer entsprechenden Personalkosteneinsparung, welche jedoch nur den Gebührenhaushalt und nicht den städtischen Haushalt betrifft. Folgte man den Ausführungen des Sparvorschlages und würde das freigesetzte Personal der Müllabfuhr für andere gesamtstädtische Aufgaben einsetzen, würde dies wiederum den städtischen Haushalt belasten und dort zur keiner Ersparnis sondern zu vermehrten Personalkosten führen, da ja unter den beschriebenen Voraussetzungen (keine Entlassung wegen sozialer Verantwortung der Stadt Solingen) auch an anderer Stelle kein Personal reduziert werden dürfte.	0 € für städt. Haushalt	Ja, umsetzbar	TBS
157	B239	Steueraufkommen anders verteilen	Wenn derart viele Kommunen verschuldet sind, ist vielleicht die geltende Aufteilung des Steueraufkommens überholt. Es ist schließ-	Einnahmenvorschlag	Über 250.000 €	81	18	6	75	2	Finanzen	Die fiskalische Verteilungspolitik (horizontal und vertikal) ist ein permanentes und strittiges Thema. Hier ist	0 €	nein	20

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			lich kein Naturgesetz, das vorschreibt, wer welche Steuern erheben darf. Diese Regelung wurde von Politikern vorgenommen, weil sie wohl damals für alle ganz passabel aufging. Warum erhöhen die Kommunen jetzt nur den Druck auf den Bürger (höhere Abgaben, weniger Leistungen) anstatt die Bundes- und Landesregierung unter Druck zu setzen. 'Der Bund' scheint (trotz hoher Staatsschulden) noch genügend Geld zu haben. Bürgschaften über -zig Milliarden Euro für Griechenland sind kein Problem, aber dass es auch die Stabilität gefährden könnte, wenn man deutsche Kommunen am Rand der Pleite leben lässt, scheint niemandem einzufallen. Also liebe Kommunalpolitiker: tut Euch mit anderen Gemeinden zusammen und beißt den 'Berlinern' in die Waden. Selbst einfache Arbeiter haben sich vor 100 Jahren gegen mächtige Bosse behauptet. (Apropos Berlin: warum hat die (defizitäre) Stadt Berlin drei (!) Opernhäuser, wenn wir am Orchester sparen sollen?)									in erster Linie die Politik gefordert. Ein positives Beispiel, dass sich der Zusammenschluss von Kommunen monetär auswirkt, ist das Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden“, das inzwischen dazu geführt hat, dass Solingen im Rahmen des Stärkungspaktes insgesamt rd.123 Mio. Euro erhält.			
158	B282	Städtische Aufgaben nicht zersiedeln (Zerteilen) !	Städtische Aufgaben nicht zersiedeln, (Zerteilen) sondern wieder den einzelnen Bereichen zuführen. In dem alten bewährten Organigramm der Stadt, gab es Ämter die für bestimmte Aufgaben zuständig waren. So verwaltete das Liegenschaftsamt die Liegenschaften. Parks und Grünanlagen gehörten zum Garten und Friedhofsamt und so weiter. Heute weiß die rechte Hand nicht was die Linke macht. So muss zum Beispiel das Liegenschaftsamt auch deren Grünflächen betreuen. Hierzu fehlen aber das nötige Wissen und die Gerätschaften. Ein Beispiel: Am Brühler Bunker wurde ein bestehender Weg gesperrt, um die Pflege einzusparen. Dafür wurde an anderer Stelle ein neuer Weg für viel Geld angelegt. Für diese Kosten hätte die Pflege Jahre durchgeführt werden können. Wenn also wieder Wissen gebündelt würde, könnte durch gezielten Einsatz viel Geld gespart werden. Es sollte diskutiert werden, das alte bewährte Organigramm der Verwaltung wieder zu reaktivieren. Die Einsparungen werden immens sein, weil wieder Wissen und Transparenz und vor allem Logik, an der Tagesordnung sind.	Sparvorschlag	Über 250.000 €	80	9	6	74	0	Verwaltung und Gebäude	Dieser Vorschlag wurde im Rahmen der Produktkritik als Maßnahme 15 „Harmonisierung der Organstrukturen“ mit einem strukturellen Potential von 500.000 Euro p.a. aufgenommen. Hiervon sind im HH. 2011 bereits 78.000 Euro eingearbeitet, Im Jahr 2012 stehen weitere 200.000 Euro zur Realisierung an.	500.000 €	Bereits enthalten bzw. erfolgt	11
159	B291	Gebäudesanierung vorantreiben	Ich bin der Ansicht, dass die notwendigen Reparatur- und Sanierungsmaßnahmen, die die Substanz eines Gebäudes betreffen, in jedem Falle vorgenommen werden müssen. Zurzeit wird in Solingen nur noch renoviert, wenn Gefahr in Verzug ist. Dadurch wird die Substanz der Gebäude stärker geschädigt, als notwendig. Zudem wird dadurch kein Geld gespart, sondern verschwendet. Was bringt	Sparvorschlag	Bis 250.000 €	74	4	1	73	0	Verwaltung und Gebäude	Die Verwaltung arbeitet bereits an einem Sanierungsplan, dem diese Gedanken zugrunde liegen. Allerdings darf hierbei nicht vergessen werden, dass Millionenbeträge zusätzlich zu den jährlichen Instandhaltungsarbeiten bereitgestellt/beschafft werden müssen, die der Genehmigung der Bezirksregierung unterlie-	Keine Angabe	ja	23

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			es, wenn man z. B. Malerarbeiten einspart und dann aufgrund der Schädigung der Substanz (kein Schutzanstrich) zwei Jahre später z. B. das Fenster komplett neu machen muss (damit es nicht auf die Schulkinder fällt), was dann das drei oder Vierfache kostet. Hier wird doch nur auf Kosten des nächsten Haushaltes gespart.									gen.			
160	B208	Kostenloses W-Lan in Bussen	Den Vorschlag der CDU zur Einführung von kostenlosem WLAN in Bussen sollte sofort wieder verworfen werden. Es entstehen nur unnötige Kosten für die Allgemeinheit. Ich denke 20 bis 30 Minuten Fahrzeit kann auch jeder ohne Internet, Gefährlos und ohne Bleibende Schäden überleben.	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	141	16	69	72	6	Verkehr, Natur und Umwelt	Der für die SWS kostenneutrale Einbau der neuen Technik ist Voraussetzung für das künftige, erweiterte Nutzerangebot in den Bussen.	0 €	nein	61 / SWS
161	B305	Zu oft Erstellung von teuren Gutachten, die nicht nötig wären	Am Beispiel "Dickenbusch" wurde bei der Bürgerversammlung im alten Bahnhof deutlich, wie unverständlich das Ergebnis eines teuren Gutachtens war. Da wurde von "Experten" eine total unsinnige Verkehrsführung ausgeklügelt, die ein Abbiegen von der Kölnerstr. in die Katternbergerstr. untersagte, dafür sollte, um in die Friedrichstr. zu gelangen, in die Martin-Lutherstr., rechts über die Katternbergerstr. und schließlich nach links in die Friedrichstr. gefahren werden, da ja ein Kreisverkehr zu teuer war. Jetzt sind sogar zwei Kreisverkehre im Gespräch, wozu sicher wieder neue Gutachten fällig sind! Ebenso bei der Standortbestimmung für ein neues Bad, bevor sicher war, ob überhaupt ein neues gebaut werden konnte.	Sparvorschlag	Bis 10.000 €	76	7	5	71	5	Finanzen	Zentralansatz siehe auch B 223 – weitere dezentrale Beratungsbudgets sind hier nicht bekannt. Welche Effekte ggf. eine Zentralisierung aller Beratungsbudget bringt, kann von hier aus nicht gesagte werden, da nicht bekannt.	0 €	Nein	11
162	B129	Bushaltestellen überprüfen	Manche Bushaltestellen liegen nur wenige Meter auseinander. Wäre es da nicht sinnvoll, die ein oder andere zu streichen, um so Instandhaltungskosten zu sparen?	Sparvorschlag	Keine Angabe	127	20	57	70	1	Verkehr, Natur und Umwelt	Die Lage der Bushaltestellen wird in der Regel nach dem Einzugsgebiet festgelegt. Im Durchschnitt liegen die Solinger Haltestellen 450m auseinander. Die Erreichbarkeit der Haltestellen ist ein Qualitätskriterium im Nahverkehrsplan, Veränderungen der Lage bestehender Haltestellen sind nur im Einzelfall vorgesehen.	0 €	nein	61 / SWS
163	B148	Senkung des Gewerbesteuer-Hebesatzes auf 300%	Monheim und Langenfeld haben es vorge-macht: Die kurzfristige Senkung der Gewerbesteuer führt langfristig zu massiven Mehreinnahmen. Derzeit stellt sich mir die Frage wieso ein Unternehmen noch Interesse haben sollte nach Solingen zu kommen, wenn um Umland doch wesentlich attraktivere Städte zu finden sind? Es gibt keinen Grund. Die Tendenz ist im Moment eher, dass Unternehmen abwandern, dass heißt die Rechnung des damaligen Spar-Vorschlags, die Gewerbesteuer zu erhöhen, ist schlichtweg falsch, da nicht kalkulierbar ist wie viele Unternehmen aufgrund der zu hohen Gewerbesteuer Solingen verlassen. Gerade die schlechte	Einnahmenvorschlag	Über 250.000 €	119	29	49	70	1	Finanzen	Für den Wettbewerb des Standortes Solingen ist eine niedrigere Gewerbesteuer von Vorteil. Kommunen mit hohen Gewerbesteuerhebesätzen werden nicht in der Lage sein, „steuerstarke“ Unternehmen für den Standort zu interessieren. Aber: Rechtliches Mit Urteil vom 27.10.2010 hat das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG 8 C 43.09) entscheiden, dass eine Gemeinde, welche einen nicht ausgeglichenen Haushalt hat, ihren Gewerbesteu-	0 €	nein	Wifö / 22

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			Flächenausstattung sollte doch umso mehr ein Grund sein mit anderen Angeboten zu glänzen. Also Gewerbesteuer auf 300% senken und langfristig erfolgreich sein.									erhebesatz nicht senken darf. Aus § 75 Gemeindeordnung NRW ergibt sich die haushaltsrechtliche Pflicht, alles zu unternehmen, um durch Zurückführung der Ausgaben und Erhöhung der Einnahmen dieses Ziel so schnell wie möglich zu erreichen. Insbesondere beinhaltet dies die Pflicht, von Einnahmen mindernden Maßnahmen - wie hier der Senkung eines Realsteuerhebesatzes - abzusehen. Erst wenn wieder ein ausgeglichener Haushalt vorliegt, erhält die Gemeinde ihren Handlungsspielraum zurück. Rechnerisches Die Gewerbesteuer ist die wichtigste Einnahmequelle der Stadt Solingen. Bei dem jetzigen Hebesatz von 475 % werden zurzeit für das Jahr 2012 von ca. 2.750 Steuerpflichtigen Gewerbesteuervorauszahlungen i .H. v. ca. 73.000.000 € gezahlt, ein Ergebnis, das sich nach 2013 fortschreiben ließe. Bei einer Hebesatzsenkung ab 2013 auf 300 % führte dies jedoch zu einem Gewerbesteuerrückgang um 26.900.000 €. Um das gleiche Gewerbesteuervorauszahlungsergebnis wie in 2012 zu erzielen, müssten ab 2013 ca. 1.600 neue Gewerbesteuerzahler gewonnen werden, die einen entsprechenden durchschnittlichen Gewerbeertrag erwirtschafteten, wie die bisherigen Solinger Gewerbesteuerzahler. Der Vorschlag ist aus v. g. Gründen nicht umsetzbar.			
164	B228	Erteilung eines Bescheides nur gegen Bezahlung (Überweisung oder Barkasse)	Meiner Meinung nach sollten die Gebühren für alle Genehmigungen, Bescheide etc. im Voraus gezahlt werden. So wäre es z.B. denkbar, dass die Zusendung der Baugenehmigung, Wohnberechtigungsschein u. a. nur zugesandt wird, wenn ein zwischenzeitlicher Zahlungseingang erfolgt ist. So wäre es möglich zuerst den Gebührenbescheid zu versenden, nach Zahlungseingang erst die Genehmigung. Zwecks Kundenorientierung und Bürgerfreundlichkeit wäre es denkbar, dass jeder Bürger die Möglichkeit hat bei der entsprechenden Behörde den Betrag sofort	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	93	14	23	70	1	Finanzen	Die Erhebung und Beitreibung von Gebühren erfolgt ausschließlich nach gesetzlichen Vorschriften. Ein „flexibles“ Erteilen bzw. Aushändigen von Bescheiden ist danach nicht bzw. nur teilweise möglich.	0 €	nein	11

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			zu bezahlen oder den Einzahlungsbeleg vorlegt. Es bräuchten keine rückständigen Forderungen mehr beigetrieben werden. Es wäre der Stadt durch die schnelle Bezahlung und dem Bürger durch die schnelle Aushändigung der Genehmigung von Vorteil.												
165	B241	Kita-Beiträge neu strukturieren	Statt der Einkommensgruppen sollte ein einheitlicher %-Satz vom Einkommen Anwendung finden. Dazu gehört auch die Abschaffung der Geschwisterkindregelung. So werden Ungerechtigkeiten bei der Zuordnung in die Einkommensgruppen vermieden (um 1 EUR erhöhtes Jahreseinkommen führt. u. U. zu mtl. 70 EUR höherem Kita-Beitrag!) und die Verwaltung von der Bearbeitung von (Teil-) Erlassanträgen entlasten.	Einnahmenvorschlag	Über 250.000 €	92	19	22	70	1	Bildung	<p>Der Wechsel von den bisherigen Beitragsstufen, die von der Stadt Solingen und vielen anderen Städten in NRW, ursprünglich aus der landeseinheitlichen Beitragsregelung übernommen wurden zu einem linearen Beitragssystem ist grundsätzlich möglich. Die Berechnung des Beitrages ist aber erheblich aufwendiger, da es bei der Regelung auf jeden Euro Jahreseinkommen ankommt, während bei einer Beitragsstaffel in vielen Fällen leicht zu ermitteln ist, in welche Beitragsstufe der Beitragspflichtige fällt.</p> <p>Die Regelung ist auf den ersten Blick gerechter. Da es beim Umklappen von einer Stufenregelung auf einen linearen Beitrag „Gewinner“ und „Verlierer“ gibt, resultiert aus der Änderung grundsätzlich keine höhere Beitragseinnahme.</p> <p>Gegen die Änderung, die mit einem erheblichen Verwaltungsaufwand verbunden ist, spricht weiterhin, dass die kommunalen Spitzenverbände das Land drängen, wieder auf eine landeseinheitliche Beitragsfestsetzung umzusteigen, um die Verwerfungen zwischen „armen“ und „reichen“ einzudämmen. Beitragsfreiheit bzw. niedriger Beitrag hat sich nämlich längst zu einem Standortvorteil für Kommunen, die es sich leisten können, entwickelt. Der Umstieg von dem bisher nicht verbreiteten linearen System auf eine landeseinheitliche Regelung wäre mit einem erneuten erheblichen Verwaltungsaufwand verbunden.</p> <p>Erklärter Wille der Landesregierung ist die schrittweise Abschaffung des Elternbeitrages in diesem Kontext sind örtliche Bemühungen, die Beiträge anzuheben bzw. Mehreinnahmen zu erzielen gegenläufig zu der Absicht Familien zu entlasten.</p> <p>Die Abschaffung der Geschwisterkindbefreiung hat in den Kommunen,</p>	0 €	Nein	51

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
												die nach Einführung des beitragsfreien letzten Kindergartenjahres dies in Erwägung gezogen haben zu heftigen Reaktionen geführt und wurde auch vom Land als kontraproduktiv bewertet. Zudem besteht aufgrund des demografischen Wandels ein großes Interesse, Anreize für mehr Kinder zu setzen, so gesehen ist die Geschwisterkindbefreiung genau der richtige Ansatz. Aufgrund der aufgezeigten Wechselwirkungen sollte der Vorschlag zur Änderung der Beitragserhebung derzeit nicht verfolgt werden.			
166	B242	Externe Schrottsammler verbieten, Schrott-Abholung durch die Stadt selbst	In meinem Wohngebiet fahren täglich bis zu fünf private Schrottsammler. Offensichtlich ein lukratives Geschäft. Störend ist dabei, der sich ständig wiederholende nervtötende Klumperton, der schon aus ein/zwei Kilometer Entfernung zu hören ist. Mein Vorschlag wäre, diese externen Schrottaholer zu verbieten und die Abholung durch die Stadt selbst zu organisieren. Das würde natürlich auf den ersten Blick einmal Kosten verursachen, die Entsorgung der Metalle würde jedoch wiederum für Einnahmen sorgen. Um nicht ständig auf ein Stadtfahrzeug warten zu müssen, könnte man über eine Servicenummer die Route der/des Fahrzeugs erfragen und entsprechend seinen Schrott zeitnah bereitstellen. Positiver Nebeneffekt: Dieses nervige Gebimmel würde deutlich eingeschränkt werden (höchstens noch ein oder zwei Mal pro Woche ertönen).	Einnahmenvorschlag	Keine Angabe	105	12	36	69	5	Verkehr, Natur und Umwelt	Externe private Schrottsammler können nicht verboten werden, da jeder in unserer freien Marktwirtschaft das Recht hat, ein Gewerbe seiner Wahl auszuüben. Seit kurzem besteht die Möglichkeit, Schrott beim TBS auf der Deponie Bärenloch abzugeben.	0 €	nein	32
167	B270	Städtischen Immobilienbesitz sanieren	Es wird allerhöchste Zeit, ein städtisches Gebäudekataster zu erstellen, um anschließend den städtischen Immobilienbesitz weitgehend zu sanieren und zumindest energetisch zu modernisieren. Eine Prioritätenliste hilft auch bei der Entscheidung, welche städtischen Gebäude erst so spät zur Sanierung / Modernisierung anstehen, so dass ein Verkauf eher angebracht ist. Im Kleinen und umgehend könnte es schon helfen, Mängelanzeigen von Hausmeistern in Solinger Schulen nachzugehen und Reparaturen nicht auf die lange Bank zu schieben. Ein entgegengesetztes Verhalten (wie immer wieder zu beobachten ist) verursacht langfristig deutlich höhere Kosten. Die Angabe eines Schätzwertes für diesen Vorschlag ist höchst spekulativ und daher m. E. unseriös.	Sparvorschlag	Keine Angabe	76	15	7	69	3	Verwaltung und Gebäude	Die Verwaltung arbeitet bereits an einem Sanierungsplan, dem diese Gedanken zugrunde liegen. Allerdings darf hierbei nicht vergessen werden, dass Millionenbeträge zusätzlich zu den jährlichen Instandhaltungsarbeiten bereitgestellt/beschafft werden müssen, die der Genehmigung der Bezirksregierung unterliegen. Der Einsatz der Hausmeister ist Bestandteil eines abgeschlossenen Projektes; die Umsetzung erfolgt zügig.	Keine Angabe	ja	23
168	B115	Parkgebühren für Lehrerparkplätze	Lehrer(innen) der Solinger Schulen, die ihre Autos auf dem Schulgelände parken wollen,	Einnahmenvorschlag	Bis 50.000 €	165	17	97	68	7	Finanzen	Nicht alle Schulen verfügen über (ausreichende) Lehrerparkplätze. Da	mangels entspr. Daten	derzeit nein	23 / 40

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			dürften auch wie viele andere Arbeitnehmer zur Kasse gebeten werden. Es könnten gebührenpflichtige Parkausweise ausgestellt werden. Ein Ausweichen auf nahegelegene Seitenstraßen könnte durch Anwohnerparkplätze entschärft werden.									viele Lehrkräfte von außerhalb kommen, würde hierdurch die Attraktivität einer Tätigkeit in SG nicht gesteigert. Die Umsetzung würde zusätzlichen Verwaltungs- und Personalaufwand erfordern. Bei Einführung von Parkgebühren für städt. MA ist ggf. aus Gleichbehandlungsgründen eine eingehendere Prüfung erforderlich.	derzeit nicht einzuschätzen		
169	B281	ÖPNV attraktiver machen!	Durch Einrichtung von innerstädtischen "Stadtteil-Schnellverbindungen" könnte der ÖPNV neue Fahrgäste gewinnen. Diese könnten von Dieselnbussen bedient werden. Die Linien sollten nur an Umsteigepunkten halten, um die Fahrtzeiten zu verkürzen; Beispiel: Graf-Wilhelm-Platz => Central => Wald-Mitte => Hauptbahnhof => Merscheid => Graf-Wilhelm-Platz	Einnahmenvorschlag	Bis 50.000 €	76	9	8	68	1	Verkehr, Natur und Umwelt	Das zukünftige ÖPNV-Leistungsangebot wird zurzeit im Rahmen des Nahverkehrsplanes politisch beraten. Schnellverbindungen sind nicht vorgesehen, da sie die gesamtstädtische Erschließungsqualität verschlechtern.	0 €	nein	61 / SWS
170	B132	Straßenbeleuchtung nachts abschalten	Nach strukturiertem Plan die Straßenbeleuchtung bzw. Beleuchtung im öffentlichen Raum bis auf wenige Ausnahmen in den Nachtstunden (etwa ab 24 Uhr) auf max. 10% des jetzigen Volumens herunterfahren	Sparvorschlag	Über 250.000 €	153	10	86	67	4	Verkehr, Natur und Umwelt	Das Konzept zur bereits umgesetzten HSK-Maßnahme „Reduzierung der Brenndauer der Straßenbeleuchtung“ beinhaltet im wesentlichen eine Totalabschaltung der Straßenbeleuchtung auf den anbaufreien oder anbauarmen Ein- und Ausfallstraßen sowie in den anbaufreien oder anbauarmen Ortslagen. Eine (temporäre) Abschaltung der Beleuchtung in besiedelten Gebieten und Straßen, dort wo Menschen leben, wohnen, arbeiten oder sich aufhalten, ist aus Gründen der Verkehrssicherheit, der Verbrechensprävention sowie der allgemeinen Daseinsvorsorge bewusst ausgeklammert worden. Eine Absenkung der Helligkeit ist in Solingen bereits erfolgt.	Durch die Umsetzung der HSK-Maßnahmen „Reduzierung der Brenndauer und energetische Sanierung der Straßenbeleuchtung“ wird eine Einsparung von insgesamt ca. 440.000 € erzielt.	Eine generelle Abschaltung der Beleuchtung ab 24.00 Uhr in den Nachtstunden wird nicht empfohlen. Halbschaltung auf 50% (1 Lampe statt 2 Lampen) ist in Solingen bereits grunds. durchgeführt.	61
171	B255	Realistische Einsparungen nennen	Um die Glaubwürdigkeit und das Stimmverhalten nicht zu beeinflussen, müssen realistische Sparsummen genannt werden. Als Beispiel führe ich hier die Einnahmen aus dem Verkauf des Ohligser Stadions an. Die sind von 3 Mio. auf 1,5 Mio. gesenkt worden. Ich habe für den Abriss bei dieser Summe gestimmt. Bei 1,5 Mio. abzgl. Abrisskosten bleibt da nicht mehr viel übrig. Vermutlich hätte ich bei dieser Summe mein Stimmrecht anders ausgeübt. Damit in Zukunft also auch die Bürger mitmachen und das hier nicht zu einer Art "Bild-Zeitung" wird, müssen die Einsparungen realistisch dargestellt werden. Um es	Sparvorschlag	Über 250.000 €	74	16	7	67	1	Sonstiges	Der Vorschlag ist zu pauschal und unkonkret für eine Umsetzungsprüfung durch die Verwaltung.	0 €	Nein	

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			deutlich zu sagen: Ich fühle mich mit der Sache des Ohligser Stadions ziemlich ver.....! Schlimm finde ich es ebenfalls, dass die Einsparpotenziale immer noch nicht nahe 100 Prozent ausgeschöpft wurden. Zeit genug für die Verwaltung war ja. Ich bin sehr auf die Antwort gespannt. Und immer daran denken, die nächste Wahl kommt bestimmt...												
172	B139	Parkgebühren Walder Marktplatz	Gemäßigte Parkgebühren und günstiger Tagstarif sollten durchsetzbar sein.	Einnahmenvorschlag	Keine Angabe	147	14	81	66	3	Verkehr, Natur und Umwelt	Die Auslastung des Parkraums ist nur zu Wochenmarktzeiten gegeben, daher reicht die Parkscheibenregelung aus.	0 €	nein da politisch bereits diskutiert und entschieden	61
173	B171	Eigene Bewirtung der Kindertagesstätten und Schulmensen	Die Tageskinderstätten sowie die Schulmensen sollten durch die eigenen Kantinen bzw. Krankenhausküche beliefert werden sie könnten dann auch wirtschaftlich in städtischer Eigenregie geführt werden	Sparvorschlag	Bis 10.000 €	109	23	44	65	2	Bildung	Die Auswahl der Lieferanten erfolgt in enger Abstimmung mit Schulen und Maßnahmenträgern (oGS, Betreuung); an sehr vielen Schulen werden die Mahlzeiten aus der Großküche des Klinikums bezogen. Da die Kosten von den Eltern in voller Höhe getragen werden, sind auch bei Beschränkung auf diesen Anbieter keine Einsparungen zu erwarten.	0	nein	40
174	B289	Anzahl der Stadtratsabgeordneten senken	Ich bin der Ansicht, dass Solingen auch mit weniger Stadtratsabgeordneten auskommt. dies senkt die Aufwandsentschädigung für die jeweiligen Politiker, die bis zu EUR 1000,00 monatlich betragen kann. Wenn wir nur 10 Abgeordnete weniger hätten, würden so ca. EUR 100.000,00 gespart.	Sparvorschlag	Bis 250.000 €	78	6	13	65	3	Verwaltung und Gebäude	Trotz des Ratsbeschlusses von 2009, die Zahl der Mitglieder auf das gesetzliche Minimum von 52 zu reduzieren ist die Zahl durch Überhang-/und Ausgleichsmandate auf 72 gestiegen. Eine weitergehende Reduktion durch Ratsbeschluss wäre gesetzlich nicht zulässig. Die Anzahl der Mitglieder eines Ausschusses ist grundsätzlich durch den Rat frei bestimmbar. Hierbei ist allerdings der Repräsentationsgrundsatz zu berücksichtigen. Dadurch stünde einer Ratsfraktion, die in dem Ausschuss nicht mit einem stimmberechtigten Mitglied vertreten ist, die Benennung eines beratenden Mitglieds zu. Die Bestimmungen der Gemeindeordnung lassen eine Reduktion der Anzahl der Stadtbezirke und damit der Bezirksvertretung auf min. drei zum Ende der Wahlzeit des Rates (hier 2014) zu. Mit Beschluss vom 08.07.2010 hat der Rat einen entsprechenden Antrag abgelehnt.	60.000 €	Maßnahme teilweise bereits im M265 (alt M001) enthalten	10
175	B220	Sexsteuer	Es ist immer von einer Sexsteuer gesprochen worden, aber man hört nichts mehr davon. Die Verwaltung sollte Mittel und Wege finden, diese Sexsteuer auch einzutreiben. Dafür gibt es doch viele Möglichkeiten wie z.B. Boulevard-Presse (z.B. Express Köln oder Düsseldorf), Das Solinger am Mittwoch und das In-	Einnahmenvorschlag	Bis 50.000 €	92	28	28	64	14	Finanzen	Die Sexsteuer war bereits Bestandteil der Bürgerbeteiligung 2010. Der Rat der Stadt Solingen hat die Einführung der Sexsteuer mehrheitlich beschlossen. Die Verwaltung arbeitet seitdem an der Umsetzung, deren Bestandteil auch die genannten Hin-	25.000 € netto (nach Abzug der Personalkosten)	bereits umgesetzt	22

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			ternet. Es scheint sich aber keiner diese Hinweisen nachzugehen.									weise sind. In so fern ist dieser Vorschlag gut gemeint, aber durch den Beschluss 2010 bereits tägliches Geschäft der Verwaltung. Erste Steuerbescheide wurden verschickt und die entsprechenden Steuern bereits bezahlt, so dass das HSK-Ziel einer saldierten jährlichen Mehreinnahme von 20.000 € erreicht werden wird. Die in 2011 begründete Steuer ist der Stadt nicht verloren gegangen, sondern wird nun sukzessive festgesetzt und führt zu einer entsprechenden Mehreinnahme ab 2012. Zum Stand 16.05.2012 wurden bisher knapp 30.000 € Steuern auf sexuelle Vergnügungen festgesetzt. Aus heutiger Sicht werden Einnahmen in Höhe von rund 35.000 bis 40.000 € pro Kalenderjahr erwartet. Aufgrund der nachträglichen Besteuerung von Vorgängen aus 2011 werden in 2012 Einnahmen von kumuliert rund 70.000 € prognostiziert.			
176	B188	Büroflächen	Bürofläche pro Person auf 8m² begrenzen (bei Großunternehmen Standard). Bei einer Überprüfung der Büros wird man feststellen, dass die Büroflächen der Stadtverwaltung pro Benutzer überdimensioniert sind.	Sparvorschlag	Bis 10.000 €	98	23	35	63	6	Verwaltung und Gebäude	Bei Neubauten wird der geringste Büroflächenbedarf angesetzt, dieser beginnt ab 8 qm, kann aber größer sein, wenn bestimmte Erfordernisse berücksichtigt werden müssen, z. B. Publikumsverkehr, Besucherstühle, technische Ausstattungen etc.	0 €	nein	23
177	B238	Fifty-Fifty-Projekt	In allen öffentlichen Gebäuden könnte das Fifty-Fifty-Projekt eingeführt werden. Siehe: http://www2.solingen.de/C12572F80037DB19/html/1EA301C01E754088C12573A600... Hierdurch können die öffentlichen Gebäude effektiv Geld durch sparen. 50% gehören dem Unternehmen, und 50% des eingesparten Geldes gehen an die Stadt Solingen. Würde sich jedes Solinger Unternehmen an der Aktion beteiligen, mag es auch noch so klein sein, so würde eine Menge Geld in die Stadtkasse gelangen und wir sparen zugleich noch wertvolle Ressourcen ein und sind umweltbewusst.	Sparvorschlag	Bis 250.000 €	70	33	7	63	0	Verwaltung und Gebäude	Der Vorschlag ist nicht umsetzbar, da öffentliche Gebäude nicht an Firmen oder Unternehmen vermietet werden. Sollte dies dennoch der Fall sein, würden die Energiekosten von dem Mieter, in dem Falle die Firma oder das Unternehmen, übernommen.	0 €	nein	23 / 40
178	B302	Tourismus stärken!	Solingen bietet für traditionelle Gewerbebetriebe nicht genügend Anreiz, dass diese aus anderen Gemeinden hierhin umziehen würden. Unsere Stadt hat jedoch ein enormes Potential: die Nähe zur Natur und auch eine interessante Industriekultur. Vielleicht sollte der Tourismus als eine mögliche, künftige Einnahmequelle entdeckt werden.	Einnahmenvorschlag	Bis 250.000 €	66	6	3	63	1	Sport und Freizeit	Der Tourismus ist für den Standort Solingen bereits ein Zukunftsthema. Bereits im Jahr 2011 wurde der Bergischen Entwicklungsagentur die Aufgabe der lokalen wie regionalen Tourismusförderung übertragen. Sie kümmert sich seit dem aktiv um den Ausbau der Tourismuswirtschaft.	Nicht bezifferbar	ja	BEA / Wifö
179	B299	Bereits existierende Gebäude nutzen statt neue bauen	Die Stadt beklagt Schuldenberge ohne Ende, hat aber Geld dafür, ein völlig überteuertes Rathaus zu bauen, was platztechnisch (Au-	Sparvorschlag	Über 250.000 €	76	7	14	62	0	Verwaltung und Gebäude	Der Vorschlag ist zu pauschal und unkonkret für eine Umsetzungsprüfung durch die Verwaltung.	0 €	nein	23

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			tos, Gänge im Gebäude) total schlecht durchdacht ist. Stattdessen könnte man bestehende Gebäude wie das an der Bonnerstraße voll auslasten und spart so Geld. Zumindest könnte es zukünftig so laufen! Das würde sehr viel Geld sparen. Genau so eine Fehlinvestition wurde in Ohligs am Bremseyplatz getätigt. 39000€ für eine Bank?? Da fragt man sich wirklich, ob rational denkende Menschen diese Stadt regieren.												
180	B212	Steuerzuschlag für Reiche	Bei einem Jahreseinkommen ab 200.000 Euro könnte man Zusatzsteuer verlangen.	Einnahmenvorschlag	Keine Angabe	119	13	58	61	4	Finanzen	Aus rechtlichen Gründen nicht umsetzbar. Die Zuständigkeit für die Einkommensteuer liegt beim Bund. Daneben besteht für Kommunen keine zusätzliche Gesetzgebungskompetenz.	0 €	nein	22
181	B292	Gewerbsteuerzahlung auch v. Steuerberatern, Rechtsanw. u. Ärzten	Die sog. Freiberufler zahlen, trotz teilweise hoher Gewinne, keinen Cent Gewerbesteuer an die Stadt. Diese Berufsgruppen mit in die Verantwortung nehmen, das ermögl. Senken für alle und Erhöhung der Attraktivität ohne Einnahmeverlust, sondern mit Gewinn. Die "Unantastbaren" sollte mal in Frage gestellt werden. Ich höre aber jetzt schon die Klagen von Existenzsorgen: Zum einen gibt es ja Freibeträge, alle anderen zahlen auch Gewerbesteuer und schlafen nicht unter Brücken, und solidarisch wäre dies in höchstem Maße!	Einnahmenvorschlag	Über 250.000 €	80	5	19	61	7	Finanzen	Der von den Gemeinden erhobene Gewerbesteuer unterliegt grundsätzlich jeder stehende Gewerbebetrieb, soweit er im Inland betrieben wird, vgl. § 2 Abs. 1 Satz 1 Gewerbesteuerergesetz (GewStG). Gewerbebetrieb ist ein gewerbliches Unternehmen im Sinne des Einkommensteuergesetzes. Gemäß § 5 Abs 2 EStG handelt es sich nur dann um Gewerbebetriebe, wenn deren Betätigung weder als Ausübung von Land- und Forstwirtschaft noch als Ausübung eines freien Berufs noch als eine andere selbständige Arbeit. (z.B.: Rechtsanwälte, Steuerberater, Ärzte etc.) anzusehen ist. Als Gewerbebetrieb gilt im Übrigen auch stets und in vollem Umfang die Tätigkeit der Kapitalgesellschaften. Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden (BVerfG, Beschluss v. 15.1.2008 - 1 BvL 2/04), dass die Einkünfte der freien Berufe und der Land- und Forstwirte auch weiterhin nicht der Gewerbesteuer unterliegen. Nach Auffassung der Richter bestehen beim Steuergegenstand und den wesentlichen Besteuerungsmerkmalen Unterschiede, die eine Differenzierung bei der Gewerbesteuerpflicht rechtfertigen. Die Ablösung der Gewerbesteuer durch eine kommunale Wirtschaftssteuer auch für Freiberufler wird immer wieder diskutiert, aber bislang stets verworfen. Die Stadt Solingen hat hierauf keinen Einfluss. Der Vorschlag ist aus v. g. Gründen nicht umsetzbar.	0 €	nein	22
182	B25	Stromkosten und GEZ-Gebühren Ersparnis in	Bei der Reduzierung von Ausgaben und unnötig produzierten Kosten sollte und muss	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	147	33	87	60	8	Verwaltung und Ge-	Über Dienstanweisung und diverse Haus-Mitteilungen bereits erfolgt	0 €	Bereits enthalten	11

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
		der Verwaltung	auch und gerade bei der Basis begonnen werden, nämlich bei der Stadtverwaltung incl. aller angeschlossenen städtischen Bereiche und Betriebe. Jeder Besucher des Rathauses, eines Bürgerbüros oder anderen städt. Einrichtung kann sich persönlich davon überzeugen das in beinahe jedem Büro ein Radio dudelt und eine Kaffemaschine läuft - und dies während der gesamten Arbeitszeit. Wenn man die hierfür entstehenden Kosten für Strom und GEZ-Gebühren addiert, belaufen sich diese mit Sicherheit auf einige zehntausend Euro p.A. Mein Vorschlag: Herr Feith untersagen / verbieten sie sofort die Nutzung von Radios, Kaffee- oder Espressomaschinen, etc. während der Arbeitszeit. Jeder Mitarbeiter hat seine Pausenzeiten in welchen Radio gehört und Kaffee gemacht werden kann. Kein Mitarbeiter privater Unternehmen kann sein privates Radio den ganzen Arbeitstag lang laufen lassen und sich, wann immer er gerade möchte, Kaffee machen und so seine Pausenzeiten ins maßlose treiben.								bäude			bzw. erfolgt	
183	B193	Veranstaltungen zur Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter	Diese Veranstaltungen werden laut Haushaltsplan jährlich mit 7680 EUR bezuschusst. Eine Förderung ist aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklung nicht mehr zwingend erforderlich.	Sparvorschlag	Bis 10.000 €	118	16	58	60	7	Bildung	Es handelt sich hier um Zuschüsse zu Veranstaltungen und Projekten für Gleichberechtigung bzw. gegen Gewalt an Frauen und Kindern (Beispiele: Alphabetisierungskurs für Migrantinnen, Fachtagung zum Thema „Wochenbettd Depression“, Mädchentag im Rollhaus, Fachtagung zum Thema „Stalking“ u. a.), wo mit vergleichsweise geringen Beträgen durch Kooperationen mehrerer Beteiligter viel getan werden kann. Eine Streichung wird nicht empfohlen.	0 €	nein	16
184	B294	Werbung auf Solingen.de	Hallo, komisch, dass noch keiner darauf gekommen ist. Dezent, ausgewählte Werbung auf solingen.de. Warum soll das Tageblatt und RSG Geld verdienen mit Werbung und die Stadt 67 nicht? In meinen Augen nur Vorteile und keine Nachteile.	Einnahmenvorschlag	Bis 50.000 €	81	3	21	60	3	Verwaltung und Gebäude	Die Neuausrichtung des Auftritts der Internetseite Solingen.de wird zurzeit verwaltungsseitig im Rahmen eines Projektes geprüft. Der Vorschlag wird in die Prüfung einbezogen.	Hängt vom Ergebnis der Prüfung ab.	Hängt vom Ergebnis der Prüfung ab.	10
185	B284	Patenschaft für Grünflächen	Die Bürgerinnen und Bürger sollten Patenschaften für die Grünflächen übernehmen, die direkt vor Ihrem Haus platziert sind. Dies hat 2 Vorteile: 1. Die Stadt spart sich die Pflege und kann mit Hinweisen zur Pflege und Bewirtung unterstützend wirken. 2. Die Bürgerinnen und Bürger können die Gestaltung der Grünflächen selbständig in die Hand nehmen und müssen sich nicht über Unkraut, etc vor Ihrer Haustüre ärgern.	Sparvorschlag	Bis 250.000 €	77	4	17	60	4	Verkehr, Natur und Umwelt	Beim sog. Straßenbegleitgrün gibt es bereits Patenschaften und es wird kontinuierlich versucht neue Paten zu gewinnen. Im Rahmen der HSK 197 wird zurzeit geprüft, ob Beete mit Bodendeckern in Rasenflächen umgewandelt werden können. Es wurde eine Einsparsumme (rd. 17.300 €) ermittelt. Hierfür fallen jedoch Umwandlungskosten in Höhe von rd. 61 T€ an.	17.300 €	Ja, eine Vorlage für den VV zur HSK 197 ist in Vorbereitung	61
186	B62	Verzicht auf Todesanzeigen bei Tod ehemaliger Mitarbeiter	Bei Tod ehemaliger Mitarbeiter sollte auf die bisher übliche Todesanzeige in der örtlichen Presse (Solinger Tageblatt, Solinger Morgen-	Sparvorschlag	Bis 10.000 €	199	23	140	59	9	Verwaltung und Gebäude	Die Kosten betragen ca. 6.500 € pro Jahr. Eine Einsparung ist theoretisch möglich. Die Bedeutung der Nachru-	Theoretisch 6.500 €, aber 0 € wegen	nein	11

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			post) verzichtet werden. Der Sinn einer solchen Anzeige ist in der heutigen Zeit nicht nachvollziehbar. Wen interessiert es, wer vor 20 oder 30 Jahren bei der Verwaltung gearbeitet hat und dann verstirbt.									fe wird seitens der Angehörigen jedoch überwiegend positiv gesehen.	Bedeutung		
187	B230	Anzahl Politiker, Anzahl Wahlkreise senken	Ich meine man sollte mit Wuppertal und Remscheid nur einen Wahlkreis haben, und damit auch die Anzahl der hauptamtlichen Politiker senken.	Sparvorschlag	Über 250.000 €	102	8	43	59	5	Verwaltung und Gebäude	Die Einteilung der Wahlkreise ist bundes- bzw. landesgesetzlich bestimmt. Für die Bundestagswahl bilden wir mit Remscheid und den Stadtteilen Ronsdorf und Cronenberg aus Wuppertal bereits einen gemeinsamen Wahlkreis 103. Bei der Landtagswahl haben wir einen eigenen Wahlkreis (34), zudem bilden wir mit den Stadtteilen Ronsdorf und Cronenberg aus Wuppertal einen gemeinsamen Wahlkreis (33). Für die Europawahl ist gesetzlich vorgeschrieben, dass größere Gemeindebehörden in mehrere Wahlkreise einzuteilen sind, wobei kein Wahlbezirk mehr als 2.500 Einwohner umfassen soll. Weitergehende Zusammenlegungen scheiden daher wegen fehlenden kommunalen Regelungsmöglichkeiten aus. Eine Reduzierung von "hauptamtlichen Politikern" ist aufgrund mangelnder Zuständigkeit der Stadt Solingen nicht möglich. Die Anzahl der Mandate sind ebenfalls per Bundes- bzw. Landesgesetz festgeschrieben. Anders ist dies bei Kommunalwahlen. Hier hat der Rat der Stadt Solingen mit Satzungsbeschluss vom 03.05.2007 festgelegt, die Anzahl der zu wählenden Vertreter nach § 3 Abs 2 KWahlG um sechs zu reduzieren und lediglich 52 Vertreter, davon 26 in Wahlbezirken, in den Rat der Stadt Solingen wählen zu lassen. Hiermit die höchstmögliche Reduzierung der Mandate auch erfolgt.	0 €	nein	33
188	B11	Feuerwehrfahrzeuge auf Leasing Basis	Wenn neue Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr angeschafft werden müssen dann sollte geprüft werden in wie weit man die Fahrzeuge auf Leasingbasis bekommen kann. Vorteil ist das die Einsatzfahrzeuge günstiger sind und verschiedenen Faktoren beim Leasingunternehmen liegen.	Sparvorschlag	Über 250.000 €	144	49	87	57	6	Feuerwehr	Vor einigen Jahren wurde an Hand einer ausführlichen, rechnerischen Darstellung für den zuständigen Fachausschuss nachgewiesen, dass bei der üblichen Laufzeit von Feuerwehrfahrzeugen (8 - 20 Jahre) das Leasing für die Stadt unwirtschaftlich ist. Außerdem gibt es für Großfahrzeuge außer Mannschaftstransportwagen und PKW keine Anbieter auf dem Markt.	0 €	Nein	37
189	B297	Globalzuschüsse für verbandliche Aufgaben	Pro Jahr stehen im Haushaltsplan insgesamt ca. 465.000 € "Globalzuschüsse für verband-	Sparvorschlag	Über 250.000 €	70	2	13	57	0	Finanzen	Die Wohlfahrtsverbände zu denen auch der Jüdische Kultusverein ge-	0 €	nein	50

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
		nur noch mit Verwendungsnachweis	liche Aufgaben" bei AWO, Caritasverband, DRK, Diakonisches Werk und DPWV. Ebenfalls stehen im Haushaltsplan für obige Organisationen zweckgebundene Zuschüsse. Es ist für mich unverständlich, warum nicht alle Zuschüsse zweckgebunden sind bzw. warum jede Organisation im Jahr über 93.000 € "Global" ohne Nachweis erhält. Sicherlich braucht man diese Organisationen und sicherlich benötigen diese Organisationen auch städtische Gelder. Dann sollte der Geldgeber aber bitteschön auch wissen, wofür er zahlt. "Global" hört sich in meinen Ohren immer so nach „goldenen Wasserhähne auf der Geschäftsführertoilette“ an. Mein Vorschlag ist, dass man diese Gelder nur noch mit Verwendungsnachweis ausschüttet.									hört, erhalten sogenannte Global – und Einzelzuwendungen. Grundlage für die Zuwendungen ist die gesetzliche Verpflichtung, dass die örtlichen Träger der Sozialhilfe bei der Durchführung ihrer Aufgaben mit den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege zusammenzuarbeiten und diese angemessen zu unterstützen haben. Üblicherweise erfolgt dies in Form eines Zuschusses zur Aufrechterhaltung einer entsprechenden administrativen Infrastruktur (Globalzuschuss zur anteiligen Finanzierung verbandlicher und Spitzenverbandlicher Aufgaben in der Sozialarbeit), damit überhaupt Einzelleistungen erbracht werden können sowie in Form von Einzelzuschüssen für diese konkreten Leistungen/Maßnahmen. Die Aufgaben, die von den Wohlfahrtsverbänden übernommen werden, sind in der Regel pflichtige Aufgaben der Kommune, die, falls nicht von diesen erbracht, durch die Kommune sichergestellt werden müssten. Dies würde nach Einschätzung der Verwaltung einen Mehraufwand bedeuten, da dafür eigenes Personal und Sachressourcen zur Verfügung gestellt werden müssten. Die Kontrolle der Verwendung solcher Zuschüsse ist dadurch sichergestellt, dass für die Globalzuschüsse Zielvereinbarungen geschlossen wurden, die den Verwendungszweck konkretisieren. Dadurch ist sichergestellt, dass grundsätzlich neue Prioritätensetzungen durch die Stadt möglich sind. Dieses System soll auch auf die Einzelzuschüsse übertragen werden. Für diese werden aber jetzt schon jährliche Verwendungsnachweise erbracht, die eine wirtschaftliche und zielgerichtete Verwendung sicherstellen. Die Zuschüsse werden nicht jährlich, sondern nur im Abstand mehrerer Jahre nach begründetem Antrag und politischer Beratung angepasst (z.B. wegen Tarifsteigerungen bei den Personalkosten). Die Arbeit der Jüdischen Kultusgemeinde findet sowohl in Solingen und in Wuppertal statt. Sie richtet sich somit auch an alle Solingerinnen und Solinger mit jüdischen Wurzeln. Aufgrund der Co-Finanzierung durch die			

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
												Stadt Wuppertal wird der Globalzuschuss für die Jüdische Kultusgemeinde in Solingen nur in geringerer Höhe als bei den anderen Wohlfahrtsverbänden gezahlt. Die Höhe der einzelnen Zuschüsse an die Verbände ist sicherlich grundsätzlich disponibel, aufgrund der wachsenden sozialen Aufgabenfelder wird es aber eher eine Umverteilung innerhalb des Systems geben, die zu keiner Haushaltsentlastung führt. Insgesamt wird daher die Empfehlung ausgesprochen, den Vorschlag nicht umzusetzen. Allerdings wird darauf verwiesen, dass einige Einzelzuschüsse seitens der SD 51 und 53 an die Wohlfahrtsverbände gewährt werden, zu denen von hier aus keine Stellungnahme abgegeben werden kann.			
190	B69	Pferdesteuer	Einführung Pferdesteuer! Die Idee aus Remscheid ist gut und richtig. Wer sich ein Pferd halten kann wird hierzu auch den entsprechenden finanziellen Hintergrund haben. Da durch Pferde ebenfalls Schäden an öffentlichen Wegen entstehen, weiterhin die Hinterlassenschaften der Pferde in der Regel durch die Besitzer/Reiter nicht beseitigt werden, ist eine Steuer entsprechend der Hundehalter angemessen und verhältnismäßig.	Einnahmenvorschlag	Bis 10.000 €	233	19	178	55	37	Finanzen	Auf Solinger Stadtgebiet werden derzeit 244 registrierte Pferde gehalten. Eine kommunale Besteuerung von Pferdehaltungen ist nur unter dem Vorbehalt der Genehmigungen des Landesinnenministeriums und des Landesfinanzministeriums möglich. In der Ablehnung der Ministerien des Antrages der Stadt Essen auf Einführung einer Solariensteuer betonte die Landesregierung das Recht der Kommunen, eigenständige Steuern zu erheben, um ihre Finanzlage zu verbessern. Jede neue Steuer müsse aber wirtschaftlich sinnvoll sein. Dies sei bei der Solariensteuer nicht der Fall, da der Verwaltungsaufwand der Steuer in keinem Verhältnis zu den Erträgen steht. Zur Pferdesteuer wurden aus Kreisen der Landesregierung bereits ähnliche Äußerungen verlautbart. Achtung: Politisch ist die Einführung dieser Steuer offensichtlich nur unter bedenklichen Voraussetzungen umsetzbar. So hat nach entsprechenden Signalen des nordrheinwestfälischen Landtags die Stadt Remscheid die ursprünglich geplante Einführung einer Pferdesteuer nicht mehr weiterverfolgt. Die Einführung dieser neuen Steuer erscheint in Solingen zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll. Steuern dürfen nicht zweckgebunden erhoben werden, sondern fließen in den allgemeinen Haushalt ein.	0 €	nein	22

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
												Durch Pferde bzw. deren Halter verursachte Schäden auf öffentlichen Wegen können somit nicht unmittelbar über Steuergelder ausgeglichen werden.			
191	B313	Steigerung Kostendeckungsgrad Hallenbad Vogelsang	Steigerung des Kostendeckungsgrades des Hallenbades Vogelsang auf 35 % - betriebswirtschaftliches Bäderkonzept - Veranstaltungs- und Servicemanagement - Angebot von Dienstleistungen und Kursen - Öffentlichkeitsarbeit und Werbung - Personal- und Betriebsmanagement - Umsetzung des technischen Betriebsmanagement - Steigerung der Besucherzahlen - Aktualisierung der Öffnungszeiten	Einnahmenvorschlag	Über 250.000 €	60	13	6	54	2	Sport und Freizeit	Die Solinger Bädergesellschaft arbeitet an der Attraktivierung des Hallenbades Vogelsang und erwartet danach einer Besuchersteigerung. Die Öffnungszeiten sind aktualisiert.	Noch nicht bezifferbar	Bereits in Umsetzung	BSG / Bäder
192	B82	Pferdesteuer	Es wird eine Steuer auf die Haltung von Pferden erhoben. Vergleichbar mit der Hundesteuer. Die meisten Pferdebesitzer haben genug Geld, um ihren Töchtern ein Pferd zur Verfügung zu stellen. Außerdem scheißen die Pferde die Wege voll und keiner beseitigt diese.	Einnahmenvorschlag	Bis 50.000 €	223	12	170	53	30	Finanzen	Auf Solinger Stadtgebiet werden derzeit 244 registrierte Pferde gehalten. Eine kommunale Besteuerung von Pferdehaltungen ist nur unter dem Vorbehalt der Genehmigungen des Landesinnenministeriums und des Landesfinanzministeriums möglich. In der Ablehnung der Ministerien des Antrages der Stadt Essen auf Einführung einer Solariensteuer betonte die Landesregierung das Recht der Kommunen, eigenständige Steuern zu erheben, um ihre Finanzlage zu verbessern. Jede neue Steuer müsse aber wirtschaftlich sinnvoll sein. Dies sei bei der Solariensteuer nicht der Fall, da der Verwaltungsaufwand der Steuer in keinem Verhältnis zu den Erträgen steht. Zur Pferdesteuer wurden aus Kreisen der Landesregierung bereits ähnliche Äußerungen verlautbart. Achtung: Politisch ist die Einführung dieser Steuer offensichtlich nur unter bedenklichen Voraussetzungen umsetzbar. So hat nach entsprechenden Signalen des nordrheinwestfälischen Landtags die Stadt Remscheid die ursprünglich geplante Einführung einer Pferdesteuer nicht mehr weiterverfolgt. Die Einführung dieser neuen Steuer erscheint in Solingen zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll. Steuern dürfen nicht zweckgebunden erhoben werden, sondern fließen in den allgemeinen Haushalt ein. Durch Pferde bzw. deren Halter verursachte Schäden auf öffentlichen Wegen können somit nicht unmittelbar über Steuergelder ausgeglichen werden.	0 €	nein	22

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
193	B180	Energiemanagement	Einführung eines Energiemanagements bei der Stadt Solingen durch externen Dienstleister. Realisierte Einsparungen werden 50/50 geteilt. Dabei wird von dem Dienstleister ein Gesamtenergiekonzept für die Stadt Solingen 2020 ausgearbeitet und vom Dienstleister investiert - Solingen partizipiert an den erzielten Einsparungen - und nur realistisch nachweisbare Investitionen -die sich rechnen werden umgesetzt - hierzu existiert eine Software, die dynamisch Effizienzpotentiale abwägt - d.h. kontinuierlich Energiepreise und Investkosten abgleicht und so zum richtigen Zeitpunkt die richtige Investition vorweist	Sparvorschlag	Über 250.000 €	84	35	31	53	0	Verkehr, Natur und Umwelt	Die Stadt Solingen hat, soweit es die finanziellen Mittel zulassen, in energiesparende Maßnahmen investiert und den Energieverbrauch in den letzten Jahren deutlich reduziert. Bei Reparatur- und Sanierungsmaßnahmen werden die Energieeinsparverordnung (EnEV), das Erneuerbare Energien Gesetz (EEWärmeG) usw. eingehalten und wo wirtschaftlich sinnvoll unterschritten. Der Betrieb der Heizungsanlagen erfolgt größtenteils über die Gebäudeleittechnik und ermöglicht eine effiziente Steuerung. Energiekonzepte zur energetischen Sanierung von Gebäuden wurden/werden maßnahmenbezogen erstellt und umgesetzt. Der Betreuungsaufwand für ein Einsparcontracting ist gerade bei einer/m dynamischen/m Gebäudestruktur / Schulbetriebs sehr groß.	0 €	nein	23
194	B246	Wahllokale zusammenlegen	Seit Jahren ist zu beobachten, dass bei Wahlen die Wahlbeteiligung mittelmäßig bis gering ist. Als Reaktion darauf sollten Wahllokale und Wahlbezirke zusammengelegt werden. Dadurch könnten Personalkosten (z.B. für Hausmeister) und Betriebskosten gespart werden.	Sparvorschlag	Bis 10.000 €	90	13	38	52	6	Verwaltung und Gebäude	Aufgrund gesetzlicher Regelung ist bei der Einteilung von Stimmbezirken darauf zu achten, dass kein Stimmbezirk mehr als 2.500 Einwohner umfassen soll. Die Stimmbezirke sollen im Übrigen so abgegrenzt sein, dass allen Wahlberechtigten die Teilnahme an der Wahl möglichst erleichtert wird. Bei der Abgrenzung sind die örtlichen Verhältnisse, wie Bebauungsdichte, geschlossene Siedlungen, Straßenführungen, Verkehrseinrichtungen, Gewässer, Brücken usw. zu beachten. In diesem Rahmen sind auch organisatorische Gesichtspunkte zu berücksichtigen, z.B. die Übersichtlichkeit der Stimmbezirkseinteilung, die Anpassung an Stadtbezirke, statistische Bezirke und, in diesem Zusammenhang, Erfordernisse der Datenverarbeitung. Diesen und den gesetzlichen Anforderungen folgend, wurde das Solinger Stadtgebiet zuletzt im Jahr 2008 neu aufgeteilt. Die Anzahl der Wahllokale wurde hierbei bereits von ursprünglich 107 auf 81 reduziert. Hierbei wurde insbesondere darauf geachtet, dass den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Solingen möglichst wenige Veränderungen abverlangt wurden und diese nach wie vor in der Lage waren, ihr gewohntes Wahllokal aufzusuchen. Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben wird vor den nächs-	1.000 €	ja	33

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
												ten Kommunalwahlen die Gebietseinteilung erneut überprüft und an die örtlichen Gegebenheiten (z.B. Neubaugebiete) angepasst werden. Nach Möglichkeit wird die Verwaltung hierbei den Vorschlag aufgreifen. Leider dürfte das Einsparpotential nicht in der erwarteten Höhe liegen.			
195	B269	Orchester zusammen legen mit Leichlingen oder Langenfeld o.a.	Auf keinen Fall das Orchester aufgeben! Ich kann nicht nachvollziehen, dass es ein politisches Orchester oder gar politisch Musik geben soll. In der letzten Zeit sind oft Jugendliche eingeladen worden und waren sehr interessiert. Außerdem werden junge Talente gefördert. Waren Sie schon mal in dem Konzert "Total genial", tolle Preisträger... Was an Kultur haben wir dann noch in Solingen? Wenn Remscheid gar nicht mehr zu bewegen ist, dann Anfrage an Langefeld oder Leichlingen.	Sparvorschlag	Keine Angabe	78	13	26	52	2	Kultur und Veranstaltungen	Gute Idee, Chancen zur Umsetzung sind schlecht, da die jeweilige Kommune schuldenfrei sein müsste. Trotzdem Vorschlag prüfen.	k.A.	ja	41
196	B277	Freitag ist Dürpeltag	wie in der Stadt Langenfeld die Bürger zur Pflege und Reinigung der des Bürgersteiges oder der Grünfläche zu animieren.	Sparvorschlag	Bis 250.000 €	68	13	17	51	0	Verkehr, Natur und Umwelt	Bürgersteige sind in Solingen in aller Regel auf die Anlieger übertragen. Grünflächen (Parks) werden zurzeit schon im Rahmen von Patenschaften übernommen. Eine weitere Animierung ist möglich. Derzeit gibt es allerdings schon eine HSK-Maßnahme „Reduzierung von Standards im Grünflächenbereich“.	0 €	nein	TBS
197	B247	Union Verkauf (Hermann Löns Stadion)	Guten Tag, die ST titelte in einem Artikel am 16.5.2012 Stadionverkauf bringt nur die Hälfte. Zunächst ist der Leser erstaunt angesichts der immensen Fehlkalkulation (statt der erhofften 3 Mio. nur noch 1,5 Mio. Euro).Die Kosten für eine Ersatzspielfläche nebst Gebäuden sind auf etwa 650.000 Euro angesetzt (ST) – wahrscheinlich genau so eine "Luftnummer" d.h. Fehlkalkulation, diesmal nur entgegengesetzt, wie der ursprüngliche Verkaufserlös des Union Stadions. Wenn alles schief laufen würde, käme wohl nur ein sog. Nullsummenspiel dabei heraus. Mein Vorschlag: 1.)Verkauf des Union Stadions nebst der Gebäude - aber Erhalt des benachbarten noch hervorragenden und relativ neuen Kunstrasenplatzes! Errichtung von kleinen Umkleideräumlichkeiten.2.)Verzicht auf den Bau einer Ersatzspielstätte in Auf der Höhe	Einnahmenvorschlag	Über 250.000 €	65	28	14	51	1	Sport und Freizeit	Das Stadion am Hermann Löns Weg entspricht nicht mehr den Standards, die heute an ein Stadion sowohl sicherheitstechnisch als auch sportfachlich gestellt werden. Aufgrund der Sicherheitsanforderungen (z. B. Rettungswege), die wegen der Lage des Stadions auch nicht entscheidend verändert werden können, könnten hier in Zukunft nur noch Spiele bis einschließlich der Oberliga Nordrhein durchgeführt werden. Bis zu dieser Spielklasse kann aber auch auf jedem Solinger Kunstrasenplatz gespielt werden. Würde ein Solinger Verein über die Oberliga Nordrhein hinauskommen, wäre wohl der Bau eines neuen Stadions -unabhängig von der dann aufkommenden Finanzierungsproblematik- an einer dafür geeigneten Stelle die einzig mögliche Lösung, um diesem Verein eine rechtlich zulässige und geeignete Spielstätte zu bieten. Der Erhalt des veralteten und für die aktuellen und zukünftig dort möglichen Spielklassen völlig überdimensionierten Stadions ist, insbesondere auch wegen	0 €	nein	52

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
												des im Vergleich zu den Kunstrasenplätzen deutlich erhöhten Unterhaltungs- und Pflegeaufwands, unwirtschaftlich. Aufgrund dieser Umstände sind die Aufgabe des Stadions und die Vermarktung des Geländes sowohl aus sportfachlichen als auch aus wirtschaftlichen Gründen alternativlos. Wegen der heute gestellten Sicherheitsanforderungen sowie der Umgebung des Stadions (Nachbarschaft/Lärmschutz) macht auch der Erhalt der Anlage als "Eventstätte" keinen Sinn. Die seinerzeit für die Vermarktung abgegebene Erlöserwartung war eine sehr grobe Prognose. Zu diesem Zeitpunkt gab es noch keine konkreten Planungen darüber, was auf dem Grundstück denn zukünftig entstehen könnte. So wurden entsprechende Erlöserwartungen über Brutorohbaulandpreise überschlägig angenommen. Zwischenzeitlich sind die Planungen zur Gestaltung und Vermarktung des Geländes fortgeschritten, so dass aus groben Prognosen erste Berechnungen und Kalkulationen werden. Dabei wird erkennbar, dass die seinerzeitige Erlösprognose von 3,0 Millionen Euro wohl zu optimistisch war. Aus Gründen der kaufmännischen Vorsicht, wurde die Erlösprognose auf 1,5 Millionen € reduziert. Dies ist der Betrag, der nach Abzug aller Kosten (Entwicklung, Vermarktung, Erschließung, Bau einer Ersatzanlage für den Nebenplatz etc.) noch netto im städtischen Haushalt zur Schuldentilgung verwendet werden soll. Je genauer nun die Planungen werden, desto präziser werden auch die Zahlen der zu erwartenden Vermarktungserlöse. Der Erhalt des Nebenplatzes und damit der Verzicht auf den Bau einer Ersatzsportanlage für den Nebenplatz machen leider keinen Sinn. Der nachbarschaftliche Konflikt (hier insbesondere Lärm) zwischen einer Sportplatznutzung und der Schaffung unmittelbar angrenzender Wohnbebauung ist nicht zu lösen.			
198	B159	Steuer auf PS-starke Firmen-PKW	Jede Firma und auch der öffentliche Sektor brauchen Firmenwagen - das ist unbestritten. Aber muss es eigentlich der PS-starke 5er oder 7er BMW sein oder die dicke E-Klasse	Einnahmenvorschlag	Bis 50.000 €	119	25	69	50	2	Finanzen	Aus rechtlichen Gründen nicht umsetzbar. Die Zuständigkeit für die KFZ-Steuer liegt bei den Bundesländern. Daneben besteht bei den	0 €	nein	22

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			oder der schnelle Audi? Reichen nicht etwas schwächere Fahrzeuge aus? Wohl gemerkt: Von der Sonderabgabe sollen nicht betroffen sein die großen und kleinen LKW, die Transporter, die Pritschen und auch nicht der ganz normale Firmen-PKW, sagen wir mal, bis zur Größe eines VW Passat. Ich schlage daher eine Sondersteuer auf PS-starke Firmen-PKW vor die z. B. mehr als 130 PS haben. Da die Firmenwagen meistens geleast sind und das die Betriebsaufwendungen erhöht, zahlen die Firmen entsprechend weniger Steuern ans Finanzamt. Deswegen ist es ja so interessant, möglichst große Wagen zu leasen - denn der Staat beteiligt sich indirekt daran. Die Sonderabgabe hätte auch lenkende Wirkung, denn jeder Halter hat es selbst in der Hand ob er ein PS-starkes Auto kauft und die Sonderabgabe zahlt oder lieber eines unter 130 PS und damit die Sonderabgabe spart. Außerdem verbrauchen schwächere PKW weniger Sprit, was auch noch die Umwelt schont. Die Erhebung der Daten ist ebenfalls kein großes Problem, denn die Zulassungsstelle weiß schon jetzt über Halter und PS Bescheid. Eine Datenabfrage programmieren und schon sind die Betroffenen festgestellt. Weiterhin würden kleine Handwerksbetriebe nicht von der Sonderabgabe erfasst, da sie nur selten so starke Wagen fahren. Es trifft also wirklich nur die großen und wohlhabenden Firmen - und die können im Sinne des Gemeinwohls eine solche Abgabe wohl verschmerzen.									Kommunen keine zusätzliche Gesetzgebungskompetenz. Hinweis: Aufwendungen für Leasing werden für Zwecke der kommunalen Gewerbesteuer wieder hinzugerechnet.			
199	B206	Radfahrer auf Bürgersteigen und in Fußgängerzonen	Hier könnte mal das Recht ausgeübt werden, Ordnungsgelder zu kassieren. Denn diese Unsitte und auch das Fahren auf einem Radweg in die verkehrte Richtung nimmt leider immer mehr zu. Auch dort, wo es sehr eng ist, wird nicht vom Rad gestiegen. Als 'Fußgänger' lebt man gefährlich. Es sollte doch genug Personal vorhanden sein, um das Verhalten der Radfahrer ab und zu zu kontrollieren.	Einnahmenvorschlag	Bis 10.000 €	110	9	60	50	3	Verkehr, Natur und Umwelt	Verstöße im fließenden Verkehr, z.B. Radfahrer auf Gehwegen, müssen von der Polizei geahndet werden. Fahrradfahrer in Fußgängerzonen werden auch von Mitarbeitern des Ordnungsamtes im Rahmen der personellen Möglichkeiten verwarnt. Bei manchen Gehwegen ist es allerdings auch lt. Beschilderung erlaubt, dass dieser Gehweg gemeinsam von Fußgängern und Radfahrer benutzt werden darf (oft dort, wo kein Radweg vorhanden ist).	0 €	nein	32
200	B202	Brücke Papiermühle	Muss dringend saniert oder neu gebaut werden. Touristisch wichtige Verbindung von der Solinger Innenstadt zum Radweg an der L74 zwischen Kohlfurth und Müngsten.	Investitionsmaßnahme	Bis 250.000 €	90	28	43	47	1	Sonstiges	Die Brücke Papiermühle und die Wegeverbindung stehen nicht im Eigentum der Stadt Solingen, sondern sind Eigentum des Rechtsnachfolgers der ehemaligen Papierfabrik Jagenberg. Da Weg und Brücke gem. Straßenrechtsverzeichnis und Brückenakte öffentlich sind, wurden diese in der Vergangenheit auch von der Stadt unterhalten. Die Brücken-	0 €	Noch offen	67

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
												erneuerung scheiterte jedoch in den vergangenen Jahren an den fehlenden Haushaltsmitteln. Aktuelles Ziel des neuen Eigentümers ist eine Bauungs- und Flächennutzungsplanänderung von Gewerbe in Richtung Wohnen. Im Zuge dieses Verfahrens soll der Bau einer Brückenverbindung wieder aufgegriffen werden. Erste Gespräche hierzu haben stattgefunden.			
201	B207	Müllabfuhr	Ebenso wie bei den gelben und blauen Tonnen, wäre es den Bürgern durchaus zumutbar, auch die grauen Restmülltonnen für die Leerung selbst an den Straßenrand zu stellen. Hier könnte Personal eingespart werden.	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	117	13	71	46	6	Verwaltung und Gebäude	Diese Vorgabe ist möglich. Einsparungen kommen allerdings ausschließlich dem Gebührenzahler zugute und nicht dem städt. Haushalt.	0 € für städt. Haushalt	ja	TBS
202	B323	Verbote konsequenter durchsetzen!	Es gibt jede Menge Verbote in der Stadtordnung, die anderswo besser durchgesetzt werden! Hundekot nicht aufgesammelt! Ordnungsstrafe!!!! Jedes bisschen Grün am Straßenrand ist hier vollgeschissen!!! Kippe oder Kaugummi fallen lassen! Ordnungsstrafe !!!! ect. ect. Das wäre mir lieber, als immer auf die Autofahrer ein zu hacken, nur weil man mal länger als 3 min. im Eingeschränkten parkt! Riesen Strafen für Falschparker auf Behindertenparkplätzen!??? Diese Strafen eher senken, dafür sich lieber auf Massenvergehen konzentrieren! Kippen, Kacke und Müll! Volles Zugreifen! Und mehr Befugnis für Bürger die so etwas melden wollen, aber den Verursacher nicht zu Stellen wissen! Notrufnummer fürs Ordnungsamt ??? Oder sind die dann da wieder nicht zuständig!!!! Wie so oft! Besonders auf dem Dürpell!!!! Be trifft Freiland Pinkler!!!!	Einnahmenvorschlag	Bis 50.000 €	53	1	7	46	2	Verkehr, Natur und Umwelt	Wie viele vergleichbare Kommunen auch, hält das städt. Ordnungsamt Personal nur für die sogenannten Pflichtaufgaben bereit. Kontrollgänge gehören zu den freiwilligen Aufgaben, die nur dann möglich sind, wenn keine Pflichtaufgaben vorrangig zu erledigen sind. Um kontinuierlich und flächendeckend kontrollieren zu können, ist die Schaffung eines Streifendienstes mit einer Personalstärke von mind. 8 Personen erforderlich. Sofern im Rahmen der o.a. Vorgaben Bußgeldtatbestände ermittelt werden, werden diese auch geahndet.	0 €	nein	32
203	B192	Abschaffung der Geschlechtsspezifische Förderung von Jungen und Mädchen	Aus der Liste der freiwilligen Zuschüsse: Geschlechtsspezifische Förderung von Jungen und Mädchen (z. B. Selbstbehauptungskurse, Theaterstücke); jährlich wechselnde Einzelanträge aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklung nicht mehr zwingend erforderlich. Einsparung: 4600 EUR / Jahr	Sparvorschlag	Bis 10.000 €	115	11	71	44	2	Bildung	Sowohl aufgrund der Statistiken zu häuslicher und sexueller Gewalt als auch aufgrund der Statistiken zu unterschiedlichen Schul- und Ausbildungsabschlüssen von Jungen und Mädchen scheint eine geschlechtsspezifische Förderung von Selbstbewusstsein und sozialen Kompetenzen weiterhin angezeigt. Eine Streichung wird nicht empfohlen.	0 €	nein	16
204	B310	Reduzierung der Stellen Ressortkoordination	Die Stellen der Ressortkoordination sind zu reduzieren (pro Dezernat 1 Ressortkoordinator sowie Sachbearbeiter)	Sparvorschlag	Bis 250.000 €	51	11	8	43	0	Verwaltung und Gebäude	Eine Standardabsenkung in der Ressortkoordination ist nur bei Verzicht auf Streichung der unbesetzten Beigeordnetenstelle möglich, vgl. HSK-Maßnahme M266.	160.000 €	Nein	11
205	B314	betriebswirtschaftliches Sportstättenmanagement	Einführung eines betriebswirtschaftlichen Sportstättenmanagements - betriebswirtschaftliches Kostenmanagement - Belegungsanalysen für Turn- und Sporthallen, Außensportanlagen	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	51	11	8	43	4	Sport und Freizeit	Dieser Vorschlag ist sinnvoll und befindet sich im Bezug auf die Belegungsanalysen und die Standardisierung der Sportstättenvergaben bereits in der Umsetzungsphase. Ein	Nur bei Aufgabe von Objekten	Bereits in der Umsetzung	52

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			<ul style="list-style-type: none"> - Effektivitätssteigerung der Ausnutzung - Veranstaltungs- und Servicemanagement - Betriebskosten-Controlling - Standardisierung bei Sportstättenvergaben 									rein betriebswirtschaftliches (kaufmännisches) Sportstättenmanagement ist aufgrund der Rahmenbedingungen des NKF sowie der unterschiedlichen Eigentumsverhältnisse der Hallen sowie deren Angliederung an Schulen schwierig. Zur Effektivitätssteigerung der Ausnutzung müssten alle (52) Sport-, Turn- und Gymnastikhallen regelmäßig auf ihre tatsächliche Nutzung vor Ort überprüft werden. Dies erfordert zusätzliches Personal von 1-2 Stellen. Da die Hallenzeiten zu über 90 % vergeben sind, ergeben sich kaum noch zusätzliche Einnahmepotentiale über Entgelte. Eine Ersparnis könnte sich demnach nur ergeben, wenn z.B. schlecht genutzte kostenintensive Objekte als Sportstätte komplett aufgegeben werden.			
206	B147	sparen ist nicht alles, gerade in Bildung	Ich kann diesem Vorschlag Abriss Gebäude Rosenkamp nicht zustimmen, es kann nicht angehen dass Kinder während einer Grundschulzeit womöglich in andere Schulen umziehen müssen. Die hier zu erzielenden Einsparung von 47000 € gegen die Umstände einer Veränderung im Schulablauf steht in keinem Verhältnis. Die Klassengröße an den Grundschulen ist ja heute schon sehr hoch, am Rosenkamp im ersten Schuljahr 30 Kinder pro Klasse, und durch Reduzierung der Kapazitäten wird es wohl nicht besser, im Gegenteil die Gefahr permanent voller Klassen wird noch größer. Bitte keine Einsparungen auf Kosten Bildung und auf Kosten unserer Kinder. Denken Sie bitte auch an zum Teil dann für Eltern und Kinder an aufwendigeren Schulwege und auch hier entstehender Mehrkosten.	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	87	44	45	42	2	Bildung	Ist kein eigener Vorschlag, sondern eine Ablehnung des Verwaltungsvorschlags.	0 €	Nein	
207	B331	Verwarnungsgeld für Hundebesitzer	Da ich in der Stadt häufig zu Fuß unterwegs bin, muss ich mich oft über die Hinterlassenschaften der Hunde ärgern, die auf den Bürgersteigen und Wanderwegen zu finden sind. Da in Wuppertal schon eine entsprechende Satzung existiert, nach der Hundehalter geeignete Reinigungsmaterialien mitführen müssen, um die Hinterlassenschaften ihres Hundes zu beseitigen, schlage ich an Anlehnung an die Wuppertaler Regelung eine entsprechende auch für Solingen vor. Kann ein Hundebesitzer nicht nachweisen, dass er mit Papiertaschentuch und Tüte jederzeit gut gerüstet ist, die "Hinterlassenschaft" seines Hundes zu entsorgen, wird ein Verwarnungsgeld fällig - zehn Euro. Das gilt natürlich auch, wenn	Einnahmenvorschlag	Bis 10.000 €	45	1	3	42	2	Verkehr, Natur und Umwelt	Der Erlass der geschilderten und in Wuppertal existierenden Satzung wird geprüft.	Noch offen	evt.	32

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			Hund und Herrchen in flagranti - also mit Häufchen - erwischt werden. Die Einhaltung der Regelung wird durch Mitarbeiter des Ordnungsamtes überprüft. Damit sich Hund und Halter an die strengere Kontrolle der Regeln für saubere Straßen gewöhnen können, gibt es in einer kurzen Übergangszeit erst mal Ermahnungen. Dann folgt die konsequente Umsetzung der Satzung - samt kostenpflichtiger Verwarnung.												
208	B195	Globalzuschuss für verbandliche Aufgaben an die Jüdische Kulturgemeinde	Diese wird laut Haushaltsplan jährlich mit 56355 EUR bezuschusst. Es handelt sich um eine freiwillige Leistung. Es stellt sich die Frage, welche Aufgaben hier im Interesse der Allgemeinheit wahrgenommen werden. Eine Kürzung von mindestens 50% wäre angemessen, mit dem verbleibenden Zuschuss können sicherlich die wesentlichen Aufgaben wahrgenommen werden.	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	97	33	56	41	12	Finanzen	Die Wohlfahrtsverbände zu denen auch der Jüdische Kultusverein gehört, erhalten sogenannte Global – und Einzelzuwendungen. Grundlage für die Zuwendungen ist die gesetzliche Verpflichtung, dass die örtlichen Träger der Sozialhilfe bei der Durchführung ihrer Aufgaben mit den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege zusammenzuarbeiten und diese angemessen zu unterstützen haben. Üblicherweise erfolgt dies in Form eines Zuschusses zur Aufrechterhaltung einer entsprechenden administrativen Infrastruktur (Globalzuschuss zur anteiligen Finanzierung verbandlicher und spitzenverbandlicher Aufgaben in der Sozialarbeit), damit überhaupt Einzelleistungen erbracht werden können sowie in Form von Einzelzuschüssen für diese konkreten Leistungen/Maßnahmen. Die Aufgaben, die von den Wohlfahrtsverbänden übernommen werden, sind in der Regel pflichtige Aufgaben der Kommune, die, falls nicht von diesen erbracht, durch die Kommune sichergestellt werden müssten. Dies würde nach Einschätzung der Verwaltung einen Mehraufwand bedeuten, da dafür eigenes Personal und Sachressourcen zur Verfügung gestellt werden müssten. Die Kontrolle der Verwendung solcher Zuschüsse ist dadurch sichergestellt, dass für die Globalzuschüsse Zielvereinbarungen geschlossen wurden, die den Verwendungszweck konkretisieren. Dadurch ist sichergestellt, dass grundsätzlich neue Prioritätensetzungen durch die Stadt möglich sind. Dieses System soll auch auf die Einzelzuschüsse übertragen werden. Für diese werden aber jetzt schon jährliche Verwendungsnachweise erbracht, die eine wirtschaftliche und zielgerichtete Verwendung sicher	0 €	nein	50

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
												stellen. Die Zuschüsse werden nicht jährlich, sondern nur im Abstand mehrerer Jahre nach begründetem Antrag und politischer Beratung angepasst (z.B. wegen Tarifsteigerungen bei den Personalkosten). Die Arbeit der Jüdischen Kultusgemeinde findet sowohl in Solingen und in Wuppertal statt. Sie richtet sich somit auch an alle Solingerinnen und Solinger mit jüdischen Wurzeln. Aufgrund der Co-Finanzierung durch die Stadt Wuppertal wird der Globalzuschuss für die Jüdische Kultusgemeinde in Solingen nur in geringerer Höhe als bei den anderen Wohlfahrtsverbänden gezahlt. Die Höhe der einzelnen Zuschüsse an die Verbände ist sicherlich grundsätzlich disponibel, aufgrund der wachsenden sozialen Aufgabenfelder wird es aber eher eine Umverteilung innerhalb des Systems geben, die zu keiner Haushaltsentlastung führt. Insgesamt wird daher die Empfehlung ausgesprochen, den Vorschlag nicht umzusetzen. Allerdings wird darauf verwiesen, dass einige Einzelzuschüsse seitens der SD 51 und 53 an die Wohlfahrtsverbände gewährt werden, zu denen von hier aus keine Stellungnahme abgegeben werden kann.			
209	B266	Hartz 4 und Heizkosten	Ich habe selber im vorigen Jahr Heizkosten gespart, wofür? Das Gesparte wird mir von der Arge wieder abgezogen, Begründung wenn sie eine Nachzahlung haben übernehmen wir diese ja auch. Ok heißt im Klartext nicht sparen wird ja bezahlt. Wäre es nicht günstiger den Leuten einen Anreiz zu geben zb. wenn sie sparen dürfen Sie die Hälfte behalten. Ich behaupte dann würden viele sparen und die Stadt hat den Vorteil. Denn Fenster auf und Heizen Staat bezahlt ja ist ja wohl nicht richtig	Sparvorschlag	Keine Angabe	75	10	34	41	5	Sonstiges	Der Bürgervorschlag schlägt Anreizsysteme vor, um Heizkosten zu sparen. Die Idee ist grundsätzlich sehr gut, da bei Reduzierung der Heizkosten tatsächlich städtische Mittel bei den Kosten der Unterkunft eingespart werden könnten. Der Grundsicherungsträger ist nämlich verpflichtet, die angemessenen Kosten zu übernehmen, solange nicht ein unwirtschaftliches Verhalten nachgewiesen werden kann. Vor diesem Hintergrund haben bereits viele Städte über ein entsprechendes Bonus-System nachgedacht. Momentan fehlt hierfür allerdings die Rechtsgrundlage. Sollte der Gesetzgeber die nötigen Rahmenbedingungen schaffen, wird sich die Stadt Solingen an der Erarbeitung eines solchen Bonus-Systems auf jeden Fall beteiligen.	Derzeit 0 €	Ja, aber erst nach Schaffung Rechtsgrundlage	59

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
210	B288	Bürgerkredit - Leih Solingen Dein Geld!	Bürgerinnen und Bürger leihen mit kleinen Beträgen (mind. 100 Euro) der Stadt über eine gewisse Laufzeit den Betrag und erhalten einen halbwegs attraktiven Zinssatz. (z.B. 2 % für 3 Jahre). Die Stadt nennt den konkreten Verwendungszweck, wofür dieser Kredit eingesetzt werden soll. Vorteile: Die Stadt kommt günstig an Kredite und spart Geld. Die Bürger können der Stadt ganz direkt helfen.	Einnahmenvorschlag	Über 250.000 €	65	10	24	41	4	Finanzen	Seit Jahren und in der erwarteten Entwicklung ist die Differenz zwischen dem Anlage- und dem Aufnahmezins viel zu gering, um damit die Kosten zu decken und eine Wertschöpfung erzielen zu können. Das heißt, Solingen zahlt im Durchschnitt rd. 2 Prozent Zinsen; teilweise auch deutlich niedriger. Ein attraktiver Anlagezins ist somit für Solinger Bürgerinnen und Bürger nicht zu bieten. Wenn die Zinsschere sich deutlich öffnet, kann dieser Vorschlag wieder aufgegriffen werden.	0 €	derzeit nein	20
211	B287	gründliche Überarbeitung des Denkmalschutzes	Es ist großartig: In einer bankrotten Kommune in einem verschuldeten Bundesland in einer verschuldeten Republik leistet man es sich, alte Bauwerke zu erhalten. Man drangsaliert Bürger und Unternehmen und verpflichtet sie aufwändigste Reparaturen und Instandhaltungsmaßnahmen durchzuführen für alte Gemäuer! Das Ergebnis sind dann endlose Diskussionen um z.B. den Hedderichpavillon oder die Schande in der Blumenstraße. Wer für so was Geld ausgeben möchte und gleichzeitig eine Schule schließen will, soll sich in einer Versammlung mal melden ...	Sparvorschlag	Über 250.000 €	61	6	20	41	0	Verwaltung und Gebäude	Alle Kommunen in NRW sind gem. § 20 DSchG verpflichtet, die Aufgaben der Unteren Denkmalbehörden wahrzunehmen. Bei diesen Aufgaben im Bereich des Denkmalschutzes handelt es sich um „Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung“, das heißt, die Gemeinde ist zur Wahrnehmung dieser Aufgaben verpflichtet und dabei an staatliche Weisungen gebunden. Sie unterliegt hierbei einer Rechts- und Fachaufsicht durch die höhere Verwaltungsbehörde, hier der Bezirksregierung Düsseldorf. Darüber hinaus hat sie all ihre Entscheidungen im Benehmen mit dem Fachamt, dem LVR-Amt für Denkmalpflege zu treffen. Damit ist u. a. auch gewährleistet, dass Entscheidungen fachgerecht und vergleichbar ausfallen, dass also bei ähnlicher Sachlage nicht in der einen Stadt so und in einer anderen völlig anders entschieden wird. Zusätzlich gibt es natürlich noch Rechtsmittel gegen Entscheidungen von Behörden, also die Überprüfung durch z. B. Verwaltungs- und Obergericht. Auch wenn manch einem Bürger eine Diskussion und Entscheidung, wie zum Beispiel die zum Hedderich Pavillon nicht ganz verständlich ist, so ist doch die weitaus überwiegende Zahl der Denkmäler in Solingen unstrittig. Das wird u. a. auch dadurch deutlich, dass in Büchern, Tourisusbroschüren und anderen Veröffentlichungen in erster Linie mit Denkmälern unterschiedlichster Art und denkmalgeschützten Stadtbildern geworben wird, die es – wie die	0 €	nein, da Pflichtaufgabe nach Weisung	61

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
												Abbruchzahlen aus den Zeiten vor dem Denkmalschutzgesetz beweisen – ohne dieses Gesetz und seine Anwendung nicht oder nur in bruchstückhafter Form geben würde. Wollte man trotz alledem hier eine Änderung herbeiführen, „also eine gründliche Überarbeitung des Denkmalschutzes“ vornehmen, fiel das nicht in die Kompetenz der Stadt Solingen. Das wäre dann eine Angelegenheit des Landes, und somit müsste der Landtag von Nordrhein-Westfalen das Gesetz ändern oder aufheben.			
212	B222	Leasing von Lösch- und Drehleiterfahrzeugen	Es sollte meiner Meinung nach geprüft werden, ob man die Fahrzeugflotte der Feuerwehr, sowie die notwendigen Neuanschaffungen von Gerätschaften vielleicht kostengünstiger leasen könnte.	Sparvorschlag	Über 250.000 €	83	22	43	40	1	Feuerwehr	Vor einigen Jahren wurde an Hand einer ausführlichen, rechnerischen Darstellung für den zuständigen Fachausschuss nachgewiesen, dass bei der üblichen Laufzeit von Feuerwehrfahrzeugen (8 - 20 Jahre) das Leasing für die Stadt unwirtschaftlich ist. Außerdem gibt es für Großfahrzeuge außer Mannschaftstransportwagen und PKW keine Anbieter auf dem Markt.	0 €	Nein	37
213	B315	Überprüfung Leistungsempfänger	Zur Überprüfung von Leistungsempfängern der Sozialhilfe wäre es von Vorteil, wenn mehr Personen die Aufgabe hätten, die Leistungsempfänger zu prüfen, sog. Ermittler. Das hätte zur Folge, dass weniger Personen zu Unrecht Sozialleistungen erhielten. Die Stellen könnten zuerst befristet eingerichtet werden, z.B. für 2 Jahre. Nach Ablauf dieser Zeit müsste entschieden werden, ob der Erhalt dieser Stelle(n) Sinn macht.	Sparvorschlag	Über 250.000 €	61	4	21	40	6	Verwaltung und Gebäude	Der Vorschlag richtet sich einseitig auf die Aufdeckung eines Missbrauchs mittels eines „Hausbesuches“. Dieser Ansatz ist in der gängigen Rechtsprechung und bei den Datenschützern sehr umstritten, So wird den Sozialbehörden zugestanden, dass es zu ihrer selbstverständlichen Pflicht gehört, über die sachgerechte Verwendung der bereitgestellten Transfermittel mit der gebotenen Sorgfalt zu wachen. Trotzdem darf dies nicht so weit gehen, Sozialhilfeempfänger ohne konkreten Anlass zu stigmatisieren und zu kriminalisieren und zu veranlassen, die Intimbereiche der Transferempfänger zu durchleuchten. Weiterhin ist zu beachten, dass die Aufklärung von Sachverhalten, die den Missbrauch beweisen sollen, durch einen Hausbesuch nicht zu erreichen ist. Trotzdem ist der Einsatz von Ermittlern grundsätzlich sinnvoll, da ein Hausbesuch auch dann anfallen kann, wenn über das Ausmaß des beantragten Bedarfs an Kleidung, Einrichtungsgegenständen oder Renovierungen entschieden werden muss. Verweigert in diesem Zusammenhang der Antragsteller die Inaugen-	0 €	nein	50

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
												<p>scheinnahe, dann kann die Sozialbehörde – auch im Einklang mit der Rechtsprechung – wegen fehlender Entscheidungsgrundlagen durchaus derartige Anträge ablehnen. Auf den bestehenden Ermittlungsdienst des Stadtdienstes Ordnung wird verwiesen.</p> <p>Der Vorschlag, den Ermittlungsdienst zu erweitern ist also grundsätzlich umsetzbar, wenn er nicht auf die Aufdeckung eines Missbrauchs abzielt. Die Fachverwaltung schätzt jedoch die Wirkung für den Haushalt bei der Aufstockung um eine Vollzeitstelle negativ ein, da die mögliche Einsparung unter 30 T € und die zusätzlich anfallenden Personalkosten bei ca. 40 T € liegen würden. Bezüglich der Mißbrauchsaufklärung wird darauf verwiesen, dass es den Sozialbehörden aufgrund verschiedener gesetzlicher Regelungen gestattet ist, mit anderen Behörden anspruchsrelevante Daten ihrer Leistungsempfänger abzugleichen. Dieser Informationsaustausch (Datenabgleich) findet regelmäßig statt.</p>			
214	B322	Freiwillige Patenschaften für kleine und mittlere Investitionen	<p>Solingen hat eine lange Liste von sinnvollen und nützlichen Investitionen, die die Lebensqualität in Solingen weiter erhöhen würde. Die Stadt hat jedoch nur begrenzte Mittel, jedoch sicherlich viele Solinger und Freunde von Solingen, die in der Lage wären lokale Projekte finanziell zu unterstützen.</p> <p>Vorschlag: Jedes Jahr wird eine gewisse Zahl von Investitionen (max. 5-10) zur Unterstützung bekannt gegeben. Solinger können sich an diesen Investitionen finanziell durch eine freiwillige Unterstützung beteiligen und erhalten hierfür eine symbolische Aktie /Patenurkunde der Stadt. Wird ein gewisser Anteil (z.B. 50 %) an Spenden eingesammelt, wird die Maßnahme sofort umgesetzt. So können mit den vorhandenen Mitteln mehr Investitionen umgesetzt werden und die Bürger können Projekte unterstützen und mit Prioritäten versehen, die Ihnen am Herzen liegen. Dieses wird und wurde in einigen Bereichen bereits erfolgreich umgesetzt (Paten für die Korkenzieherstrasse, Licht für die Trasse). Durch Unterstützung der lokalen Presse in Zusammenarbeit mit der Stadt könnte hier ein erhebliches Potential aktiviert werden. Optimal wäre eine Unterstützung als Spende, so dass es noch einen steuerlichen Anreiz gibt.</p>	Investitionsmaßnahme	Bis 250.000 €	45	10	5	40	0	Sonstiges	Nur sinnvoll bei ausgewählten einzelnen Investitionen	Kann derzeit nicht beziffert werden	Offen	R2

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
215	B123	Zusammenarbeit der bergischen Städte	Bildung eines gemeinsamen Personalamtes der drei bergischen Städte	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	121	12	82	39	2	Verwaltung und Gebäude	Dieser Vorschlag wurde –zumindest für die Bereiche Beihilfe und Personalabrechnung- hier im Rahmen der Produktkritik unter der Maßnahme M035 eingehend untersucht. Im Ergebnis ließen sich keine Einsparungen oder Arbeitsverbesserungen erreichen.	0 €	nein	10 / 11
216	B103	Schließung des Jugendheim Gräfrath	Da das Fritz-Gräbe-Jugendheim in Gräfrath aus verschiedenen Gründen nicht angenommen wird (merkwürdige Öffnungszeiten, Beschäftigung der Mitarbeiter eher mit sich selbst, als mit Jugendlichen, langweiliges Angebot) kann es auch ersatzlos gestrichen werden.	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	111	47	73	38	2	Verwaltung und Gebäude	Politik/BV Gräfrath und Verwaltung sind für den Erhalt des HdJ Gräfrath Eine Verlagerung zur Nibelungenstraße wurde beschlossen.	0 €	nein	51
217	B309	Agieren statt reagieren!	Agieren statt reagieren! Das bedeutet, dass unsere hoch bezahlten und gewählten Dezernenten und Politiker Wege aufzeigen, die Veränderung bringen. Weichen stellen in eine Neue Zeit. Den vorhandenen Haushalt zusammenstreichen, das kann jeder Sachbearbeiter. Personal einsparen ist auf gar keinen Fall eine Lösung. Nur genügend gute und motivierte Leute bringen gute Arbeitsergebnisse. Nach neuen Lösungen suchen, z. B. in den Nachbarstädten oder auch in den Nachbarländern. Langenfeld ist so gut wie schuldenfrei. Was machen die anders? Es gibt noch mehrere Beispiele, wo Bürgermeister es geschafft haben Ihre Gemeinde zu sanieren. Also auf, macht Euch Gedanken, die Bürger brauchen frischen Wind und eine Zukunft. Angst machen und drohen hat noch nie geklappt. Auch Personal, das Angst hat ist blockiert und bringt keine Leistung. Gefragt sind neue Ideen, Lob und Motivation für die Bürger und das Städtische Personal! Seht Euch wie die Verantwortlichen eines Konzerns, das ist auf Wirtschaftlichkeit aufgebaut. Hier hat jeder das Ganze im Auge. Wenn man so agiert, braucht man über Privatisierung nicht mehr nachzudenken.	Investitionsmaßnahme	Über 250.000 €	49	9	12	37	0	Sonstiges	Der Vorschlag ist zu pauschal und unkonkret für eine Umsetzungsprüfung durch die Verwaltung.	0 €	Nein	
218	B295	Emailadressen für Bürger gegen Gebühr	Hallo, warum nicht schöne vorname.nachname@solingen.de Emailadressen inkl. Virenschutz und Spamschutz gegen Gebühr für Bürger ? Nur Vorteile und geringer Aufwand.	Einnahmenvorschlag	Keine Angabe	58	8	23	35	0	Verwaltung und Gebäude	Keine schlechte Idee aus Marketing-sicht – allerdings unbezahlbar. Bereits die hier geprüfte Ausstattung der Ratsmitglieder mit einem @solingen.de-Namen würde erheblich interne Aufwendungen bedeuten	0 €	nein	11
219	B311	Einsatz strategisch-analytischer Software für Investitionen und Controlling	Einsatz strategischer-analytischer Software für - Investitionsplanung - Folgekostenberechnungen - Liquiditäts- und Wirtschaftlichkeitsrechnungen - Überprüfung und Controlling der Folgekosten - Überprüfung der Kosten von Baumaßnah-	Sparvorschlag	Bis 250.000 €	43	15	8	35	2	Finanzen	Aktueller Stand: In der Verwaltung werden relevante Bereiche regelmäßig einem Controlling unterzogen. Dazu gehören auch Wirtschaftlichkeits- und Folgekostenberechnungen, zu denen die Stadt durch die Gemeindeordnung auch verpflichtet ist. Es gibt außerdem spezielle Einsatzgebiete, in denen laufend	Frühestens ab 2015: 50.000 – 250.000 Euro jährlich	ja	20

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			men - Überprüfung bei Betriebskosten									controllt wird (z.B. Jugend, Energiemanagement). Was fehlt, ist ein konzernübergreifendes zentrales Finanzcontrolling; hier wäre eine Software zur Unterstützung sicher hilfreich. Anfangs fallen zusätzliche Personal- und Softwarekosten an. Mittel- bis langfristig würde sich der Einsatz rechnen. Wann und in welcher Höhe müsste je nach gewünschter Intensität des Controllings ermittelt werden.			
220	B267	Erhalt und Vermarktung Stadion HLW	Nach der Falschberechnung des Wertes des Stadions am Hermann-Löns-Weg durch Herrn Weeke ist der Spareffekt nicht mehr zu erzielen und ein Erhalt der Anlage (ohne Stehränge) mit gleichzeitigem Übertrag der Pflege an einen Fußball- oder Stadion-Pflegeverein steigert das Sparpotenzial deutlicher, als die Schaffung einer Ersatzanlage (z.B. in Aufderhöhe) um ein vielfaches und auf Dauer. Mit einer gleichzeitigen Begrenzung des Fassungsvermögens auf unter 4999 Zuschauer wird die Versammlungsstättenverordnung NRW nicht berührt und einer Nutzung sowie Vermarktung, auch außersportlich steht nicht im Wege. Es könnten sogar zusätzliche Einnahmen generiert werden durch Eventmarketing.	Sparvorschlag	Über 250.000 €	61	18	28	33	2	Sport und Freizeit	Das Stadion am Hermann Löns Weg entspricht nicht mehr den Standards, die heute an ein Stadion sowohl sicherheitstechnisch als auch sportfachlich gestellt werden. Aufgrund der Sicherheitsanforderungen (z. B. Rettungswege), die wegen der Lage des Stadions auch nicht entscheidend verändert werden können, könnten hier in Zukunft nur noch Spiele bis einschließlich der Oberliga Nordrhein durchgeführt werden. Bis zu dieser Spielklasse kann aber auch auf jedem Solinger Kunstrasenplatz gespielt werden. Würde ein Solinger Verein über die Oberliga Nordrhein hinauskommen, wäre wohl der Bau eines neuen Stadions -unabhängig von der dann aufkommenden Finanzierungsproblematik- an einer dafür geeigneten Stelle die einzig mögliche Lösung, um diesem Verein eine rechtlich zulässige und geeignete Spielstätte zu bieten. Der Erhalt des veralteten und für die aktuellen und zukünftig dort möglichen Spielklassen völlig überdimensionierten Stadions ist, insbesondere auch wegen des im Vergleich zu den Kunstrasenplätzen deutlich erhöhten Unterhaltungs- und Pflegeaufwands, unwirtschaftlich. Aufgrund dieser Umstände sind die Aufgabe des Stadions und die Vermarktung des Geländes sowohl aus sportfachlichen als auch aus wirtschaftlichen Gründen alternativlos. Wegen der heute gestellten Sicherheitsanforderungen sowie der Umgebung des Stadions (Nachbarschaft/Lärmschutz) macht auch der Erhalt der Anlage als "Eventstätte" keinen Sinn. Die seinerzeit für die Vermarktung abgegebene Erlöserwartung war eine sehr grobe Prognose. Zu diesem Zeitpunkt gab es	0 €	nein	52

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
												noch keine konkreten Planungen darüber, was auf dem Grundstück denn zukünftig entstehen könnte. So wurden entsprechende Erlöserwartungen über Bruttorohbaulandpreise überschlägig angenommen. Zwischenzeitlich sind die Planungen zur Gestaltung und Vermarktung des Geländes fortgeschritten, so dass aus groben Prognosen erste Berechnungen und Kalkulationen werden. Dabei wird erkennbar, dass die seinerzeitige Erlösprognose von 3,0 Millionen Euro wohl zu optimistisch war. Aus Gründen der kaufmännischen Vorsicht, wurde die Erlösprognose auf 1,5 Millionen € reduziert. Dies ist der Betrag, der nach Abzug aller Kosten (Entwicklung, Vermarktung, Erschließung, Bau einer Ersatzanlage für den Nebenplatz etc.) noch netto im städtischen Haushalt zur Schuldentilgung verwendet werden soll. Je genauer nun die Planungen werden, desto präziser werden auch die Zahlen der zu erwartenden Vermarktungserlöse. Der Erhalt des Nebenplatzes und damit der Verzicht auf den Bau einer Ersatzsportanlage für den Nebenplatz machen leider keinen Sinn. Der nachbarschaftliche Konflikt (hier insbesondere Lärm) zwischen einer Sportplatznutzung und der Schaffung unmittelbar angrenzender Wohnbebauung ist nicht zu lösen.			
221	B303	Vorübergehendes Ende der Budgetierung	Solange der Haushalt nicht ausgeglichen ist sollte man die Budgetierung der einzelnen Bereiche aussetzen und Ausgaben tätigen die erforderlich, notwendig oder Sinnvoll allgelegt sind. Es ist immer wieder zu sehen, im Bund, Land und Kommune, dass zum Jahresende noch schnell Geld rausgeschmissen wird, damit im darauffolgenden Haushalt nicht gekürzt wird. Hier sollte seitens des Kämmers und der Bereichsleiter ohne Machtgehebe das Geld verantwortungsbewusst ausgegeben werden. Es muss zwar ein Haushalt aufgestellt werden, jedoch ist niemand gezwungen das ganze Geld auch auszugeben.	Sparvorschlag	Über 250.000 €	45	5	12	33	0	Finanzen	Die Budgetierung dient lediglich dazu, mehr Flexibilität in der Bewirtschaftung zu erreichen. Das sog. „Dezemberfieber“ sollte inzwischen nicht mehr grassieren, da sowohl Planungen als auch Bewirtschaftungen wegen der angespannten Finanzlage der Stadt Solingen restriktiv gehandhabt werden.	0 €	nein	20
222	B324	Gebäudemanagement aus Sicht des Bürgers Kirschbaumshöhe HS Krahenhöhe	Die Gebäude * Grundschule (GS) Meigener Str. 130 und * Kirschbaumshöhe Montessorizweig verkaufen und dafür beide Schulzweige ab 2013 in dem Gebäude der ** Hauptschule (HS) Krahenhöhe ** zusammenlegen. Die Sporthalle HS Krahenhöhe wird sowieso	Sparvorschlag	Über 250.000 €	43	8	12	31	1	Verwaltung und Gebäude	Das Gebäude der HS Krahenhöhe ist derart marode, dass erhebliche wirtschaftliche Sanierungskosten entstehen würden. Die Nutzung des Gebäudes der auslaufenden HS Krahenhöhe zur Unterbringung anderer Schulen (insbes.	0 €	nein	23 / 40

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			<p>schon für den Schulsport der Montis GS Kirschbaumshöhe genutzt. Hierbei fällt dann der SPORT-Busshuttle weg. Einsparpotential! Vorteil: * Erweiterung der Montessori Pädagogik um mind. zwei Schulklassen, da die GS aktuell 380 Schüler hat, die HS aber mit 430 Schülern belegt ist. * Nutzung bestehender Gebäude * Wegfall nicht mehr zeitgemäßer Bausubstanzen * Einsparung der unterlassenen aufgelaufenen Gebäudeinstandhaltungen * Wohnbaugrundstücke in bevorzugter Lage in Meigen Völlig unverständlich sind die Verwaltungsvorschläge zur Schließung von Grundschulen, wenn man weiß, das die Verwaltung seit 2007 den Schulentwicklungsplan nicht mehr ergänzt bzw. fortgeschrieben hat und die Politik ohne Sachkenntnis mit altem Zahlenmaterial tiefgreifende Entscheidungen für heutige Schüler und die späteren Wähler trifft. Warum kann man die Eltern nicht frühzeitig mit ins Boot holen, wenn solche Entscheidungen von Schulschließungen mal eben so nebenbei zur Abstimmung gelangen und die Argumentation geringere rückläufige Schülerzahlen an einer ausgelasteten GS vorgeschoben werden. Hierzu bitte die folgenden Vorschläge berücksichtigen: Vorschlag M 125 f; - Schließung der Hauptschule Krahenhöhe scheint schon so gut wie sicher zu sein. Vorschlag M125d : - Aufgabe der Montessori Grundschule Kirschbaumshöhe Verteilung der Schüler auf andere Grundschulen im Stadtgebiet (Hier soll die Montessori Pädagogik bewusst zerstört werden.)</p>									<p>GS Meigen einschl. Kirschbaumshöhe, GS Schützenstraße) wurde bereits geprüft, wegen des hohen Sanierungsbedarfs aber als unwirtschaftlich verworfen.</p> <p>Schließungsvorschläge ergeben sich aufgrund rückläufiger Schülerzahlen.</p> <p>Vorschlag ist, auch an anderen Grundschulen ein (dezentrales) Angebot aufzubauen; Schüler sollen nicht verteilt oder Angebot zerstört werden</p>			
223	B304	Umdenken der Verantwortlichen in Solingen	<p>In Solingen hat es die Politik und Verwaltung schon sehr früh und Nachhaltig verstanden, Gewerbetreibende und Neu Ansiedlungen, selbstständig und von vornherein den Gar auszumachen bzw von Anfang an denen Steine in den Weg zu legen. Hier ist seitens der Stadt ein enormes umdenken erforderlich. Diese sollte mal endlich aus dem Dornröschenschlaf erwachen und entsprechend mit dem handeln beginnen. Warum wandern denn immer mehr Gewerbetreibenden aus Solingen ab? Weil sie die Nase voll haben von so einer Arroganten und Selbstverherrlichung der Politik und Verwaltung in Solingen. Geboten wird auch nichts. Es werden denen</p>	Einnahmenvorschlag	Über 250.000 €	40	13	9	31	1	Verwaltung und Gebäude	Der Vorschlag ist zu pauschal und unkonkret für eine Umsetzungsprüfung durch die Verwaltung.	0 €	Nein	

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			doch auch immer neue Steine in den Weg gelegt. Diese sollte man aber mit Kuschhand fördern. Aber ich glaube das bekommen die Verantwortlichen in Solingen nicht in ihre Köpfe.												
224	B245	OB verzichtet auf Fahrer und Dienstwagen	Der Oberbürgermeister sollte auf einen eigenen Fahrer und ein eigenes Dienstfahrzeug verzichten. Für Dienstfahrten könnte er auf ein örtliches Taxiunternehmen zurückgreifen.	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	87	11	57	30	7	Verwaltung und Gebäude	Der Oberbürgermeister repräsentiert die Stadt Solingen bei vielen Gelegenheiten. Wegen der Enge des Terminplans wird der Wagen als rollendes Büro genutzt, also einiges an Akten mitgenommen, das in einem Taxi nicht liegen bleiben sollte.	0 €	nein	10
225	B280	Verzicht der Aufwandsentschädigung in den Bezirksvertretungen	Liebe Solinger \ innen Wie ich erfahren habe bekommen sogar die Volksvertreter in den Bezirksvertretungen eine Aufwandsentschädigung. Da es alle Ehrenamtliche Volksvertreter sind, ist es absurd für das Ehrenamt auch noch Geld zu bekommen. Ist in der Bezirksvertretung ein Beschluss verabschiedet, wird er im Stadtrat gekippt. Schon oft vorgekommen.	Sparvorschlag	Bis 10.000 €	63	5	33	30	1	Verwaltung und Gebäude	Die Sitzungsentschädigung ist geregelt durch die Sitzungsentschädigungsverordnung des Landes. Eine Veränderung der Zahlsumme ist weder durch Beschluss noch durch Verzicht möglich.	0 €	nein	10
226	B18	Hundesteuer und Hundehaltung	Anpassung der Hundesteuer (z.B. von 133,20 € auf 150,- €) zum 01.01.2013. Wenn z.B. 15% der Solinger (ca. 24.000) Hundebesitzer sind - würde die Erhöhung min. 400.000,- €/Jahr einbringen. Noch wichtiger hierbei ist jedoch die Überwachung der Anmeldungen (Einnahmen) bzw. die Ahndung der Ordnungswidrigkeiten. Es würde sich sogar rentieren, eine zusätzlich Arbeitskraft für diese Aufgaben einzustellen. Die letzte Anpassung der Hundesteuer erfolgte mit der Hundesteuerersatzungsänderung vom 13.12.2010 - davor mit der Satzungsänderung vom 18.12.2008.	Einnahmenvorschlag	Über 250.000 €	189	24	160	29	11	Finanzen	Bis Ende 2008 betrug die Steuer für einen Hund 92,40€, ab 2009 bis Ende 2010 114,00€, ab 2011 bis heute 133,20€. Bei der letzten Steuererhöhung zum 01.01.2011 wurden die Steuersätze von Durchschnittswerten abgeleitet, welche bei größenähnlichen Gemeinden wie Solingen erhoben werden. Aufgrund der beiden zeitnah vorangegangenen Anhebungen der Steuersätze (Steuererhöhung innerhalb von 5 Jahren i.H.v. 61,6 %) erscheint eine weitere Steuererhöhung zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll, mittelfristig sicherlich schon. Der aktuelle Bestand an steuerlich angemeldeten Hunden in Solingen beträgt derzeit rd. 8200 Hunde, davon rund 350 steuerbefreite bzw. -ermäßigte Hunde. Eine regelmäßige Überwachung der Anmeldungen sowie die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten bei unterlassener oder verspäteter Anmeldung wird durch den Außendienst (75%-Stelle) hinreichend gewährleistet; im Vergleich zu anderen Gemeinden ist der Anteil registrierter Hunde gemessen an der Einwohnerzahl in Solingen hoch. Siehe hierzu auch Ausführungen zu B204.	100.000 €	ja	22
227	B142	Zusammenlegung von Einheiten der freiwilligen Feuerwehr	Wenn man mit Bedacht die Einheiten zusammen legt wird es für den Bürger keinen Sicherheitsverlust geben und es können Ge-	Sparvorschlag	Bis 250.000 €	105	25	76	29	8	Feuerwehr	Bei den freiwilligen Feuerwehren gibt es seit je her eine ausgeprägte Ortsbezogenheit und lokale Verbunden-	< 0 €	Nein	37

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			bäude und Geräte gespart werden. So könnte die LE1 (Ohligs) mit der LE2 (Rupelrath) und der LE4 (Merscheid) zusammengelegt werden und man könnte zusammen Ohligs, Aufderhöhe und Merscheid abdecken. Der neue Standort könnte in der Nähe der Bonner Str und der Nähe zur Viehbach sein. Zusätzlich könnte die LE 3 (Mangenberg) mit der LE5 (Böckerhof) zu einer Innenstadtwa- che zusammengelegt werden. Das alleine führt zu viel Sparpotential und auch dazu, dass bei Einsätzen immer genug Leute verfügbar sind									heit. Nach Befragungen in der Ver- gangenheit wurde deutlich, dass es bei Zusammenlegungen zu einem Mitgliederschwund kommen würde. Bei weiter absinkenden Mitglieder- zahlen wäre die Sicherheit gefährdet. Außerdem sind derzeit keine Fi- nanzmittel für eine notwendige bauli- che und organisatorische Umstrukturi- rung vorhanden. Die Tilgung für den Investitionsaufwand aus dann erforderlichen Erweiterungen von einzelnen Gerätehäusern würde den Spareffekt über lange Zeit überstei- gen.			
228	B318	Gebührenpflichtige Mitarbeiterparkausweise einführen	Alle städtischen Grundstücke mit PKW- Parkflächen sollten zumindest den gleichen Gebühren wie ein Bürger bei einem Anwohnerparkausweis auferlegt bekommen. Zumindest sollten wie bei Anwohnerparkplätzen auch üblich mind. 2,5 Ausweise je Stellplatz gegen gleich hohe Ausweisgebühren an die Mitarbeiter ausgestellt werden.	Einnahme- vorschlag	Bis 250.000 €	54	4	25	29	4	Verwaltung und Ge- bäude	Die Grundsatzentscheidung zum kostenpflichtigen Mitarbeiterparken ist getroffen. Nunmehr finden die abschließenden Verhandlungen mit dem Personalrat statt.	44.000 €	Bereits enthalten bzw. erfolgt	11
229	B329	Unternehmensberatungen einsparen	Die Geschäftsführungen der einzelnen Unternehmen des öffentlichen Dienstes müssten selbst in der Lage sein, ein Unternehmen zu führen. Ein Unternehmensberater versucht natürlich so lange es geht zu "beraten"! Er /Sie ist letzten Endes auch nur ein Unternehmen.	Sparvor- schlag	Bis 250.000 €	35	6	7	28	0	Verwaltung und Ge- bäude	Siehe auch Antwort zu B 223 und B 151. Bei den Beratungsleistungen geht es nicht um die Führung des Unterneh- mens, sondern um neue Aufgaben, organisatorische Änderungen oder juristische Detailfragen, die Spezialwissen erfordern. Regelmäßig vergebene Beraterleis- tungen beziehen sich ausschließlich auf gesetzlich vorgeschriebene Prü- fung von Jahresabschlüssen und Ähnlichem.	0 €	nein	11 / BSG
230	B243	Keine Wahlplakate mehr in Solingen....	Alle Parteien, die z. B in den nächsten 20 Jahren an einer Kommunalwahl teilnehmen, verpflichten sich, keine Wahlplakate mehr drucken und aufhängen zu lassen. Neue Parteien haben vorher eine entsprechende Ver- pflichtung zu unterzeichnen. Dadurch können öffentliche kommunale Zuschüsse an Parteien gesenkt werden. Keine Wahlkampfkosten- erstattung bei Verstoß. Die Plakate werden eh nicht "sinnvoll" aufgehängt, meistens schnell beschmutzt und nach den Wahlen äußerst schleppend abgehängt. Ob sich dies auf Landes- oder Bundesebene auch umsetzen lässt, entgeht meiner Kenntnis.	Sparvor- schlag	Bis 50.000 €	68	17	42	26	7	Verwaltung und Ge- bäude	Auf kommunaler Ebene findet keine Wahlkampfkostenerstattung für die Parteien statt (§ 48 KWahIG NW). Der Aufwand des Stadtdienstes Ord- nung beträgt bei durchschnittlich einer Wahl im Jahr rd. 370 Euro.	0 €	nein	33
231	B286	Abschaffung der "gol- denen Klinge"	Mein Vorschlag ist es die goldene Klinge ab- zuschaffen. Das muss man sich mal vorstellen: Schulen, Schwimmbäder werden ge- schlossen und die Straßen verrotten, aber auf der anderen Seite hat man Geld verdienten (aber gut bezahlten) Bürgern einen (weiteren und daher überflüssigen) Preis zu verleihen	Sparvor- schlag	Bis 50.000 €	64	6	40	24	1	Kultur und Veranstat- tungen	Es wird davon ausgegangen das der Ehrenpreis der Stadt Solingen „Die Schärfste Klinge“ gemeint ist. Auf- grund der werbenden Ausstrahlung dieses Preises innerhalb und außer- halb der Stadt Solingen ist es gelun- gen, die Veranstaltung in den ver-	0 €	nein	10

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			und die "besten Bürger der Stadt" zu bewirten und schöne Musik zukommen zu lassen. Dann können noch ein paar schöne Reden gehalten werden und fertig ist die Geldverschwendung. Das kann man machen, wenn man genug Geld hat, ansonsten sollte man es lassen. Oder gibt es Gegenstimmen, dass wir uns dieses Prestige leisten können?									gangenen Jahren durch Sponsorengelder zu finanzieren.			
232	B167	Baumaßnahmen einschränken	Ich finde Solingen hat an vielen Stellen unnötige Baustellen die sich die Stadt Solingen sparen könnte.	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	63	48	39	24	2	Sonstiges	Der Vorschlag ist zu pauschal und unkonkret für eine Umsetzungsprüfung durch die Verwaltung.	0 €	Nein	
233	B216	Mehr Gas-Tankstellen in Solingen	Solingen hätte durch mehr Gas-Tankstellen eine Einnahmemöglichkeit. Voraussetzung: Genug gasbedürftige Fahrzeuge in Solingen.	Einnahmenvorschlag		59	51	35	24	5	Verkehr, Natur und Umwelt	Wie in der Frage schon aufgezeigt wird, ist eine wesentliche Voraussetzung für eine Ausweitung der Einnahme über den Ausbau eines Gas-Tankstellennetzes die Anzahl der Erdgasfahrzeuge, die in Solingen betankt werden. Die Kapazitäten heute in SG-Ohligs der betriebenen Erdgas-Tankstelle werden über Gasfahrzeuge in Solingen heute nur teilweise ausgeschöpft. Möglichen zusätzlichen Einnahmen über einen Ausbau des Erdgastankstellennetzes in Solingen stehen erhebliche Kosten für Aufbau/Betrieb der Tankstelle entgegen. Auf Grundlage der vorliegenden Marktdaten und Einnahmemöglichkeiten bzw. den entsprechenden Investitions-/Betriebskosten lassen sich keine wirtschaftlich tragfähigen Konzepte zum Ausbau eines Gas-Tankstellennetzes in Solingen darstellen.	0 €	nein	SWS
234	B181	Energieeinkauf durch externen Dienstleister vergleichen	Über einen externen Dienstleister die Energiebeschaffungspreise für die Stadt Solingen (STROM/ERDGAS/Mineralöl/andere Energieträger) mit Vergleichsangeboten (des bisherigen Einkaufs (SWS/Verwaltung) zu überprüfen. Sollten günstigere Preise durch den externen Dienstleister zu erzielen sein, diese wahrzunehmen und erzielte Einsparungen teilen.	Sparvorschlag	Über 250.000 €	73	32	50	23	0	Finanzen	Die Stadt Solingen ist im Bereich der Energiebeschaffung äußerst erfolgreich, da Beschaffungs- und Versorgungsstrategie Hand in Hand gehen. Ein Großteil der Umsätze für Energie verbleiben im Konzern Stadt Solingen (Eigenerzeugung von Strom und Fernwärme). Die Beschaffung von Energie wird durch das Kompetenzzentrum-Energie durchgeführt und hat zu erheblichen Preisreduzierungen geführt, ohne das Gewinn- und Risikozuschläge zzgl. MwSt. gezahlt werden mussten.	Negative Einsparung	nein	23
235	B161	Kürzung der freiwilligen Zuschüsse	Die freiwilligen Zuschüsse sollten in den nächsten vier Jahren um 5 % pro Jahr gekürzt werden. Entweder werden einzelne Zuschüsse gestrichen oder individuell gekürzt, oder, wenn darüber keine Einigung möglich ist, eine pauschale Kürzung der Zuschüsse um 5 % pro Jahr über vier Jahre. Den Empfängern der Zuschüsse würde dadurch genug Zeit verbleiben, die Ausfälle durch Sparanstren-	Sparvorschlag	Über 250.000 €	85	32	63	22	6	Finanzen	Grundsätzlich müssen Zuschüsse der Stadt permanent hinsichtlich ihrer Notwendigkeit und Höhe überprüft werden. Dies geschieht derzeit im Rahmen nachgehender Arbeiten zum HSP. Im Rahmen der aktuellen Nacharbeit wird durch SD 11 erwartet, dass die im Bürgervorschlag genannte Höhe	250.000 €	Bereits enthalten bzw. erfolgt	11

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			gungen oder andere Geldquellen auszugleichen.									von 250.000 Euro erreichbar ist.			
236	B231	Mobiler Blitzer für Rotlichtsünder	Die Anschaffung eines mobilen Blitzers für Rotlichtverstöße könnte ein gutes Mittel zum Auffüllen der Stadtkasse sein.	Einnahmenvorschlag	Über 250.000 €	75	24	53	22	3	Verkehr, Natur und Umwelt	Mobile Rotlichtüberwachung unterscheidet sich aus technischer Sicht erheblich von den bekannten „Starenkästen“ zur Rotlichtüberwachung. Bei mobiler Überwachung muss grundsätzlich Messpersonal vor Ort sein und die Messung zu begleiten. Dazu kommt eine sehr zeitintensive Auswertung des Videomaterials. 2,0 Stellenanteile für Überwachung und Auswertung wären notwendig. Es wird davon ausgegangen, dass die Personalkosten höher liegen als die Einnahmen.	0 €	nein	32
237	B321	Vermietung von Straßen und städt. Flächen für Baumaßnahmen und Reparaturen	In Solingen werden immer wieder ganze Straße im Rahmen von Baumaßnahmen oder Reparaturen ganz oder teilweise über einen längeren Zeitraum gesperrt. Leider entsteht oft der Eindruck, das die Arbeiten nicht in der Kürze der Zeit durchgeführt werden, wie dieses technisch möglich wäre. (Beispiele: Sperrung Florastr. für Neubau Finanzamt, kein Baufortschritt Schlagbaumer Str. an Brückentagen oder samstags, Weyersberg Beginn der Maßnahme Ende Herbst mit Baustopp im Winter usw.). Vorschlag: Das Unternehmen/Investor muss die Straße für die Dauer der geplanten Arbeiten mieten. Die Miete erhöht die Angebotssumme. Gleichzeitig erhöht die Stadt Mietentnahmen. Unternehmen die durch geschickte Arbeitsorganisation die Arbeiten in einem kürzeren Zeitraum durchführen können billiger anbieten. Wird mehr Zeit für die Arbeit benötigt, hat die Stadt mehr Einnahmen. Im „schlechtesten Fall“ werden Baustellen in Solingen schneller fertig und die Flächen wieder für die Nutzung freigegeben. Dieses sollte primär bei Unternehmen und Großprojekten angewendet werden und nicht bei dem Bürger der z.B. ein Gerüst oder Container vor seinem Haus aufstellen möchte (wird dem Antragsteller schon heute pauschal berechnet).	Einnahmenvorschlag	Bis 50.000 €	33	9	11	22	0	Finanzen	Zu unterscheiden sind 2 Fallgestaltungen: 1.) Private Baumaßnahmen auf privaten Grundstücken mit Baustelleneinrichtungen im öffentlichen Straßenraum (wie z. B. Neubau Finanzamt). 2.) Städtische Straßenbaumaßnahmen einschl. Verlegung von Ver- und Entsorgungsleitungen im öffentlichen Interesse. Die Inanspruchnahme des öffentlichen Straßenraums durch privat veranlasste Baustelleneinrichtungen stellt eine Sondernutzung nach dem Straßen- und Wegegesetz NRW dar. Für die Sondernutzung zahlt der Sondernutzungsnehmer eine Sondernutzungsgebühr nach der Sondernutzungssatzung der Stadt Solingen. Je länger die Sondernutzung andauert, umso höher ist die Gebühr. Städtische Baustelleneinrichtungen im Zuge von Straßenbaumaßnahmen stellen rechtlich keine Sondernutzung dar. Eine Gebührenerhebung wäre auch nicht zielführend, da der Unternehmer bei der Abgabe seines Angebotes Gebühren in seine Preiskalkulation mit einrechnen würde. Ein Wagnis für Bauzeitenverlängerung würde er als vorsichtig kalkulierender Kaufmann ebenfalls einpreisen.	0 €	Im Rahmen der Sondernutzung ist der Vorschlag durch die Erhebung von Sondernutzungsgebühren bereits geübte Praxis. Bei städtischen Straßenbaumaßnahmen ist eine Gebührenerhebung nicht geboten.	61
238	B312	Umstrukturierung Aufgaben Heranziehung (Forderungsmanagement)	Optimierung und Strukturverbesserung (weitere Automatisierung der Verfahren)	Einnahmenvorschlag	Bis 50.000 €	28	20	6	22	1	Finanzen	Die städtische Unterhaltsheranziehung für die Rechtsgebiete SGB XII, SGB II und Unterhaltsvorschussgesetz ist beim Stadtdienst Soziales konzentriert. Durch diese Bündelung der Aufgaben ist es gelungen, Sach- und Personalressourcen einzusparen. Es gibt auf dem Markt kein einheitliches Programm für alle Rechts-	0 €	nein	50

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
												gebiete, teilweise fehlen sogar Anwendungen für einzelne Rechtsgebiete. Aufgrund der bereits durchgeführten Optimierungen und der fehlenden Alternativen sieht der SD 50 keine Möglichkeiten, den Vorschlag umzusetzen.			
239	B335	überflüssige Leitungsstellen reduzieren	<p>Kürzung Personalaufwendung auf der Leitungsebene:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Abbau von zwei der drei Geschäftsführerstellen bei der BSG mit einem Einsparvolumen von gut 200.000 € jährlich. - schnellstmögliche Umsetzung der Regel, dass jede städtische GmbH nur noch von einem Geschäftsführer geleitet wird - vorbehaltlose Überprüfung von Möglichkeiten des Verzichts auf unnötige Höhereinstufungen und Beförderungen auf dieser Personalebene - Keine pauschale Aussetzung der Stellenbewertung für Beamte nach dem derzeit gültigen System, sondern lediglich Aussetzung der Stellenbewertung der Beamten des gehobenen Dienstes. <p>Auch in anderen städtischen Betrieben müssen Schritt für Schritt unnötige Leitungs- und Geschäftsführerstellen wegfallen: So sind in den DBSG 6 leitende Beamte des Höheren Dienstes eingesetzt, bei den TBS 3, in der Wirtschaftsförderung 3, während die ARGE mit 2 und die Altenzentren mit 1 Stelle auskommen. Durch eine sinnvolle Reduzierung könnten hier hunderttausende Euro pro Jahr eingespart und stattdessen zahlreiche schmerzliche Einschnitte in anderen Bereichen verhindert werden.</p>	Sparvorschlag	Über 250.000 €	24		2	22	0	Verwaltung und Gebäude	<p>Dieser Vorschlag wurde im Rahmen der Produktkritik als Maßnahme 15 „Harmonisierung der Organstrukturen“ mit einem strukturellen Potential von 500.000 Euro p.a. aufgenommen. (siehe auch B282)</p> <p>Hiervon sind im HH. 2011 bereits 78.000 Euro eingearbeitet, Im Jahr 2012 stehen weitere 200.000 Euro zur Realisierung an.</p>	500.000 €	Bereits enthalten bzw. erfolgt	11
240	B39	Katzensteuer	keine weitere Hundesteuererhöhung sondern Einführung von einer Katzensteuer mit Kastrationspflicht. Dies würde die Vermehrung eindämmen und dadurch die Tierheime entlasten. Die Registrierung ist sicherlich nicht ganz einfach. Bei 50 Euro pro Katze und 5000 Tieren die man vielleicht pro Jahr registrieren könnte sind 250000 zu erzielen	Sparvorschlag	Bis 250.000 €	190	27	169	21	14	Finanzen	Aus rechtlichen Gründen nicht umsetzbar. Eine Katzensteuer kann nicht gleichmäßig erhoben werden, da Katzen ihrer Natur nach häufig nicht ihren Haltern/Besitzern zugeordnet werden können. Aufgrund des Vollzugsdefizits ist eine solche Besteuerung rechtswidrig.	0 €	nein	22
241	B332	Bäume schützen ja, Baumschutzsatzung nein!	Bäume sind wichtig, daher sollten wertvolle Bäume geschützt werden. Die Baumschutzsatzung ist aber in Solingen nicht nötig, da es in Solingen so viel Grün gibt. Auch hat die Handhabung in den letzten Jahren gezeigt, das hier bürgerunfreundlich gehandelt wurde. Beispiele kann ich bei Bedarf nachliefern. Auch bei Industriebauten, die Steuern einbringen wird unflexibel gearbeitet. Daher sollte die Baumschutzsatzung ersatzlos gestrichen werden. In Langenfeld gibt es nach meinem Wissen keine Baumschutzsatzung und	Sparvorschlag	Bis 250.000 €	27	4	7	20	1	Verkehr, Natur und Umwelt	Der Rat der Stadt Solingen ist in seiner Sitzung am 08.07.2010 dem Verwaltungsvorschlag zur Aufhebung der Baumschutzsatzung (HSK-Maßnahme 231) nicht gefolgt. Die Einsparvorgabe wurde von 54.000,- € auf 10.000,- € gesenkt, verbunden mit dem Hinweis, den Baumschutz in Solingen zu erhalten, aber den Verwaltungsaufwand hierfür zu senken. Dies wurde mit Änderung der Baumschutzsatzung vom	Theoretisch 44.000 €	ja	67

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			da funktioniert es ja auch. Personalkosten ergeben nur ein kleines Sparpotenzial, aber die anschließende Akzeptanz wird riesig sein. Auch bei der Industrie. Also sofort umsetzen.									12.04.2012 umgesetzt.			
242	B268	Verschrottung des großen Metallgerätes neben dem Theater	Neben dem Theater steht eine große Metallpresse - möglicherweise auch ein anderes Industriegerät - was m. E. weder als kulturell wertvoll und schon gar nicht als schön erachtet werden kann. Wer ruft beim Scalabrin an und lässt das Dingen entsorgen? Das Schrottgeld können Musikschule oder andere Einrichtungen gut gebrauchen ...	Einnahmenvorschlag	Bis 10.000 €	54	20	35	19	2	Kultur und Veranstaltungen	Sinnhaftigkeit und Angemessenheit des Standortes im Rahmen der Umfeldverbesserungen des Theaters kritisch überprüfen.	Noch nicht ermittelt	ja	41
243	B327	VHS MAHNGEBÜHREN ERST AB 5 oder 10 EURO ANSCHREIBEN	Mahngebühren der VHS sollten nur noch für 5 oder 10 Euro und mehr angeschrieben werden. Mahnungen unter 5 euro sollten gesammelt werden Zinsen entsprechend des Betrages und der Fälligkeit berücksichtigt werden	Sparvorschlag	Bis 10.000 €	31	6	13	18	0	Finanzen	Entgelte von weniger als 10 € werden durch die BVHS lediglich bei Einzelveranstaltungen mit Abendkasse erhoben (Barzahlung). In diesem Fällen treten Mahnungen gar nicht auf. Es kann sich nur um Einzelfälle handeln, in denen z.B. Bankgebühren für nicht eingelöste Lastschriften angemahnt werden. Für das Zusammenfassen und verfolgen mehrerer Kleinbeträge müsste eine manuelle Überwachung (Personalaufwand) oder Softwarelösung (Investitionsaufwand) erfolgen. Da es sich nur um wenige Ausnahmefälle handelt, wird eine Umsetzung nicht für sinnvoll gehalten.	0 €	Nein	VHS
244	B333	Ratsmitglieder übernehmen Patenschaft für Sparvorschläge	Die Liste hier ist beeindruckend! Ein Kompliment an die sich beteiligenden Bürger! Gleichzeitig ist das eine echte Anforderung an unsere Politiker der Stadt, die aus den ganzen Vorschlägen und Abstimmungen dazu ein sinnvolles Sparprogramm stricken müssen. Und an der Umsetzung werden die Damen und Herren Politiker dann hoffentlich bei der nächsten Wahl gemessen. Damit das passieren kann, ist mein Vorschlag: Alle umzusetzenden Vorschläge werden unter den Ratsmitgliedern aufgeteilt, so dass die Politiker dann so etwas wie ein Pate für einen oder wahrscheinlich mehrere Vorschläge werden und dann quasi für die Umsetzung Verantwortung übernehmen. Und damit wir Bürger die Umsetzung verfolgen können, führen die Paten für jeden Vorschlag ein Tagebuch (Vorschlags-Blog) hier unter Solingen-spart. Vorteile: 1. Die Vorschläge werden umgesetzt (weil jemand persönlich zuständig ist und damit in der Öffentlichkeit steht). 2. Die Paten profilieren sich für die nächste Wahl und man bekommt als Bürger mit, was die Ratsmitglieder so machen (Transparenz).	Sparvorschlag	Über 250.000 €	22	3	4	18	0	Verwaltung und Gebäude	Die Übernahme dieses Vorschlages bleibt den Mandatsträgern im Rahmen der Ausübung ihres freien Mandates überlassen.	Nicht bezifferbar	-	10
245	B95	Hundesteuer	Hundesteuer anheben	Einnahme-	Bis	175	11	158	17	15	Finanzen	Siehe Erläuterung zu Vorschlag B18.	0 €	nein	22

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			A) einkommensabhängig oder B) pauschal bei geschätzten 10.000 gemeldeten Hunden in SG würden eine Anhebung von 2 € / Monat würde Mehreinnahmen von $2 * 12 * 10.000 = 240.000 \text{ € / Jahr}$	vorschlag	250.000 €							Darüber hinaus ist eine einkommensabhängige Steuerbemessung bei kommunalen Aufwandsteuern nicht rechtmäßig.			
246	B275	Sexsteuer toppen ... Solingen ganz heiß	Die Sex-Steuer soll wird ja oft heiß diskutiert - wenn Sex so lukrativ ist, warum betreibt die Stadt nicht diesbezüglich selber solch einen "Betrieb", anstatt das tolle Geschäft anderen zu überlassen? Immobilien dafür lassen sich sicher problemlos finden - das Bad Birker Straße lässt sich sicher gut und günstig in einen Swinger-Club umgestalten. Also dann: Packen Sie es an...	Einnahmenvorschlag	Über 250.000 €	48	8	34	14	1	Sport und Freizeit	Aus rechtlichen Gründen nicht umsetzbar; gem. §107 Gemeindeordnung (GO NW) sind wirtschaftliche Betätigungen von Kommunen in dem vorgeschlagenen Rahmen nicht zulässig.	0 €	nein	22
247	B279	Schloss Burg braucht neues Fundament	Schloss Burg wird von einem ehrenamtlichen Verein betrieben. Die Skandale der letzten Jahre zeigen, dass diese ganz offensichtlich überfordert ist. Hier müssen professionelle Wege gegangen werden. Wenn es nicht anders geht, kann man als ultima Ratio auch an einen Verkauf denken.	Sparvorschlag	Über 250.000 €	47	12	33	14	0	Kultur und Veranstaltungen	Mit Unterstützung der Stadt Solingen hat der Schlossbauverein den Weg zu wirtschaftlichem Handeln zurückgefunden. Ein Verkauf der Immobilie stellt wegen der historischen Bedeutung der Anlage nicht zwingend eine brauchbare Lösung dar, da Erfahrungen belegen, dass neue private Burgeigentümer die Substanz einer solchen Anlage nicht zwingend besser erledigen.	0 €	nein	41
248	B334	Aktion Bumerang	Ich möchte keine Kürzungen und Mehrbelastungen in Kauf nehmen, wenn ich damit rechnen muss, dass der Ertrag meiner Bemühungen leichtfertig wieder verspielt werden kann. Ich schlage daher vor, eine umfassende und unabhängige Untersuchung anzustellen, in der folgende zwei Fragen geklärt werden: Welches sind die Ursachen, für die aktuelle wirtschaftliche Misere unserer Stadt? Wie schützen wir uns vor einem erneuten Absturz, wenn wir erfolgreich gespart haben? Die Antworten auf die zweite Frage müssen für zukünftige Entscheidungsträger verbindlich festgeschrieben werden. Mein Vorschlag wird nicht sofort Geld einsparen (ohne seine Umsetzung sehe ich allerdings sämtlichen anderen Sparvorschlägen die Grundlage entzogen), zukünftig wird er jedoch immense unnütze Ausgaben verhindern helfen.	Investitionsmaßnahme	Keine Angabe	17	3	3	14	0	Sonstiges	Antwort 1: Diverse exogene und endogene Faktoren haben die wirtschaftliche Lage der Stadt Solingen verursacht; die Gründe sind in verschiedenen HH-Reden im Detail erläutert. Antwort 2: Auch hier spielen exogene und endogene Faktoren eine wichtige Rolle. Teilweise sind externe Einflüsse nur schwer oder gar nicht von der Stadt zu steuern. Es gilt zwar das Konnexitätsprinzip (gesetzlich verankert), aber dieses wird nicht stringent eingehalten. Beleg dafür ist die jährliche Vorlage der Verwaltung zu diesem Thema. Für die interne Steuerung (und Vermeidung von weiteren finanziellen Lücken) sollen zukünftige finanzielle Auswirkungen von Entscheidungen in den entsprechenden Vorlagen dokumentiert werden.	0 €	nein	20
249	B307	Überlebensmechanismen der Privatwirtschaft anwenden beim Einsparpotential des größten Ausgabenpostens "Personalkosten"	Reduzierung der kopflastigen Personalkosten durch -konsequente und intelligente Straffung der Bearbeitungsmethoden und -vorgänge -Abschaffung von (liebgewonnenen) Aufgabenfeldern, die der Stadt und den Bürgern letztlich keinen Nutzen bringen - im umsichtigen Weitblick: wie machen es andere Städte	Sparvorschlag	Über 250.000 €	36	11	23	13	1	Verwaltung und Gebäude	Dieser Vorschlag wurde bereits durch die Anwendung des Produktkritikverfahrens im Rahmen des HSK Rechnung getragen. Über sogenannte Ziel-, Prozess- und Ressourcenmodelle wurden flächendeckend Grundgedanken des Business-Process-Reengineering nach	0 €	Bereits enthalten bzw. erfolgt	11

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			<p>(besser)</p> <ul style="list-style-type: none"> -bei jeder Maßnahme immer den Kosten-/Nutzen Ansatz beachten -konsequente vorausschauende Nutzung des datentechnischen Fortschritts -vollständige Ausnutzung der Arbeitszeit mit Arbeit (hier lässt sich sehr viel einsparen durch flächendeckende und ständige Kontrollen) -straffe Kontrolle der Einhaltung aller Maßnahmen -Personalabbau und somit Kosteneinsparung als Ziel <p>Vorbehalte der Vorgesetzten „das geht nicht, - gibt´s nicht. Das haben die die Vorgesetzten in der Privatwirtschaft letztlich auch erkennen müssen. Es geht immer auch mit weniger Personal und intelligenteren Strukturen! Welcher Vorgesetzte gibt schon gerne und freiwillig Personal ab? Der Vorgesetzte sollte zukünftig daran gemessen werden, mit wie wenigen Leuten er intelligent seinen Bereich leiten kann. An diesem steinigen Weg kommt nach meiner Einschätzung auch die Stadtverwaltung nicht vorbei, will man letztlich den Sparkommissar vermeiden, der sicherlich mit den gleichen Methoden vorgehen wird, wie in der Privatwirtschaft praktiziert - vielleicht sogar härter.</p> <p>Packen wir es lieber zeitnahe selbst an! Diesen steinigen Weg sind viele der noch existierenden Betriebe erfolgreich gegangen. Es lohnt sich mit dem Überlebenswillen gegen den drohenden Abgrund anzukämpfen.</p>									<p>Hammer/Champy angewandt. Nur so waren derartige Potentiale hebbbar, auch im Overhead-Bereich.</p> <p>Im Bereich des Personals wurden so über 160 VZÄ und somit rund 10 % der Personalkosten als Einsparpotentiale erkannt und definiert.</p>			
250	B271	Gebühren für Straßenreinigung nach der Grundstücksfläche verteilen	Derzeit werden die Gebühren für Straßenreinigung und Winterdienst nach dem sog. Frontlängenmassstab verteilt. Dieser führt in vielen Fällen zu einer unverhältnismäßig hohen Belastung von länglichen Grundstücken. Andere Kommunen verwenden die Grundstücksfläche als Verteilungsmaßstab, was wesentlich transparenter und gerechter ist. Dieser Verteilungsmaßstab sollte auch in Solingen eingeführt werden	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	51	12	39	12	2	Finanzen	Der bislang gewählte Verteilungsmaßstab basiert auf einer Entscheidung der politischen Gremien. Hinweis: Ein anderer Maßstab führt zu keiner Einsparung-	0 €	nein	TBS
251	B326	HARTZ IV BESCHIEDEN GÜLTIGKEIT 12 MONATE WENIGER PORTO ARBEIT	Die HARTZ IV Bescheide sollten für 12 Monate gelten. Dadurch weniger Portokosten und weniger Arbeitsaufwand. Sollte jemand früher Veränderung haben muss er sich sowieso beim Jobcenter melden.	Sparvorschlag	Bis 10.000 €	26	8	14	12	0	Bildung	Seit dem 01.01.2012 befindet sich das Jobcenter Solingen in kommunaler Trägerschaft, womit auch der Einsatz einer neuen Software verbunden war. Mit dieser Software ist es nun tatsächlich möglich, Leistungsbescheide mit einer Laufzeit von 12 Monaten zu erteilen. In Fällen, in denen nicht bereits durch eine absehbare Arbeitsaufnahme, eine bevorstehende Qualifizierungsmaßnahme oder einer bereits bekannten Veränderung der Einkommenssitua-	600 €	ja	59

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
												tion geringere Laufzeiten sinnvoll sind, wird von der Möglichkeit des "Jahres-Bescheids" bereits Gebrauch gemacht. Damit lassen sich jährlich in ca. 3.500 Fällen Bescheide vermeiden. Incl. Druck-, Papier- und Portokosten entsteht somit ein Einsparpotenzial in Höhe von etwa 3.000 - 3.500 Euro. Da die Stadt Solingen mit einem kommunalen Finanzierungsanteil von 15.2% beteiligt ist, beläuft sich das Einsparvolumen im städtischen Haushalt auf ca. 600 Euro; den Rest spart der Bund.			
252	B330	Heiraten auf Schloß Burg	Standesamtliche Trauungen können auf Schloß Burg stattfinden. Haus Kirschheide kann aufgegeben und verkauft werden. Begründung: Schloß Burg muss attraktiver werden. Es bietet ein schönes Ambiente für Trauungen und Hochzeitsfeiern. Auch kirchliche in Zusammenarbeit mit den Kirchengemeinden sind denkbar. Mehr Gäste in Burg dienen auch dem Erhalt dieses schönen Stadtteils, der z. Zt. immer mehr an Niveau verliert. Unterhaltskosten für Schloß Burg fallen ohnehin an. Durch die Maßnahme wird Haus Kirschheide von der Stadt nicht mehr benötigt. Es kann verkauft werden. dies bringt einen Verkaufserlös und erspart in der Zukunft Aufwendungen für den Unterhalt der Immobilie. Denkbar wäre auch das Angebot, Trauungen im Rathaus vorzunehmen oder gegen Zusatzgebühr in Burg.	Sparvorschlag	Bis 250.000 €	32	5	21	11	3	Verwaltung und Gebäude	Der Verkauf von Haus Kirschheide war bereits auf der Sonderliste 2010 zum Haushaltsbegleitbeschluss und wurde nicht in die ordentliche Sparliste aufgenommen. Seit mehreren Jahren werden Trauungen in Schloß Burg und Haus Grunewald durchgeführt. Hierbei wird der gesetzlich vorgegebene Gebührenrahmen angewendet. Sonderzahlungen können nicht erhoben werden. Trauungen stellen nur einen Teil des Leistungsportfolios eines Standesamtes dar. "Außerhaus"-Trauungen stellen besondere, vor allem zeitliche, Anforderungen an die Mitarbeiter des Standesamtes. Gerade wegen der schönen Lage des Haus Kirschheide, mit dem großen Garten, entscheiden sich viele für eine Trauzeremonie in Solingen. Grundsätzlich wäre eine Unterbringung der Abteilung Standesamt im Rathaus oder an einem anderen repräsentativen Ort denkbar. Im Rahmen des Raumkonzeptes müsste durch SD 23 ermittelt werden, wie hoch der Einspareffekt (Gebäudekosten im Vergleich zu einem anderen Objekt oder Rathaus) strukturell wäre.	0 €	nein	33
253	B298	Verwaltungs- und Betriebskostenzuschuss für Quartiersmanagement	Für das Quartiersmanagement der, Fuhrgemeinschaft e. V. (25.000 €), Wir in der Hasseldelle e. V. (25.000 €) und Rund um die Zietenstr. e. V. (25.000 €) stehen gesamt 75.000 € im Haushaltsplan. Hier sollte überprüft werden, ob diese Zuschüsse in heute noch angebracht sind oder ob es sich nicht einfach um „alte Gewohnheit“ handelt. Mein Vorschlag ist, Überprüfung und etwaige Streichung.	Sparvorschlag	Keine Angabe	39	14	31	8	13	Kultur und Veranstaltungen	Das Quartiersmanagement stellt aus Sicht des SD Soziales auch weiterhin ein zentrales Handlungsfeld der sozialen Infrastruktur dar. Aufgrund der hohen Anzahl von Kindern und Jugendlichen aber auch von älteren Menschen in Solingen, die von unterschiedlichen Formen der Armut betroffen sind, ist es auch weiterhin notwendig, geeignete Maßnahmen für diese Zielgruppen durchzuführen. Der Beitrag zur Stadtforschung Nr. 125 der Stadt Solingen belegt dies	0 €	nein	50

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
												eindrucksvoll. Dabei kann es aufgrund vorhandener Quartiersstrukturen keinen einheitlichen Ansatz über das ganze Stadtgebiet geben, sondern es muss verstärkt ein sozialräumlicher Ansatz verfolgt werden. Die Quartiermanager haben über den ursprünglich angedachten Aspekt der integrierten Stadteilerneuerung hinaus Aufgaben im Rahmen der „Sozialen Stadt“ übernommen und sollen auch in Zukunft vermehrt eine Lotenfunktion für die Inanspruchnahme sozialer Unterstützungs- und Hilfsysteme wahrnehmen. Die Finanzierung durch die Stadt deckt nur einen Teil der Personalkosten ab – die weiteren Aufwendungen erfolgen durch die jeweiligen „Quartiersvereine“, die damit oftmals an die Grenzen ihrer Möglichkeiten stoßen. Grundsätzlich sind die Zuschüsse für die Quartiere disponibel, aufgrund der inzwischen gewachsenen neuen Quartiere wird dies aber eher zu einer Umverteilung als zu einer Haushaltseinsparung führen. Aufgrund der dargelegten Sachlage und unter Berücksichtigung der künftigen weiteren sozialräumlichen Ausrichtung wird der Vorschlag nicht unterstützt und als nicht umsetzbar angesehen.			
254	B70	Hundesteuer anheben	NRW ist das am dichtesten besiedelte Bundesland. Für Kinder bleiben in der Natur kaum noch Flächen zum spielen. Dort, wo noch ein wenig Grün in Form von freien Wiesen im Stadtgebiet ist, sind diese sprichwörtlich durch Hunde zugekotet. Aber auch im Stadtgebiet sind immer mehr Hinterlassenschaften der Hunde zu finden, welche durch städtisches Personal zu entsorgen sind. Um diese Kosten wenigstens zu geringen Bruchteilen refinanziert zu bekommen und auch aus Wertschätzung für das Personal, welches sprichwörtlich diesen Scheißjob tagtäglich leistet, sollte die Hundesteuer drastisch angehoben werden und insbesondere Zweithunde wesentlich teurer werden!	Einnahmenvorschlag	Bis 50.000 €	185	19	178	7	16	Finanzen	Siehe Erläuterung zu Vorschlag B18. Darüber hinaus darf die Hundesteuer nicht zweckgebunden erhoben werden; die Steuer fließt ohne Zweckbindung in den Haushalt ein.	0 €	nein	22
255	B343	Ratsgelder um 250 000 reduzieren	"Sparen" "ohne Tabus" nur auf Kosten der Bürger im Rat beschließen, aber sich als Rat daran nicht beteiligen - das darf nicht sein! Die angebliche Reduzierung der Ratsaufwendungen von Ende 2010 hat in Wirklichkeit zu einer Erhöhung der Ratsausgaben auf 613 000 € pro Jahr geführt - mit überdurchschnitt-	Sparvorschlag	Bis 250.000 €	10		3	7	0	Verwaltung und Gebäude	Aufgrund des Erläuterungstextes wird davon ausgegangen, dass es sich um die Zuwendung der Ratsfraktionen, Ratsgruppen und Einzelbewerber nach § 56 GO handelt. Hierauf besteht dem Grunde nach ein Rechtsanspruch.	0 €	Maßnahme ist bereits erfasst in M265 (alt M001)	10

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			lichen Zuwächsen pro Ratsmitglied bei den Fraktionen von CDU und SPD. Bei einem Sockelbetrag pro Fraktion oder Ratsgruppe zur Sicherung der Arbeitsfähigkeit und einer wesentlich geringeren Pro-Kopf-Zahlung für das Ehrenamt (!) Ratsmitglied könnte man bis zu 250 000 € pro Jahr einsparen. Der Vorschlag liegt dem Rat vor und wurde bisher von fast allen Fraktionen abgelehnt. Diese Einsparung würde die Demokratie nicht beeinträchtigen und wäre wesentlich effektiver als die Reduzierung der Bezirksvertretungen (Einsparvolumen 5 000 €).									Im Rahmen der bestehenden HSK-Maßnahme M265 (alt M001) wurden die Mittel bereits um 5 % reduziert. Der entsprechende Haushaltsansatz wurde reduziert.			
256	B145	Müllabfuhr im 2 Wochenrhythmus	Es ist jedem Haushalt möglich auf diesen Rhythmus umzusteigen und wenn es durch größere Tonnen geschieht. Es kann nicht sein, dass für einen Haushalt in der ganzen Straße das Fahrzeug und das Personal eingesetzt werden muss.	Sparvorschlag	Keine Angabe	96	19	90	6	6	Verkehr, Natur und Umwelt	Diese Vorgabe ist möglich. Einsparungen kommen allerdings ausschließlich dem Gebührenzahler zugute und nicht dem städt. Haushalt.	0 € für städt. Haushalt	ja	TBS
257	B337	Einrichtung eines Tilgungsfonds (Stiftung)	Für uns Bürger ist es wichtig, dass ein übergeordnetes Ziel formuliert wird. Dieses könnte z.B. heißen: "SG-schuldenfrei 2030". Es könnte eine Stiftung eingerichtet werden, die Spenden (steuerlich abzugsfähig) entgegennimmt, die ausschließlich dafür eingesetzt werden dürfen, Schulden zu tilgen. Dadurch werden mittelfristig Mittel frei, die sonst für Zinsen ausgegeben werden. Im Gegenzug muss sich die Politik verpflichten, zukünftig die Neuverschuldung in sehr engen Grenzen zu halten. Die Spender könnten einmal jährlich veröffentlicht werden. Dazu könnten Aktionen laufen, z.B. Behälter aufgestellt werden, in die Wechselgeld (Centbeträge) beim Einkaufen eingezahlt werden kann. Das würde sicherlich zunächst etwas mühselig anlaufen, aber über Jahre breite Akzeptanz erfahren, das Ziel der Schuldenfreiheit im Bewusstsein halten u. das Zusammengehörigkeitsgefühl d. Solinger stärken. Positives Image für Solingen. Genaue Ausgestaltung muss beraten werden.	Einnahmenvorschlag	Bis 50.000 €	9	3	3	6	0	Finanzen	Um Spenden steuerlich abzusetzen, muss ein gemeinnütziger Zweck vorliegen. Das Ziel: „Schulden tilgen“ gehört nicht dazu, so dass eine derartige Stiftung nicht gegründet werden kann. Bestimmte Aufgaben, die eine Stadt erledigt, sind aber förderfähig. Einzelheiten sind in der Abgabenordnung im § 52 geregelt. Um die Stadt zu unterstützen und gleichzeitig Steuern zu sparen bietet sich die Gründung bzw. das Beitreten von/zu Fördervereinen an.	0 €	nein	20
258	B340	Keine Zuschuss-Senkung für die VHS	Die VHS hat erheblich mit den Mittelkürzungen zu kämpfen. Das mit der Zuschuss-Senkung um 75 000 verschlechterte Angebot sowie die Leistungsverdichtung für die Dozenten führt zu weniger Nutzung. Damit drohen die Einnahmen zu sinken - also keine Ersparnis! Die geplante ersatzlose Schließung des BVHS-Fachbereichs "Beschäftigung und Qualifizierung" aufgrund der Mittelkürzungen aus Berlin darf nicht auch noch kommunal indirekt verschärft werden - zumal wenn die Stadt beansprucht, sich im Rahmen der Optionskommune ab 2012 intensiver um Langzeitarbeitslose kümmern zu wollen.	Investitionsmaßnahme	Bis 250.000 €	7	3	2	5	0	Bildung	Unzulässiger Vorschlag. Maßnahme wurde 2010 vom Rat beschlossen. Eine Rücknahme bringt weder einen Spar- noch einen Einnahmeeffekt	0 €	nein	
259	B342	Rücknahme der Stan-	Weitere 200 000 € sollen nach dem Willen der	Investitions-	Bis	6	2	1	5	0	Verkehr,	Unzulässiger Vorschlag. Maßnahme	0 €	Nein	

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
		dardabsenkung beim ÖPNV	Verwaltung und des Rats jährlich beim ÖPNV "eingespart" werden. Jegliche weitere Standardabsenkung beim ÖPNV geht auf Kosten der SolingerInnen, die überdurchschnittlich stark den ÖPNV nutzen und z. B. am Wochenende oft nicht mehr zur Arbeit oder Ausbildungsstelle kommen, auf Kosten der Beschäftigten, die in den letzten Jahren eine erhebliche Leistungsverdichtung tragen mussten und auf Kosten der Umwelt, da die ÖPNV-Nutzung erschwert und eingeschränkt wird. Es ist nicht nachvollziehbar, wie auch geringere Einschnitte ohne eben diese Auswirkungen vorstatten gehen sollen. Bereits die letzten Standartabsenkungen von mehreren Hunderttausend € haben zu erheblichen Einschränkungen geführt, die zum Teil korrigiert werden mussten. Die umweltpolitische Entwicklung in Deutschland hat die Bedeutung eines bezahlbaren ÖPNV gesteigert, ebenso wie die Steigerungsraten bei den Spritpreisen, die immer weniger Menschen tragen können.	maßnahme	250.000 €						Natur und Umwelt	wurde 2010 vom Rat beschlossen. Eine Rücknahme bringt weder einen Spar- noch einen Einnahmeeffekt			
260	B182	Effizienzabgabe - Reduzierung des Gewerbesteuerbesatzes -	Unternehmen die nachweislich Energieeffizient produzieren oder arbeiten - erhalten einen geringeren Gewerbesteuerbesatz - Unternehmen - die darauf keinen Fokus legen erhalten eine jährliche Anpassung im Bereich des jährlichen Einsparpotentials - ca.2% - sind ohne Großinvestitionen möglich - dies führt zu zusätzlichen Einnahmen und unterstützt die Unternehmen wettbewerbsfähiger zu werden -da Energiepreise langfristig durch die Energiewende exorbitant ansteigen werden	Einnahmenvorschlag	Über 250.000 €	54	41	50	4	0	Finanzen	Laut Gewerbesteuergesetz muss der Hebesatz für alle in Solingen vorhandenen Unternehmen der gleiche sein (vgl. § 16 Absatz 4 Satz 1 GewStG). Eine Ausnahme für energieeffiziente Unternehmen" besteht somit aus gesetzlichen Gründen nicht.	0 €	nein	Wifö / 22
261	B336	Parkgebühren erlassen , Parkraum schaffen	Solingen sollte besonders im Innenstadtbereich Parkgebühren abschaffen u. großzügig Parkflächen zur Verfügung stellen. Das würde die Attraktivität der Stadt erhöhen, mehr Publikum aus umliegenden Städten anziehen, für mehr Umsatz in den Läden sorgen, dadurch höhere Steuereinnahmen generieren (USt, GewSt etc). Auch würden Kosten für Kontrolleure gespart.	Einnahmenvorschlag	Bis 250.000 €	10	3	6	4	1	Verkehr, Natur und Umwelt	Die Abschaffung der Parkgebührenpflicht würde dazu führen, dass es viele Dauerparker geben würde, die keinen freien Parkplatz für die Einzelhandelskunden lassen würden. Des Weiteren würden die privaten Parkhäuser und Tiefgaragen weniger genutzt.	0 €	nein	61
262	B341	Rücknahme der sog. "Strategie-Optimierungen" beim DBSG	Mit der sogenannten "Strategie-Optimierung" geht es v. a. um die geplanten Stellenstreichungen von 27 Stellen. Damit sollen im Jahr 2011 300 000 €, 2012 770 000 und strukturell pro Jahr über 1 Mio. € eingespart werden. Die "ergebnisorientierte Reinigung" sowie die "optimierten Hausmeisterdienste" führen zu schlechteren Leistungen etwa in Schulen und vor allem erhöhtem Arbeitsdruck bei Beschäftigten. Und das bei einem Bauzustand der öffentlichen Gebäude, der jetzt schon teilweise katastrophal ist. Die langfristigen Folgekosten von nicht gewarteten Gebäuden sind wesentlich höher, als die laufende Pflege.	Investitionsmaßnahme	Über 250.000 €	5	3	1	4	0	Verwaltung und Gebäude	Unzulässiger Vorschlag. Maßnahme wurde 2010 vom Rat beschlossen. Eine Rücknahme bringt weder einen Spar- noch einen Einnahmeeffekt	0 €	Nein	

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
263	B99	Prämiensystem zur energiesparenden Nutzung öffentlicher Ressourcen	Der Kraftstoffverbrauch öffentlicher Fahrzeuge sollte gemessen werden und dem Verantwortlichen Fahrer eine Prämie gezahlt werden bei Reduzierung des Verbrauchs. Beispiel 50.000 km / Jahr Verbrauchsreduktion 1 Liter / 100 km 2 € / Liter Ergibt 1000 € / Fahrzeug Abzüglich 250 € Prämie Das ergäbe bei 50 städtischen Fahrzeugen ein Volumen von 37.500 € Wahrscheinlich gibt es noch viele andere Beispiele der Energieeinsparung.	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	75	55	72	3	2	Verwaltung und Gebäude	Es finden bereits jetzt schon entsprechende Fahrerschulungen. Die Einsparungen sind nicht haushaltsrelevant.	unter 10.000 Euro	ja	TBS
264	B306	Abschaffung aller Entscheidungsloser Politiker in Solingen	Die Gesamte Politik in Solingen ist nur mit sich selber beschäftigt. Mit dem Willen der Bürger haben diese nicht gemeinsam. Die Stadtratssitzungen gleichen einer Kindergartengruppe. Die alle zusammen könnte man sich zum jetzigen Zeitpunkt sparen und das Geld besser in die Kitas stecken. Eventuell haben wir dann in 20 Jahren Leute an der Macht die ihr Handwerk verstehen.	Sparvorschlag	Bis 250.000 €	28	10	25	3	4	Sonstiges	Die Bestimmungen der Gemeindeordnung lassen eine Reduktion der Anzahl der Stadtbezirke und damit der Bezirksvertretung auf min. drei zum Ende der Wahlzeit des Rates (hier 2014) zu. Es wurde in der Ratssitzung vom 30.09.2010 von den Fraktionen vereinbart, hierzu eine interfraktionelle Einigung herbeizuführen und im Rat erneut zu beraten. Trotz des Ratsbeschlusses von 2009, die Zahl der Mitglieder auf das gesetzliche Minimum von 52 zu reduzieren ist die Zahl durch Überhang-/und Ausgleichsmandate auf 72 gestiegen. Eine weitergehende Reduktion durch Ratsbeschluss wäre gesetzlich nicht zulässig. Die Anzahl der Mitglieder eines Ausschusses ist grundsätzlich durch den Rat frei bestimmbar. Hierbei ist allerdings der Repräsentationsgrundsatz zu berücksichtigen. Dadurch stünde einer Ratsfraktion, die in dem Ausschuss nicht mit einem stimmberechtigten Mitglied vertreten ist, die Benennung eines beratenden Mitglieds zu.	60.000 €	Maßnahme teilweise bereits im M265 (alt M001) enthalten	10
265	B345	Verkleinerung des Rates	Ich plädiere für eine Halbierung der Ratsmandate. Die bisherigen Ratssitzungen sind nach den Presseberichten äußerst ineffizient, was ich auch auf die zu hohe Anzahl der Personen zurück führe, nicht nur auf die schwierige politische Parteien-Konstellation. (Eine Halbierung auf Landes- und Bundesebene ist für unsere Republik auch zu begrüßen). Daneben sollte die Anzahl der Bezirksvertretungen drastisch verkleinert werden, so auch die sinnlose und verwirrende Bezeichnung der Bezirksbürgermeister. Wir sind seit vielen Jahrzehnten eine große Stadt mit wichtigen Stadtteilen, Bezirksfürsten sind nicht mehr zeitgemäß.	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	8	0	5	3	0	Verwaltung und Gebäude	Die Bestimmungen der Gemeindeordnung lassen eine Reduktion der Anzahl der Stadtbezirke und damit der Bezirksvertretung auf min. drei zum Ende der Wahlzeit des Rates (hier 2014) zu. Mit Beschluss vom 08.07.2010 hat der Rat einen entsprechenden Antrag abgelehnt. Trotz des Ratsbeschlusses von 2009, die Zahl der Mitglieder auf das gesetzliche Minimum von 52 zu reduzieren ist die Zahl durch Überhang-/und Ausgleichsmandate auf 72 gestiegen. Eine weitergehende Reduktion durch Ratsbeschluss wäre gesetzlich nicht zulässig. Die Anzahl	60.000 €	Maßnahme teilweise bereits im M265 (alt M001) enthalten	10

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
												der Mitglieder eines Ausschusses ist grundsätzlich durch den Rat frei bestimmbar. Hierbei ist allerdings der Repräsentationsgrundsatz zu berücksichtigen. Dadurch stünde einer Ratsfraktion, die in dem Ausschuss nicht mit einem stimmberechtigten Mitglied vertreten ist, die Benennung eines beratenden Mitglieds zu.			
266	B339	Zins- und Schuldenmonitorium	Mit 51 Mio. € beträgt allein die Zinslast für Liquiditätskredite von 2010 bis 2013 mehr als das errechnete Konsolidierungsvolumen von 43 Mio. €. Trotz der niedrigen Zinsen von durchschnittlich 1,5 % lag der Zinsaufwand allein für Kassenkredite 2010 bei 6 Mio. Euro (Haushaltsrede des Kämmerers Sommer 2011, S. 10). Bis zum Ende des 2. Quartals 2011 ist das Volumen der Kassenkredite erneut um 36,3 Mio. € auf insgesamt 476,9 Mio. € gestiegen - eine Steigerung um 8,25%. Gleichzeitig stieg der durchschnittliche Zinssatz für Kassenkredite auf 2,21%. Im Haushalt sind für 2011 daher schon 10,4 Mio. € allein für Kassenkreditzinsen veranschlagt, für 2012 12,5 Mio. € - also eine Verdoppelung gegenüber 2010. Eine vollständige Entlastung von Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen von 2011 bis 2013 würde eine Gesamtentlastung von 63.600.000 € bedeuten! Während gesamtgesellschaftlich riesige Rettungsschirme für Banken usw. aufgelegt werden, über Schuldenschnitte für ganze Länder diskutiert wird und die EZB im Milliardenumfang Geld druckt, um Banken liquide zu halten, werden Zinsentlastungen, Altschuldenübernahme usw. für die Kommunen wie ein Tabu behandelt.	Sparvorschlag	Über 250.000 €	5	2	2	3	0	Finanzen	Die EZB stellt keine Kredite für notleidende Kommunen zur Verfügung.	0 €	nein	20
267	B347	Grundabgaben senken	Man könnte die Attraktivität Solingens (und damit die Steuereinnahmen und die des Einzelhandels) steigern, in dem man, gerade bei Bebauung in zweiter und dritter Reihe (wie hier in Solingen sehr oft praktiziert), die Grundabgaben in der Weise senkt, dass die Straßenreinigungs-, Straßenerhaltungs-, Winterdienstgebühren etc., nicht von jedem Eigentümer in gleichem Maße (also bei einer Bebauung von 3 Reihen hintereinander an einer Strasse, dann also dreifach) kassiert, sondern diese Beträge durch die Anzahl der Eigentümer bzw. Grundstücke teilt (wie z.B. in Wülfrath praktiziert).	Einnahmenvorschlag	Bis 250.000 €	5	1	3	2	0	Finanzen	Die Hinterliegerproblematik ist nicht haushaltsrelevant und politisch entsprechend verankert. Ein anderer Maßstab würde bei den Gebühren zu keiner Einsparung sondern lediglich zu einer Umverteilung führen.	0 €	nein	TBS
268	B338	Kehrmaschinen nur auf Bundes-, Hauptstraßen und den Straßen der Innenstädte einsetzen	Die Kehrmaschinen sollten nur auf Bundes-, Hauptstraßen und den Straßen der Innenstädte eingesetzt werden. Alle übrigen Straßen, insbesondere in reinen Wohngebieten, Siedlungen usw. könnten von den Anwohnern sauber gehalten werden.	Sparvorschlag	Über 250.000 €	7	3	7	0	0	Verkehr, Natur und Umwelt	Die Straßenreinigung wird in Solingen auf Basis der gesetzlichen Vorgaben unter Beachtung der von den politischen Gremien beschlossenen Kostensenkungspotentiale durchgeführt. Die hierzu zugrunde liegenden	0 €	nein	TBS

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE	
			Wenn man sieht, wie die Straßen in Wohngebieten, Siedlungen usw. gekehrt werden, obwohl hier sehr teure Fahrzeuge mit oft zwei Personen besetzt, eingesetzt werden, kann man sich oft wundern. Viele Bereiche werden überhaupt nicht gekehrt. Die Fahrzeuge fahren oft im Formel 1-Tempo durch die Straßen und der Dreck bleibt in den Rinnsteinen liegen. Die Fahrzeuge werden zwar immer größer, aber die Arbeit wird immer schlechter. Ruft man dann einmal bei den Verantwortlichen an, um sie auf diesen Missstand aufmerksam zu machen, wird man dumm abgetan. Schreibt man sie an und schickt ihnen sogar Fotos als Beweis, bekommt man nie eine Antwort. Die Bürger bezahlen dies alles und müssen damit leben. Es gibt auch Wochen, da kommt die Kehrmaschine nur einmal, obwohl die Bürger für zwei Reinigungen pro Woche bezahlen müssen. Ruft man die Verantwortlichen an, ist angeblich immer ein Fahrzeug defekt. Wenn man nur noch die oben vorgeschlagenen Straßen und Bereiche betreut, könnten erhebliche Kosten eingespart werden, und zwar für Fahrzeuge und Personal. Die Einsparungen dürften nicht unerheblich sein, da die Fahrzeuge bestimmt ca. 150000 Euro oder mehr kosten. Sie unterliegen einem bestimmten Verschleiß und müssen von Zeit zu Zeit wieder durch neue ersetzt werden. Hinzu kommen die hohen Benzin- / Dieselposten und der Wegfall des erforderlichen Personals. Die Verwaltung macht sich Gedanken, um bei der Anschaffung neuer Fahrzeuge für die Feuerwehr zu sparen, wobei es hier um die Sicherheit der Bürger geht. Kehrmaschinen haben mit der Sicherheit der Bürger nichts zu tun. Sie sind eigentlich nur Beiwerk und Luxus, wenn man genügend Haushaltsmittel zur Verfügung hat.										Gebührenbedarfsberechnungen sind den Beschlussvorlagen zu entnehmen. Die Straßenreinigungsgebühr ist nicht haushaltsrelevant.			
269	B325	Schule Rosenkamper Strasse	Ich bin gegen den Abriss der Pavillons und für den Erhalt der Schule, da diese gut funktioniert.	Sparvorschlag	Keine Angaben	22	19	24	-2	3	Bildung	Unzulässiger Vorschlag, da Meinungsäußerung zu Verwaltungsvorschlag	0 €	Nein		
270	B328	UNION STADION HERMAN LÖNS WEG VERSTEIGERN	Das Union Stadion sollte mit Mindestgebot versteigert werden. Evtl. können den Zuschlag mehrere Vereine teilen. Evtl. Interesse bei Liga Vereinen als SCOUT ANLAGE. RENT A STADION Pflege und Instandhaltung mit Langzeitarbeitlosen fördern	Einnahmenvorschlag	Über 250.000 €	21	9	24	-3	0	Sport und Freizeit	Siehe B267	0 €	nein	52	
271	B344	ständige Linksfahrer auf der Autobahn	da ich berufsbedingt jeden Tag die Autobahn befahren muss, sehe ich nur links fahrende KFZ die den Verkehrsfluss ausbremsen. Besonders davon betroffen ist die A535, hier könnte die Autobahnpolizei richtig Geld verdienen!	Einnahmenvorschlag	Über 250.000 €	4	0	7	-3	30	Verkehr, Natur und Umwelt	Keine Zuständigkeit der Stadt gegeben	0 €	Nein		
272	B301	Ausschreibung und	Der Stadtverwaltung und ihren Institutionen	Sparvor-	Über	25	11	33	-8	4	Verwaltung	Siehe auch Antwort zu B178.	0 €	Nein	11	

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
		Übergabe von Verwaltungsaufgaben an externe Dienstleister.	fehlt der Konkurrenzdruck. Nicht vorhandener Wettbewerb verhindert den Willen zu Veränderung und zur Effizienzsteigerung. Hier liegen mittelfristig enorme Einsparpotenziale, die durch Ausschreibung und Vergabe an dritte ausgeschöpft werden können.	schlag	250.000 €						und Gebäude	Dieser Vorschlag wurde im Rahmen der Produktkritik flächendeckend bearbeitet. Im Rahmen der PK wurden sämtliche Prozesse danach kategorisiert, ob sie vollständig durch die Verwaltung (als Kernaufgabe), teilweise von der Verwaltung (disponibel) oder nur optional (und damit übertragbar) von der Verwaltung wahrgenommen werden müssen. Von den untersuchten rd. 250 Mio. € jährlicher Prozesskosten konnten 6 % (=rd. 15 Mio. Euro) als optional übertragbar identifiziert werden. Bei diesen Prozessen handelt es sich allerdings weit überwiegend über zuschuss-finanzierte Dienstleistungen Dritter im Sozial-, Jugend- und Sportbereich. Darüber hinaus sind derzeit jährlich über 100 Mio. Euro an extern vergebenen Aufträgen an private Dritte im Haushalt. Hier wurde im Rahmen diverser Projekte (vor allem zentrale Beschaffung und HSK) versucht, diese Aufwendungen möglichst ohne Leistungs- und Qualitätsverluste zu reduzieren.			
273	B346	Umstellung von OBus auf Standard-Dieselbusse	Mann könnte den ÖPNV von OBus-Betrieb auf Standarddieselbusse umstellen, wäre zwar etwas umweltschädlicher und am Anfang (durch die Abrüstung der Oberleitungen etc. teurer, würde sich aber, nach ca. 10 Jahre, durch den günstigeren Anschaffungspreis der Dieselbusse amortisieren.	Sparvorschlag	Über 250.000 €	2	0	10	-8	2	Verkehr, Natur und Umwelt	Der Obus hat einen Marketingwert (Stichwort E-Mobilität im ÖPNV). Die öffentlich geförderten Fahrzeuge unterliegen einer Zweckbindungsfrist. Laufzeit und Haltbarkeit des O-Busses sind besser.	0 €	nein	61 / SWS
274	B81	Museum Baden	Die Zuschüsse für das Museum Baden reduzieren oder streichen. da nur ein geringer Teil der Solinger Bevölkerung die Angebote des Museums in Anspruch nimmt.	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	122	24	131	-9	6	Kultur und Veranstaltungen	Das Museum heißt nicht mehr Museum Baden, sondern Kunstmuseum Solingen. Zurzeit erhält das Kunstmuseum (also die Kunstmuseum Solingen Betriebsgesellschaft mbH) einen Zuschuss von Euro 214.700 p.a. Wenn in diesem Jahr die Zentrum für verfolgte Künste GmbH gegründet wird, werden von diesem Betrag Euro 145.000,00 in diese neue GmbH gezahlt. Wenn man nun den Zuschuss um Euro 50.000 kürzt, könnte man dies nur für die Kunstmuseum Solingen Betriebsgesellschaft mbH durchsetzen, da die Stadt Solingen sich hinsichtlich des Zentrums bereits in Richtung LVR verpflichtet hat. Streicht man die vorhandenen Euro 69.700 für die Kunstmuseum Solingen Betriebsgesellschaft mbH um Euro 50.000, verbleiben Euro 19.700 für die Ge-	0 €	nein	BSG

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
												sellschaft. Mit diesem Betrag kann die Gesellschaft nicht überleben. Es würde das Ende der Kunstmuseum Solingen Betriebsgesellschaft bedeuten.			
275	B140	Verbindliche Unterstützung von Medimobil und Wärmebus	Eine Stadt ist dann lebenswert, wenn sie "für" ihre Bürger handelt. Durch Einsparung in anderen Bereichen und/oder durch das Aufstellen von Spendenboxen z.B. bei öffentlichen Sitzungen (z.B. Ratssitzung) oder vor Wahllokalen, zweckgebunden und zugunsten der Arbeit von Medimobil und dem DRK-Wärmebus. Dies sollte bei Letzterem verlässlich ab -5°C in enger Zusammenarbeit zwischen Stadt / Gesundheitsamt, Medimobil und dem DRK erfolgen. Es wird ein Probelauf für die Dauer der Amtszeit des jetzigen OB vorgeschlagen, um für die Zukunft eine genaue Kostenaufstellung und die konkreten Refinanzierungsmöglichkeiten zu errechnen.	Investitionsmaßnahme	Bis 10.000 €	61	47	71	-10	6	Sonstiges	Das Ärztenetzwerk Solimed ist an Sozialprojekten wie dem Medimobil beteiligt, hat dafür bereits einen Preis bekommen und lebt vom ehrenamtlichen Engagement der Beteiligten. Das Medimobil versorgt regelmäßig mittellose und obdachlose Menschen in Solingen medizinisch mit dem Ziel, sie in die Regelversorgung einzubinden. Das Projekt wird durch Spenden finanziert, eine kommunale Zuschussung ist nicht geplant. Ein Projekt "DRK-Wärmebus" ist dem SD Gesundheit nicht bekannt. Da ein solches Projekt unter Beteiligung der Verwaltung SD 53 auf Seiten des Stadtdienstes zusätzliches Personal erfordert und damit zusätzliche Kosten entstehen, die den Haushaltsansatz belasten werden, wird es von der Verwaltung auch nicht befürwortet. Die Arbeit des Medimobils und weitere bereits bestehende flankierende Hilfen in Solingen werden als ausreichend angesehen.	Unbekannte Mehrkosten	nein	53
276	B274	Einsparung bei der Straßenreinigung	In vielen Eifeldörfern im Landkreis Vulkaneifel ist es für Häuserbesitzer bzw. Mieter verpflichtend an dem -tag an dem die Kehrmaschine kommt den Bürgersteig bzw. die Straßenfläche vor ihrem Haus / Wohnung etc. so zu reinigen das Unrat zur Straßenmitte gefegt werden muss. Damit die Kehrmaschine die Straße nur einmal abfahren muss. In vielen Solinger Stadtteilen und Hofschaften wäre dies doch eine Maßnahme die Kosten für die Straßenreinigung niedrig zu halten. Orientieren kann man sich ja am Abfallkalender um zu sehen wann man mit fegen dran ist. Obendrein sehe ich hier noch eine Extraeinnahme für die Stadt da das Ordnungsamt "Fege"-sünder entweder verwarnen oder halt zur Kasse bitten könnte. Sicher weiß ich auch dass diese Maßnahme nicht auf allen Solinger Straßen angewendet werden kann aber es gäbe sicherlich genügend. Ggf. kann man die Kosten auch soweit senken das Straßen bzw. Hofschaften die nur alle 2-4 Monate in den Genuss einer Straßenreinigung kommen ggf. öfter gereinigt werden können	Sparvorschlag	Bis 250.000 €	38	11	48	-10	3	Verkehr, Natur und Umwelt	Der Vorschlag ist nicht haushaltsrelevant und in einer Großstadt wie Solingen nicht umsetzbar, da hier der ruhende Verkehr nicht so „einfach beiseite geschoben werden kann“. Es müsste jeweils ein einseitiges Halteverbot eingesetzt werden und dies ist nach der Erfahrung ordnungspolitisch kaum zu realisieren.	0 €	nein	TBS
277	B283	Spendenkonto Solingen	Seit ich denken kann, sehe ich immer Plakate und Spendenaufforderungen von " Brot für die	Einnahmenvorschlag	Bis 50.000 €	32	12	42	-10	2	Finanzen	Um Spenden steuerlich abzusetzen, muss ein gemeinnütziger Zweck	0 €	nein	20

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			Welt ", " Miserior " ect. ect. ! Wirklich bewegt hat sich nichts! Die Gelder versickern in Verwaltung und Organisation! Der Rest fließt in die Kassen dubioser Machthaber! Viele caritative Vereine sind so aufgebläht, das von den Spenden so gut wie nichts mehr übrig bleibt. Auch gewisse Gewinnspiele mit Verlosungen, unter dem Mantel sozialer Vorsorgearbeit, sind Spendengräber!!! Da bin ich doch lieber bereit an Organisationen wie " Lichtblicke " zu spenden! Ein Solingen-Spendenkonto würde ich immer und immer wieder unterstützen, weil ich da eher sehen kann wo die Spenden ankommen. Eine öffentliche und nachvollziehbare Verteilung ist natürlich Voraussetzung! Die sogenannte dritte Welt braucht kein Geld mehr (für welche Militärs denn noch ???), sondern unsere Kinder und unsere Familien. Deshalb lieber für Solingen ein paar Euro Spenden, anstatt Spendengräber zu füttern ! Ich stelle mich gerne als Kontoverwalter etc. zur Verfügung !!!!									vorliegen. Das Ziel: „Schulden tilgen“ gehört nicht dazu, so dass eine derartige Stiftung nicht gegründet werden kann. Bestimmte Aufgaben, die eine Stadt erledigt, sind aber förderfähig. Einzelheiten sind in der Abgabenordnung im § 52 geregelt. Um die Stadt zu unterstützen und gleichzeitig Steuern zu sparen bietet sich die Gründung bzw. das Beitreten von/zu Fördervereinen an.			
278	B213	Bezirksvertretung	Alle Bezirksvertretungen abschaffen.	Sparvorschlag	Bis 250.000 €	69	16	85	-16	4	Verwaltung und Gebäude	Dieser Vorschlag verstößt gegen die Bestimmungen der Gemeindeordnung NW.	0 €	nein	10
279	B224	Controller entmachten	Inzwischen werden alle Sparvorschläge, Schließungen und Abschaffungen diverser Leistungen von auf neudeutsch "Controllern" ermittelt und seitens der Verwaltung umgesetzt. Hierbei wird ausschließlich der einzelne Kostenpunkt betrachtet, nicht aber das Ganze. Bestes Beispiel ÖPNV, hier werden Strecken nicht mehr befahren, da zu wenig Fahrgäste diese Nutzen. Nun sind die ehemaligen Nutzer dieser Strecke auf ein Auto angewiesen und fahren ihr Ziel sofort an, wodurch der nächste Streckenabschnitt unrentabel wird und so weiter. Am Ende blutet die Innenstadt aus und neben Leerstand fehlen die Steuereinnahmen, eben kaputt gespart. So gibt es viele Beispiele bei denen das Augenmaß fehlt. Controller vergleichen Zahlen, nicht Investitionen in die Zukunft.	Sparvorschlag	Über 250.000 €	44	21	60	-16	1	Verwaltung und Gebäude	Grundsätzlich ist Controlling eine unterstützende Tätigkeit (Stabstelle); mit der die Entscheidungsträger in die Lage versetzt werden, eben diese Entscheidungen zu treffen.	0	nein	20
280	B194	Zuschuss für Aktivitäten ausländischer Vereine, Förderung von Integrationsprojekten	Diese Veranstaltungen werden laut Haushaltsplan jährlich mit 20450 EUR bezuschusst. Es handelt sich um eine freiwillige Leistung. Da dieser Bereich bereits umfangreich unterstützt wird, wäre eine Kürzung um 50% angemessen.	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	79	20	97	-18	7	Kultur und Veranstaltungen	Mit diesen Mitteln werden Integrationsmaßnahmen durchgeführt, die der Förderung des friedlichen Zusammenlebens der Menschen in Solingen dienen. In den vergangenen Jahren waren nur 50 % dieser Mittel freigegeben, analog der Mittelvergaben der Bezirksvertretungen. Es standen also real nur 10.225 € jährlich zur Verfügung, die auch ausgegeben wurde.	10.225 €	Durch Freigabepraxis umgesetzt	57
281	B8	Grünschnittcontainer	Abschaffung des Grünschnittcontainers	Sparvor-	Bis	155	21	175	-20	16	Verkehr,	Die Aufstellung und die Entleerung	0 € für den	nein	TBS

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			Kostenlose Entsorgung in der Deponie Bärenloch	schlag	250.000 €						Natur und Umwelt	des Grünschnittcontainers läuft komplett über die Technischen Betriebe Solingen (Personal/Fahrzeuge). Die über diesen Weg angelieferte Grünschnittmenge bekommt die Entsorgung Solingen GmbH von den Technischen Betrieben bezahlt. Insgesamt handelt es sich dabei um eine gebührenfinanzierte Dienstleistung - aus dem Topf der Abfallgebühren.	städtischen Haushalt		
282	B134	Einführung einer Katzensteuer	<p>Bei der Haushaltskonsolidierung darf und kann auch die Einführung einer Katzensteuer kein Tabuthema mehr sein. Ich finde es nicht richtig, alles auf die Hundebesitzer abzuwälzen.</p> <p>Bei Einführung einer Katzensteuer, kann die Stadt Solingen, die durch die Katzen entstehenden Verunreinigungen, die vor allem in Sandkästen auf Spielplätzen entstehen, die regelmäßigen Kosten hierdurch nicht nur decken, sondern Sie hätte auch genügend finanzielle Mittel um die Spielgeräte in Ordnung zu halten.</p> <p>Der erwirtschaftete Überschuss kann dann in die Tilgung der Schulden fließen die die Stadt Solingen hat.</p> <p>Im Rahmen der "Gleichbehandlung" gegenüber Hundebesitzern ist die Einführung einer Katzensteuer nur gerecht. Die Höhe der Steuer sollte der Hundsteuer gleichen, das würde bedeuten wer nur eine Katze hat müsste z.B. 133,20 € / Jahr zahlen und wer 2 Katzen hält der muss halt 156,- € / Jahr je Katze zahlen und ab der 3. und mehr Katze(n) muss eben dann 174,- € / Jahr je Katze gezahlt werden.</p> <p>Bei geschätzten 30.000 - 45.000 Katzen in Solingen ergibt dies eine jährliche Einnahme von 5.000.000 bis 6.000.000 EUR.</p> <p>Geschätztes Einnahmenvolumen nach Abzug aller anfallenden Kosten, wie das versenden des Katzensteuerbescheides, mindestens 3.500.000 € und das jedes Jahr ohne hohen Aufwand für die Stadt Solingen.</p>	Einnahmenvorschlag	Über 250.000 €	141	8	161	-20	14	Finanzen	Aus rechtlichen Gründen nicht umsetzbar. Eine Katzensteuer kann nicht gleichmäßig erhoben werden, da Katzen ihrer Natur nach häufig nicht ihren Haltern/Besitzern zugeordnet werden können. Aufgrund des Vollzugsdefizits ist eine solche Besteuerung rechtswidrig.	0 €	nein	22
283	B253	Symphoniker	Auflösung der Bergischen Symphoniker - zu teuer für eine Stadt wie Solingen und ausschließlich für eine politisch orientierte Klientel vorgehalten.	Sparvorschlag	Über 250.000 €	60	9	80	-20	7	Kultur und Veranstaltungen	Musik ist ein in jedem Menschen vorhandenes emotionales Bedürfnis. Politiker werden nicht überdurchschnittlich häufig in Konzerten gesehen.	0 €	nein	41
284	B272	Wegfall des Rabasoltunnels der Korkenziehertrasse	Die Korkenziehertrasse ist eine Erholungsfläche und eine Radweg erster Güte. Der sog. Rabasoltunnel auf der Korkenziehertrasse stellt jedoch ein unnötiges Hindernis dar. Gleichzeitig ist es ärgerlich zu sehen, dass diese Fläche, die von den Bürgern in hohem Maße genutzt und benötigt wird, von einem privaten Unternehmen zum Abstellen	Investitionsmaßnahme	Bis 250.000 €	35	11	55	-20	3	Sonstiges	Die Betriebsflächen vor und hinter dem Rabasoltunnel sind in privatem Eigentum. Der Eigentümer hat diese Flächen der Stadt unentgeltlich zur Verfügung gestellt, um die Korkenzieherbahn an dieser Stelle durchgängig befahrbar zu machen. Er hat sich auch mit einer großen Spende	0 €	Nein	67

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			rostiger Container missbraucht wird. Die Firma sollte per Verwaltungsakt gezwungen werden, den Weg frei zu machen für die Trasse, damit der Tunnel wieder zurückgebaut werden kann.									an den Baukosten beteiligt.			
285	B3	Flaschencontainer als Müllablageplatz für Jugendliche	Auf der Hermelinstraße im Naturschutzgebiet befindet sich seit ca. 1 1/2 Jahren ein zusätzlicher Flaschencontainer, obwohl bereits an der Ecke Josefstraße ein Flaschencontainer seit vielen Jahren besteht. Dieser neue Container ist wie ein Anziehungspunkt für Jugendliche und lädt zum Verweilen ein (wogegen man nichts einzuwenden hat), aber das dabei eine Verunreinigung wie Ablage von anderen Gegenständen, wie PLASTIKFLASCHEN, KOCHTÖPFEN, PLASTIKTÜTEN und Hölzer zum Kokeln danach rumliegen, ist nicht schön anzusehen. Diesen Flaschencontainer könnte man sich sparen, dann bliebe auch die Verunreinigung weg. Was die Stadt bereits seit dem ersten telefonischen Anruf nach dem Aufstellen des Containers nicht beachtet hatte. Sie sollten nur heute mal dort vorbeischaun und den Müll sich anschauen. Dann müsste man diesen Schandfleck im Naturschutzgebiet wohl entfernen und würde die Natur schützen und könnte sich Geld dadurch sparen.	Sparvorschlag	Bis 10.000 €	75	83	98	-23	2	Verkehr, Natur und Umwelt	Nicht haushaltsrelevant, da für Glasbehälter und deren Standplätze die Dualen Systeme aufkommen.	0 €	nein	TBS
286	B205	Internetcafe der Volkshochschule schließen	Das Internetcafe der Volkshochschule in der Straße Eiland in Solingen könnte eingespart werden. Dort ist nur zur Mittagszeit Betrieb, ansonsten sieht man praktisch nie jemand dort surfen. Andere Internetcafes dagegen werden deutlich mehr besucht.	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	89	20	113	-24	15	Bildung	BVHS und Stadtverwaltung bereiten derzeit eine (reduzierte) Übernahme der Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahme für Langzeitarbeitslose in die Stadtbibliothek Solingen zum 01.01.2013 vor. Hierdurch könnten externe Mieten und Nebenkosten eingespart werden. Eine Entlastung des städt. Haushalts in Höhe von 20.000 € erscheint hierdurch realistisch. Der Beteiligungsausschuss der Stadt Solingen hat sich in Drucksache Nr. 1597 am 08.12.2011 einstimmig GEGEN eine Schließung des Internet-Cafés ausgesprochen.	20.000 €	Modifizierte Umsetzung	VHS
287	B296	Was kommt teurer - Sollzinsen oder Habenzinsen!	Wegen der Aussicht auf kurzfristige Bareinnahme, sollte die Stadt Solingen "Tafelsilber" verkaufen, um Kredite zu tilgen und Sollzinsen zu sparen. Sollzinsen sind unterm Strich teurer als Habenzinsen, so haben wir es in der Schule gelernt. In der Bilanz der Stadt ist u. a. ein Punkt "Sondervermögen" aufgeführt, vielleicht lässt sich dieses auch verkaufen.	Einnahmenvorschlag	Über 250.000 €	14	22	41	-27	1	Finanzen	1. In der HH-Verfügung der Bezirksregierung Düsseldorf wird vorgegeben, dass Grundstücksverkäufe ausschließlich zur Schuldentilgung einzusetzen sind. Dieses Verfahren ist für Kommunen im Nothaushalt nicht unüblich. Beispielsweise ist geplant, in 2012 und 2013 rd. 10 Millionen EUR für die Schuldentilgung verwenden. 2. Die Stadt Solingen hat beispielsweise Mitte der Neunziger Jahre ihren Wohnungsbestand verkauft.	0 €	nein	20
288	B308	Parkgebühren abschaffen, dadurch Akzeptanz	Parkgebühren abschaffen, dadurch Akzeptanz für die Stadt schaffen! Das bedeutet, der	Einnahmenvorschlag	Bis 250.000 €	24	9	52	-28	4	Finanzen	Für kurze Besorgungen gibt es die sog. Brötchentaste (1/4 Std. frei). Die	0 €	nein	61

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
		für die Stadt schaffen!	Bürger fährt mal eben in die Stadt (Solingen) und kauft etwas ein. Das gefällt und so wird es zur lieben Gewohnheit, in Solingen einzukaufen. Das bedeutet zwar augenscheinlich, das die Stadt im Anfang auf Einnahmen verzichtet, aber durch die neue Akzeptanz wird mehr und vor allem wieder, in Solingen eingekauft und dadurch werden mehr Steuern eingenommen. Ergebnis: Die Geschäfte gehen nicht Pleite und es wird mehr Geld (durch Steuern) eingenommen.									Abschaffung der Parkgebührenpflicht würde dazu führen, dass Dauerparker die Parkplätze belegen.			
289	B174	Privates Kundencenter des SWS in Ohligs	Es ist besser, wenn ein privater Investor das Risiko und die Kosten trägt als wenn dies die Stadtwerke tun.	Sparvorschlag	Bis 10.000 €	48	31	77	-29	3	Verkehr, Natur und Umwelt	Der Vorschlag befindet sich z.Zt. in der Prüfungsphase	Der nicht bezifferbar	In Prüfung	SWS
290	B100	Die Abholung von Sperrgut sollte anders geregelt werden	Die Abholung von Sperrgut sollte anders geregelt werden. Warum ist die Abholung von Sperrgut kostenlos und das selber Entsorgen muss teuer bezahlt werden? Es müsste eigentlich Umgekehrt sein. Das selber Anliefern in die Müllverbrennungsanlage der Stadt Solingen sollte eigentlich Kostenlos sein und das Abholen bezahlt werden. Es ist nicht einzusehen das die Abholung, die auch noch jede Menge Verwaltungsarbeit kostet, die Portokosten erzeugt da nur Schriftliche Anträge bearbeitet werden, Fahrzeuge bereitgestellt werden müssen die mit 4-5 Mitarbeiter besetzt sind und diese den ganzen Tag lang durch Solingen fahren um das Sperrgut einsammeln und das Ganze dann auch noch Kostenlos. Mein Vorschlag. Das selber Anliefern kostenlos machen und bei Abholung eine entsprechende Gebühr erheben. Spart Personal, Verwaltungsarbeit und Ausgaben für Anschaffung und Unterhaltung der Fahrzeuge	Sparvorschlag	Bis 250.000 €	98	27	128	-30	4	Finanzen	Diese Art der Sperrgutabholung ist „politisch gewollt“ und Bestandteil der Abfallentsorgungsgebühr. Siehe auch B215	0 €	nein	TBS
291	B120	Förderung v. Trägern d. Wohlfahrtspflicht (Pos. 082 - 117)	Auch bei diesen Ausgaben muss gespart werden. Ein komplettes Streichen der Zuschüsse ist sicher nicht vertretbar. Deshalb sollten diese Zuschüsse jedes Jahr um 10% gesenkt werden. Langfristig sollten die Zuschüsse auf wenige Träger konzentriert werden.	Sparvorschlag	Bis 250.000 €	54	38	85	-31	2	Finanzen	Die Wohlfahrtsverbände zu denen auch der Jüdische Kultusverein gehört, erhalten sogenannte Global – und Einzelzuwendungen. Grundlage für die Zuwendungen ist die gesetzliche Verpflichtung, dass die örtlichen Träger der Sozialhilfe bei der Durchführung ihrer Aufgaben mit den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege zusammenzuarbeiten und diese angemessen zu unterstützen haben. Üblicherweise erfolgt dies in Form eines Zuschusses zur Aufrechterhaltung einer entsprechenden administrativen Infrastruktur (Globalzuschuss zur anteiligen Finanzierung verbandlicher und spitzenverbandlicher Aufgaben in der Sozialarbeit), damit überhaupt Einzelleistungen erbracht werden können sowie in Form von Einzelzuschüssen für diese konkreten Leistungen/Maßnahmen. Die	0 €	nein	50

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
												<p>Aufgaben, die von den Wohlfahrtsverbänden übernommen werden, sind in der Regel pflichtige Aufgaben der Kommune, die, falls nicht von diesen erbracht, durch die Kommune sichergestellt werden müssten. Dies würde nach Einschätzung der Verwaltung einen Mehraufwand bedeuten, da dafür eigenes Personal und Sachressourcen zur Verfügung gestellt werden müssten. Die Kontrolle der Verwendung solcher Zuschüsse ist dadurch sichergestellt, dass für die Globalzuschüsse Zielvereinbarungen geschlossen wurden, die den Verwendungszweck konkretisieren. Dadurch ist sichergestellt, dass grundsätzlich neue Prioritätensetzungen durch die Stadt möglich sind. Dieses System soll auch auf die Einzelzuschüsse übertragen werden. Für diese werden aber jetzt schon jährliche Verwendungsnachweise erbracht, die eine wirtschaftliche und zielgerichtete Verwendung sicherstellen. Die Zuschüsse werden nicht jährlich, sondern nur im Abstand mehrerer Jahre nach begründetem Antrag und politischer Beratung angepasst (z.B. wegen Tarifsteigerungen bei den Personalkosten). Die Arbeit der Jüdischen Kultusgemeinde findet sowohl in Solingen und in Wuppertal statt. Sie richtet sich somit auch an alle Solingerinnen und Solinger mit jüdischen Wurzeln. Aufgrund der Co-Finanzierung durch die Stadt Wuppertal wird der Globalzuschuss für die Jüdische Kultusgemeinde in Solingen nur in geringerer Höhe als bei den anderen Wohlfahrtsverbänden gezahlt. Die Höhe der einzelnen Zuschüsse an die Verbände ist sicherlich grundsätzlich disponibel, aufgrund der wachsenden sozialen Aufgabenfelder wird es aber eher eine Umverteilung innerhalb des Systems geben, die zu keiner Haushaltsentlastung führt. Insgesamt wird daher die Empfehlung ausgesprochen, den Vorschlag nicht umzusetzen. Allerdings wird darauf verwiesen, dass einige Einzelzuschüsse seitens der SD 51 und 53 an die Wohlfahrtsverbände gewährt werden, zu denen von hier aus keine Stellungnahme</p>			

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
												abgegeben werden kann.			
292	B316	Parkflächen in Solingen	Mir ist es unverständlich das in Solingen die Regelung der Straßenverkehrsordnung eigenständig außer Kraft wird. Wieso wird im eingeschränkten Halteverbot das Parken erlaubt. Dort ist laut Straßenverkehrsordnung nur ein Halten von bis zu 3 Minuten erlaubt. Somit könnten die Politessen auch mehr Knöllchen verteilen und Einnahmen für die Stadt machen. Warum bekommen Autofahrer die im absoluten Halteverbot anhalten und jemanden aussteigen lassen kein Ticket? Auch das wird von den Ordnungskräften toleriert. Auch da gäbe es eine Mehreinnahme für die Stadt. Denn Halteverbot heißt Halteverbot.	Einnahmenvorschlag	Bis 250.000 €	16	8	48	-32	5	Verkehr, Natur und Umwelt	Die Ausweitung der gesetzlichen Regelung im eingeschränkten Halteverbot von 3 Minuten auf 10 Minuten in Solingen ist historisch erwachsen zum Zweck der Förderung des hiesigen Einzelhandels. Eine Rücknahme dieser Kulanz würde zu erheblichen Protesten und Irritationen sowohl der Verkehrsteilnehmer als auch des Einzelhandels führen. Verstöße im „absoluten“ Haltverbot werden grundsätzlich geahndet. Eine Änderung ist theoretisch möglich, bedarf aber der politischen Zustimmung.	10.000 – 20.000 €	nein	32
293	B317	Privatisierung der städtischen PKW-Parkplätze	Alle städtischen Grundstücke mit PKW-Parkflächen könnten privatisiert werden und gewerblich dann weitervermietet werden. Zumindest sollten wie bei Anwohnerparkplätzen auch üblich mind. 2,5 Ausweise je Stellplatz gegen gleich hohe Ausweisgebühren an die Mitarbeiter ausgestellt werden. Die Privatisierung ein städtisches Unternehmen des KONZERN STADT SOLINGEN und beteiligter Töchter sollte dabei ausgeschlossen sein. Dann müssen alle genutzten Parkflächen bezahlt werden. Egal ob Beamter, Angestellter, Reinigungskraft oder Lehrer. Instandhaltungskosten und Reinigungskosten der Plätze würden dabei dann für die Verwaltung wegfallen. Parkplatz: Klingenhalle Rathausparkplatz Verwaltung Bonner Str.. 100 Theater u. Konzerthaus Schützenplatz Marktplatz Gräfrath usw. Erforderliche VIP-Parkplätze könnten dann durch die Verwaltung für Auserwählte zurück gemietet werden und sonst die verbilligten Jobtickets über die SWS endlich einmal intensiv genutzt werden.	Einnahmenvorschlag	Über 250.000 €	14	6	47	-33	4	Verkehr, Natur und Umwelt	Die Grundsatzentscheidung zum kostenpflichtigen Mitarbeiterparken ist getroffen. Nunmehr finden die abschließenden Verhandlungen mit dem Personalrat statt.	44.000 €	Bereits enthalten bzw. erfolgt	11
294	B293	So kann die Stadt sparen und mehr Geld einnehmen	Katzensteuer einführen, den Verwaltungsapparat (Beamten) verkleinern nicht mehr soviel Beamten nur wichtige Ämter zum Beispiel Polizei, Finanzen, damit werden auch die späteren Kosten gesenkt - Pensionen. Das Stadion in Ohligs sanieren bevor man woanders ein Neues baut. Mit dem Sanieren von Gebäuden, Straßen Schulen und städtischen Eigentum zeitnah vorgehen nicht warten bis alles zerfällt, denn dann wird es um ein vieles teurer.	Sparvorschlag	Keine Angabe	19	11	54	-35	3	Finanzen	Alle hier genannten Vorschläge gibt es bereits als Einzelvorschläge	0 €	nein	
295	B20	Reduzierung der Subventionen	Durch die Reduzierung von Subventionen im Kulturbereich (Theater, berg. Symphoniker	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	146	21	184	-38	10	Kultur und Veranstal-	Der Kulturbereich beteiligt sich auch bisher schon an den Sparanstren-	0 €	nein	41

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			u.a.) könnten Gelder für die Kinderbetreuung frei gesetzt werden. Eine Subventionierung von privaten Kulturveranstaltungen erfolgt nicht, daher ist nicht ersichtlich warum städt. Veranstaltungen gefördert werden.								tungen	gungen. Grundsätzlich orientieren sich die Programme am Interesse der Bürger. Den privaten Bürgern wird ja eben dort die für ihn selbst schlecht realisierbare Teilhabe an der Kultur ermöglicht.			
296	B263	durch Lärmschutz Mehreinnahmen für die Stadt generieren	Anwohner von Hauptverkehrsstrassen fühlen sich von Lärmrowdies belästigt. Lärm macht krank. Die Stadt sollte Lärmsünder (übertunte Autos, laute Motorräder, Raser, Einsatz von überlauten Maschinen) bestrafen. Beispiel Schwarze Pfähle: mit quietschenden Reifen wird den Berg hoch angefahren. Oder von Aufderhöhe kommend wird viel zu schnell und damit meist auch zu laut gefahren. Falls noch nicht vorhanden würde die Anschaffung entsprechender Messgeräte sicher die Stadtkasse füllen und zu mehr Ruhe führen.	Einnahmenvorschlag	Bis 50.000 €	25	15	64	-39	2	Verkehr, Natur und Umwelt	Dieser Vorschlag fällt in die Zuständigkeit der Polizei, da die Kommune nicht in den fließenden Verkehr eingreifen darf.	0 €	Nein	
297	B276	Letztendlich werden sowieso nur die Steuern erhöht...	Warum Vorschläge machen? Ist doch hinfällig. Letztendlich fällt den "Größen der Stadt" doch nichts Gescheiteres ein, als wieder einmal an der Steuer- oder Gebührenschaube zu drehen. Grundsteuer, Müllgebühren, ... Hier sollten sich die vielen Mieter nicht voreilig die Hände reiben und "es den Hausbesitzern gönnen". Über die Nebenkostenabrechnungen ereilen diese Erhöhungen alle, also auch die Mieter. Erst denken, dann reiben. Oh ja, die Stadt meint es gut mit uns.	Sparvorschlag	Über 250.000 €	9	19	48	-39	3	Sonstiges	Unzulässig, da kein Vorschlag, sondern eine Meinungsäußerung	0 €	nein	
298	B320	solingen-spart.de einmotten	Katzensteuer, pferdesteuer, fahrradsteuer (unglaublich, der Vorschlag), Sexsteuer usw. usw. (Hauptsache die anderen zahlen) Politiker und Verwaltungsbashing (eh alle doof), Wärmedämmung, Kreisverkehre und Ampeln abschalten oder LED-Lampen reinschrauben (gäh, mal was ganz neues). Viel zu viele Vorschläge, die Vorurteile bedienen, die die anderen belasten oder die erstmal nur Geld kosten und vielleicht in 10 oder 20 Jahren einsparen. Dafür brauche ich kein Forum. Ich bin echt entsetzt und enttäuscht von der Qualität der Vorschläge, aber noch mehr von den Neinstimmen bei durchaus vernünftigen Vorschlägen, wie Zinsmanagement, Bürgerbeteiligungen oder Gießkanne bei freiwilligen Leistungen. Da wirkt der Wunsch nach mehr Bürgerbeteiligung, wirklich unfreiwillig komisch. Wie gerne wird auf Verwaltung und Politik eingedroschen und auf Nein geklickt, wenn mich die Steuer oder Kosten betreffen würde. Nö, da reicht eine Sitzung beim Städtetag oder Vorschläge aus der Bildzeitung. Lieber Herr Bürgermeister, es hätte klappen können, aber das tuts nicht. Einstampfen und Geld sparen.	Sparvorschlag	Bis 10.000 €	10	6	50	-40	8	Verwaltung und Gebäude	Die Durchführung der bürgerbeteiligten Haushaltssicherung ist ein Baustein von EPartizipation, also der Möglichkeit von Bürgern auf mehr Beteiligung. Bezüglich des Haushalts beabsichtigt die Verwaltung die Meinung der Solinger Bürger/innen zu Sparvorschlägen einzuholen und bietet die Möglichkeit, selbst Vorschläge einzubringen. Darüber hinaus dient die Internetplattform als Informationsmedium für alle Interessierte. Die Verwaltung beabsichtigt zukünftig, das elektronische Dialog-Angebot auch in Zukunft weiter anzubieten und nicht auf das Finanzthema zu beschränken. Auch der Rat begrüßt diese Vorgehensweise. Gleichwohl ist es eine freiwillige, nicht gesetzliche, Leistung, die aufgegeben werden kann. Vor diesem Hintergrund hat die Verwaltung im Jahr 2010 ausdrücklich die Genehmigung der Bezirksregierung Düsseldorf zur Durchführung erhalten.	theoretisch 30.000 €, aber 0 € wegen weiterer Durchführung	theoretisch umsetzbar	R2-10
299	B300	Einführung einer Tempo 30-Zone in der Süd-	Im Bereich der Nebenstraßen zwischen der Schützenstraße, Eichenstraße und Brühler	Einnahmenvorschlag	Bis 50.000 €	23	7	64	-41	2	Verkehr, Natur und	Die Verwaltung wurde von den Gremien beauftragt Tempo-30-Zonen im	0 €	nein	61

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
		stadt	Straße könnte eine Tempo 30-Zone eingerichtet werden. Die Nebenstraßen sind hier oftmals eng und Tempo 50 kann nur an wenigen Stellen gefahren werden. Immer wieder versuchen Autofahrer die erlaubten 50 km/h zu fahren und gefährden Kinder, Tiere und die geparkten Autos. Es kommt immer wieder zu Schäden. In dieser 30er-Zone könnte dann geblickt werden und so zu rücksichtsvollerem Fahren gemahnt werden. Nebenbei werden dadurch Einnahmen erzielt.								Umwelt	gesamten Stadtgebiet zu prüfen. Die Ergebnisse der Prüfungen werden anschließend in den politischen Gremien beraten. Bei den genannten Straßen handelt es sich z. T. um Hauptverkehrsstraßen, die nicht für Tempo 30 geeignet sind.		(in anderen Teilbereichen im Prüfkonzept)	
300	B319	Oberbürgermeister	An die Stadt Spitze, als Oberbürgermeister, gehört jemand der sich ernsthaft für die Belange der Stadt Solingen einsetzt. Das kann für meine Begriffe nur ein Solinger sein und kein Zu gereister der von Solingen und deren Bürger keine Ahnung hat. Mein Vorschlag lautet daher. Nur Solinger als Oberbürgermeister. Dieses Wissen wie der Solinger Tick.	Sparvorschlag	Keine Angabe	8	6	51	-43	7	Sonstiges	Der Vorschlag verstößt gegen die zwingend geltenden Bestimmungen des Kommunalwahlgesetzes NW.	0 €	nein	10
301	B79	Personal einsparen	In allen städtischen Bereichen 10%+x Personal einsparen. Wenn in allen Bereichen eingespart werden muss kann keiner sagen, warum bei mir und nicht bei den anderen. Es wäre auch möglich in einer Abteilung A 20%+x Personen einzusparen und in Abteilung B kein Personal einzusparen, wenn diese von A Aufgaben bzw. Arbeiten übernimmt. Wichtig das Gesamtergebnis > 10%.	Sparvorschlag	Über 250.000 €	91	30	135	-44	8	Verwaltung und Gebäude	Mit dem Haushaltssicherungskonzept aus 2010 wurden über 160 zu streichende Stellen beschlossen. Dies waren mehr als 10% aller Stellen der Verwaltung.	7.500.000 €	Bereits enthalten bzw. erfolgt	11
302	B259	Bayindir Libuse	„ contra `` Ich bin nicht einverstanden mit der Schließung des Gebäudes	Einnahmenvorschlag	Keine Angabe	1	32	45	-44	3	Sonstiges	Ist kein eigener Vorschlag, sondern eine Meinungsäußerung zu einem Verwaltungsvorschlag	0 €	nein	
303	B252	Städt. Schullandheim Westerburg schließen	Das städtische Schullandheim Westerburg im Westerwald könnte eingespart werden.	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	41	15	88	-47	2	Bildung	Das Schullandheim wird durch einen Verein betrieben, der einen Betriebskostenzuschuss in Höhe von 40.900 € p. a. erhält. Bei Streichung des städt. Zuschusses wäre diesem der Betrieb nicht mehr möglich; das Gebäude würde an die Stadt zurückfallen (Vermarktungschancen fraglich). Die Möglichkeit für preiswerte Klassenfahrten würde mit Aufgabe deutlich eingeschränkt.	40.900 € p. a.	ja	40
304	B196	unentgeltliche Mehrarbeit gegen Arbeitsplatzgarantie spart Millionen	Sparen, sparen, sparen, aber weshalb mit der Verwaltung anfangen? * Reden ist leicht - handeln eher nicht.* Ein unangenehmer Vorschlag: - Freiwilliger Verzicht auf einen Tag Jahresurlaub - unentgeltliche Mehrarbeit 15 Min. täglich - Sonderurlaub Rosenmontag und Heiligabend sofern noch nicht geschehen, zumindest um je einen halben Tag kürzen - Wegfall der Sonderurlaubs für Wahlhelfer nur noch Erfrischungsgeld - Arbeitsplatzgarantie bei Verzichtserklärung	Sparvorschlag	Über 250.000 €	53	19	102	-49	6	Verwaltung und Gebäude	Vorschlag zum Teil rechtswidrig („Arbeitsplatzgarantie bei Verzichtserklärung“). Auch heute schon wird durch eine Vielzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Mehrarbeit geleistet, die sie sich nicht vergüten lassen oder durch Freizeit ausgleichen.	0 €	nein	11

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			Zur Berechnung z.B. der unentgeltlichen Mehrarbeit: 15 Minuten täglich x 5 Arbeitstage = 75 Min. 75 Min. x 13 Wochen = 975 Min. (über 16 Std. im Quartal) 975 Min. im Quartal / 3 Monate = 325 Minuten (5,4 Std.) im Monat theoretisches Durchschnittseinkommen brutto: 2500 Euro bei 40 Std. Woche ergibt für den Arbeitnehmer monatlich 173,3 Std. mit 14,42 Euro brutto. 14,42 Euro Bruttolohn x 5,4 Std. = 78 Euro mtl. 1.000 Mitarbeiter x 78 Euro = 78.000 Euro mtl. (936.000 Euro p.a.) 2.000 Mitarbeiter x 78 Euro = 156.000 Euro pro mtl. 1.872.000 Euro im Jahr). Dieses Rechenbeispiel mit 14,42 Euro Bruttostundenlohn ist sicher eher niedrig angesetzt. Die Arbeitgeberanteile (Sozialversicherung) und 13. Gehalt o.ä. sind auch unberücksichtigt, da dies hier zu unübersichtlich werden würde. Für einen sicheren Arbeitsplatz in der freien Wirtschaft leisten die Arbeitnehmer noch viel viel mehr. Hier wäre ein positiver Ansatz zu sehen nach dem Motto "was kann ich für die arme Stadt, meinen Arbeitgeber tun". Alleine die Raucherpausen eines Mitarbeiters als unproduktive Arbeitszeit täglich sind sicher länger als 15 Minuten. Auch bei Vertrauensarbeitszeiten. Leider wird nur bei den Vorschlägen in weitaus kleineren Einspardimensionen, um die 250.000 Euro gerechnet.												
305	B240	Kein Verkauf des Stadions Ohligs	Das Stadion mit Nebenplatz sind bisher benutzt worden und ist auch zukünftig ohne großen Aufwand nutzbar. Es kann nicht sein, dass der ganze Bereich erst für 3 Mill. Euro verkauft werden sollte und auf einmal ist der ganze Bereich nur noch 1,5 Mill. wert. Das kann doch überhaupt nicht sein. Grundstücke und Immobilien werden laufend teurer und auf einmal soll dies beim Stadion Ohligs anders sein. Ist da möglicherweise etwas faul? Will man diesen Bereich plötzlich jemandem verkaufen, der der Stadt genehm ist, der aber nur die Hälfte bezahlen soll? Es erscheint mir doch sehr zweifelhaft, dass im Laufe eines Jahres der Wert des ganzen Bereichs nur noch die Hälfte an Wert haben soll, obwohl er eigentlich aufgrund der hohen Nachfrage in Solingen, auch in Ohligs, heute höher liegen sollte. Hier sollte doch genau überprüft werden. Denn es ist kaum zu verstehen, dass hier für 1,5 Mill. Euro verkauft werden soll und an anderer Stelle ein Sportplatz gebaut werden	Sparvorschlag	Über 250.000 €	25	19	76	-51	3	Sport und Freizeit	Das Stadion am Hermann Löns Weg entspricht nicht mehr den Standards, die heute an ein Stadion sowohl sicherheitstechnisch als auch sportfachlich gestellt werden. Aufgrund der Sicherheitsanforderungen (z. B. Rettungswege), die wegen der Lage des Stadions auch nicht entscheidend verändert werden können, könnten hier in Zukunft nur noch Spiele bis einschließlich der Oberliga Nordrhein durchgeführt werden. Bis zu dieser Spielklasse kann aber auch auf jedem Solinger Kunstrasenplatz gespielt werden. Würde ein Solinger Verein über die Oberliga Nordrhein hinauskommen, wäre wohl der Bau eines neuen Stadions -unabhängig von der dann aufkommenden Finanzierungsproblematik- an einer dafür geeigneten Stelle die einzig mögliche Lösung, um diesem Verein eine rechtlich zulässige und geeignete	0 €	nein	52 / 23

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			soll, für den 1,4 Mill. Euro veranschlagt werden.									<p>Spielstätte zu bieten. Der Erhalt des veralteten und für die aktuellen und zukünftig dort möglichen Spielklassen völlig überdimensionierten Stadions ist, insbesondere auch wegen des im Vergleich zu den Kunstrasenplätzen deutlich erhöhten Unterhaltungs- und Pflegeaufwands, unwirtschaftlich. Aufgrund dieser Umstände sind die Aufgabe des Stadions und die Vermarktung des Geländes sowohl aus sportfachlichen als auch aus wirtschaftlichen Gründen alternativlos. Wegen der heute gestellten Sicherheitsanforderungen sowie der Umgebung des Stadions (Nachbarschaft/Lärmschutz) macht auch der Erhalt der Anlage als "Eventstätte" keinen Sinn. Die seinerzeit für die Vermarktung abgegebene Erlöserwartung war eine sehr grobe Prognose. Zu diesem Zeitpunkt gab es noch keine konkreten Planungen darüber, was auf dem Grundstück denn zukünftig entstehen könnte. So wurden entsprechende Erlöserwartungen über Brutorohbaulandpreise überschlägig angenommen. Zwischenzeitlich sind die Planungen zur Gestaltung und Vermarktung des Geländes fortgeschritten, so dass aus groben Prognosen erste Berechnungen und Kalkulationen werden. Dabei wird erkennbar, dass die seinerzeitige Erlösprognose von 3,0 Millionen Euro wohl zu optimistisch war. Aus Gründen der kaufmännischen Vorsicht, wurde die Erlösprognose auf 1,5 Millionen € reduziert. Dies ist der Betrag, der nach Abzug aller Kosten (Entwicklung, Vermarktung, Erschließung, Bau einer Ersatzanlage für den Nebenplatz etc.) noch netto im städtischen Haushalt zur Schuldentilgung verwendet werden soll. Je genauer nun die Planungen werden, desto präziser werden auch die Zahlen der zu erwartenden Vermarktungserlöse. Der Erhalt des Nebenplatzes und damit der Verzicht auf den Bau einer Ersatzsportanlage für den Nebenplatz machen leider keinen Sinn. Der nachbarschaftliche Konflikt (hier insbesondere Lärm) zwischen einer Sportplatznutzung und der Schaffung unmittelbar angrenzender Wohnbebauung ist nicht</p>			

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
306	B258	Sparvorschlag	Mal ernsthaft. Das Ganze online abstimmen ist doch sowieso für die Katz. Die Damen und Herren der mächtigsten Volksvertreter und Verwaltung machen doch sowieso was sie wollen und nicht was der Bürger will. Am Beispiel Stadion zeigt es sich doch eindeutig. Mal eben so um 1,5 Millionen verschätzt. Was solls. Wo ist das Problem? Ist doch nicht deren Geld. Rathäuser bauen oder vollkommen übersteuert Leasen können die. Orchester sind auch noch Wichtig. Dienstwagen für den OB, freies Parken für die Verwaltungsangestellten. Hierüber wird schon seit Monaten diskutiert ohne jeden Erfolg. Nur 20 Euro im Monat sind ja mehr als lächerlich. Was muss der Normale Bürger für Parken bezahlen? Politessen schicken ist einfacher. Das sind Themen die angegangen werden müssen. Die Damen und Herren Volksvertreter sollten erst mal ihren Beruf lernen und bei sich anfangen. Dann können wir weiter reden. Die schmeißen unser aller Geld zu Fenster raus ohne rot zu werden und erwarten gleichzeitig von uns dass wir sparen. Aber da wird lieber auf Steuerzahlerkosten Geld und Zeit für Planung und Bewirtschaftung von Ex OB`s Partys verschwendet. Wo sind wir eigentlich? Die Herrschaften sollten endlich mal mit dem Denken anfangen und das Ausüben wo für sie gewählt wurden. Als Volksvertreter und nicht Ausbeuter! Dann wären schon die ersten Milliarden gewonnen.	Sparvorschlag	Über 250.000 €	13	18	64	-51	2	Sonstiges	zu lösen. Ist kein eigener Vorschlag, sondern eine Meinungsäußerung	0 €	Nein	
307	B144	Neuer Messpunkt zur Verkehrsüberwachung	Einrichten eines neuen Messpunktes zur Verkehrsüberwachung. Auf der Wipperauerstrasse zwischen Hausnummer 78 und 120. In diesem Bereich befinden sich seit kurzem Schilder, die durch einen Polizist gekennzeichnet sind. Aufgrund der Sperrung der Juckelbrücke ist in diesem Bereich ein neuer Messpunkt dringend erforderlich. Die Schilder weisen auf eine Geschwindigkeit von 50km/h hin und zusätzlich auf Fußgänger. Des Weiteren werden im Sommer auf diesem Straßenabschnitt Pferde zur Weide geführt. Die Einführung eines neuen Messpunktes an dieser Stelle, würde der Stadt diverse Mehreinnahmen bringen. Die Geschwindigkeit ist trotz der erhöhten Fußgängeranzahl in diesem Bereich nicht zurückgegangen.	Einnahmenvorschlag	Bis 10.000 €	40	36	95	-55	1	Verkehr, Natur und Umwelt	In diesem Bereich werden aktuell Testmessungen durchgeführt. Es können allerdings noch keine Aussagen zur Notwendigkeit einer repräsentativen Messstelle getroffen werden.	0 €	Wird derzeit getestet	32
308	B226	Rentenbeitragssenkung zum 01.01.2013 zur Entschuldung nutzen	Zum 01.01.2013 werden voraussichtlich die Rentenbeiträge von derzeit 19,6% auf 19,0% gesenkt. Heißt, für Arbeitgeber und Arbeitnehmer je 0,3 Prozentpunkte weniger Versicherungsbeitrag. Wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf 50% der Ersparnis verzichten, könnten vom Bruttolohn 0,3 Prozentpunkte	Einnahmenvorschlag	Über 250.000 €	25	21	81	-56	2	Finanzen	Kann seitens der Stadt nicht beeinflusst werden. Keine Rechtsgrundlage.	0 €	nein	11

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			als "Soli für Solingen" abgeführt werden. AG und AN profitieren von einer Entschuldung Solingens, da Grundsteuer, Gewerbesteuer etc. langfristig gesenkt werden können. Bei einem Bruttolohn von € 2.000,00 / Monat würden AG und AN je € 3,00 abführen, p.a. € 72,00.....und das mal x Arbeitnehmer! Außerdem leistet nicht nur "arm oder reich" einen Beitrag, sondern ein jeder von uns.												
309	B218	alles Geld der Kinder- und Jugendförderung	Knapp 2 Mio. € für die Symphoniker, ebenfalls große Summen für Museen und ähnliches. Damit werden Einrichtungen gefördert, die "nice to have" aber entbehrlich sind. Aber jeder Jugendliche ohne Schulabschluss und damit ohne Chance auf eine Lehrstelle verursacht meistens Jahrzehnte lang die Zahlung von Sozialleistungen. ALLES GELD IN DIE FÖRDERUNG DER JUGEND. Die Besucher eines Symphoniekonzertes können es sich meisten leisten und machen es auch für ein Konzert ein paar Kilometer zu fahren, doch die Kinder und Jugendlichen, die keine ausreichend Förderung bekommen leiden darunter ein Leben lang. Sparen kann die Stadt mit diesem Vorschlag zwar erst in einigen Jahren, durch den Entfall von Sozialleistungen, das dann aber nachhaltig.	Sparvorschlag	Keine Angabe	47	20	106	-59	6	Bildung	Die jetzigen Museums- und Konzertbesucher sind mit Museen und Konzerten aufgewachsen. Beide Einrichtungen machen auch für Kinder und Jugendliche wichtige Angebote, die einen Einstieg in ein Erwachsenenleben nachweislich positiv beeinflussen.	0 €	nein	41
310	B221	Steuer auf leerstehende Ladenlokale	da es in Solingen zahlreiche Leerstände gibt(Ladenlokale) könnte dies zur Auffrischung der Stadtkasse und zum Umdenken der Ladenlokalbesitzer kommen, weniger Leerstände, mehr Anreiz die Stadt Solingen zu besuchen u dadurch wieder Einnahmen durch Parkgebühren etc.	Einnahmenvorschlag	Bis 50.000 €	37	15	98	-61	2	Finanzen	Aus rechtlichen Gründen nicht umsetzbar. Kommunal können nur Aufwandsteuern erhoben werden; diese zielen auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von Steuerpflichtigen für solchen Aufwand ab, welcher für den persönlichen Lebensbedarf betrieben wird. Der Aufwand durch leerstehende Ladenlokale ist jedoch nicht der privaten Lebensführung, sondern dem Bereich der steuerlichen Einkünfte zuzurechnen.	0 €	nein	22
311	B236	Abbau von Straßenlaternen	An vielen Straßen in Solingen können die Laternen ausgeschaltet oder abgebaut werden. Es reicht, an gefährlichen Stellen (Kreuzungsbereiche) jede zweite Laterne einzuschalten.	Sparvorschlag	Bis 250.000 €	31	15	92	-61	4	Verkehr, Natur und Umwelt	Das Konzept zur bereits umgesetzten HSK-Maßnahme „Reduzierung der Brenndauer der Straßenbeleuchtung“ beinhaltet im wesentlichen eine Totalabschaltung der Straßenbeleuchtung auf den anbaufreien oder anbauarmen Ein- und Ausfallstraßen sowie in den anbaufreien oder anbauarmen Ortslagen. Eine (temporäre) Abschaltung der Beleuchtung in besiedelten Gebieten und Straßen, dort wo Menschen leben, wohnen, arbeiten oder sich aufhalten, ist aus Gründen der Verkehrssicherheit, der Verbrechensprävention sowie der allgemeinen Daseinsvorsorge bewusst ausgeklammert worden.	Durch die Umsetzung der HSK-Maßnahmen „Reduzierung der Brenndauer und energetische Sanierung der Straßenbeleuchtung“ wird eine Einsparung von insgesamt ca. 440.000 € erzielt.	Das Abschalten auf ausgewählten anbaufreien oder anbauarmen Streckenabschnitten ist bereits umgesetzt. Das Abschalten jeder 2. Leuch-	61 / TBS

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
												Das Abschalten jeder zweiten Leuchte wird in Fachkreisen aus Verkehrssicherungsgründen nicht befürwortet. Der im Einzelfall je nach Verkehrsbedeutung der Straße, dem Verkehrsaufkommen und der Umgebung gewählte Leuchtenabstand und Leuchtentyp sind das Ergebnis lichttechnischer Messungen und Berechnungen für eine gleichmäßige Ausleuchtung der Verkehrsfläche. Das Abschalten jeder zweiten Leuchte aus einer Reihe führt zu einer gefährlichen Verschlechterung der Gleichmäßigkeit und würde in sehr kurzen Abständen ein ständiges Wechselspiel zwischen beleuchteten Abschnitten und dunklen Zwischenbereichen für den Autofahrer bedeuten. Die relativ langsame Anpassungsfähigkeit des menschlichen Auges an dunklere Bereiche ist die Ursache für eine zeitweilige „Blindheit“. Das bedeutet eine Gefährdung für den Fußgängerverkehr.		te ist aus Gründen der Verkehrssicherheit nicht empfehlenswert.	
312	B178	Outsourcing -	Bestimmte Leistungen die derzeit durch den öffentlichen Dienst wahrgenommen werden, müssen überprüft werden ob durch private Unternehmen - nicht deutlich günstiger (Tariflöhne des öffentlichen Dienstes) und tlw. effektiver und flexibler wahrgenommen werden können. Ordnungsamt/Behörden/Büros	Sparvorschlag	Über 250.000 €	49	14	111	-62	3	Verwaltung und Gebäude	Dieser Vorschlag wurde im Rahmen der Produktkritik flächendeckend bearbeitet. Im Rahmen der PK wurden sämtliche Prozesse danach kategorisiert, ob sie vollständig durch die Verwaltung (als Kernaufgabe), teilweise von der Verwaltung (disponibel) oder nur optional (und damit übertragbar) von der Verwaltung wahrgenommen werden müssen. Von den untersuchten rd. 250 Mio. € jährlicher Prozesskosten konnten 6 % (=rd. 15 Mio. Euro) als optional übertragbar identifiziert werden. Bei diesen Prozessen handelt es sich allerdings weit überwiegend über zuschuss-finanzierte Dienstleistungen Dritter im Sozial-, Jugend- und Sportbereich. Darüber hinaus sind derzeit jährlich über 100 Mio. Euro an extern vergebenen Aufträgen an private Dritte im Haushalt. Hier wurde im Rahmen diverser Projekte (vor allem zentrale Beschaffung und HSP) versucht, diese Aufwendungen möglichst ohne Leistungs- und Qualitätsverluste zu reduzieren.	0 €	nein	11
313	B285	Schulen von privaten Unternehmen betrieben	Aufgrund des großen Renovierungsstaus muss die Stadt in den nächsten Jahren viel Geld für die Renovierung / Sanierung der Schulen aufwenden. Dies könnte man auffan-	Sparvorschlag	Bis 250.000 €	15	9	81	-66	2	Verwaltung und Gebäude	Firmen investieren dort, wo eine Rendite ersichtlich ist; d.h., die Investition muss sich "rechnen". Von daher ist dieser Vorschlag für Firmen	0 €	nein	40 / 23

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			gen, in dem man auf die Zusammenarbeit mit privaten Firmen setzt. Dies könnten private (Groß-)Bauunternehmen sein, die die komplette Sanierung und Instandhaltung übernehmen und gleichzeitig auch den Namen der Schule übernehmen könnten. Oder private Firmen anderer Branchen, die den Namen der Schule (z.B. Zwilling-Schule) und gleichzeitig die Sanierungskosten übernehmen. (wie bei Fußball-Stadien)									wenig attraktiv und wird als denkbar aber nicht realistisch umsetzbar eingestuft.			
314	B155	Ampel grün für Busbenutzer	Wenn der Bus in einem Kreuzungsbereich seine Haltestelle anfährt, werden alle Autoampeln auf Rot geschaltet und alle Fußgängerampeln auf Grün. Somit kann jeder gefahrlos den Bus erreichen. Oft versuchen jetzt Menschen speziell Schüler noch schnell über die Straße zu laufen, um den Bus noch zubekommen. Diese Maßnahme spart Menschenleben und macht den Bus attraktiver auch für ältere Menschen.	Sparvorschlag	Keine Angabe	47	21	116	-69	3	Verkehr, Natur und Umwelt	Um den Busverkehr zu attraktiveren, wurde von der Politik die Umsetzung des Buspräferenzsystems beschlossen. Das Buspräferenzsystem sorgt dafür, dass alle Linienbusse bei Zufahrt zu einer Lichtsignalanlage grün erhalten und dadurch (fast) ohne Halt die Lichtsignalanlagen passieren können. Durch diese Bevorzugung der Linienbusse, sollen diese schneller als normal den Linienweg befahren können. Würde man den Vorschlag aufgreifen, müssten man an allen Lichtsignalanlagen die von Linienbussen passiert werden, die Verkehrsplanung und die jeweilige Software anpassen. Die Umprogrammierung der Lichtsignalanlagen hätte negative Auswirkungen auf den Individualverkehr in der Stadt. Durch den Eingriff der Busse auf die Schaltung, hätten alle anderen motorisierten Verkehrsteilnehmer rot. Alle geschalteten Grünen-Wellen würden mit dieser Maßnahme außer Kraft gesetzt und es würde zu massiven Verkehrsstörungen kommen. Diese Störungen im Verkehrsablauf hätten wiederum negative Auswirkungen auf die Fahrzeit der Linienbusse.	0 €	nein (Bus-Präferenz ist ohnehin realisiert)	61 / TBS
315	B265	Defizit der Verkehrsbetriebe	Sehr geehrter Herr Bürgermeister, was wäre wenn.....? Solingen für jedes SG Nummernschild zwangsweise den Kauf eines Tickets der Verkehrsbetriebe beschließen würde? (Abo solange ein SG Nummernschild im Besitz des KFZ Besitzers ist). Leider verfüge ich über keine genauen Zahlen, gehe aber davon aus, dass in Solingen rund 75.000 Autos z.Zt. angemeldet sind. Ein Ticket der Verkehrsbetriebe kostet ca. 60 €/Monat. Um wie viel preiswerter könnte dieses Ticket sein, wenn alle Autobesitzer ein solches zwangsweise kaufen müsste? 50 %? Somit wären bei ca. 30 € pro	Einnahmenvorschlag	Über 250.000 €	21	4	91	-70	4	Verkehr, Natur und Umwelt	Die SWS ist laut Vertrag Kooperationspartner im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr. Tarifliche Regelungen werden nicht in den einzelnen Betrieben selber, sondern im Verbund ausgearbeitet und für die Betriebe bindend beschlossen.	0 €	nein	SWS

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			Monat eine Einnahme von ca. 27.000.000 Mio./Jahr zu erwarten. Das Defizit der Verkehrsbetriebe könnte reduziert werden. Mehr noch, eine Verbesserung der Zeittakte oder Erweiterung des Streckennetzes könnte evtl. in Erwägung gezogen werden. Der Autobesitzer wird also mit 360 €/Jahr belastet. Diesen Betrag kann allerdings jeder reduzieren, wenn er bei den heutigen Benzinpreisen öfters auf das eigene Auto verzichtet und das vorhandene Busticket nutzt. Somit bezahlen, wenigsten einen Teil, die so oft gescholtenen Ölmultis. Nebeneffekte sind ebenfalls erkennbar: Reduzierung des allgemeinen Verkehrs. Schonung der Umwelt. Was spricht dagegen? Ist so etwas rechtlich/politisch durchsetzbar? Ihr Rumpelstielz												
316	B257	Kindergeld streichen	Streichung des Kindergeldes. Dafür sind Kindergärten und Schulen kostenfrei. Kein Betreuungsgeld und Essensgeld. Die Kinder sind in guter Obhut und erhalten mindestens eine Mahlzeit am Tag. Der Mittelstand und die Oberschicht benötigen das Kindergeld nicht, da dieses eins zu eins oder mehr an die Kindergärten und Schulen für die Betreuung bezahlt werden müssen. Das Geld sollte in Pädagogen, Kindergärten und Schulen investiert werden.	Investitionsmaßnahme	Keine Angabe	31	10	102	-71	7	Sonstiges	Ist keine kommunale Aufgabe	0 €	nein	
317	B60	Stadtwerke	Verzicht auf Rückkauf der Stadtwerke Rückkauf kann nur durch Kredit finanziert werden. Zinsen hierfür belasten den städtischen Haushalt pro Jahr.	Sparvorschlag	Über 250.000 €	87	47	161	-74	4	Finanzen	Der Rückkauf kann voraussichtlich aus dem Vermögen der BSG finanziert werden. Es werden keine Belastungen für den Haushalt entstehen.	0 €	Nein	BSG
318	B78	Waldschule	brauchen wir sie noch?	Sparvorschlag	Keine Angabe	61	54	141	-80	9	Bildung	Träger ist ein Verein, der auch für Schulen Bildungsmaßnahmen, Projekte, Möglichkeiten für Klassenausflüge (incl. Übernachtung) anbietet. Bei Streichung des städt. Zuschusses ist die Fortführung der Einrichtung mindestens fraglich.	58.800 € p. a.	ja	40
319	B256	Überprüfung des öffentlichen Straßennetzes	In Solingen gibt es viele abgelegene Häuser, welche durch Sackgassen, an das öffentliche Straßennetz angeschlossen sind. Diese Stichstraßen, sind von den Nutzer künftig selbst zu unterhalten.	Sparvorschlag	Bis 50.000 €	9	7	92	-83	1	Verkehr, Natur und Umwelt	Die Stadt Solingen ist nach § 9 des Straßen- und Wegegesetzes NRW verpflichtet, die dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen, und dazu zählen auch Neben- und Wohnstraßen, Sackgassen etc., für Verkehrs- und Erschließungszwecke bereitzuhalten und zu unterhalten. Dies stellt eine gesetzliche Pflichtaufgabe dar. Die Unterhaltungslast öffentlicher Straßen kann sie nicht auf die Straßennutzer abwälzen.	0 €	nein	61
320	B86	Zuschüsse für Museen streichen und mehr für die Kinder und Jugendliche machen	Ich bin dafür das die Zuschüsse für Museen, die ehe nur wenige Interessiert zu streichen und mehr für unsere Kinder und Jugendliche zu machen. In Museen kann man nicht schwimmen gegen oder Ähnliches Bäder	Sparvorschlag	Keine Angabe	79	24	165	-86	12	Kultur und Veranstaltungen	Die Solinger Museen sind enge Partner der Schulen und leisten mit ihren Programmen auch für Schüler und Jugendliche einen Beitrag zu deren Entwicklung. Sie schärfen den Blick	0 €	nein	41

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			werden geschlossen aber Museen werden mit aller Macht am laufen gehalten. Wozu? Welcher/e 14 - 25 Jähriger/e geht freiwillig in ein Museum? Schwimmbäder sind wesentliche wichtiger als irgendwelche Museen die auch noch hoch Subventioniert werden. Aber für die Kinder und Jugendlichen ist kein Geld da.									für die Solinger Heimat.			
321	B111	2 oder 3% auf alles	Alle Ausgaben der Stadt sollten um 2 oder 3% generell gekürzt werden. Das würde niemanden ruinieren und die Betroffenen könnten sich darauf einstellen.	Sparvorschlag		46	30	138	-92	1	Finanzen	Da es diverse vertragliche Verpflichtungen gibt, ist eine flächendeckende Kürzung aller Ausgaben nicht umsetzbar. Effektiver ist eine produktscharfe Analyse mit dem Ziel, weitere Einsparmöglichkeiten zu identifizieren. Dieses ist Dauerthema in der Verwaltung und ständig präsent.	0	nein	20
322	B217	Steuer für leerstehende Wohnungen	Durch eine Steuer für Vermieter wegen leerstehenden Wohnungen hätte Solingen eine neue Einnahmemöglichkeit.	Einnahmenvorschlag	Bis 10.000 €	28	11	121	-93	3	Finanzen	Aus rechtlichen Gründen nicht umsetzbar. Kommunal können nur Aufwandsteuern erhoben werden; diese zielen auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von Steuerpflichtigen für solchen Aufwand ab, welcher für den persönlichen Lebensbedarf betrieben wird. Der Aufwand durch leerstehende Ladenlokale ist jedoch nicht der privaten Lebensführung, sondern dem Bereich der steuerlichen Einkünfte zuzurechnen.	0 €	nein	22
323	B37	Einsparung beim Betrieb der städtischen Gebäude und Anlagen	Bei anfallenden Reparaturen oder Wartungen könnten Handwerksbetriebe aus Solingen zum Selbstkostenpreis die notwendigen Arbeiten durchführen. Die Stadtverwaltung könnte hierzu ein Internetportal für die Betriebe schaffen, in dem sie die notwendigen Arbeiten auflistet. Es werden sich bestimmt einige Betriebe bereiterklären, dort mitzumachen. Eine Honorierung der Arbeiten kann von der Stadt auf andere Weise erfolgen.	Sparvorschlag	Bis 250.000 €	58	31	156	-98	4	Verwaltung und Gebäude	Dem Grunde nach nicht realistisch. Es wäre denkbar, alle Auftragsverfahren vor der Angebotsaufforderung an die Bieter im Internet zu veröffentlichen, was aber Prozessverzögerungen zur Folge hätte. Bieterfirmen, die besonders günstige Angebote machen möchten, könnten sich mit Hinweis darauf dann um die Teilnahme am Verfahren bewerben. Natürlich muss dann erst deren Eignung vom Immobilienmanagement bestätigt werden. Sodann könnten diese Firmen zusätzlich in die Bieterliste für diesen konkreten Auftrag aufgenommen werden und beteiligen sich "normal" am Verfahren. Da eine Vergütung "zum Selbstkostenpreis" vorgeschlagen ist, ist das Vergabeverfahren unbedingt einzuhalten. Das Vergaberecht kann nur unberücksichtigt bleiben, wenn es keine Leistungsaustauschbeziehung gibt, also gar keine Vergütung.	0 €	nein	25 / 23
324	B27	Outletcentrum Ufergarten-Hauptstraße	Statt Leerstände in den Geschäften, die Untere Hauptstraße/Ufergarten/Goerdelerstr. in ein Outletcentrum umwidmen	Investitionsmaßnahme	Über 250.000 €	51	54	150	-99	2	Sonstiges	Die Reduzierung von Leerständen, insbesondere im Bereich der Unteren Hauptstraße und auch der Goerdeler Straße, ist eine wichtige Teilmaßnahme aus dem Konzept City 2013, welches nach Vorliegen entspre-	0 €	nein	60

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
												chender Bewilligungen durch das Land nun umgesetzt wird. Als eine bedeutende Maßnahme zur Aufwertung der Unteren Hauptstraße ist es vorgesehen, gemeinsam mit den Eigentümern und Händlern vor Ort in etwa vom Bereich "Stein" bis zum Entenpfuhl einen städtebaulichen Wettbewerb durchzuführen, um eine neue Gestaltung für diesen Bereich zu erreichen. Die Aufwertung wird mit Fördermitteln unterstützt. Ziel ist es, die Standortvoraussetzungen für Betriebe und die Aufenthaltsqualität für Kunden/Besucher zu verbessern und letztlich auch den Leerstand zu reduzieren. Begleitet wird diese Maßnahme durch das Innenstadtbüro, welches ebenfalls im Rahmen des Projektes City 2013 aktuell eingerichtet wurde, um Maßnahmen - insbesondere auch zur Reduzierung von Leerstand - auf den Weg zu bringen. Outletcenter suchen in der Regel verkehrsgünstig gelegene Standorte außerhalb der Zentren (Beispiel Remscheid) und sorgen dadurch in den meisten Fällen für negative Auswirkungen auf die gewachsenen Zentren. Die Einflussmöglichkeiten der Verwaltung sind jedoch begrenzt.			
325		Stadtwerke vollständig veräußern	Einnahme in die Schuldentilgung stecken! Die Stadtwerke sind mit oder ohne MVV kaum überlebensfähig. Dazu sind sie schlicht zu klein.	Einnahmenvorschlag	Über 250.000 €	10	5	109	-99	3	Finanzen	Es geht nicht nur um Zeitpunkt bezogene Mehreinnahmen, sondern um eine nachhaltige strategische Aufstellung der Stadtwerke. Die Stadtwerke haben ihre Überlebensfähigkeit in den letzten Jahren unter Beweis gestellt. Bei einem Verkauf und Schuldentilgung würden der Gewinn der Stadtwerke wegfallen und ebenso der entsprechende Zinsaufwand, der aber geringer ist als der Gewinn. Der Rückkauf wird zurzeit verhandelt. Danach wird über einen erneuten Verkauf zu entscheiden sein.	Derzeit nicht bezifferbar	ja	BSG
326	B143	Wegfall "Betrieb der Mensa in FALS und Scholle"	Nach der Zuschußliste wird von der Stadt die Mensa in der Friedrich-Albert-Lange-Schule und der Geschwister-Scholl-Schule finanziert. Offensichtlich aber nicht in der Gesamtschule Solingen. Weil die aber auch eine Mensa hat und es dort warmes Essen gibt, rege ich an, die FALS und die Scholle auf die gleichen Beine zu stellen wie die Wupperstraße, denn irgendwie wird dort ja ohne städtischen Zuschuss für Essen gesorgt, sonst wäre die	Sparvorschlag	Bis 250.000 €	87	31	188	-101	22	Bildung	Die Schulmensa GE Solingen erhält keinen Zuschuss, da diese von der Stadt (mit eigenem Personal) betrieben wird. Der Betrieb z. B. durch einen Mensaverein ist wirtschaftlich deutlich günstiger, da dieser u. a. das Personal stellt und hierfür nur einen anteiligen städt. Zuschuss erhält, der geringer ist, als die anfallenden Kosten. Würde dieser allerdings nicht	0 €	nein	40

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			Wupperstraße ja auch in der Liste vorhanden.									mehr gezahlt, wäre ein wirtschaftlicher Betrieb durch den Mensaverein nicht mehr gewährleistet und die Stadt müsste als Pflichtaufgabe die Mensen betreiben. Langfristig wird angestrebt, auch die Mensa der GE Solingen in ein anderes System zu überführen.			
327	B121	Verkauf / Übernahme des Theater und Konzerthauses	Die Angebote des Theater und Konzerthauses sollten nicht abgeschafft werden. Vielmehr könnte das Theater und Konzerthaus komplett verkauft werden (z. B. an eine zu gründende gGmbH), die eigenständig und ohne mit Sach- und Personalkosten dem Haushalt zur Last zu fallen, den Theater und Konzerthausbetrieb aufrecht erhalten	Sparvorschlag	Über 250.000 €	57	24	158	-101	0	Kultur und Veranstaltungen	Verkauf bei gleichbleibender Zweckbindung schwierig, da der Zuschussbedarf grundsätzlich weiterbesteht. Bei Verzicht auf Zweckbindung müssten marktgängige, also für den Veranstalter Gewinn versprechende Events die fehlenden Zuschüsse ausgleichen. Konzerte der Symphoniker müssten dann an anderem Ort stattfinden oder separat vergütet werden.	0 €	Nein, aber grundsätzliche Prüfung, unter welchen Umständen die Einbindung eines privaten Tourneetheaters helfen könnte, den Zuschussbedarf zu senken.	41
328	B225	Gar nicht sparen.....	Nicht zu sparen scheint auf Landesebene - und beim Bund - die Lösung zu sein. Soeben wurde eine Landesregierung mit satter Mehrheit gewählt, die einen verfassungswidrigen Haushalt vorgelegt hat und die wenigen (!) Sparanstrengungen der Vergangenheit zurückgenommen hat. Die Regierung im Bund ist auch nicht besser. In Zeiten der höchsten Steuereinnahmen der Geschichte des Landes schafft es niemand, dem Schuldendesaster ein Ende zu bereiten. Die Verringerung (!) der Neuverschuldung wird als Erfolg verkauft und in den Medien als solcher 'gefeiert'. Dort sitzt ja auch niemand, der Ahnung hat. Warum soll Solingen da sparen? Wohin das führt, haben wir in der letzten Zeit gesehen. Die, die nicht gespart haben, sind mit Staatsknete belohnt worden, Solingen ist leer ausgegangen. Also heißt die Losung: Weiter so.....und rette sich, wer kann. Wir haben gerade Obstbäume gepflanzt und erwägen Hühnerhaltung.	Sparvorschlag	Keine Angabe	13	15	115	-102	2	Finanzen	Der Vorschlag ist zu pauschal und unkonkret für eine Umsetzungsprüfung durch die Verwaltung.	0 €	nein	
329	B141	Straßenreinigung	es wird vorgeschlagen, zeitlich begrenzte Parkverbote an allen Straßen Solingens einzurichten, um so die wöchentliche Reinigung der Straßen durch die Straßenkehrmaschinen sicherzustellen. Die dazu erforderliche Beschilderung könnte, wie in anderen Städten bereits praktiziert, an bereits vorhandene	Sparvorschlag	Keine Angabe	43	13	149	-106	13	Verkehr, Natur und Umwelt	Die Anordnung und Beschilderung des VZ 283 StVO (Absolutes Halteverbot) ist gemäß § 45 StVO nur aus Gründen der Sicherheit und Ordnung des Verkehrs zulässig. Eine generelle Anordnung von Halteverboten zum Zwecke der Straßenreinigung ist	0 €	nein	32

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			Schilder angebracht werden. Es ergäbe sich für die Stadt zwei wesentliche Vorteile: 1. es wäre eine durchgängige Straßenreinigung sichergestellt, das Erscheinungsbild wird deutlich verbessert. 2. entgegen dem Verbot haltende oder parkende Fahrzeuge könnten durch die Kehrmaschinenbediener kostenpflichtig zugunsten der Stadt verwahrt werden. Ein zusätzlicher Personalaufwand wird dadurch vermieden. Der für die Beschilderung notwendige Kostenaufwand könne somit schnell wieder heringeholt werden.									nicht möglich, da es sich nicht um eine verkehrsregelnde Maßnahme zur Gefahrenabwehr handelt. Selbst wenn es rechtlich möglich wäre, würden die Kosten der Beschilderung immens hoch sein und auf Jahre keine Einsparpotentiale erkennen lassen.			
330	B10	Bergische Symphoniker, Theater	Kein Mensch braucht in Solingen Bergische Symphoniker bzw. das Theater, es ist alles höchstens zu Schulveranstaltungen gut besucht, dann aber unter Zwang weil es eine Pflichtveranstaltung ist. Leute die gerne ein Konzert oder ähnliches mögen fahren eh in Großstädte wie Köln oder Düsseldorf, wo sie mehr geboten bekommen, denkt mal an den Normalbürger, der gerne Freizeitaktivitäten wie Z.B ein gutes Schwimmbad oder ähnliches hätte.	Sparvorschlag	Keine Angabe	129	29	239	-110	22	Kultur und Veranstaltungen	Die Symphoniker und das Theater haben etwa 50.000 Besucher pro Jahr, die nicht nach Düsseldorf etc. fahren wollen oder können.	0 €	nein	41
331	B200	Bergische Großstadt	Der Vorschlag von Herrn Sträter (IHK) sollte aufgegriffen werden. Wuppertal, Remscheid und Solingen schließen sich zu einer bergischen Großstadt zusammen. Jede dieser drei Städte steht finanziell als HSK-Kommune mit dem Rücken zur Wand. Durch den Zusammenschluss könnten redundante Strukturen (Stadträte, politische Kosten, Verwaltungen etc.) abgebaut werden und die neue Großstadt könnten einen starken Gegenpol zur Rheinschiene oder die Ruhrmetropolen bilden. Es ist doch egal, wie eine Stadt heißt; Hauptsache die finanzielle Situation ist so, dass für ihre Bürger etwas gemacht werden kann und das Leben in dieser Region lebenswert ist und bleibt.	Sparvorschlag	Über 250.000 €	35	9	152	-117	4	Sonstiges	Die Einteilung des Landesgebietes in Gemeinden, Kreise und kreisfreie Städte ist Aufgabe des Landesgesetzes.	0 €	nein	10
332	B75	Nebenstraßen	Wer offenen Auges durch Solingen geht, wird zahlreiche kleine Sträßchen finden, die keine verkehrspolitische Funktion erfüllen. Hier könnte man gegebenenfalls Unterhaltskosten (Pflege, Winterdienst) sparen, wenn man diese Straßen in landwirtschaftliche Wege, Wanderwege o. ä. umwidmet.	Sparvorschlag	Keine Angabe	45	29	164	-119	3	Verkehr, Natur und Umwelt	Nach § 9 Straßen- und Wegegesetz NRW ist die Stadt als Straßenbaulastträger gesetzlich verpflichtet, straßenrechtlich öffentliche Straßen, und hierzu gehören auch Nebenstraßen, im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit zu unterhalten. Bei den straßenrechtlich nicht öffentlichen Straßen und Wegen (u. a. Wirtschaftswege), die aber im Eigentum der Stadt Solingen stehen und eine Verkehrs- oder Erschließungsfunktion haben und deshalb der Allgemeinheit für Verkehrszwecke zur Verfügung gestellt werden, ist die Stadt im Rahmen der privatrechtlich geregelten Verkehrssicherungspflicht unter-	0 €	Nein, da die Stadt gesetzlich verpflichtet ist, Straßen und Wege zu unterhalten, solange sie für Verkehrszwecke der Allgemeinheit zur Verfü-	61

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
												haltungspflichtig. Der Unterhaltungspflicht kann der Eigentümer eines Weges nur entgehen, indem er durch Sperrung keinen allgemeinen Verkehr auf seinem Grundstück zulässt.		gung stehen.	
333	B165	Aufgabe des MHKW Solingen	Das MHKW der Stadt Solingen sollte auf lange Sicht aufgegeben werden. Schon jetzt reicht doch der eigene Müll in Solingen nicht mehr aus um das MHKW Wirtschaftlich zu betreiben. Wir Solinger zahlen den vollen Preis. Hingegen bekommen auswärtige Entsorger einen erheblichen Preisnachlass. Und das nur weil es die Fernwärme liefern muss. Sollte kein Abfall vorhanden sein müsste mit teurem Öl nachgeheizt werde um die Versorgung mit Wärme zu Gewährleisten. Alles dieses bezahlen aber nur wir Solinger	Sparvorschlag	Über 250.000 €	21	12	140	-119	0	Verwaltung und Gebäude	Das MHKW wird wirtschaftlich betrieben und belastet nicht den städtischen Haushalt.	0 €	nein	TBS
334	B260	Fahrradsteuer	Fahrradsteuer, Meldepflicht für Fahrräder, Nummernschilder bzw. Plaketten! Vergleich: Auto, Roller, Motorräder --> Meldepflicht, Steuer, Versicherung Hunde --> Meldepflicht, Steuer, Versicherung Pferde --> Reitabgabe (Wegebenebenutzung), Versicherung, geplante Steuer Fahrräder ohne alles? Katzen auch ohne alles? Soziale Gerechtigkeit???	Einnahmenvorschlag	Keine Angabe	14	1	137	-123	3	Verkehr, Natur und Umwelt	Aus rechtlichen Gründen nicht umsetzbar, da bundes- oder landesrechtlich für Fahrräder keine Meldepflicht besteht bzw. auf kommunaler Ebene keine solche Meldepflicht eingeführt werden kann. Aufgrund strukturellen Vollzugsdefizits kann daher eine gleichmäßige Besteuerung auf dem Solinger Stadtgebiet nicht sicher gestellt werden.	0 €	nein	22
335	B128	Gebühren für Nutzung von Sportstätten	Um die Instandhaltungskosten zu decken oder zumindest zu reduzieren, wäre eine monatliche Abgabe denkbar. Erwachsene zahlen beispielsweise 4 Euro. Jugendliche und Kinder bleiben davon befreit.	Einnahmenvorschlag	Keine Angabe	39	11	167	-128	0	Sport und Freizeit	Für die Benutzung der Sportstätten werden von den Vereinen bereits Entgelte auf der Basis der Entgeltordnungen erhoben. Hierbei gibt es einen ermäßigten Kinder- und Jugendtarif. Zudem erbringen die Vereine bereits Eigenleistungen z.B. bei der Schlüsselverantwortung oder Pflege der Sportanlagen, die den städtischen Etat entlasten. Die vorgeschlagene (zusätzliche?) monatliche Abgabe wäre in Form eines "Solidarbeitrages Sportstätten" denkbar. Sie hätte den Charakter einer Steuer oder Gebühr und würde auch die Bürger belasten, die keine Sportstätten nutzen. Eher umsetzbar erscheint ein projektbezogener "Solidarbeitrag", z.B. aller Fußballvereine für die Sanierung der Kunstrasenbeläge. Ferner ist die Gründung von Fördervereinen bzw. -kreisen im Bezug auf bestimmte Sportstätten (z.B. Jahnkampfbahn) bereits gängige Praxis.	0 €	nein	52
336	B138	Abgaben Müllverbrennung	Der Preis für 1 Ladung Hausmüll kann auf 10 Euro angehoben werden zugunsten der Stadt.	Einnahmenvorschlag	Bis 50.000 €	44	10	188	-144	6	Verkehr, Natur und Umwelt	Die „Ladung“ Hausmüll wird nicht über das Volumen bestimmt, sondern über das Gewicht. Eine Menge von maximal 100 kg kostet pauschal 5 €. Wertstoffe wie z.B. Elektrogeräte und Schrott können kostenlos entsorgt	0 € für den städtischen Haushalt	ja	TBS

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
												werden! Eine Erhöhung der Gebühren bei der Direkt-Anlieferung von Hausmüll zum MHKW käme allerdings nur dem Gebührenzahler zugute, da auch eine Summe von 10 € nicht kostendeckend wäre. Die Differenz zwischen dem tatsächlichen Preis für die Entsorgung und der erhobenen Gebühr wird über die Abfallgebühr aller Solinger Bürger gedeckt.			
337	B73	Eissporthalle	Bei der derzeitigen finanziellen Lage müssen auch öffentliche Einrichtungen, wie die Eissporthalle auf den Prüfstand. Die Unterhaltungskosten sind immens und werden bei weitem nicht durch die Einnahmen gedeckt. Im Übrigen ist das Gebäude in die Jahre gekommen und sicher keine optische Bereicherung für die Stadtmitte. Bei einer Aufgabe des Gebäudes kann eine Öffnung zum Südpark hin erfolgen, was der Stadtplanung ganz neue Ideen ermöglicht.	Sparvorschlag	Über 250.000 €	70	14	217	-147	8	Sport und Freizeit	Die Eissporthalle wurde bereits vor einigen Jahren an die Lebenshilfe verkauft, die diese im Rahmen eines integrativen Projektes betreibt. Ursprünglich hatte die Stadt Solingen die Übungsstunden der Eissportvereine im Rahmen der Sportförderung noch mit einem jährlichen Betrag in Höhe von 135.000 € unterstützt. Im Rahmen der weiteren Einsparungen im Sinne des Haushaltssanierungsplanes wurde dieser Zuschuss mittlerweile auf 110.000 € jährlich reduziert. Eine weitere Reduzierung der Förderung der Vereinsübungsstunden würde den Bestand der eissporttreibenden Vereine in Solingen erheblich gefährden. Insofern lässt sich die vorgeschlagene Einsparung von 250.000 € nicht mehr realisieren. Durch die Veräußerung der Halle an die Lebenshilfe und dadurch, dass die Lebenshilfe die Halle betreibt, wurde bereits die maximale Einsparmöglichkeit umgesetzt und zugleich eine insbesondere von Kindern und Jugendlichen vielgenutzte öffentliche Einrichtung erhalten.	0 €	nein	52
338	B215	Sperrgut-Abholung ist einmal im Jahr kostenlos - Abschaffen.	Sperrgut wird auf Anfrage einmal im Jahr kostenlos von den Entsorgungsbetrieben Solingen abgeholt. Dadurch entstehen doch auch Kosten! Benzin, Arbeitskräfte, Reifenverschleiß und andere Verschleißspuren an den Entsorgungsfahrzeugen.	Einnahmenvorschlag	Keine Angabe	19	6	175	-156	6	Verkehr, Natur und Umwelt	Die kostenlose Abholung ist bereits in der Abfallentsorgungsgebühr eingerechnet. Eine Abschaffung würde nur eine marginale Entlastung bezogen auf die Gebühr bringen	0 €	nein	TBS
339	B114	statt Pferdesteuer (oder ähnliche ST-Erhöhungen) ein kleiner Beitrag der ALLE betrifft	ein kleiner ct Beitrag je abgegebenem Liter Milch betrifft ALLE, schmerzt aber keinen wirklich merklich - gleichzeitig sind aber die Einnahmen signifikant: wie viele Liter Milch werden täglich in Solingen verkauft?	Einnahmenvorschlag	Keine Angabe	40	15	208	-168	7	Finanzen	Aus rechtlichen Gründen ist eine „Ergänzungsabgabe“ auf Milch auf kommunaler Ebene nicht umsetzbar.	0 €	nein	22
340	B164	PKW-Citymaut für den Innenstadtkernbereich (rundum das neue Einkaufszentrum)	Wenn es gelingt, den Verkehr im innersten Citybereich (also von der Kölner Straße rundum das neue Einkaufszentrum bis zur Mummstraße) durch die Einführung einer Citymaut zu reduzieren (also nur noch Busse, Anwohner, Lieferanten und Gehbehinderte	Einnahmenvorschlag	Bis 50.000 €	17	6	185	-168	4	Verkehr, Natur und Umwelt	Zur Einführung der City-Maut wäre ein Ratsbeschluss erforderlich. Die Beschränkung des Individualverkehrs im Innenstadtkern hat jedoch auch Auswirkungen auf die Erreichbarkeit der Arbeitsplätze und des Einzelhan-	0 €	nein	61

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
			wären zugelassen) hätte das gleich mehrere positive Effekte: 1. Verringerung des Verkehrsaufkommens im Innenstadtkernbereich und 2. Einnahmen der Stadt durch die Citymaut. Da AUSDRÜCKLICH NICHT DIE GESAMTE CITY von der Maut betroffen sein soll, sind weder Pendler (Goerdelerstraße) noch Innenstadtbesucher (Konsumenten) betroffen, da alles weiterhin fußläufig gut erreichbar ist und durch das verringerte Verkehrsaufkommen dieser Bereich an Attraktivität für Innenstadtbesucher und potentielle Kunden der hiesigen Einzelhändler gewinnt. Wer allerdings meint bis direkt in die tiefste City vorfahren zu müssen, soll dann eben zahlen - egal ob Privatperson, Taxi oder Handwerker. 2, 3 oder 5 Euro machen den Kohl nicht fett (aber schrecken trotzdem ab und füllen das Stadtsäckel).									dels. Deswegen sollte eine City-Maut nur dann eingeführt werden, wenn die Verkehrsprobleme anders nicht gelöst werden können. Das trifft auf Solingen nicht zu. Des Weiteren würden bei einer Einführung der City-Maut zusätzliche Personalkapazitäten für die Vereinnahmung und für die Kontrolle der Einhaltung notwendig.			
341	B13	Aufgabe der Städt. Beteiligungen	Folgenden städt. Beteiligungen sollen Aufgegeben werden : - Städt. Musikschule - Kunstmuseum Solingen - Lokalfunk Betriebsgesellschaft - Altenzentren der Stadt Solingen - Genossenschaften	Sparvorschlag	Über 250.000 €	66	32	243	-177	3	Finanzen	Diese Beteiligungen erfüllen wichtige Aufgaben. Eine Aufgabe würde eine starke Einschränkung der städtischen Daseinsvorsorge bedeuten. Bis auf Musikschule und Kunstmuseum werden aus den Beteiligungen Erträge erwartet. Ergänzend wird in Bezug auf die städtischen Altenheime auf die Vorgabe des Landespflegegesetzes NRW verwiesen, nach der die Stadt Solingen auch die Aufgabe hat, die Trägervielfalt der Angebote im Heimbereich sicherzustellen. Nur durch das Aufrechterhalten eines eigenen städtischen Angebotes kann die notwendige Steuerung und Reaktion bei Marktverwerfungen erfolgen. Zudem sei darauf verwiesen, dass die bisher gute Qualität der Pflege in städtischen Einrichtungen Maßstab für andere Anbieter sein kann. Insoweit wird von Seiten des SD Soziales empfohlen, den Vorschlag abzulehnen.	0 €	nein	BSG
342	B124	Abgabe Rettungsdienst	Abgabe des Rettungsdienstes der Stadt Solingen an Private (Hilfsorganisationen). Die dann freien Mitarbeiter/Innen der Berufsfeuerwehr könnten auf die im Bereich Feuerchutz noch offenen Stellen versetzt werden. Die laufenden Fahrzeug- und Materialkosten würden entfallen	Sparvorschlag	Bis 250.000 €	17	10	195	-178	2	Feuerwehr	Die Leistungen im Rettungsdienst sind im Wesentlichen kostendeckend und werden hauptsächlich über eine Gebührensatzung mit den Krankenkassen abgerechnet. Eine Umstrukturierung bringt daher keinen Spareffekt. Für Großschadenslagen ist es außerdem erforderlich, dass Feuerwehrbeamte umfassend, also auch im Rettungsdienst, ausgebildet sind. Ist das nicht mehr gegeben, ist die Sicherheit der Bevölkerung bei gro-	0 €	nein	37

Endstand Gesamtliste 25.05.2012, 24.00 Uhr – mit Rückmeldungen aus den Fachbereichen

Rang	Nr.	Titel	Erläuterungstext	Einordnung	Schätzwert des Autors	Pro	Neutral	Contra	Saldo pro - contra	Anzahl Kommentare	Kategorie	Stellungnahme der Verwaltung	Schätzwert der Verwaltung	Empfehlung zur Umsetzung (ja/nein)	OE
												ßen Schadenslagen (Massenanfall von Verletzten, z. B. bei einem Eisenbahnunglück) nicht gewährleistet.			
343	B67	Schwimmbad Vogelsang	Schwimmbad Vogelsang schließen. Wir sind umgeben von Städten mit Schwimm- oder Freizeitbädern, so z.B. Hilden, Haan, Wuppertal oder Remscheid. Die Wege sind kurz und die Preise verträglich. Solingen könnte mit der Schließung des Vogelsangs Sach- und Personalkosten sofort einsparen, die Bürgerinnen und Bürger in das Umfeld ausweichen. Niemand muss auf das Schwimmen verzichten und für die Schüler wie Sportler ist mit dem Klingenbad ein super Sportbad da.	Sparvorschlag	Bis 250.000 €	55	8	302	-247	9	Sport und Freizeit	Die Schließung des Hallenbades Vogelsang ist theoretisch möglich, wurde aber bereits vom Rat abgelehnt.	800.000 €	Theoretisch möglich	BSG / Bäder